

Empfehlungen und Ablaufschema für ein IKZM in der Odermündungsregion: Zwischenergebnisse



Autoren:
Bernhard Glaeser & Agnieszka Sekścińska



IKZM-Oder Berichte

34 (2007)

Empfehlungen und Ablaufschema für ein IKZM in der Odermündungsregion: Zwischenergebnisse

Empfehlungen für ein IKZM in der Odermündungsregion: Zwischenergebnisse

Bernhard Glaeser & Agnieszka Sekścińska

Ablaufschema für ein IKZM in der Odermündungsregion: Zwischenergebnisse

Agnieszka Sekścińska & Bernhard Glaeser

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Berlin, April 2007

Impressum

Die IKZM-Oder Berichte erscheinen in unregelmäßiger Folge. Sie enthalten Ergebnisse des Projektes IKZM-Oder und der Regionalen Agenda 21 "Stettiner Haff – Region zweier Nationen" sowie Arbeiten mit Bezug zur Odermündungsregion. Die Berichte erscheinen in der Regel ausschließlich als abrufbare und herunterladbare PDF-Files im Internet.



Das Projekt "Forschung für ein Integriertes Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion (IKZM-Oder)" wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unter der Nummer 03F0403A-H gefördert.



Die Regionale Agenda 21 "Stettiner Haff – Region zweier Nationen" stellt eine deutsch-polnische Kooperation mit dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung dar. Die regionale Agenda 21 ist Träger des integrierten Küstenzonenmanagements und wird durch das Projekt IKZM-Oder unterstützt.



Herausgeber der Zeitschrift:

EUCC – Die Küsten Union Deutschland e.V.
Poststr. 6, 18119 Rostock, <http://www.eucc-d.de/>
Dr. G. Schernewski & N. Löser

Für den Inhalt des Berichtes sind die Autoren zuständig.

Die IKZM-Oder Berichte sind abrufbar unter <http://ikzm-oder.de/> und <http://www.agenda21-oder.de/>

ISSN 1614-5968

Forschung für ein Integriertes Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion

Empfehlungen für ein IKZM in der Odermündungsregion: Zwischenergebnisse

Autoren:
Bernhard Glaeser & Agnieszka Sekścińska

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Berlin, Mai 2007

Inhalt	Seiten
Einleitung	3
I. Zum Begriff des „IKZM“	4
II. Stand der Entwicklung des IKZM in der internationalen Politik und internationalem Recht.....	8
III. Stand der Entwicklung des IKZM in Deutschland	18
1. Phasen der Entwicklung auf der Bundesebene	18
2. Ergebnisse der Nationalen IKZM Strategie	19
2.1. Definition	20
2.2. IKZM Grundsätze	20
IV. Regionales IKZM in Mecklenburg-Vorpommern	24
1. Natur- und wirtschaftlichbedingte Herausforderungen	24
2. Die Umsetzung des IKZM in der Odermündungsregion	25
2.1. Dialoge und regionale Partizipation	26
2.2. Internetgestützte IKZM – Werkzeuge	28
2.3. Regionales IKZM	30
2.4. Küstengewässer im Wandel	34
2.5. Nationale Strategie – Internationale Einbindung	35
V. Empfehlungen: Kurz-, mittel- und langfristige Handlungsoptionen	36
VI. Ausblick in die Zukunft	45
Literatur	46

Einleitung

In den vergangenen Jahren wurden in Deutschland verschiedene Arbeiten zu einer nationalen Strategie im Integrierten Küstenzonenmanagement (IKZM) aufgenommen. Durch die Empfehlungen des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2002 zur Umsetzung einer Strategie für ein Integriertes Management der Küstengebiete in Europa (2002/413/EG), wurden die Mitgliedstaaten aufgefordert, 45 Monate nach Annahmen dieser Empfehlungen der Kommission über die Erfahrungen, die sie bei ihrer Umsetzung gesammelt haben in Form einer Strategie, zu berichten.

Die Bundesrepublik Deutschland ist der Empfehlung nachgegangen und hat im Frühjahr 2006 die „Nationale Strategie für ein Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) in Deutschland¹“ vorgelegt, womit eine entscheidende Phase für eine nachhaltige Entwicklung der Küstengebiete erreicht wurde. Die Nationale Strategie ist das Ergebniss der Vorarbeiten der verschiedenen wissenschaftlichen Projekte des Bundes und der Ländern, an deren Entstehung zahlreiche Vertreter des öffentlichen und privaten Sektors beteiligt waren. Die Erfahrungen für die Umsetzung eines IKZM in den Ostseeküstengebieten wurden vor allem aus dem interdisziplinären Forschungsprojekt „Forschung für das Integrierte Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion (IKZM-Oder)“, gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung, gewonnen.

Die Nationale Strategie für die BRD empfiehlt u.a. weitere Maßnahmen zur Umsetzung des IKZM in Deutschland zu entwickeln, da die Nationale Strategie sich als Baustein eines gesellschaftlichen Prozesses versteht, der die Konkretisierung des bisher nur ansatzweise bestimmten IKZM-Begriffs auch als politisch-normativen Prozess versteht, der als gesellschaftliche Aufgabe in der Zukunft auf weiter verbreiteter Basis fortgesetzt werden soll. (BMU 2006)

Die vorliegende Arbeit greift diese Herausforderung auf und hat zum Ziel, Empfehlungen auszuarbeiten, die der Umsetzung des nationalen IKZM helfen sollen. Als Empfehlung werden unverbindliche Richtlinien und Normen bezeichnet; Empfehlungen sollen eine Antwort geben, wie etwas gemacht werden soll. Die Qualität der Empfehlung hängt von der Gründlichkeit der Analyse ab, die eine Grundlage für weitere Empfehlungen sein wird.

In folgenden werden Zwischenergebnisse des IKZM-Oder Projektes und daraus resultierende Empfehlungen für die weitere Umsetzung des IKZM in der Odermündungsregion aufgezeigt. Damit wird ein Beitrag zur Mitgestaltung des weiteren IKZM-Prozesses auf der Bundesebene geleistet, wobei die Perspektive des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern im Vordergrund steht.

Der Bericht besteht aus zwei Teilen. Der theoriebezogene Teil beschäftigt sich mit dem Begriff „IKZM“. Die Analyse des Begriff wird durch wissenschaftliche Ansätze zu Nachhaltigkeit,

¹ Das Bundeskabinett vom 22. März 2006 Nationale Strategie für ein Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) in Deutschland (Bestandsaufnahme, Stand 2006) nach der EU-Empfehlung 2002/413/EG vom 30. Mai 2002: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Partizipation und Kooperation aus Politik- und Sozialwissenschaften getragen, um theoriebezogene Aussagen machen zu können (Kapitel I). Der angewandte und prozessbezogene Teil des Dokuments wertet den bisherigen IKZM-Oder Prozess aus Sicht der internationalen Politik, der EU (Kapitel II) und der Nationalen Strategie für die BRD (Kapitel III) und dann aus Sicht des IKZM-Oder Projektes aus, um im nächsten Schritt Ergebnisse (Kapitel IV) und Empfehlungen in Bezug auf die zukünftige IKZM-Umsetzung in der Odermündungsregion abzugeben (Kapitel V). Bei den im IKZM-Oder-Forschungsprojekt bisher erzielten Ergebnissen handelt es sich um prozessorientierte Ergebnisse, die die Gestaltung eines IKZM und die Schaffung der hierfür notwendigen Strukturen beschreiben. Der Bericht zielt auf die Frage hin, welchen Ergebnisstand das IKZM auf der regionalen Ebene erreicht hat.

I. Zum Begriff des „IKZM“

IKZM ist ein Systemansatz, der versucht, den Herausforderungen, vor denen die Küsten stehen, gerecht zu werden. Weltweit sind die Küsten ständig steigenden menschlichen Nutzungsansprüchen ausgesetzt. Durch die intensive Nutzung besteht die Gefahr, dass sie ihren natürlichen Zustand verlieren und durch Nutzungskonflikte bedroht werden. Zudem werden die Küstengebiete durch globale Klimaänderungen und den zu erwartenden Meeresspiegelanstieg massiv bedroht.

Die europäische Politik formuliert IKZM als einen dynamischen, kontinuierlichen und iterativen Prozess, durch den die nachhaltige Entwicklung der Küstenzonen erreicht werden soll. (Europäische Kommission 1999:16)

Der Begriff bezieht sich auf die Integration der Zielvorstellungen und Entwicklungsvisionen, deren Instrumente zum Erreichen der Ziele, die verschiedenen Disziplinen und Sektoren und auf die terrestrischen und maritimen Komponenten.

Das IKZM ermöglicht Konzepte zu entwickeln, die eine nachhaltige Nutzung der Küstenräume unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Nutzungen wie unter Einbeziehung der jeweiligen Akteure gewährleisten. Ein Ziel ist es, eine vom Konsens getragene nachhaltige Küstenentwicklung zu unterstützen und Interessenkonflikte zu minimieren bzw. zu vermeiden, indem politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Belange auf der Grundlage des Prinzips der Nachhaltigkeit verfolgt werden. IKZM sucht also ein Gleichgewicht zwischen den Vorteilen der wirtschaftlichen Entwicklung und Nutzung des Küstenraumes, des Schutzes und des Erhalts der Küstengebiete, der Minimierung der Verluste an menschlichem Leben und Eigentum sowie des öffentlichen Zugangs zu den Küstenzonen, herzustellen.

In Bezug auf generelle Prinzipien der Nachhaltigkeit besteht ein relativ breiter Konsens, der erstmals die Notwendigkeit der dauerhaften Sicherung natürlicher Lebensbedingungen (Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit), die Notwendigkeit der Schaffung befriedigender Lebensbedingungen für alle Menschen (Prinzip der intragenerativen Gerechtigkeit) sowie die Globalität der miteinander verknüpften Problemlagen und der daraus resultierenden

Notwendigkeit, integrative Problemlösungen zu entwickeln, anerkennt (Erfordernis der systematischen Verknüpfung ökologischer, sozialer, ökonomischer und politischer Entwicklungsaspekte). (Vgl. Brand & Fürst 2002:22f) Kein Konsens dagegen besteht über das Konzept einer „nachhaltigen Entwicklung“. Vielmehr handelt es sich um ein kontrovers strukturiertes Diskursfeld, bzw. ein kontrovers interpretiertes Leitbild, hinter dem unterschiedliche Welt- und Naturbilder, unterschiedliche Interessen, unterschiedliche Modelle einer „guten Gesellschaft“ stehen. Zwar wird es durch neue Problemwahrnehmungen der globalen Verantwortlichkeit integriert, dennoch bestehen Diskrepanzen zwischen verschiedenen Akteuren in Bezug auf die Durchsetzung der spezifischen Deutung von Nachhaltigkeit und der damit verbundenen Handlungsstrategien. (Vgl. Brand & Fürst 2002:22)

Den Akteuren wird in einem IKZM eine gleichrangige Rolle beigemessen. Alle Akteure werden als gleichbedeutend und daher gleichberechtigt wahrgenommen. Die relevanten gesellschaftspolitischen Akteure, die an einem IKZM partizipieren – die Stakeholder – beeinflussen den Prozess oder werden von dem Prozess beeinflusst, beispielsweise Vertreter des öffentlichen und privaten Sektors, lokale und regionale Selbstverwaltungen, Behörden, Verbände, NGOs sowie Wissenschaftler unterschiedlicher Fachdisziplinen.

In einer repräsentativen Demokratie ist das Recht auf Partizipation in den demokratischen Institutionen und Verfahren zur Entscheidungsfindung formal verankert. Allgemein meint Partizipation die umfassende Teilhabe der von Entscheidungen betroffenen Personen am Prozess der Planung und Entscheidungsbildung. Partizipative Formen der Willensbildung sind auf der formellen Ebene in der Regel an aggregative Mechanismen, wie beispielsweise Wahlen gekoppelt, die eine konfliktregelnde Beschlussfassung legitimieren. Generell ist die starke Einbindung der Bürger in Prozesse der Entscheidungsfindung als Voraussetzung für die Legitimität des demokratischen Systems der Willensbildung zu werten und idealerweise bieten die institutionalisierten Formen formaler Partizipation genügend Spielraum für die Artikulation aller Interessen, Präferenzen und Werte.

Informelle Formen von Partizipation zeichnen sich hingegen durch ihre Eigenschaft aus, an keine „höhere Instanz“ wie Parlamente oder Gerichte gebunden zu sein. Die Legitimitätsgrundlage für ihre Existenz beanspruchen jene scheinbar unkonventionellen Formen der politischen Beteiligung zunächst über ihr faktisches Auftreten und Wirken. Was die Legitimitätsgrundlage der so gewonnenen Entscheidungen anbetrifft, so ist es letztlich der diskursive Charakter informeller Entscheidungsfindung, der sich am deutlichsten an der hohen Gewichtung von Partizipation und Repräsentation, also an der Verlagerung auf die horizontale Ebene ablesen lässt.

Die Intensität der Partizipation erreicht unterschiedliche Stufen: Während für Schernewski erfolgreiche Partizipation und Kommunikation im IKZM die „Erprobung und Evaluierung von Verfahren zur Einbindung der Öffentlichkeit (regionale Agenda 21 in Zusammenarbeit mit lokalen Agenden), zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Kommunikation, Information und Zusammenarbeit sowie zur Förderung des Küsten-Einzugsgebietes-Dialogs“ bedeutet (Schernewski 2004:3), verstehen Nichtregierungsorganisationen wie die WWF darunter einen

sich langsam entwickelnden Prozess, in dem alle Beteiligten ständig ermutigt werden, ihre Fähigkeiten einzubringen. Der Einleitung eines solchen Prozesses geht das Verständnis der regionalen und kulturellen Hintergründe der Menschen voraus, um Methoden für ein Management zu finden und gemeinsam mit den Menschen eine Vision zu entwickeln. Eine wichtige Rolle in der Förderung der Identifikation der Bevölkerung mit der Region kommt den Moderatoren in einem IKZM. (World Wide Fund for Nature)

Formelle Partizipation verläuft im IKZM-Prozess zunächst entlang der vertikalen Achse von der europäischen zur lokalen/regionalen Ebene. Im Rahmen der Durchsetzung der lokalen und regionalen Agenda 21 fließen die zusätzlichen horizontalen Integrationseffekte informeller Formen von Partizipation in den Entscheidungsprozess mit ein. Erfolgreiche Partizipation und Kommunikation“ im IKZM bedeutet für Schernewski die „Erprobung und Evaluierung von Verfahren zur Einbindung der Öffentlichkeit (regionale Agenda 21 in Zusammenarbeit mit lokalen Agenden), zur Verbesserung der grenzübergreifenden Kommunikation, Information und Zusammenarbeit sowie zur Förderung des Küsten-Einzugsgebiets-Dialogs.“ (Schernewski 2004:3)

Bereits gut funktionierende partizipative Mechanismen auf formaler Ebene sind die gesetzlich verankerte und praktizierte Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen von Genehmigungsverfahren und bei der Aufstellung der Planwerke der Raumordnung (Vgl. Glaeser 2003), die bereits etablierten Verbandsbeteiligungsrechte auf Länder- und Bundesebene und das Umweltinformationsgesetz des Bundes und der Länder. Zudem wird die zunehmende Inanspruchnahme des Internets als effiziente Informationsquelle, bzw. als Plattform für die Bereitstellung von Daten und Ergebnissen hervorgehoben.

In der nationalen Strategie wird integriertes Küstenzonenmanagement selbst als „informeller und damit freiwilliger Ansatz, der durch gute Integration, Koordination, Kommunikation und Partizipation aller Akteure eine nachhaltige Entwicklung des Küstenbereiches unterstützen will“ (Vgl. BMU 2006:4) konzeptualisiert. Damit reagiert IKZM prinzipiell auf die Forderung der EU nach einer verstärkten Gewichtung informeller Partizipation als die „breite, frühzeitige, umfassende und gleichberechtigte Beteiligung aller relevanten Politikbereiche, wirtschaftlichen Akteure, gesellschaftlichen Gruppen und Verwaltungsebenen in die verschiedenen Prozesse bei der Entwicklung des Küstenbereichs“. Dabei wird bewusst betont, dass diese Verschiebung die Institutionalisierung entsprechender Integrationsmechanismen über die „vorhandenen rechtlichen Instrumentarien (...) hinaus geht.“ (Vgl. BMU 2006:4)

Partizipation verläuft auch an der Küste gemäß dem Leitbild des nachhaltigen, prozessorientierten IKZM sowohl auf formeller und informeller Ebene. Das bestehende rechtliche Rahmenwerk bietet auf der formalen Ebene bereits gut funktionierende Steuerungsinstrumente. Doch gerade in Bezug auf eine erhöhte Öffentlichkeitsbeteiligung im Rahmen von Planungsvorhaben konstatiert die Europäische Kommission die Ausbaufähigkeit der bestehenden formalen Strukturen: Im Rahmen von komplexen projektbezogenen Genehmigungsverfahren sollte die Möglichkeit geschaffen werden, in das Verfahren unbürokratisch einen informellen, nicht-majoritären Prozess auf freiwilliger Basis zu integrieren.

Dies könnten je nach Aufgabe Informationsveranstaltungen, begleitende Arbeitskreise oder auch umfangreichere Mediationsprozesse sein. Ziel ist es, die auch im nachfolgenden Genehmigungsverfahren beteiligten Akteure bereits im Vorfeld des Verfahrens zu einer Berücksichtigung anderer gesellschaftlicher Interessen, der bestehenden Rahmenbedingungen und Anforderungen anzuhalten.“ (BMU 2006:82)

Trotz des sichtbaren Trends in Richtung horizontaler, informeller Partizipation, identifiziert die Europäische Kommission auch deutliche Schwächen im IKZM: „Trotz der Erweiterung und Stärkung der Beteiligungsrechte in den vergangenen Jahren resultieren aus dem Leitbild des IKZM jedoch darüber hinaus gehende Ansprüche an die Ausgestaltung der Partizipation.“ (BMU 2006:65f) Als Schwächen werden unter anderem die „unzureichende Kommunikation zwischen den Akteuren und die eine eingeschränkte Nutzung unterschiedlicher, jeweils angemessener Beteiligungsverfahren und der Möglichkeiten zur Konfliktlösung durch Aushandlung“ genannt. (Vgl. BMU 2006:66)

Die informellen Kooperationen mit gesellschaftlichen Akteuren werden neben den klassischen formellen Kooperationen zu immer häufigeren politischen Steuerungsformen. Die Institutionalisierung der kooperativen Verhandlung, bzw. Formen informeller Kooperationen, die angewendet werden, sind z.B. politische Selbstverpflichtungserklärungen von Verbänden, „runde Tische“ als Forum der Diskussion zwischen Staat und gesellschaftlichen Akteuren, Formen der Mediation auf regionaler und lokaler Ebene oder die zunehmende Einschaltung von Expertengremien als Entscheidungshilfe bei besonders kontrovers diskutierten politischen Themen. Diese Formen bieten den Akteuren die Möglichkeit, ihre Meinung offen zu legen, diejenigen anderer Akteure kennenzulernen und schließlich durch gegenseitiges Überzeugen, durch Verhandlungen, Kompromissbildung und auf der Basis gemeinsamer „übergreifender“ Interessen zu kooperieren und eine von allen Akteuren gemeinsam getragene Lösung zu finden, die eine hoheitliche Entscheidung überflüssig macht bzw. durch diese nur noch bestätigt wird.

Solche Kooperationen zwischen dem Staat und gesellschaftlichen Akteuren werden immer häufiger bereits in sehr frühen Phasen politischer Prozesse, um eine breite a-priori-Zustimmung zu möglichen Gesetzesvorhaben zu erzielen. (Benz 1997:103) Dennoch sieht sich der Prozess einem Dilemma gegenübergestellt: Das Merkmal dieser Verhandlungen ist es, dass sie ohne legitimierenden institutionellen Rahmen auftreten. (Benz 2001:266) Auf der einen Seite gewinnt der Staat die Zustimmung bei der Implementation seiner Politiken, auf der anderen Seite verliert das Parlament seine Macht, in dem Falle, wenn politische Entscheidungen bereits vor der Behandlung im Parlament durch Verhandlungen zwischen Regierung und gesellschaftlichen Akteuren präjudiziert werden. Dies führt dazu, dass die Kontrolle durch die Legislative verloren geht.

Ein bereits bewährtes Mittel diese Kontroverse zu beheben, bietet ein sog. 'Policy-Netzwerk'. Dieses bezeichnet ein institutionelles temporäres Arrangement, in welchem eine Vielzahl organisierter Interessen, aber auch einzelne staatliche und private Akteure eingebunden sind, die gemeinsam im politischen Prozess Probleme bearbeiten und in Phasen konfliktärer und

kooperativer Aushandlungsprozesse zu allgemein verbindlichen Regelungen, ob gesetzlich verfasst oder informell vereinbart, kommen. (Pappi 1993:85)

Für den Erfolg kooperativer Verfahren in der Umweltpolitik ist die Verbindlichkeit ihrer Ergebnisse entscheidend, etwa ob ein Monitoring zur Umsetzungskontrolle vereinbart wird. Nur wenn Sanktionen vereinbart werden, die greifen und das Monitoring Abweichungen zwischen Vereinbarung und Zielerreichung aufzeigt, kann es seine prinzipiell positive, die Akteure auf ihre Handlungen verpflichtende langfristige Wirkung entfalten. (Rennings et al. 1996:219)

Für das Verhandlungsklima wird als positiv der Einsatz eines Moderators oder Konfliktmittlers eingeschätzt. (Benz 1994:326ff) Der soll versuchen, ein positives Verhandlungsklima zu erzeugen, in welchem Verteilungsfragen zugunsten sachbezogener Lösungen in den Hintergrund treten. Moderatoren dürfen nicht vom Konfliktgegensand betroffen sein und daher am konkreten Verhandlungsstand keine persönlichen Interessen besitzen.

Dennoch ist so ein kooperatives Verfahren keinesfalls per se ein Allheilmittel für Steuerungsprobleme in der Umweltpolitik. Der Erfolg kooperativer Umweltpolitik ist entscheidend von einer angemessenen Gestaltung ihrer institutionellen Rahmenbedingungen abhängig, was letztendlich doch wieder auf die Notwendigkeit staatlicher Steuerungs- und Managementfähigkeiten verweist. (Vgl. Feindt 2002)

II. Stand der Entwicklung des IKZM in der internationalen Politik und internationalem Recht

Die Anfänge eines IKZM in der internationalen Politik gehen auf die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro vom Juni 1992 zurück. In Form eines Aktionsprogramms Agenda 21 wurden entwicklungs- und umweltpolitische Zielsetzungen für eine weltweite nachhaltige Entwicklung formuliert und die beteiligten Staaten zu einer integrierten Bewirtschaftung und nachhaltigen Entwicklung von Küsten- und Meeresgebieten verpflichtet. Als Folge davon entstanden verschiedene regionale Initiativen, wie 1998 Baltic 21, die Agenda 21 für den Ostseeraum, deren Schwerpunkt auf der regionalen Zusammenarbeit, dem Umweltbereich und dessen Einfluss auf wirtschaftliche und soziale Aspekte der nachhaltigen Entwicklung liegt.

Die Europäische Union griff die Initiative der Vereinten Nationen auf und hat den Ansatz IKZM infolge der Entschließung des Rates vom 25. Februar 1992 zur künftigen Gemeinschaftspolitik hinsichtlich der europäischen Küstengebiete sowie in der Entschließung des Rates vom 6. Mai 1994 zu einer Gemeinschaftsstrategie für ein integriertes Management der Küstengebieten in ihre Politik aufgenommen. Neben der Anerkennung der fortlaufenden Verschlechterung der Umweltbedingungen in den Küstengebieten Europas, sowohl der Küste selbst als auch der Küstengewässer, wurde darüber hinaus Wert auf ein weiteres Anwachsen des Drucks auf die Ressourcen der Küstengebiete, eine Zunahme der in den Küstengebieten lebenden Bevölkerung sowie ein Ausbau der küstennahen und unmittelbar in Küstengebieten gelegenen

Infrastruktur gelegt, sowie auf die Notwendigkeit hingewiesen, koordinierte europäische Maßnahmen zur Umsetzung des integrierten Managements der Küstengebiete zu ergreifen. In einem „Demonstrationsprogramm zum Integrierten Küstenzonenmanagement“ 1996 erkannte die Europäische Kommission den besonderen Wert und die Bedeutung der Küste für das menschliche Leben und setzte Bedingungen für eine erfolgreiche Entwicklung der Küstenregionen. Dies erfordert koordinierte und aufeinander abgestimmte strategische Aktionen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Hintergrund der politischen Ausrichtung war die steigende Kumulierung der Küstennutzung. An dem dreijährigen Programm nahmen zahlreiche EU-Mitglieder und damaligen Beitrittskandidaten teil, jedoch ohne die BRD und Polen. Die Ergebnisse aus dem Demonstrationsprogramm waren Grundlage für eine europäische Strategie zum Küstenmanagement, die 1999 von der Europäischen Kommission vorgelegt wurde. In der Folge entstand ein Leitfaden für ein Management der Küstengebiete, der u.a. vorsah: Schutz der Küstenumwelt, Anerkennung der Gefahren und Risiken in den Küstengebieten, Angemessene Küstenschutzmaßnahmen sowie Koordinierung von land- und meerseitigen Aktionen. (Europäische Kommission 1999)

Das Europäische Parlament und der Rat griffen diese Initiative auf und im Mai 2002 erließen sie eine Empfehlung, in der die Mitgliedstaaten aufgefordert wurden, erstmal nationale Bestandsaufnahmen durchzuführen und IKZM-Strategien zu entwickeln mit dem Ziel, die aus dem Demonstrationsprogramm abgeleitete Ansätze umzusetzen. Die Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2002 zur Umsetzung einer Strategie für ein integriertes Management der Küstengebiete in Europa (2002/413/EG) beinhaltet konkrete Hinweise und Instrumente zur Realisierung eines Integrierten Küstenzonenmanagements, ohne dabei eine rechtlich bindende Wirkung zu haben. (Janssen et al 2004:4) Ziel der Entwicklung des IKZM ist es, einen ökologisch guten Zustand der Meere und Küstengebiete Europas als einen entscheidenden Erfolgsfaktor für langfristiges Wachstum und Beschäftigung und das Wohlergehen der Bürger in der Europäischen Union zu erzielen. In den EU-Empfehlungen werteten die EU-Organe besondere Bedeutung für die europäischen Küstengebiete unter dem ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen und touristischen Aspekt aus. Gleichzeitig erkennen sie die Bedrohung der Küstengebiete an, die durch die Klimaänderung und ihre Folgen, wie ein Ansteigen des Meeresspiegels, Veränderungen in der Häufigkeit und Stärke von Stürmen sowie eine verstärkte Küstenerosion und Überschwemmungen. Das Bevölkerungswachstum und die zunehmenden Wirtschaftsaktivitäten stellen eine zunehmende Bedrohung des ökologischen und des sozialen Gleichgewichts von Küstengebieten dar. (Vgl. EU-Empfehlung 2002)

In der Empfehlung wurden Bedingungen für die erfolgreiche Umsetzung eines IKZM in den Küstengebieten angesichts der verschiedenen Voraussetzungen und der Unterschiede im rechtlichen und institutionellen Rahmen der Mitgliedstaaten vorgestellt, die in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit nach Artikel 5 EGVertrag und gemäß dem 7. Protokoll zum Vertrag von Amsterdam über die Anwendung der Grundsätze

der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit stehen, wenn eine Orientierung auf Gemeinschaftsebene gegeben wird. (EU-Empfehlung 2002)

Es empfiehlt sich einen strategischen Ansatz zu verfolgen, zu dessen wichtigsten Maßnahmen der Schutz der Küstenumwelt sowie ein nachhaltiges Management der natürlichen Ressourcen des Meeres und der Landstreifen der Küstengebiete zählen. Bei der Erarbeitung der nationalen Strategien und Maßnahmen empfahl die EU den Mitgliedstaaten „Grundsätze des integrierten Managements der Küstengebiete“ anzuwenden. Das Management der Küste sollte sich auf folgende Grundsätze stützen:

- Umfassende, holistische und systemorientierte Betrachtungsweise;
- Langfristige Sichtweise;
- Verständnis der natürlichen Prozesse im Küstengebiet;
- Widerspiegelung der spezifischen Bedingungen in den Küstengebieten;
- Einbindung aller betroffenen Parteien und Verwaltungsebenen;
- Einsatz einer Vielzahl von Instrumenten und Werkzeugen, je nach problem- und lokalspezifischem Bedarf. (Vgl. Gee 2006)

Der Kern des IKZM besteht aus zahlreichen mit der Küste verbundenen Politiken und ihren Gesetzesrahmen auf der europäischen Ebene, die in Bezug auf das IKZM besonders wichtig sind und Einfluss auf die nationale Gesetzgebung und die nationalen und regionalen Politiken haben. Diese wiederum liefern im Rahmen des IKZM verschiedene Interaktionen. Das Ziel des IKZM ist diese Politiken miteinander zu vernetzen und ebenenübergreifend zu integrieren. Infolgedessen hängt die Umsetzung des gesamten IKZM von zahlreichen anderen existierenden und geplanten Regelungen ab. Die EU soll dabei das integrierte Management in einem größeren Maßstab mittels horizontaler Instrumente fördern. (EU-Empfehlung 2002) Wie die Koordination dieser Aktivitäten erfolgen soll, bleibt vorerst offen.

Zu dem das IKZM betreffende Rechtssystem gehören folgende rechtliche und politische Regelungen:

Basis der erstellten Tabelle: Rupprecht Consult – Forschung & Beratung GmbH, Evaluation of Integrated Coastal Zone Management (ICZM) in Europe, Final Report Stand: 18 August 2006, http://ec.europa.eu/environment/iczm/pdf/evaluation_iczm_report.pdf (02.02.2007)			
Ausgewählte EU-Rechtsvorschriften und IKZM: Interaktionspotential / Zusatznutzen / Ressourcennutzung / Bewertung (Die durch eine Skala von 1(+niedrig) bis 5(+hoch) durchgeführte Bewertung erfolgte nach eingehender Auseinandersetzung mit dem Rupprecht Consult, Final Report: "Evaluation of Integrated Coastal Zone Management (ICZM) in Europe" und soll eher als Diskussionsgrundlage dienen und die Übersichtlichkeit erhöhen, als eine abschließende Relevanz für IKZM und Ressourcennutzung aufzeigen.			
Ausgewählte EU-Rechtsvorschriften und IKZM: Interaktionspotential / Zusatznutzen / Ressourcennutzung			
IKZM relevante EU-Rechtsvorschrift	Interaktionspotential mit IKZM	Zusatznutzen von IKZM zu bestehender EU-Rechtsvorschrift	Einfluss der jeweiligen EU-Rechtsvorschrift auf eine nachhaltige Ressourcennutzung

The Planned Marine Strategy Directive (MSD)	<p>Das Interaktionspotential wird durch die Schaffung europäischer Meeresregionen, die Identifizierung potentieller Subregionen als Managementeinheiten für die Politikimplementierung auf der Basis ozeanographischer, biogeographischer und hydrologischer Eigenschaften und durch die Leitlinien- und Standardsetzung auf nationaler und internationaler Ebene, sichergestellt. Die durch die Richtlinie etablierten Meeres- und Subregionen stellen einen guten raumplanerischen Rahmen dar, in dem sich die Stärken eines IKZM voll entfalten können.</p>	<p>IKZM kann als Werkzeug für die Umsetzung der MSD genutzt werden. Vor allem für die Küste/Land-Schnittstelle kann IKZM eine Schlüsselposition für einen erweiterten Küste/Land Managementprozess einnehmen.</p>	<p>Ziel der Richtlinie ist der Schutz und die Wiederherstellung ökologisch funktionsfähiger europäischen Meeresgebiete - sowohl der Küstengewässer als auch der Hochsee - und die Sicherstellung, dass anthropogene Nutzungen der Meeresgebiete nachhaltig erfolgen.</p>
Bewertung	<p>*****</p>	<p>*****</p>	<p>***</p>
The Water Framework Directive and Directly Related Directives (Urban Waste Water Treatment, Nitrate Directive, Drinking Water Directive, Directive for Integrated Pollution and Prevention Control (IPCC))	<p>Durch die angestrebte Schaffung von WFD-Managementeinheiten auf der Basis von so genannten Flusseinzugsgebieten - entsprechend der natürlichen geographischen und hydrologischen Gebietseinheit anstatt einer administrativ oder politisch definierten Gebietseinheit - wird das Interaktionspotential mit einem IKZM deutlich. Auch die in das Flusseinzugsgebietsmanagement mit zu berücksichtigenden Aspekte des Flut- und Küstenschutzes sind für ein IKZM relevant. Die Verknüpfung von, auf natürlichen Gebietseinheiten beruhenden, Flusseinzugsgebiets- und Küstenzonenmanagementeinheiten erhöht die Interaktionspotentiale der beiden Ansätze erheblich.</p>	<p>Die WFD ist auf allen Implementations- und Weiterentwicklungsebenen auf eine breit angelegte Mitwirkung der Öffentlichkeit angelegt, um ein größtmögliches Maß an Transparenz sicherstellen zu können und den Bürgern die Möglichkeit zu unterbreiten, die Richtung möglicher Umweltschutzmaßnahmen mit zu beeinflussen. Hier können die praktischen Erfahrungen und die im IKZM-Prozess entwickelten Partizipationsformen für eine Weiterentwicklung der WFD von Nutzen sein.</p>	<p>Eine nachhaltige Ressourcennutzung wird durch die in der Richtlinie aufgeführten Zielsetzungen wie z.B.: Schutz von terrestrischen Oberflächengewässern (Seen und Flüsse), Küstengewässern (bis zu einer Seemeile) und Grundwasser unterstützt. Die Richtlinie soll europaweit zu einem besseren Schutz der aquatischen Lebensräume, einzigartiger und wertvoller Habitats, der Trinkwasserressourcen und der Qualität küstennaher Badegewässer beitragen. Dies kommt einer nachhaltigen und damit auf Dauer angelegten Ressourcennutzung zu Gute. Erstmals wird auch ein einheitlicher europäischer Rechtsrahmen für ein integriertes Management von Oberflächen- und Grundwasser bereitgestellt.</p>
Bewertung	<p>*****</p>	<p>*****</p>	<p>****</p>

Strategic Environmental Assessment (SEA) Directive	Die SEA-Richtlinie spielt bei der Identifizierung von Langzeitkonflikten in den Küstenregionen eine wichtige Rolle und ist für einen effizienten IKZM-Prozess von erheblicher Bedeutung. Öffentlichkeit und Umweltbehörden der verschiedenen Mitgliedstaaten können Dank der SEA-Richtlinie ihre Meinung zu EU-Aktionsplänen und -Programmen äußern und weiterführende Vorschläge unterbreiten, wobei die aufgearbeiteten Resultate dieses Prozesses in die weitere Bearbeitung entsprechender Aktionspläne und -Programme einfließen. Gleichzeitig stellt die SEA-Richtlinie eine gute Grundlage für eine integrierte Raumplanung und ein effektives Risikomanagement dar, ohne das Ziel einer nachhaltigen Küstenentwicklung aus dem Blick zu verlieren. Wie IKZM, versucht auch die SEA-Richtlinie die Probleme zu erfassen, bevor sie virulent werden und entsprechende Politik- und Rechtswürfe entsprechend anzupassen, um negative Konsequenzen zu minimieren.	Ein IKZM kann zur frühzeitigen Identifizierung von küstenspezifischen Problemlagen unter Berücksichtigung verschiedenster Stakeholder beitragen, was zu einer Vermeidung inkonsistenter Strategieentwürfe auf transnationaler Ebene führen kann.	Das Ziel der SEA-Richtlinie ist es, sicherzustellen, dass verschiedene Wirkungen bestimmter EU-Aktionspläne und -programme auf ihre Konsequenzen für die Umwelt hin untersucht werden und entsprechend der Ergebnisse verändert bzw. in konsistenter Art und Weise weiterentwickelt werden, bevor sie in die Umsetzungsphase kommen. Diese Richtlinie ist demnach auch für ein nachhaltiges Ressourcenmanagement von Bedeutung und dient der Minimierung von sich behindernden Politiken und Rechtsvorschriften.
Bewertung	*****	****	***
Environmental Impact Assessment (EIA) Directive	IKZM stellt als Integrationsplattform, die neben anderen Politiken auch die EIA-Richtlinie umfasst, eine entscheidende Verbindungsstelle im Rahmen eines weiter gefassten Küstenzonenplanungs- und -managementzusammenhangs dar. Die EIA-Richtlinie ist eine Grundbedingung für ein wirkungsvolles IKZM.	IKZM kann durch einen partizipativen Ansatz die Einflussnahme verschiedenster der Stakeholder verbessern und somit die demokratische Legitimation der EIA-Richtlinie verbessern.	Die EIA-Richtlinie stellt die Umweltverträglichkeit von verschiedenen Projekten sicher. Hierzu zählen sowohl Industrieprojekte als auch Infrastrukturvorhaben. Die zu erwartenden Umweltauswirkungen werden somit vor der Erteilung einer Genehmigung für die Projekte identifiziert und beurteilt. Anspruch der EIA-Richtlinie ist es, die ökologische Komponente in Planungs- und Genehmigungsverfahren zu stärken und die zu ergreifenden ökologischen Kompensationsmaßnahmen zu definieren. Dies entspricht den Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung und dem Anspruch eines schonenden Ressourcenumgangs.
Bewertung	*****	***	****

The Birds Directive	Der Schutz und die Wiederherstellung natürlicher Lebensräume für die in den Küstenregionen heimische Fauna ist auch ein Ziel des IKZM. Synergieeffekte beim Monitoring und der Sensibilisierung der regionalen und lokalen Bevölkerung ergeben sich fast zwangsläufig.	Der IKZM-Prozess unterstützt die von der Richtlinie vorgegebenen Maßnahmen insoweit, dass lokal und regional durchzuführende Managementpläne auf eine Moderations-, Konfliktlösungs- und Planungsplattform zurückgreifen können.	Ziel der Richtlinie ist der Schutz, das Management und die Regulation aller wild lebenden Vogelarten und ihrer spezifischen Habitate auf dem Gebiet der EU-Mitgliedstaaten. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet die ornithologisch wertvollen Biotope und Habitate zu schützen, wieder herzustellen und Neue zu schaffen, wo dies möglich und notwendig ist. Die Richtlinie trägt somit zum Ressourcenschutz in der EU bei.
Bewertung	****	***	***
The Habitat Directive	Die FFH-Richtlinie verfolgt das Ziel die Biodiversität in den Mitgliedstaaten zu erhalten. IKZM kann für die an Küstenschutzgebiete	IKZM kann für die Einrichtung und den Erhalt von Schutzgebieten eine begleitende und konfliktlösende Mediationsplattform	Die FFH-Richtlinie verpflichtet die EU-Mitgliedstaaten, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, die zum Schutz von Habitaten in speziellen

	eine Brückenfunktion erfüllen, wenn es um die Vernetzung von Umwelt-Monitoring-Maßnahmen und den von verschiedenen Stakeholdern bereitgestellten Datenmengen geht. Andererseits stellt die FFH-Richtlinie wichtige rechtliche Instrumente zur Verfügung, um eines der IKZM Ziele - Schutz von Küstenökosystemen - abzusichern.	bieten. Durch die Etablierung partizipativer und integrativer Diskussionsplattformen kann IKZM eine aktivierende Position gegenüber den Stakeholdern der Küstenregionen einnehmen.	Schutzgebieten erforderlich sind, um deren Zustand zu verbessern. Die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission sind aufgerufen, Forschung und Entwicklung zu fördern, die der in der FFH-Richtlinie beschriebenen Zielvorgaben entspricht.. Zu diesem Zweck wurde ein gemeinsamer Rahmen für den Schutz von Wildpflanzen, -tieren und Lebensräumen gefunden. Werden Flora, Fauna und Habitat der Mitgliedstaaten geschützt, dient das auch einer nachhaltigen Ressourcennutzung in der nahen und fernen Zukunft.
Bewertung	****	****	***

Industrial Installations and the Integrated Pollution Prevention and Control Directive (IPPC)	Die IPPC-Richtlinie verfolgt: einen integrativen Ansatz; den stärkeren Einsatz bester verfügbarer Technik; Flexibilität; Partizipation der Öffentlichkeit. Durch die Konzentration wichtiger Industrien entlang der Küsten, ist es von entscheidender Bedeutung eine effektive Zusammenballung dieser Industrien zu erreichen. Eine genaue Prüfung der Folgen für die Umwelt kann durch die IPPC-Richtlinie gewährleistet werden. Negative Auswirkungen auf sensible Küstenbereiche werden von vornherein vermieden. Um dies auf möglichst effektivem Weg zu erreichen, müssen IKZM und IPPC-Richtlinie eng zusammenarbeiten.	IKZM kann die Plattform für den moderierten Interessenaustausch verschiedener Stakeholder bieten. In diesem Rahmen können sich dann private Unternehmen, Zivilgesellschaft und Lokaregierungen direkt austauschen. Entscheidungsträger erhalten darüber hinaus einen tieferen Einblick in die Küstenumwelt mit ihren Problemen und Entwicklungschancen.	Durch den Anspruch der IPPC-Richtlinie, die Verschmutzung der Umwelt durch die verschiedenen Industriezweige in der EU zu vermindern, wird der Weg hin zu einer möglichst nachhaltigen Ressourcennutzung gefestigt. Die IPPC-Richtlinie ist für mehr als 50.000 industrielle Anlagen in der EU wegweisend.
Bewertung	****	***	**
Global Monitoring for Environment and Security (GMES) and the Planned Directive for Spatial Information in the Community (INSPIRE)	GMES repräsentiert den Ansatz, verschiedene Daten und deren Bereitsteller mit den Nutzern dieser Informationen zusammenzubringen, damit beide Seiten wissen, was an Daten gebraucht bzw. erhoben wird und auf welche Art und Weise die Informationen den Menschen zugänglich gemacht werden kann, die diese benötigen. Die INSPIRE-Direktive ist als Rahmenwerk für die Etablierung einer gemeinsamen Plattform für die Bekanntgabe und den Abruf geographischer Daten geschaffen worden. Für IKZM und seine Protagonisten ist ein möglichst breiter Informationspool sehr wichtig, um durch den Zugriff auf relevante Informationen die Entwicklung und Implementation von IKZM-Initiativen voranzutreiben.	Im IKZM-Prozess erhobene geographische Daten können eingespeist und noch nicht vernetzte Akteure zusammengebracht werden.	GMES geht auf eine gemeinsame Initiative der EU-Kommission und der EU-Raumfahrtbehörde zurück und verfolgt das Ziel eine gemeinsame europäische Kapazität für die Bereitstellung und die Nutzung operationaler Informationen für ein globales Monitoring von Umwelt und Sicherheit zu schaffen.
Bewertung	****	***	**

Ausgewählte EU-Politiken und IKZM: Interaktionspotential / Zusatznutzen / Ressourcennutzung			
IKZM relevante EU-Politik	Interaktionspotential mit IKZM	Zusatznutzen von IKZM zu bestehender EU-Politik	Einfluss der jeweiligen EU-Politik auf eine nachhaltige Ressourcennutzung
Lisbon Strategy	Die Lissabon-Strategie versucht, Umweltschutz durch die Kombination von ökonomischen und ökologischen Strategien zu ermöglichen und für zukünftige EU-Politiken auszubauen. IKZM verfolgt sehr ähnliche Ziele und versucht die Küstenzonen durch einen ganzheitlichen Ansatz zu managen. Die ökonomische Nutzung der Küsten, die Bedürfnisse der Küstenbewohner und Natur- und Umweltschutzbemühungen können durch einen aktiven IKZM-Prozess miteinander in Einklang gebracht werden.	Ein effizienter IKZM-Prozess kann helfen, die Strategie einer nachhaltigen Entwicklung zu stärken. IKZM kann als ein Garant für den Ausgleich zwischen ökonomischen, sozialen und ökologischen Interessen dienen.	Die Lissabon-Strategie hat das Ziel, die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Dies soll im Rahmen eines der nachhaltigen Entwicklung verpflichteten Leitbildes geschehen und damit wirtschaftliche, soziale und ökologische Belange gleichermaßen in ihrer Entwicklungsfähigkeit berücksichtigen. Die Strategie fokussiert aber die ökonomische Entwicklung und birgt die Gefahr einer erhöhten Ressourcennutzung zugunsten des ökonomischen Wachstums der EU.
Bewertung	*****	***	*
Governance White Paper	Der Inhalt des Governance White Paper ist für ein effektives IKZM von entscheidender Bedeutung, da ein gut funktionierender IKZM-Prozess von der partizipativen Teilnahme aller, von einem Problem oder dessen Lösung betroffenen Stakeholder, lebt und somit nur durch die Beteiligung der Zivilgesellschaft Erfolg haben kann. Mit dem Anspruch die partizipativen Elemente einer demokratisch verfassten EU-Politik stärken und ausbauen zu wollen, greifen IKZM-Prozess und Governance White Paper ineinander, wobei die EU als Führungskraft und Richtungsgeber fungieren kann, um die in nationalen IKZM-Prozessen entstandenen Politikempfehlungen auf europäischer Ebene zu unterstützen und dann auch umzusetzen.	IKZM kann dazu beitragen die verschiedenen nationalen und EU-Politiken, die die Küstenzonen betreffen, dahingehend anzupassen, dass sie den für die verschiedenen europäischen Regionen unterschiedlichen küstenspezifischen Problemlagen entsprechen, ohne aber das Ziel des Schutzes der Küsten und Meeresgewässer in ihrer Gesamtheit zu vernachlässigen.	Das Governance White Paper verfolgt das Ziel, mehr und bessere demokratisch verfasste Formen der partizipativen Teilhabe an den politischen Entscheidungs- und Gestaltungsbereichen auf allen Ebene der EU durchzusetzen. Dieses Ziel soll auf globaler, europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene verfolgt werden.
Bewertung	*****	*****	*

The EU Cohesion Policy	Die grundlegenden Erfahrungen, die während der Umsetzung der Cohesion Policy gemacht wurden, um das Subsidiaritätsprinzip und partnerschaftliche Problemlösungsstrategien zu finden, können für die Entwicklung von Win-Win-Situationen auf den verschiedenen regionalen und lokalen Ebenen der Küstenzonen genutzt werden, um hier Synergieeffekte auszunutzen.	Neben EU-Richtlinien und -Politiken, wie der Community Strategic Guidelines for Cohesion (SGC 2007-2023) oder auch einem Strategic Environment Assessment (SEA) bzw. einem Environmental Impact Assessment (EIA), kann IKZM dazu beitragen, durch die EU-Cohesion Policy möglicher Weise entstehende Konflikte in den entsprechenden Küstenregionen frühzeitig zu identifizieren und lösen zu helfen. Beide Ansätze ergänzen sich und können am Ende zu einer Verbesserung der Situation an den Küsten führen, wenn dies in einem Prozess demokratischer und partizipativer Teilhabe von den Menschen in den entsprechenden Regionen auch gewollt wird.	Das Ziel der EU Cohesion Policy ist es, die Wohlstandsunterschiede zwischen den verschiedenen Regionen der EU-Mitgliedstaaten auszugleichen und allen in den verschiedenen europäischen Regionen lebenden Menschen einen möglichst gleich hohen Lebensstandard zu verschaffen. Durch sogenannte Cohesion-Fonds werden Gelder aus den wohlhabenden Mitgliedstaaten an entwicklungsbedürftige Regionen vergeben, um diesen vor allem wirtschaftliche Entwicklungen zu ermöglichen. Ein Ausgleich zwischen ökonomischer und sozialer Entwicklung und ökologischen Belangen ist durch andere EU-Richtlinien und -Politiken, wie die Community Strategic Guidelines for Cohesion (SGC 2007-2023) oder auch ein Strategic Environment Assessment (SEA) bzw. ein
-------------------------------	--	---	---

			Environmental Impact Assessment (EIA), sichergestellt.
Bewertung	***	***	*
The Emerging Maritime Policy ("Maritime Green Paper")	Eine zukünftige EU-Maritime Policy wird vor allem darauf bedacht sein müssen, die Meer- / Küsten- / Binnenland-Schnittstellen ernst zu nehmen und in ein Gesamtkonzept zum Schutz und zur Entwicklung der Küstenzonen zu integrieren. Aber auch Maßnahmen für den Küsten- und Katastrophenschutz, für eine nachhaltige Entwicklung des Küstentourismus und für einen ganzheitlicher Ansatz für die Küstenzonen als Lebensraum, müssen durch diese in der Entwicklung begriffene EU-Politik verbessert werden. Außerdem müssen auch die ökonomischen Ebenen wie maritimer Verkehr, Fischerei, Aquakultur, Öl- und Gasförderung, Wind- und Gezeitenkraftwerke, Schiffsbau, etc., um hier nur einige Bereiche zu nennen, Beachtung finden. Das Interaktionsniveau mit IKZM ist sehr hoch.	IKZM kann durch die im Prozess schon gemachten Erfahrungen und die entwickelten Methoden und Werkzeuge zur Weiterentwicklung einer europäischen Maritime Policy beitragen. Ein IKZM kann sicherstellen, dass die verschiedenen Politiken wie zum Beispiel die EU-Maritime Policy und die EU-Marine Strategy Directive, die die Belange der Seeseite regeln und die EU-Water Framework Directive, die die Belange der Binnengewässer regelt auch sinnvoll vernetzt werden und konsistent ihre Wirkung entfalten können, um die Möglichkeit zu schaffen, einen integrierten Managementansatz zu verfolgen, der sowohl die Umwelt als auch die sozioökonomischen Problemlagen erfasst und entsprechend wirken kann. Auf der anderen Seite kann eine Maritime Policy den politischen Rahmen für die Weiterentwicklung der IKZM-Bemühungen zur Verfügung stellen.	Das "Maritime Green Paper" ist der erste Schritt hin zu einer alle Bereiche umfassenden EU-Maritime Policy, die eine Entwicklung hin zu einer blühenden und der Nachhaltigkeit verpflichteten maritimen Ökonomie fördern soll. Bis jetzt gibt es in der EU eine Ansammlung verschiedenster Politiken und Richtlinien, die sich auf die verschiedenen Bereiche der Küsten- und Meereszonen beziehen. So werden Transport, Industrie, Küstenregionen, Offshoreenergie, Fischerei, marine Umwelt, sozioökonomische Ausgleichsfonds und andere für die Küsten- und Meeresregionen wichtige Bereiche bis heute noch getrennt betrachtet und bearbeitet. Diese Form der Fragmentation führt zu inkonsistenten und mit Konflikten beladenen Maßnahmen, die zu negativen Konsequenzen für eine nachhaltige Ressourcennutzung der marinen Umwelt führen. Aufgabe der zu entwickelnden EU-Maritime Policy ist es, alle für die Küsten wichtigen Maßnahmen zu bündeln und Unstimmigkeiten zu beseitigen.
Bewertung	*****	*****	*****

Sustainable Development Strategy (SDS) (Agenda 21 / Local Agenda 21)	Zum Erreichen der in der SDS beschriebenen Ziele, soll ein stärkerer Austausch von Good Practice Beispielen zwischen den verschiedenen Mitgliedstaaten, eine Erhöhung der Effektivität der verschiedenen Politiken der Mitgliedstaaten und die Identifizierung von Synergieeffekten und möglichen Ergänzungen bei bestehenden Politiken auf europäischer, nationaler, regionaler und lokaler Ebene forciert werden. Die SDS betrifft auch die Küstenzonen und verfolgt einen räumlich wie zeitlich breit gefächerten Themenkatalog, der auch ein flexibel anwendbares Küstenmanagement mit einschließt und daher für die Weiterentwicklung eines europäischen IKZM relevant ist.	Durch die erneute Stärkung der Lokalen Agenda 21 durch einen ganzheitlichen, partizipativen und interdisziplinären Ansatz wie ihn ein IKZM verwirklichen möchte, können beide Ansätze ihre Kräfte bündeln und zu einer nachhaltigen Entwicklung der Küstenzonen beitragen.	Ziel der SDS ist es, eine europäische Umweltpolitik zu entwickeln, die den Schutz der Umwelt mit einer behutsamen Nutzung der vorhandenen Ressourcen zu verbinden vermag. Die SDS ist die europäische Antwort auf die in UNEP/UNDP-Konferenz in Rio de Janeiro 1992 und ihren Folgekonferenzen. Die Kernidee der Agenda 21 ist es, auf allen Ebenen eine nachhaltige Entwicklung zu unterstützen. Die von der EU entwickelte SDS beinhaltet zwei wichtige Teile. Auf der einen Seite konzentriert sich die Strategie auf eine Anzahl von nicht-nachhaltigen Entwicklungstrends, die eine schnelle Lösung erfordern. Auf der anderen Seite soll versucht werden, schon vorhandene und einer Nachhaltigen Entwicklung zu wider laufende Politiken zu revidieren und neu zu implementierende Politiken und Richtlinien auf ihre Nachhaltigkeit hin zu untersuchen, um diesen Ansatz in den Wirtschafts-, Sozial- und Umwelt-Politiken zu implementieren.
Bewertung	*****	*****	*****
The EU Sustainable Tourism Policy	Der Tourismussektor ist einer jener Bereiche, die im alleinigen Zuständigkeitsbereich der	Tourismus wird auch weiterhin im Kompetenzbereich der EU-Mitgliedstaaten verbleiben. Die	Der Massentourismus wurde schon früh von der EU als ein bedeutender, die Küsten betreffender und sich

	<p>Mitgliedstaaten verblieben ist, da Maßnahmen, die den Tourismus betreffen, überwiegend auf der lokalen Ebene getroffen und umgesetzt werden. Die EU ist daher darauf angewiesen, die vorhandenen Politikansätze und Maßnahmen zu nutzen, um einen der nachhaltigen Entwicklung entsprechenden Tourismus in der EU zu fördern. Ein europäisches IKZM kann seinen Beitrag leisten, einen nachhaltigen Tourismus - vor allem an den z.T. stark beanspruchten Küsten - zu fördern.</p>	<p>EU kann aber vermittelt über andere Politiken und Richtlinien durchaus auch auf den Tourismus einwirken, um diesen nachhaltiger zu gestalten. Eine der stärksten Politiken und Maßnahmen zur Umsetzung stellt hier ein IKZM dar. Der Nachhaltigkeit allgemein und der nachhaltigen Küstenentwicklung im besonderen verpflichtet, ist IKZM dafür prädestiniert, den Tourismus in den Mitgliedstaaten der EU im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung zu beeinflussen und zu managen. IKZM kann hier als entscheidendes Werkzeug begriffen werden, um Probleme zu identifizieren, Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen und die Küsten der EU auf Dauer zu bewahren, ohne die Interessen der dort lebenden und arbeitenden Menschen aus den Augen zu verlieren.</p>	<p>oftmals auf die Küstenumwelt negativ auswirkender Faktor erkannt, ist aber durch seine positiven Auswirkungen auf die Beschäftigungszahlen ein wichtiger Bereich der Ökonomie der meisten Mitgliedstaaten. Die in der EU Sustainable Tourism Policy definierten Ziele stärken die Anstrengungen anderer Ansätze wie jenen der Sustainable Development Strategy oder auch jene Bemühungen der lokalen Agenda 21 Initiativen und sind auch darum bemüht die Ressourcennutzung nachhaltiger zu gestalten.</p>
Bewertung	****	*****	****

European Spatial Development Perspective	<p>Die Ziele der ESDP und eines IKZM unterstützen sich gegenseitig. Speziell die ökonomische und soziale Kohäsion in der EU wird durch den ganzheitlichen IKZM-Ansatz, der einen Ausgleich zwischen ökonomischen, ökologischen und Stakeholderinteressen voraussetzt, unterstützt. Für die Küstenregionen heißt das, nachhaltige Nutzung der Ressourcen, nachhaltige Entwicklung und nachhaltiger Schutz von Küstenressourcen und küstennahen Siedlungsräumen.</p>	<p>IKZM kann einen Beitrag leisten, den erheblichen Druck, der aufgrund der Landnutzung verschiedener ökonomischer Teilbereiche stattfindet, aufzuzeigen. Speziell für die Landnutzungen in Küstennähe und die direkten Seennutzungen können durch ein IKZM Probleme schnell identifiziert und Lösungsmöglichkeiten angeboten werden.</p>	<p>Das Ziel der ESDP ist es, in der EU eine ausgeglichene und nachhaltige Raumentwicklung zu gewährleisten. Dabei ist es von entscheidender Bedeutung, alle drei Hauptziele der EU-Politik gleichberechtigt in allen Regionen der EU umzusetzen: ökonomische und soziale Kohäsion; Bewahrung und Management natürlicher und kultureller Ressourcen; ein ausgeglichener europäischer Wettbewerb auf dem europäischen Binnenmarkt. Dabei hat es die ESDP noch nicht geschafft, den Druck der wichtigen ökonomischen Bereiche Verkehr und Tourismus auf die Landnutzung deutlich zu verringern.</p>
Bewertung	****	****	*
Sixth EU Environmental Action Programme	<p>Das sechste "EU Environmental Action Programme" fordert die EU-Kommission auf, für insgesamt sieben Bereiche thematische Strategien zu entwickeln - für: Luftverschmutzung; Müllvermeidung und -recycling; Schutz der marinen Umwelt; Bodenschutz; nachhaltigen Pestizideinsatz; nachhaltige Ressourcennutzung; Stadt-Umwelt. Die geforderte themenbezogene Auseinandersetzung mit bestimmten Umweltproblemen und umweltbelastenden Wirtschaftszweigen basiert auf einer mit klaren Zielen ausgestatteten Langzeitstrategie und lässt sich sehr gut mit dem langfristigen IKZM-Ansatz verbinden, der mithilfe kann, die Synergieeffekte zwischen den sieben Themenbereichen zu identifizieren, die Umweltqualität im Allgemeinen zu erhöhen,</p>	<p>Ein IKZM eröffnet die Möglichkeit bestimmte Empfehlungen aus den sektoren- und themenbezogenen Bereichen des "EU Environmental Action Programme" aufzugreifen, in einen größeren - sei es nun lokalen, regionalen oder nationalen - küstenspezifischen Zusammenhang zu stellen und dementsprechend zu stärken.</p>	<p>Das sechste "EU Environmental Action Programme" gibt den strategischen Rahmen für die Umweltpolitik der Kommission bis zum Jahr 2012 vor und identifiziert vier prioritäre Themen: Klimawandel; Natur und Biodiversität; Umwelt, Gesundheit, Lebensqualität; natürliche Ressourcen und Abfall. Folgende Ziele sollen verfolgt werden: effektive Implementation und Durchsetzung der Umweltgesetzgebung; verstärkte Integration von Umweltbelangen in allen Politikbereichen; die Nutzung eines vielfältigen und verschiedene Ebenen überspannenden Ansatzes der Problembearbeitung; verstärkte Partizipation aller gesellschaftlichen Gruppen. Kurz: Das Programm stellt die Umweltkomponente für die EU-Nachhaltigkeitsstrategie zur Verfügung. Wachstum,</p>

	bestehende Politiken zu verbessern und eine möglichst weitreichende Stakeholderbeteiligung sicher zu stellen.		Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung in der EU sollen also unter dem Gesichtspunkt der nachhaltigen Ressourcennutzung und dauerhaften Verbesserung der Umweltqualität erreicht werden, um die Stellung der EU als eines auf Dauer prosperierenden Marktes, auch in der Zukunft sicher zu stellen.
Bewertung	*****	*****	*****

Sixth EU Environmental Action Programme: Thematic Strategy on Urban Environment (TSUE)	Ein wichtiges Ziel der TSUE ist es, das Subsidiaritätsprinzip zu stärken, damit schon existierende Politiken zur Verbesserung der urbanen Umwelt auch dort umgesetzt werden, wo sie am besten wirken können. Das Subsidiaritätsprinzip der TSUE deckt sich mit den grundsätzlichen Prinzipien eines IKZM. Beide Ansätze können sich dementsprechend bei der Durchsetzung unterstützen.	Ein IKZM kann bestimmte themenbezogene Probleme urbaner Prägung in einen erweiterten Kontext stellen und zum Beispiel die Auswirkungen, die die Stoffflüsse urbaner Lebensräume auf die unmittelbaren und entfernteren Küstenzonen hat, verdeutlichen und Lösungsmöglichkeiten aufzeigen.	Die TSUE wurde als Teil des sechsten "EU Environmental Action Programme" entwickelt und soll die Mitgliedstaaten und die regionalen bzw. lokalen Behörden in ihren Bemühungen unterstützen, die Umweltqualität in urbanen Gebieten zu verbessern und die negativen Auswirkungen städtischer Gebiete auf die Umwelt zu minimieren. Diese Ziele sind ohne eine nachhaltige Ressourcennutzung nicht zu erreichen.
Bewertung	***	***	****

Quelle: Eigene Darstellung

III. Stand der Entwicklung des IKZM in Deutschland

1. Phasen der Entwicklung auf der Bundesebene

Auf die Ausprägung eines IKZM in Deutschland hatten exogene Faktoren von internationalen und europäischen Entwicklungen Einfluss (siehe Kapitel II). Diese gaben auch das Ziel der Entwicklung des IKZM vor, wonach ein ökologisch guter Zustand der Meere und Küstengebiete Europas ein entscheidender Erfolgsfaktor für langfristiges Wachstum und Beschäftigung und das Wohlergehen der Bürger in der Europäischen Union ist/wäre, der erreicht werden soll.

Die Diskussion um ein IKZM in Deutschland wurde durch die Debatte um die Aufnahme des Prinzips der nachhaltigen Entwicklung in die Politik eingeleitet. 1996 startete das Bundesumweltministerium in Vorbereitung auf die Rio + 5 Konsultationen in New York einen Anlauf zur Formulierung einer deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Dazu initiierte das BMU einen Dialog- und Verhandlungsprozess, in welchem gesellschaftliche und staatliche Akteure sowie Vertreter der Wissenschaft über zentrale umweltpolitisch relevante Felder verhandelten. Das Ziel war die Erreichung eines gesellschaftlichen Grundkonsenses über Nachhaltigkeit. Darüber hinaus forderte das BMU konkrete Maßnahmen der beteiligten gesellschaftlichen Gruppen zur Erreichung von Nachhaltigkeit ein. Dieser Prozess lief bis 1997 und wurde mit der öffentlichen Vorstellung eines gemeinsamen Zwischenberichts aller Arbeitskreise beendet. (BMU 1997) Die Bundesregierung hat 2002 eine Nationale Nachhaltigkeitsstrategie vorgestellt, die sich auf Leitbilder, wie Generationengerechtigkeit, Lebensqualität, Sozialer Zusammenhalt und Internationale Verantwortung stützt (Vgl. Bundesregierung 2002).

Als unmittelbare Reaktion auf die Empfehlung des Europäischen Parlamentes und des Rates zur Umsetzung eines integrierten Küstenmanagement vom 30. Mai 2002 wurden verschiedene behördliche und wissenschaftliche Einrichtungen mit der Untersuchung des Status quo des IKZM in Deutschland beauftragt, darunter durch die durch das BMBF und das BMSB ins Leben gerufenen drei Forschungsprojekte², die zur Bearbeitung einer nationalen Strategie beitragen sollten. (Vgl. BMU 2006)

Zur sachgerechten Bearbeitung des IKZM in Deutschland gab das Bundesumweltministerium im Herbst 2004 ein Forschungsvorhaben in Auftrag, das vom Umweltbundesamt (UBA) unter Beteiligung des Bundesamtes für Naturschutz (BMN) durchgeführt wurde. Das Forschungsvorhaben „Nationale Umsetzungsstrategie für eine nachhaltige Entwicklung der Küstenzonen (FKZ 202 16 138), hatte entsprechend der EU-Forderung nach einem „integrierten Küstenzonenmanagement“ zum Ziel, den deutschen Bericht vorzubereiten. Auftragnehmer des Forschungsvorhabens war Dr. Bastian Schuchardt. (BMU 2006)

Am 27./28. April 2006 wurde die Strategie auf einer vom Bundesumweltministerium mit Unterstützung des Bundesamtes für Naturschutz und des Umweltbundesamtes veranstalteten internationalen Tagung in Bremen der Öffentlichkeit und den betroffenen Parteien vorgestellt. Dabei wurde über den weiteren IKZM-Prozess in Deutschland diskutiert. Die Strategie

² Das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) und das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) „Raumordnung und IKZM als Instrumente für die nachhaltige Entwicklung des Küsten- und Meeresraumes“; Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) „Zukunft Küste“ und „Forschung für ein Integriertes Küstenzonenmanagement der Odermündungsregion (IKZM-Oder)“.

einschließlich Bestandsaufnahme ist in enger Abstimmung mit den Bundesressorts, Küstenbundesländern, unter Beteiligung der Öffentlichkeit und unter Einbeziehung aller betroffenen Akteure formuliert worden. Dazu wurde ein Arbeitskreis „Nationale IKZM-Strategie“ initiiert, durch den sichergestellt werden konnte, dass die bestehenden Erfahrungen und bereits vorliegenden Beiträge Eingang in die nationale Strategie fanden. Zu Beginn des Jahres 2006 ist die nationale Strategie zwischen den Bundesressorts und mit den Küstenländern abgestimmt worden. (Vgl. BMU 2006: 62f)

Um die enge Abstimmung mit den verschiedenen Bundesressorts und den Küstenbundesländern und die Einbeziehung aller betroffenen Parteien und der Öffentlichkeit sicherzustellen, wurde die Entwicklung der nationalen IKZM-Strategie in einen Prozess eingebettet, der versucht, die bestehenden Erfahrungen und bereits vorliegenden Beiträge in die nationale Strategie zu integrieren. Dazu wurde u.a. ein Arbeitskreis „Nationale IKZM-Strategie“ initiiert, der im April und im August 2005 getagt und die Vorschläge zur Ausgestaltung der nationalen IKZM-Strategie diskutiert hat. Sowohl die Teilnehmer als auch Dritte hatten Gelegenheit, sich auch durch schriftliche Stellungnahmen zu beteiligen. Dabei sind unterschiedliche und zum Teil gegensätzliche Vorstellungen zwischen den beteiligten gesellschaftlichen Interessen sichtbar geworden. Dies macht zum einen deutlich, dass die klassischen gesellschaftlichen Diskussionslinien sich auch bei der Erarbeitung der IKZM-Strategie manifestieren; zum anderen wird deutlich, dass durch unterschiedliche Grundhaltungen einzelner Akteure und Gruppen die Entwicklung einer gemeinsamen Vision über eine nachhaltige Entwicklung an der Küste notwendig und mit Hilfe einer IKZM-Strategie weiter zu diskutieren ist. Um die Beteiligung der Öffentlichkeit und die Einbeziehung aller betroffenen Akteure zu erleichtern, ist eine IKZM-Website aufgebaut worden, auf der der Prozess dokumentiert wird (www.ikzm-strategie.de). (Vgl. BMU 2006:62)

Auf Vorschlag von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat das Bundeskabinett am 22. März 2006 eine Nationale Strategie für ein Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) in Deutschland³ verabschiedet. Mit gleichzeitigem Bericht an die Europäische Kommission setzte die Bundesregierung damit eine entsprechende Empfehlung der EU um (Empfehlung 2002/413/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2002 zur Umsetzung einer Strategie für ein Integriertes Management der Küstengebiete in Europa.⁴

2. Ergebnisse der Nationalen IKZM Strategie

Ziel des Dokumentes „Nationale IKZM-Strategie“ war es, einen flexiblen Rahmen für die Implementierung von IKZM als Leitbild für das Handeln im Küstenbereich darzustellen und dazu:

- IKZM zu definieren und IKZM-Grundsätze zu formulieren; dies sollte vor dem Hintergrund einer Bestandsaufnahme im Küstenbereich und der IKZM-Grundsätze geschehen;

³ Das Bundeskabinett vom 22. März 2006 Nationale Strategie für ein Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) in Deutschland (Bestandsaufnahme, Stand 2006) nach der EU-Empfehlung 2002/413/EG vom 30. Mai 2002: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

⁴ <http://www.ikzm-strategie.de/prozess.php>

- Stärken und Schwächen des derzeitigen Instrumentariums und vordringliche Handlungsfelder zu identifizieren;
- Schritte zur Realisierung der IKZM-Grundsätze aufzuzeigen;
- IKZM als Chance für die nachhaltige Entwicklung des Küstenbereichs darzustellen;
- die Einbindung in den europäischen Kontext sicherzustellen;
- die Aufgaben der Bundesebene umzureißen und einen Rahmen für die Umsetzung von IKZM in den Bundesländern und Regionen zu bilden. (Vgl. BMU 2006:57)

2.1. Definition

Die Nationale Strategie zu IKZM in Deutschland übernahm die IKZM-Formulierung der EU, wonach Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) der dynamische, kontinuierliche, iterative, ausgewogene und vom Nachhaltigkeitsprinzip geleitete informelle Prozess der systematischen Koordination aller Entwicklungen im Küstenbereich in den durch die natürliche Dynamik und Belastbarkeit gesetzten Grenzen ist. (Europäische Kommission 1999)

Der Begriff Küstenbereich orientiert sich an funktionalen Wechselwirkungen. Der Küstenbereich ist der Raum, in dem terrestrische und maritime Prozesse und Nutzungen (ökologische, ökonomische und soziokulturelle) sich gegenseitig beeinflussen. Das IKZM befasst sich mit den Wechselwirkungen zwischen der Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ), dem Küstenmeer (12 sm-Zone), den Übergangsgewässern im Sinne der WRRL, den in den Ästuaren anschließenden tidebeeinflussten Abschnitten und auf dem Land mit den angrenzenden Landkreisen bzw. entsprechenden Verwaltungseinheiten. Die relevante Breite definiert sich im Einzelfall durch die vorhandenen Wechselbeziehungen. (BMU 2006:58)

Nach der Nationalen Strategie wird der Begriff in dreifacher Form definiert:

- als ein informeller Ansatz, der durch gute Integration, Koordination, Kommunikation und Partizipation eine nachhaltige Entwicklung des Küstenbereichs unterstützen will,
- als ein Prozess, der als Leitbild alle Planungs- und Entscheidungsbereiche durchdringen soll,
- als ein informelles Instrument der integrierten Identifikation von Entwicklungsmöglichkeiten und Konfliktpotentialen sowie der unbürokratischen Konfliktlösung. (Vgl. BMU 2006)

2.2. IKZM Grundsätze

Die Nationale Strategie hat auf den EU-Empfehlungen basierende IKZM-Grundsätze formuliert und beschrieben und die ökologische, wirtschaftliche, soziale und rechtliche Situation im Küstenbereich analysiert (Vgl. BMU 2006:59):

1. *IKZM soll eine nachhaltige Entwicklung des Küstenbereichs mit seinen spezifischen ökologischen, ökonomischen und sozialen Eigenschaften befördern und die Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung unterstützen.*

Dies erfordert:

- einen offenen Dialog aller Akteure über die langfristigen Visionen einer nachhaltigen Entwicklung verschiedener Teilräume und der Küste insgesamt; die Entwicklung von Strategien zur Zielerreichung und ihre breit abgestimmte Umsetzung;
 - eine gleichberechtigte Berücksichtigung der verschiedenen Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung mit Orientierung an der deutschen Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie;
 - einen wirkungsvollen und naturverträglichen Schutz menschlichen Lebens vor Naturgefahren;
 - die Sicherung und Entwicklung von Rahmenbedingungen, die eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung und eine nachhaltige Erhöhung der Beschäftigungsquote fördern;
 - einen schonenden Umgang mit den natürlichen Ressourcen und eine Reduzierung vorhandener Umweltbelastungen;
 - die langfristige Sicherung und Entwicklung der ökosystemaren Funktionen und Ressourcen des Küstenbereichs auf der Basis des Ökosystemansatzes, auch als Grundlage ihrer wirtschaftlichen Nutzung;
 - eine angemessene Berücksichtigung langfristiger Auswirkungen sowohl von Richtlinien und Bestimmungen, Planungen und Entwicklungskonzepten als auch von weiteren absehbaren Veränderungen (z.B. Klimawandel);
 - transparente Planungs- und Genehmigungsverfahren.
2. *IKZM stellt ein Leitbild für politisches und gesellschaftliches Handeln auf allen Ebenen im Küstenbereich dar und zielt darauf, die Koordination der Entwicklung des Küstenbereichs in umfassender Betrachtungsweise und durch Integration aller Belange zu verwirklichen.*

Dies erfordert:

- eine gute horizontale Integration von nebeneinander bestehenden Richtlinien und Bestimmungen, Zuständigkeiten, Planungen und Entwicklungskonzepten staatlicher und gesellschaftlicher Akteure;
- eine gute vertikale Integration von Richtlinien und Bestimmungen, Planungen und Entwicklungskonzepten zwischen verschiedenen staatlichen Ebenen;
- eine gute territoriale Integration von Richtlinien und Bestimmungen, Planungen und Entwicklungskonzepten, die verschiedene in Wechselbeziehung zueinander stehende geographische und politische Teilgebiete betreffen;
- eine gute zeitliche Integration von aufeinander folgenden Zielen, Planungen und Entwicklungskonzepten;
- die Sicherung bzw. Herstellung vergleichbarer Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung und den Schutz der Küstenräume innerhalb der EU;
- aufeinander abgestimmte und möglichst einfache Richtlinien und Bestimmungen.

Die Nationale IKZM Strategie zielt nicht darauf, IKZM als eigenständiges Planungs- und Entscheidungsinstrument zu entwickeln. Sie setzt vielmehr darauf, dass IKZM als Leitbild langfristig das Handeln, den zugrunde liegenden rechtlichen Rahmen und die auf der Grundlage des rechtlichen Rahmens durchgeführten Abwägungs- und Entscheidungsprozesse durchdringen wird und so zu einer nachhaltigen Entwicklung des Küstenbereichs beiträgt. (BMU 2006:79) Deutschland hat erstmal kein Leitbild der Küste. Die Instrumente sollen zur Entwicklung des Leitbildes beitragen.

3. *IKZM bezieht alle relevanten Politikbereiche, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Akteure, gesellschaftlichen Gruppen und Verwaltungsebenen in den Prozess ein, um Entwicklungspotenziale frühzeitig zu erkennen, konsensfähige Lösungen zu identifizieren und das Konfliktmanagement zu verbessern.*

Dies erfordert:

- eine frühzeitige, umfassende und gleichberechtigte Kommunikation zwischen allen jeweils relevanten Akteuren;
- Das Vorhandensein und die Nutzung unterschiedlicher, jeweils angemessener Beteiligungsverfahren;
- Das Vorhandensein und die Zugänglichkeit aller jeweils relevanten Informationen und Forschungsergebnisse.

Das IKZM soll eine koordinierende Funktion verkörpern. Es soll darüber hinaus über komplexe Bereiche aufklären, die Zusammenhänge der Funktionalität der Küstengebiete und das Funktionieren der klimatischen Bedingungen klären. Dabei soll es die gesamte Gesellschaft für die Umweltprobleme sensibilisieren.

4. *IKZM versteht sich als kontinuierlicher Prozess, der die Phasen der Planung, Umsetzung und Evaluation von Veränderungen im Küstenbereich verbindet, um so Erfahrungen bestmöglich für die Zukunft nutzbar zu machen.*

Dies erfordert:

- Planungs- und Genehmigungsverfahren, die die ökonomischen, ökologischen und sozialen Komponenten in angemessen umfassender Weise aufbereiten, kommunizieren und in der Abwägung berücksichtigen;
- ein Monitoring und eine Evaluation der ökologischen, sozialen und ökonomischen Veränderungen im Küstenbereich und eine allgemein zugängliche Dokumentation der Ergebnisse;
- eine Fortsetzung der Forschungen im Küstenbereich, u.a. zu den Möglichkeiten multipler Nutzungen, der natürlichen Dynamik und Belastbarkeit der Ökosysteme, effektiver Methoden der Kommunikation und Abstimmung sowie integrativer Bewertungsverfahren;
- die Überprüfung des Etablierungsprozesses von IKZM und der Konsequenzen der Umsetzung der nationalen Strategie für die Küstenzone.

Wesentlicher Aspekt des IKZM-Anspruchs ist es, das Management der Küstenzone als kontinuierlichen Prozess zu begreifen, so dass auch die nationale Strategie und ihre Schritte zur Umsetzung von IKZM als Prozess verstanden werden. Darüber hinaus definiert die Nationale Strategie das IKZM als ein informeller Ansatz, der durch gute Integration, Koordination, Kommunikation und Partizipation eine nachhaltige Entwicklung des Küstenbereichs unterstützen will. Damit kann IKZM einen Beitrag zum Bürokratieabbau leisten, wenn bereits im Vorfeld Konfliktpotenziale erkannt und Lösungsansätze entwickelt werden können. Über die größere Transparenz kann die Akzeptanz von Planungen und Projekten verbessert und Synergieeffekte genutzt werden. (Vgl. BMU 2006:4)

Praktisch soll das IKZM andere informelle Instrumente unterstützen. Zu den informellen Instrumenten in Deutschland gehören:

- als informelle integrierende Konzeption: Regionales Entwicklungskonzept, Raumnutzungskonzept, Stadtentwicklungskonzept;
- als Regionales Management (kooperations- und umsetzungsorientiert): Regionalmanagement / Regionalmarketing, Regionale Agenda, Städtenetze, Euregio, Klimabündnisgemeinde;
- als Kooperations- und Handlungsinstrumente: Stadtmarketing und Lokale Agenda.

Die Nationale Strategie hat aus dem aktuellen Stand zum IKZM in Deutschland auf der Basis der bisherigen vorhandenen Ergebnissen verschiedene Schlüsse gezogen. Zu den positiven Entwicklung zählen z.B. ein gesetzlich verankertes Planungsinstrumentarium, das eine gute Plattform für die Implementierung von IKZM darstellt, wodurch wesentliche IKZM-Grundsätze bereits angewendet werden und die gesetzlich verankerte und auch praktizierte Beteiligung der Öffentlichkeit im Rahmen von Genehmigungsverfahren. Defizite bestehen dagegen in unzureichender Kommunikation zwischen den Akteuren, in einer eingeschränkten Nutzung unterschiedlicher, jeweils angemessener Beteiligungsverfahren und der Möglichkeiten zur Konfliktlösung durch Aushandlung. Weiterhin fehlt im integrativen Bereich des IKZM eine Verzahnung und Koordinierung von relevanten Prozessen und Arbeitsabläufen. In diesem Beitrag werden Empfehlungen für eine erfolgreiche Partizipation und einen erfolgreichen Dialog (Koordination) formuliert, die Elemente einer nachhaltigen Küstenentwicklung sind. (Vgl. BMU 2006) Nach Rupprecht Consult wurde in Deutschland das Kriterium einer holistisch thematischen und geographischen Perspektive erfüllt – eine der Grundsätze eines guten IKZM in den EU-Empfehlungen. Der Prozess wird in allen relevanten administrativen Einheiten involviert. Dabei wird die Komplexität der Verbindung zwischen föderalen und staatlichen Behörden gewährleistet. Der IKZM Prozess wird auf Planung und Management gegründet und Planungsinstrumenten und Managementplanung wurden zusammengeführt. Das Instrument der Spezialplanung wirkt bereits auf verschiedenen Ebenen aufeinander ein. Nach der Strategie gibt es bereits verwendbare Instrumente für horizontale, vertikale, territoriale und zeitliche Integration im IKZM Prozess. Das Gesetz über die spezielle Planung ermöglicht informelle regionale und transnationale Zusammenarbeit. Dagegen wird bemängelt, dass es keine klare Verteilung der Verantwortlichkeiten auf nationaler und lokaler Ebene gibt. Vor allem eine scharf getrennte kreuzsektorale Küsten- und Marinenpolitik wird als angebracht erachtet. (Vgl. Rupprecht Consult 2006:42f)

IV. Regionales IKZM in Mecklenburg-Vorpommern

IKZM ist eine regionale Aufgabe, die nationale Ebene hat hierzu eine leitende Funktion. Die bestehenden regionalen Unterschiede in der EU wirken sich unterschiedlich auf das Management und die Erhaltung der jeweiligen Küsten aus.

1. Natur- und wirtschaftlichbedingte Herausforderungen

Die Odermündungsregion (auch das Oderästuar genannt) ist vor zahlreiche Herausforderungen gestellt, die einen natur- und wirtschaftlichbedingten Charakter haben. Die Odermündungsregion bzw. das Oderästuar, ist eine Grenzregion zwischen Deutschland und Polen. Es wurde über die Vereinbarung zur „Regionalen Agenda 21 Stettiner Haff – Region zweier Nationen“, die im September 2002 zwischen dem Umweltministerium Mecklenburg-Vorpommern und der Wojewodschaftsamt Westpommern geschlossen wurde, definiert.

Eine Besonderheit der Odermündungsregion ist der Verlauf der Staatsgrenzen mitten durch das Stettiner Haff. Es zeigte sich früh, dass die Probleme nicht nationalstaatlich zu lösen sind. Die Region wurde aus diesem Grund durch das „United Nation Environmental Program“ zur Umsetzung eines Integrated Coastal Area and River Basin Management (ICARM) ausgewählt. Dessen Kern ist es, dass Küstenzonenmanagement mit einem Flussmanagement zu verbinden. Dies erfordert eine Betrachtung der Küstenregion als eine räumlich-funktionale Einheit.

Andere Faktoren waren die naturräumlichen Potenziale der Landschaftsvielfalt, die ökologische Sensibilität (Biotop, Arten- und Habitatschutz), die wirtschaftliche Nutzung der Region (etwa durch den Tourismus) sowie die Möglichkeit der länderübergreifenden Kooperation, die ein Pilotprojekt in dieser Region nahe legen.

In ökologischer Hinsicht ist besonders die Eutrophierung, also die unerwünschte Nährstoffanreicherung im Stettiner Haff und die Flussverschmutzung von Bedeutung. Zum Beispiel wird von polnischer Seite versucht, das Stettiner Haff schiffbar zu machen. Gleichzeitig lagern sich die im Fluss mitgeführten Verschmutzungen, zum größten Teil auf der deutschen Seite des Haffs ab. Ein weiterer Faktor ist der Tourismus, der insbesondere auf der deutschen Seite im Vordergrund steht.

Die Region unterliegt einem raschen sozialen und ökonomischen Wandel. Auf beiden Seiten der Grenze gibt es eine hohe Arbeitslosigkeit von etwa 21,8 in Westpommern und 18,7 in Mecklenburg-Vorpommern Prozent (2007). Daneben ist besonders auf deutscher Seite die Abwanderungsrate hoch. Die deutsche Seite konzentriert sich auf den Wirtschaftszweig Tourismus, während Polen mehrere Wirtschaftssektoren etabliert hat. Dazu gehören Hafen- und Maritimwirtschaft sowie die Chemieindustrie. Interessen des Natur- und Artenschutzes können kollidieren mit dem Interesse an Arbeitsplätzen.

2. Die Umsetzung des IKZM in der Odermündungsregion

Das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern hat sich entschieden in Bezug auf die Umsetzung eines IKZM in der Region einen bottom-up Ansatz anzuwenden. Die Landesebene gibt bislang keine Vorgaben in Bezug auf IKZM, sondern bedient sich der Erfahrung konkreter Projekte, u.a. des INTERREG III B Ostseeraum BaltCoast Projektes, für das das Ministerium für Arbeit, Bau und Landesentwicklung Mecklenburg-Vorpommern die Federführung übernommen hat.⁵

Das Projekt, das zur Initiierung des IKZM gemäß der Empfehlung des europäischen Parlaments und des Rates zur Umsetzung einer Strategie für ein integriertes Management der Küstengebiete in Europa von 2002 diente, ist das Forschungsprojekt „Forschung für ein IKZM in der Odermündungsregion“ (IKZM-Oder), gefördert durch das BMBF. Zusammen mit dem Projekt „Zukunft Küste“, welches am schleswig-holsteinische Wattenmeer angesiedelt ist, ist es ein nationales Referenzprojekt zum IKZM in Deutschland. Hintergrund der Förderung waren es Feststellungen über die besondere Stellung der Küstengebiete in mehreren internationalen Dokumenten (siehe Kapitel II).

Ziel der Wissenschaft im „IKZM-Oder“ war es, den nationalen und internationalen Ansprüchen zu genügen und innovativ zu sein. Die Rolle der Wissenschaft im Projekt war bisher eine Grundlagerecherche zu betreiben, d.h. die wissenschaftliche Aufstellung, Nachprüfung und Diskussion der Prinzipien der Wissenschaft. Die Vorhaben und die Endprodukte sollten darüber hinaus mit Hilfe der Bevölkerung und der Behörden entwickelt, umgesetzt und an ihre Anwendbarkeit in einem Evaluationsprozess geprüft werden. So sollte die Wissenschaft die Rolle einer begleitenden Forschung zu zentralen, regionalen Problemfeldern spielen und Instrumente, Mechanismen und Werkzeuge für regional übertragbares IKZM bereitstellen sowie Entwicklungsperspektiven für ein IKZM schaffen. Zusammen mit der Bevölkerung und den Behörden sollte die IKZM-Oder Forschung eine IKZM Initiative starten, um gemeinsam zu einer nachhaltigen Entwicklung der regionalen Küstenzone beizutragen.

Das Projekt sollte anhand des deutsch-polnischen Gebietes der Odermündung am Stettiner Haff beispielhaft aufzeigen, wie eine gemeinsame binationale IKZM-Strategie entwickelt und wie ein Integriertes Küstenzonenmanagement praktisch und nachhaltig umgesetzt werden kann. Bestehende IKZM-relevante Aktivitäten und Strukturen sollen hierbei unterstützt, gebündelt und nutzbar gemacht werden.

Das Projekt ist interdisziplinär und setzt sich aus insgesamt 11 Partnern zusammen, die unterschiedlichen Wissenschaftsdisziplinen repräsentieren. Das Leibniz Institut für Ostseeforschung Warnemünde übernahm die Koordination.

Die konkreten Aufgaben ergaben sich aus der spezifischen Situation und dem Bedarf der Region. Gleichzeitig wurde der EU-Empfehlungen Rechnung getragen, indem auf folgenden Gebieten: Entwicklung von Grundsätze des IKZM, Erstellung der nationalen Bestandsaufnahme und der nationalen Strategie, Beitrag geleistet werden sollte. Konkret bedeutet das:

- Evaluierung der bestehenden Strukturen und deren Eignung für IKZM unter den Aspekt der raumintegrierenden regionalen Planungswerkzeuge zum IKZM,

⁵ <http://www.ikzm-strategie.de/mecklenburg-vorpommern.php>

- Entwicklung von legislativen Vorschläge zur Anpassung der grenzüberschreitende Planungsinstrumente,
- Entwicklung von Vorschläge zur Modifikation bestehender Verwaltungsstrukturen und Zuständigkeiten,
- Quantitative Erfassung aller Nutzungen und zukünftiger greifenden, strategischen Managementplans für die touristische Entwicklung der Region ,
- Analyse der Auswirkungen der Klimaänderung auf die Küste,
- Analyse der Auswirkungen des Odereinzugsgebietes auf die Küste,
- Bereitstellung von Daten für die Umsetzung der WRRL, Beratung bei der Monitoring und Bewertungssystemen hinsichtlich des Gewässermanagements für die Oder,
- Entwicklung eines regional übertragbaren Ablaufplans für die Umsetzung von IKZM, Mitarbeit an der Entwicklung einer nationalen IKZM-Strategie,
- Evaluierung bestehender internationaler und nationaler Indikatorensystem für eine erfolgreiche nachhaltige Entwicklung der gesamten Küstenzone,
- Schulung und Verbreitung der Ergebnisse unter Interessierten und Entscheidungsträgern über Lernsystem CoasLear, Veranstaltung einer Sommerschool zum IKZM der Ostsee,
- Verbreitung internationale Einbindung des Projektes,
- Mittelfristiges Ziel ist es die Entwicklung eines Schirmprojektes im Rahmen des UNEP in das polnische Projekte, die polnische Seite des Odermündungsregion eingebunden werden.

Diese Aufgaben wurden in fünf Module untergliedert: 1. Dialoge und regionale Partizipation, 2. Internetgestützte IKZM – Werkzeuge, 3. Regionales IKZM, 4. Küstengewässer im Wandel, und 5. Nationale Strategie – Internationale Einbindung.

2.1. Dialoge und regionale Partizipation

Das Anliegen des Moduls *„Die Dialoge und regionale Partizipation“* war es, den Prozess der Regionalen Agenda 21 Stettiner Haff und des IKZM in der Region durch einen problem- und akteursbezogenen Ansatz auf regionaler Ebene (bottom-up) einzubringen. (Vgl. Dehne et al. 2007)

Dazu wurden strukturnahen Rahmen geschaffen, indem das Büro der Regionalen Agenda 21 eingerichtet wurde. Ziel war es, einen Transfer der IKZM-Oder Projektergebnisse in der Region zu ermöglichen und auf Bedürfnisse aus der Region aufmerksam zu machen. Durch die Aktivitäten des Agendabüros hat die Entwicklung der Regionalen Agenda 21 Stettiner Haff inzwischen eine Konsolidierungsphase als deutsch-polnische Kooperationsplattform erreicht. Die aufgebauten (Arbeits-)Strukturen und die Kontaktnetzwerke bilden einen idealen Ausgangspunkt, um gerade vor der grenzüberschreitenden Perspektive gemeinsam IKZM-relevante Inhalte zu diskutieren. (Vgl. Dehne et al. 2007)

Die Arbeitsform des Agendabüros umfasste die Kontaktbeschaffung, Workshops, Konferenzen, Informationsverbreitung, Umweltbildung. Dazu gehörte eine breit eingelegte Öffentlichkeitsarbeit, wie beispielsweise die Mitherausgabe des deutschsprachigen regionalen Newsletter oder der Umweltzeitschrift „Zielona Arka/Grüne Arche“, in dem über IKZM relevante Themen berichtet wurde. Darüber hinaus wurden die regionale Tageszeitungen einbezogen und eine Internetseite Agenda 21 eingerichtet. Das Projekt wurde gleichfalls vom Agendabüro auf verschiedenen Veranstaltungen präsentiert (z.B. im Rahmen des Naturparkbeirates). Gemeinsam mit dem IKZM-Oder Teilprojekt „Tourismus“ wurde eine Agendakonferenz zum Thema „Naturtourismus“ organisiert. (Vgl. Dehne et al. 2007)

Diese Öffentlichkeitsarbeit intensivierte die Kommunikation zwischen den Stakeholdern und führte letztendlich zur Errichtung von thematischen Kontaktnetzwerken zwischen den regionalen IKZM-Akteuren aus Forschung, Verwaltung, Politik, Vereine und Verbänden, in dem sie selber Mitglied ist, (B7 - Zusammenschluss der größten Ostseeinseln, EU-Kooperationsprojekt – SMILECOOP, Baltic Sea Sustainable Development Network, Bodenseeagenda 21). (Vgl. Dehne et al. 2007)

Neben der Frage, welche Anforderungen nachhaltige Tourismusformen im Stettiner Haff bedürfen, widmete das Agendabüro insbesondere dem Thema Umweltbildung die größte Aufmerksamkeit, indem es neben diversen Einzelgespräche und Beratungen, Workshops und Konferenzen, eine Seminarreihen zur Schulung kommunaler Vertreter in verschiedenen Aspekten nachhaltigkeitsorientierter Kommunalentwicklung veranstaltet hat. Diese Konzentration der Aktivitäten des Agendabüros auf die Umweltbildung war bedingt durch den geringen Bekanntheitsgrad des IKZM in der Bevölkerung in der Odermündungsregion. Im Lauf des Projektes wurde „IKZM“ als ein sehr sperriger und mit einem hohen integrativen Anspruch beladener Begriff wahrgenommen, der momentan noch schwer zu vermitteln ist. Nachhaltige Küstenzonenentwicklung als fachübergreifendes Managementsystem im Sinne der IKZM-Ziele ist in der Region bislang (vor allem im grenzüberschreitenden Fokus) nicht etabliert. (Vgl. Dehne et al. 2007)

Mit Hilfe des Agendabüros wurden in Zusammenarbeit der Gemeinsamen Umweltkommission des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Wojewodschaft Westpommern (GUK) die "Raumordnerischen Leitbilder für den Raum entlang der deutschpolnischen Grenze" ausgearbeitet. Im grenzüberschreitenden Umweltbildungsnetzwerk im Rahmen eines Konzeptes „Netzwerk Umweltbildung in der grenzüberschreitenden Region Stettiner Haff“ im Interreg III A-Antrag zum Management des Umweltbildungsnetzwerkes wurden mit Hilfe des IKZM Oder Teilprojektes „Indikatoren“ eine Datenbank aufgebaut, welche deutsche und polnische Projekte im Umweltbildungsbereich in der Region detailliert darstellt. Darüber hinaus wurden im Rahmen des Umweltbildungsbereichs zwei Pilot-Projekte entwickelt, die Anfang 2006 als offizielle Projekte der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ anerkannt worden sind. Auch für die deutschen und polnischen Grundschulen wurde ein Projekt „Willkommen bei mir“ entwickelt, das dem gegenseitigen Kennenlernen dient. (Vgl. Dehne et al. 2007)

Das Agendabüro versteht sich auch als Vermittler zwischen deutschen und polnischen Umweltbildungsträgern bzw. unterstützt diese (z.B. Deutsche Wildtierstiftung –

Waldbildungszentrum Kliniska, Förderverein „Natur am Stettiner Haff“ - Ökologischer Verein „Larpia“).

Im Netzwerk Lokale Agenden 21 nahm das Agendabüro die Rolle einer Beratungs- und Weiterbildungsstelle für die Lokalen Agenden in der Region ein, mit dem Ziel weitere nachhaltigkeitsorientierte Initiativen zu starten und die Akteure inhaltlich dabei zu unterstützen, sowie die Erfahrungsaustausche zwischen den Agenda-Initiativen zu moderieren. Infolge dieser Aktivitäten entstanden z.B. Alt-Warp, Bugewitz, Plöwen, Loddin sowie drei deutschpolnische Agendapartnerschaften Pasewalk – Police, Gemeinde Viereck – Gemeinde Police, Amt am Stettiner Haff – Stadt Nowogard. (Vgl. Dehne et al. 2007)

Diese durch das Agendabüro gewonnenen Informationen aus der Region wurden dem IKZM-Oder Projekt zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus wurden Kontakte zum Projekt vermittelt. Hierfür diente eine Kontaktdatenbank und die Internetseite „Regionale Agenda 21 Stettiner Haff“. (Vgl. Dehne et al. 2007)

Im Rahmen des Moduls *„Die Dialoge und regionale Partizipation“* dienten die „Deutsch-Polnischen Küstendialoge“ dazu, den Vertretern des öffentlichen und privaten Sektors aus der Region ein Forum zu geben, sich gegenseitig kennen zu lernen und über Erfahrung bei der Umsetzung des IKZM in der Region zu diskutieren. Insgesamt fanden zwei Deutsch-polnische Küstendialoge 2005 und 2007 statt, an denen regionale Vertreter des IKZM-Prozesses teilgenommen haben, die ihre Präsentationen in Konferenzberichten dokumentiert haben. (Vgl. Glaeser & Sekscinska 2007)

2.2. Internetgestützten IKZM – Werkzeuge

Ziel des Moduls *„Internetgestützten IKZM – Werkzeuge“* war es *Regionales Informationssystem, GIS IKZM Mecklenburg-Vorpommern, Entscheidungshilfesystem, IKZM-Schulungssystem* zu entwickeln und einzurichten.

Mit der Einrichtung des *„Regionalen Informationssystems“* Odermündungsregion wurde eine Informationsplattform geschaffen, die ökologischen Daten und Informationen für die deutschen und polnischen Küsten- und Seegewässer der Odermündungsregion (z.B. abiotische Umweltverhältnisse, Biotop- und Habitatstrukturen, Schutzgebiete) sowie die IKZM-Oder Ergebnisse zusammenstellt. Darüber hinaus enthält das Informationssystem das *„GIS IKZM Mecklenburg-Vorpommern“* – ein Geographisches Informationssystem mit internetgestütztem GIS. Es beinhaltet umfangreiche Daten und Informationsgrundlage zu den Umweltverhältnissen, wie topografische Grundlagendaten, raumbezogene kartographisch dargestellte Informationen (z.B. Vorsorgeplan Schadstoffunfallbekämpfung, Sensitivitätskartierung, Hochwasserschutzkonzepte, ökologische Untersuchungen für diverse Offshore-Planungen und Kabeltrassen usw.), die im Projektgebiet erarbeitet werden. Dies erfolgt anhand der Verknüpfung zwischen dem Metadatenverwaltungssystem ODIS mit dem GIS IKZM Oder und anderen Projekte, Untersuchungen, Planungen, Konzepte aus dem gesamten Küstenraum Mecklenburg-Vorpommerns. Dieses Metadatenystem stellt die Grundlage für eine vertiefte Bearbeitung spezifischer Fragestellungen in Folgeprojekten den Projektpartner und externen Anwendern, wie Fachämtern und Behörden, Universitäten und

Instituten, interessierte Privatpersonen als Arbeitsgrundlage zur Verfügung. (Vgl. Schuldt et al. 2007)

Konkret stellen die GIS-Instrumente (ESRI-Software) einen Verwertungsplan für:

- Umsetzung der WRRL im küstennahen Bereich: wesentliche Aussagen zur Umsetzung der WRRL auf nationaler bzw. länderbezogener (Küstentypologie M-V) und internationaler (CHARM-Projekt) Ebene werden in den IKZM-Prozess für die Odermündungsregion integriert;
- Etablierung von NATURA 2000: Darstellung von Anforderungen von Arten und Lebensräumen der Anhänge der FFH-Richtlinie sowie der EU-Vogelschutzrichtlinie für Aufgaben des IKZM;
- Raumordnung auf dem Meer: regionale Charakteristik der Umweltverhältnisse und deren Erhaltungsziele als Grundlage für die Etablierung von Meeresschutzziele in die Raumordnung;
- wirtschaftliche Nutzungen im Bereich der Küsten- und Seegewässer sowie Küsten- und Hochwasserschutz: Etablierung von Informationssystemen zur Bestandserfassung und –bewertung der Umweltverhältnisse sowie Wirkungsprognosen von Vorhaben;
- Havarie-Management: Integration von Grundlagen und Anforderungen des Havarie-Managements im Meeresgebiet in IKZM-Aufgaben;
- Umwelt-Monitoring: Ansätze zur Anwendung von Monitoring-Ergebnissen im IKZM;
- Umweltbildung: allgemein verständliche Aufarbeitung verschiedener ökologischen Themen sowie Bereitstellung für Lernmodule sowie Bildungsveranstaltungen. (Schuldt et al. 2007)

Das „*Entscheidungshilfesystem*“ wurde eingerichtet, um den komplexen Prozess der Lösung räumlicher Konflikte durch allgemeinverständliche aber wissenschaftlich fundierte Information zu unterstützen. Hierzu wurden Schnittstellen zu Modelldaten entwickelt und integrative Bewertungsverfahren angepasst und als methodisches Fundament für ein Onlinesystem zur Visualisierung eingesetzt. Durch die vielgestaltigen und eingängigen Möglichkeiten der Visualisierung wurde insbesondere das Ziel einer hohen Benutzerfreundlichkeit erreichbar. Das im Projekt IKZM-Oder entwickelte Entscheidungshilfesystem liefert mit seinen Funktionalitäten zur Information und damit einhergehenden Möglichkeiten der Partizipation einen wichtigen Beitrag zu den förderpolitischen Zielen Informationsdefizite verringern zu wollen und methodische Beiträge zur Lösung räumlicher Konflikte zu liefern. (Schuldt et al. 2007)

Im Rahmen des Teilmoduls „*IKZM-Schulungssystem*“ wurden Lernmodule entwickelt: „Küstengewässer im Wandel“: Auswirkungen der Klimaänderungen, Auswirkungen des Oder-Einzugsgebiets; „Nationale Strategie, Schulung und internationale Einbindung“: IKZM-Schulungssystem, Verbreitung und internationale Einbindung. Zudem war es Aufgabe des IOW wichtige Beiträge zu den Modulen: „Regionales Informationssystem „IKZM-Oder“ und „Wasserrahmenrichtlinie und Flussgebietsmanagement“ zu leisten. (Vgl. Schernewski et al. 2007)

Diese wurden in der studentischen Lehre in Kiel, im Rahmen der Fernstudiengänge „Umweltschutz“ und „Umwelt & Bildung“ sowie als Beitrag zur internationalen Lehre (Erasmus Mundus, POMOR) eingesetzt. Die technischen Werkzeuge zur Modulentwicklung wurden zudem in der Summerschool für Studenten und Graduierte im Rahmen der jährlichen Ringveranstaltung von IOW, GKSS und AWI genutzt. Diese Lernmodule wurden weiter entwickelt, indem Ergänzungsprojekte, wie ASTRA und SPICOSA erfolgten. Weitere Projekte wurden beantragt bzw. sind in Planung. (Vgl. Schernewski et al. 2007)

2.3. Regionales IKZM

Das Modul „Regionales IKZM“ setzt sich aus folgenden Themen zusammen: *Deutsch-polnische Evaluierung, Integration Küstengewässer, Nachhaltiger Tourismus, Deutsch-polnische IKZM-Oder Strategie.*

Ziele des Teilmoduls „*Deutsch-polnische Evaluierung*“ waren, die regionalen juristischen und planerischen Strukturen und Instrumente für ein IKZM in Deutschland und Polen zu analysieren, sowie Vorschläge zu einer harmonisierten deutsch-polnischen IKZM-Strategie in der Odermündungsregion, insbesondere für die Kooperation im grenzüberschreitenden IKZM der Projektregion Stettiner Haff zu entwickeln. Im Vordergrund der Untersuchungen stand die Raumplanung, die im Systemansatz des Integrierten Küstenzonenmanagements hinsichtlich ihrer Programmierungs-, Koordinierungs-, Steuerungs- und Lenkungs- sowie Verfahrensfunktionen (Öffentlichkeitsbeteiligung und Moderation) eine sehr wichtige Rolle spielt. Die ersten Ergebnisse der Evaluierung der regionalen Strukturen und Instrumente, haben gezeigt, dass juristische und planerische Grundlagen für ein IKZM in Polen und Deutschland existieren. (Vgl. Janssen et al. 2007)

Die durchgeführte Bestandsaufnahme der IKZM relevanten Rechtsvorschriften und Verwaltungsstrukturen in Deutschland und Polen zeigte, dass eine Basis für die grenzüberschreitende Kooperation zwischen Deutschland und Polen und auch Grundlagen für eine administrative Zusammenarbeit zur Umsetzung eines bilateralen IKZM in der deutsch-polnischen Odermündungsregion existiert. Sowohl in Deutschland als auch in Polen wurden in den vergangenen Jahren zahlreiche rechtliche Grundlagen – vom Internationalen Recht über Staatsverträge bis hin zur lokalen Ebene durch behördliche Absprachen – zur Erleichterung der Zusammenarbeit geschaffen. (Vgl. Janssen et al. 2007)

Die Raumplanungssysteme und Raumplanungsdokumente wurden auf ihre Tauglichkeit in Bezug auf ein grenzüberschreitendes IKZM untersucht. Raumplanerische Rahmenbedingungen - die Raumplanungssysteme - stellen Umsetzungsplattformen für ein IKZM in beiden Ländern dar. In beiden Ländern wurde die Notwendigkeit einer Koordinierung der zunehmenden maritimen und küstenzonenspezifischen Nutzungen mit Hilfe der Raumplanung erkannt. Dennoch fehlen eine das gesamte Odermündungsgebiet umspannende Raumplanung und gemeinsame Leitlinien hinsichtlich der Entwicklung der Odermündungsregion. (Vgl. Janssen et al. 2007)

Die Untersuchungen der formellen und informellen Planungsdokumente der Odermündungsregion in IKZM relevanten Handlungsfeldern (Naturschutz, maritime Wirtschaft, Schifffahrt, Landwirtschaft, Fischerei, Gewässerschutz sowie Tourismus), vor allem auf der

deutschen Seite, bilden die Grundlagen für eine fachübergreifende Betrachtung und Abwägung von Interessens- bzw. Nutzungsansprüchen. Für ein querschnittsorientiertes planerisches Vorgehen mangelt es noch an einer grenzüberschreitenden Anpassung der IKZM relevanten Handlungsfelder sowie der ausreichenden Berücksichtigung dieser in den polnischen Planungsdokumenten. (Vgl. Janssen et al. 2007)

Durch die im Teilmodul „*Integration Küstengewässer*“ durchgeführten Untersuchungen wurde festgestellt, dass Küstengewässer und –gebiete durch zunehmend vielfältige und regelmäßig kollidierende Nutzungsansprüche von Wirtschaft, Verkehr und Erholung, aber auch durch höchst komplexe und produktive Ökosysteme und daraus folgende Schutzbedürfnisse geprägt sind. Im Laufe der letzten Jahrhunderte hat sich die Situation in Qualität und Quantität des Gebrauchs, nicht zuletzt aufgrund der fortschreitenden Technologisierung, die neuartige Nutzungsmöglichkeiten im Bereich der Meere mit sich gebracht haben, erheblich verändert. (Vgl. Erbguth et al. 2007)

Im Rahmen dieses Teilmoduls zeigen die Ergebnisse der rechtliche Bewertung von Implementierungs- und Entwicklungsmöglichkeiten eines IKZM-Prozesses in Deutschland, dass der IKZM Prozess durch den steten gesellschaftlichen, politischen und rechtlichen Wandel mit unterschiedlich weitreichenden Änderungen geprägt war, wie durch die zunehmende Europäisierung nationalen Rechts, in Folge der Umsetzung europäischer Vorgaben, wie auch der Änderung bestehenden Rechts aufgrund von wissenschaftlichem und technischem Fortschritt. Hierdurch existieren Umstände, die Anlass für kontroverse Debatten und Auseinandersetzungen gaben. Als wohl wesentlichste Rechtsänderung kann die Föderalismusreform bezeichnet werden, die tief greifende Umgestaltungen der grundlegenden Rahmenbedingungen in Deutschland, nämlich der Kernkompetenznormen – auch für ein deutsches IKZM - im Grundgesetz zur Folge hat. Diese Neuverteilung der Rechtsetzungskompetenzen von Bund und Länder, verbunden mit Übergangsproblemen und Zersplitterungsbefürchtungen, aber auch mit der Chance auf ein einheitliches Umweltgesetzbuch (UGB), sowie der zusätzlich stets zu beachtenden europäischen Einflussnahme haben und werden erheblich auf die rechtliche Bewertung durchschlagen. (Vgl. Erbguth et al. 2007)

Vor dem Hintergrund der rechtlich unverbindlichen Empfehlung des Europäischen Parlamentes und des Rates vom 30.05.2002 zur Umsetzung einer Strategie für ein integriertes Management für die Küstengebiete in Europa und die Entschließung des Rates vom 6.05.1994 zu einer Gemeinschaftsstrategie für ein integriertes Management der Küstengebiete existiert weder in Deutschland, noch in den meisten europäischen Staaten ein IKZM. Der Rahmen und die rechtlichen Vorgaben für die Gestaltung eines IKZM in Form eines Steuerungsinstruments für die Küstenzone werden insoweit durch das geltende Völkerrecht, Europäische Gemeinschaftsrecht, Bundesrecht, Landesrecht und letztlich das Kommunalrecht bestimmt. Besondere Beachtung müssen neben den europäischen Rechtsakten zum IKZM die völkerrechtlichen Vorgaben aus dem Espoo- und Aarhus-Übereinkommen sowie die Biodiversitätskonvention und das Helsinki-Übereinkommen und freilich auch das einschlägige europäische Gemeinschaftsrecht mit den Natura2000-Richtlinien (FFH- und Vogelschutzrichtlinie), der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) und der Meeresschutzstrategie finden. (Vgl. Erbguth et al. 2007)

Infolge der Zugehörigkeit der Küste zum Staatsgebiet gilt im Küstenzonenbereich (ohne AWZ) die grundsätzliche Aufgabenverteilung entsprechend den Kompetenzen aus dem Grundgesetz. Fachplanung wie auch Raumordnung an der Küste und im Schnittbereich Küste/Land sind demgemäß möglich und nötig. Während Ersteres noch relativ bekanntes Terrain darstellt, ist Letzteres doch eher als Ausnahme zu betrachten. Das verdeutlichen die wenigen raumordnerischen Festlegungen bezogen auf den Meeresbereich, abgesehen von Seeschiffahrtstraßen und Vorranggebieten für Natur und Landschaft in Landesprogrammen, also unverbindlichen Darstellungen zu Energie- und Telefonleitungen, Wegen für Fähren oder neuerdings auch Ausführungen zur Freiraumstruktur bezüglich z.B. des Natura2000 Netzes. Ein weiteres Problem ist die fehlende Gebietshoheit der Gemeinden im Küstenbereich, da hier schlicht infolge mangelnder Inkommunalisierung solcher Flächen keine seeseitige bauleitplanerische Zuständigkeit vorliegt. (Vgl. Erbguth et al. 2007)

In bestimmten Schlüsselbereichen eines IKZM-Prozesses, wie Information, Kommunikation, Beteiligung und Rechtsschutz ist das geltende bzw. in Planung befindliche Recht bereits für ein taugliches IKZM gestaltet. Dies gilt insoweit als dass insbesondere durch die Umsetzung europäischer Vorgaben aus der Umweltinformationsrichtlinie, SUP-Richtlinie, UVP-Richtlinie und IVU-Richtlinie und der Öffentlichkeitsbeteiligungsrichtlinie korrespondierendes nationales Recht geschaffen wurde bzw. wird. Hier mag die exemplarische Aufzählung folgender Vorschriften wie jener des UIG (Geändertes Bundesumweltinformationsgesetz, in Kraft seit 14.2.2005) und der LUIG (Landesumweltinformationsgesetz), des Öffentlichkeitsbeteiligungsgesetzes vom 9.12.2006²⁸, des Umwelt-Rechtbehelfsgesetzes vom 7.12.2006²⁹ und der BauGB-Novelle 2004 die reichliche Ausgestaltung darlegen. Diese Regelungen werden aber auch durch national geprägte Regelungen, etwa des IFG (Gesetz zur Regelung des Zugangs zu Informationen des Bundes in Kraft seit 1.1.2006) und der entsprechenden LIFG (Landesinformationsgesetze, z.B. Brandenburg, Berlin, SH, NRW u. HH) ergänzt. (Vgl. Erbguth et al. 2007)

Im Teilmodul „*Nachhaltiger Tourismus*“, welcher sich zum Ziel gesetzt hat, „Entwicklung eines Konzeptes zur nachhaltigen Tourismusentwicklung“ zu bearbeiten, wurde erstmals ein Leitbild des nachhaltigen Tourismus am Stettiner Haff entwickelt. Das Leitbild entstand auf der Grundlagen der Erkenntnis, dass der Tourismus seit Jahren in Außenküsten mit zahlreichen Schwerpunkten, wie erstmal der klassische Badetourismus und darauf aufbauend neue Formen des Gesundheitstourismus, aber auch wassertouristische Aktivitäten sowie Formen des Kultur- und Naturtourismus dominiert und dadurch bleibt das Hinterland unterentwickelt. Gleichfalls besteht hinsichtlich der neuen Anforderungen aus dem Natura2000-Programm Abstimmungsbedarf mit dem Tourismussektor. (Vgl. Steingrube et al. 2007)

Auf der Grundlage der Bestandsaufnahme und unter Einbeziehung der vorhandenen überregionalen und regionalen Planungen wurden Grundzüge der Entwicklung im Tourismus in Form eines Leitbildentwurfes zusammengefasst. Das Leitbild basiert nicht nur auf regionalen Dokumenten, sondern auch auf theoretischen Aussagen zum Tourismusmarketing. Darüber hinaus wurden für das Leitbild und den Maßnahmenkatalog Literatur aus den Bereichen Unternehmensstrategie, Regionalentwicklung und Politikwissenschaft herangezogen, wie auch Publikationen und Informationsmaterial z.B. der Sportverbände, der Umweltverbände oder auch der Fachbehörden (Wasser- und Schifffahrtsverwaltung,

Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie). Einen Schwerpunkt bildete die Sichtung und Nutzung vorhandener überregional, regional bzw. lokal ausgerichteter Planungen u. ä. Dokumente, die einen verbindlichen Charakter besaßen, wie Planungen des Landes Mecklenburg-Vorpommern sowohl allgemeiner Art (Landesentwicklungsprogramm, Landestourismuskonzeption) wie auch spezielle Tourismusformen betreffend (z.B. Standortkonzeption für Sportboothäfen Binnen und Außenküste, Konzepte zur Entwicklung des Naturtourismus und Gesundheitstourismus). Gleiches galt für vorhandene Konzepte auf der polnischen Seite (z.B. Tourismusstrategie der Wojewodschaft Westpommern bis zum Jahre 2015). Ebenfalls einbezogen wurden die bei regionalen Verbänden und staatlichen Institutionen (z.B. Regionaler Planungsverband bzw. Landkreise und Gemeinden sowie Tourismusverbände) vorhandenen Planungen wie z.B. Regionale Entwicklungskonzepte, Tourismusleitbilder sowie Planungen zur Infrastrukturentwicklung, Maßnahmekataloge für „Regionen Aktiv“ und „Leader Plus“ u. ä. Sofern vorhanden und für den Tourismus relevant, wurden auch Planungen der Großschutzgebietsverwaltungen (Nationalpark Wolin, Naturpark Insel Usedom und Naturpark am Stettiner Haff) einbezogen. An elektronischen Medien wurden vor allem Informationsplattformen und -portale für die erste Projektphase (Bestandsaufnahme) genutzt; der Schwerpunkt lag hier insbesondere bei einzelnen Tourismusformen, Events u.ä. Als problematisch erwies sich dabei die trotz der Vielfalt der Anbieter zu verzeichnende Lückenhaftigkeit der Informationen. (Vgl. Steingrube et al. 2007)

Das entwickelte Leitbild berücksichtigt die bereits vorhandenen Leitbilder, (Uecker-Randow), Tourismusedwicklungspläne und ähnliche Planungsdokumente. In den Subregionen, wo, keine Leitbilder bzw. Planungskonzepte vorlagen, bearbeitete das Teilprojekt die Begutachtungsverfahren für Peene-Haff des BALTCOAST Programmes (zusammen mit I.L.N. Greifswald), das Ortleitbild für die Gemeinde Seebad Zempin sowie Machbarkeitsstudie zur Verbindung von Radtourismus und wassergebundenen Tourismus/touristischer Schifffahrt im Achterwasser-Peenestrombereich.

Das Leitbild entstand mit den Akteuren vor Ort und zuständigen staatlichen Stellen – z.B. Raumordnungsbehörden während der sog. ‘Fokusrunden’ und wurde weitgehend von den regionalen und lokalen Akteuren, Behörden Umweltverbänden in Deutschland als Entwicklungsperspektive der Region für die nächsten 10 bis 20 Jahre akzeptiert. Das Leitbild steht somit zu den rechtsverbindlichen Planungen nicht im Widerspruch. (Vgl. Steingrube et al. 2007)

Die Idee, ein gemeinsames Leitbild bzw. das IKZM mit Tourismusedwicklung an der Küste zu entwickeln, stößt in den meisten Behörden in Polen auf Ablehnung. Erst in der letzten Projektphase waren einige der Behördenvertreter von dem Konzept überzeugt. Es hat sich auch gezeigt, dass ein primäres Bottom-up-Vorgehen in vielen Fällen als uneffektiv einzuschätzen ist (und vielfach auch von Behördenvertretern abgelehnt wird). Günstiger ist, gut vorbereitet (mit Diskussionsgrundlagen) gezielt Gesprächspartner einzuladen und zu prüfen, inwiefern die vorbereiteten Dokumente Akzeptanz finden oder nicht. (Vgl. Steingrube et al. 2007)

2.4. Küstengewässer im Wandel

Das Modul „Küstengewässer im Wandel“ besteht aus folgenden Teilen: *„Küstengewässer im Wandel“: Auswirkungen Klimaänderung, Wechselwirkungen zwischen Küste und Einzugsgebiet, Wasserrahmenrichtlinie.*

Die hierbei verfolgten Ziele waren die Analyse der potentiellen Auswirkungen globaler Klimaänderungen auf die Küstengewässer und ihrer Relevanz für das Management der Küstenregion sowie die exemplarische modell-gestützte Analyse verschiedener Nutzungsszenarien im Einzugsgebiet und ihrer Auswirkungen auf die Küstengewässer. (Vgl. Schernewski et al. 2007)

Im Teilmodell *„Auswirkungen Klimaänderung“* haben Simulationsläufe gezeigt, die im Jahr 2006 durchgeführt wurden, dass die hieraus resultierenden Ergebnisse keine signifikanten Effekte des Klimawandels erkennen lassen. Vielmehr gehen mögliche Effekte auf die Variabilität von Temperatur, Abfluss und Nährstofffrachten zurück. Weil weiterführende Arbeiten unter diesen Umständen nicht sinnvoll waren, wurde stattdessen die neu geschaffene Möglichkeit genutzt, das Modell des Odereinzugsgebietes mit dem Modell der Ostsee zu koppeln und hierüber die Wasserqualität der vergangenen 40 Jahre zu simulieren. (Vgl. Schernewski et al. 2007)

Die bisherigen Ergebnisse und Erfahrungen des Teilmoduls *„Wechselwirkungen zwischen Küste und Einzugsgebiet“* haben gewiesen, dass ein regionales Küstenzonenmanagement ohne die enge Verknüpfung zum Einzugsgebiet der Oder und zur Ostsee nicht möglich ist, da die Küstengewässer von beiden Seiten massiv beeinflusst werden und eine wichtige Schaltstelle bilden. Als zentrales Problem lässt sich der Transport von Nährstoffen aus dem Fluss-Einzugsgebiet in die Küstengewässer und in die Ostsee identifizieren. Die Nährstoffe können massive Eutrophierungserscheinungen hervorrufen und beeinflussen den Zustand der Küstenökosysteme sowie der Ostsee. Auch die an die Wasserqualität gebundenen ökonomischen Nutzungen wie der Tourismus (z.B. Badetourismus) und die Fischerei können davon erheblich betroffen sein. Das Fluss-Küste-Meer-System unterliegt Veränderungen, die aus den regionalen Auswirkungen des globalen Klimawandels, aber auch aus unterschiedlichen Transformationsprozessen im Bereich der Küstenzone und des Flusseinzugsgebietes (z.B. (land-)wirtschaftliche Veränderungen durch den Beitritt Polens zur EU) resultieren. Diese Veränderungen beeinflussen direkt und indirekt die Höhe des Abflusses und die Nährstofffrachten der Oder. (Vgl. Schernewski et al. 2007)

Die Verfügbarkeit von Daten, Fakten, Informationen, Dokumenten, Publikationen, Modellen und Werkzeugen stellt eine zentrale Voraussetzung für die regionale Koordination, Kommunikation und Partizipation dar. Gerade in der grenzübergreifenden deutsch-polnischen Küstenregion liegen hier aber erhebliche Defizite. Dies gilt sowohl für den deutschen Teil der Region als auch zwischen Deutschland und Polen sowie zwischen Einzugsgebiet und Küste. Zudem besteht ein wenig ausgeprägtes Bewusstsein für die Probleme in der Küstenzone und eine geringe Identifikation der Bevölkerung mit der Gesamtregion. Um diese Probleme überwinden zu helfen, wurden im Projekt technischmethodische Entwicklungen realisiert, die die Funktion eines Kondensationskernes für das Projekt und eine Integrationsfunktion für IKZM in der Region übernommen haben. Diese technischen Entwicklungen sind

weitestgehend abgeschlossen und können in der Zukunft mit weiteren Inhalten gefüllt und auf konkrete Nutzergruppen zugeschnitten werden. (Vgl. Schernewski et al. 2007)

2.5. Nationale Strategie – Internationale Einbindung

Ziel des Moduls *Nationale Strategie – Internationale Einbindung* war die Forschung für *Übertragbare IKZM-Empfehlung, Indikatoren für IKZM, Internationale Einbindung*.

Indikatoren für IKZM sollten dazu dienen, das Monitoring und die Steuerung des IKZM Prozesses zu verbessern. Ziel des Teilmoduls „*Indikatoren für IKZM*“ war es für einen IKZM-Prozess auf Ebene der Region Odermündung ein Indikatorenset zu entwickeln, das in geeigneter Weise sowohl die Handlungsnotwendigkeiten des Politikansatzes IKZM und des ihm zugrunde liegenden Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt, als auch eine Anschlussfähigkeit an die Situation der Region gewährleistet. (Vgl. Dehne et al. 2007)

Mit den entwickelten Indikatoren wurde eine geeignete Grundlage für einen in der Region noch ausstehenden Diskussionsprozess zu Leitlinien und Zielen eines IKZM in der Odermündungsregion entstanden. Sie bieten durch den Bezug zu regionalen Problemfeldern der Küstenentwicklung und jeweils zuständigen Akteuren die notwendige Anschlussfähigkeit an die regionale Praxis. Ihre Entwicklung hat dort angesetzt, wo die Region in Sachen IKZM derzeit steht. Der Auswahlprozess zu den Indikatoren ist nachvollziehbar dokumentiert und vorliegende Indikatoren können für die Operationalisierung entstehender Ziele und darauf aufbauende Steuerungsansätze genutzt werden. (Vgl. Dehne et al. 2007)

Für die Fortführung des Vorhabens auf polnischer Seite der Region ist ein geeignetes Raster entstanden, das bei gleicher Vorgehensweise einen Abgleich beider Seiten der Region und die Bildung eines gemeinsamem grenzüberschreitenden Kernindikatorensets für die gesamte Region Odermündung ermöglicht. (Vgl. Dehne et al. 2007)

Im Rahmen des Teilmoduls „*Internationale Einbindung*“ haben die erarbeiteten Ergebnisse aus dem IKZM-Oder Projekt Eingang in zahlreiche, teilweise internationale, Aktivitäten gefunden und einen konkreten deutschen Beitrag zum internationalen IKZM gebildet. Durch die Einbindung der Ergebnisse in die Datenbanken verschiedener Organisationen (UNEP, UNESCO, LOICZ, EUCC, GPA etc.) sowie in verschiedene Projekte (ENCORA, ASTRA, SPICOSA, COPRANET etc.) wurden und werden die Ergebnisse und Erfahrungen systematisch verfügbar gemacht und stehen dauerhaft international zur Verfügung. (Vgl. Schernewski et al. 2007)

Alle Ergebnisse und Berichte wurden im Regionalen Informationssystem dauerhaft zur Verfügung gestellt und beinhalten in der Regel eine polnische und eine englische Kurzfassung, so dass die Ergebnisse direkt von allen potentiellen Nutzern aufgegriffen werden können. Das Regionale Informationssystem (einschließlich GIS und Entscheidungshilfesystem) soll der grenzübergreifenden Region und der Öffentlichkeit dauerhaft und unentgeltlich über die Projektlaufzeit hinaus als Informations- und Planungshilfe zur Verfügung stehen. Die Strategie zur langfristigen Finanzierung durch Kooperation mit regionalen Organisationen und der Wirtschaft wird weiterentwickelt. Das im Projekt entwickelte Metainformations-System ODIS bildet die Schnittstelle zu NOKIS (Nordund

Ostseeküsten Informationssystem) und gewährleistet einen gegenseitigen Austausch von Daten und Informationen. Alle zentralen Ergebnisse des Projektes werden in ODIS indiziert und lassen sich damit dauerhaft von NOKIS und anderen (internationalen) Metainformationssystemen abrufen. Durch die Anbindung an NOKIS wird eine stärkere Verbreitung und langfristige Verfügbarkeit der Projekt- Ergebnisse sichergestellt. Die entwickelten Datenbanken (Projekte, Veranstaltungen, Fotomaterial, Experten, Dokumente) werden allgemein zur Nutzung bereitgestellt. Konkrete Absprachen zur Nutzung bzw. Übernahme bestehen aktuell mit NOKIS, Coastal Futures, Baltic Lagoon Network, Innenministerium Schleswig- Holstein, SPICOSA, ASTRA und EUCC-International. EUCC – Die Küsten Union Deutschland hat zugesagt, die Datenbanken über die Projektzeit hinaus zu pflegen und fortzuführen. (Vgl. Schernewski et al. 2007)

Durch die zukünftige selektive räumliche Erweiterung des IKZM-Oder GIS auf das gesamte Einzugsgebiet der Oder, die gesamte deutsche Ostseeküstenregion sowie um Basis-Geoinformationen zur Ostsee und ihrer Küstenlinie kann es einen Schirm für Geo-Informationen anderer Regionen – national und international – bilden und Dritten zur Verfügung gestellt werden. Konkrete Vorgespräche hierzu wurden bereits geführt (Baltic Lagoon Network, NOKIS, Innenministerium Schleswig- Holstein, SPICOSA, ASTRA). EUCC- Die Küsten Union Deutschland hat zugesagt, das IKZM-Oder GIS über die Projektzeit hinaus fortzuführen. (Vgl. Schernewski et al. 2007)

V. Empfehlungen: Kurz-, mittel- und langfristige Handlungsoptionen

Dialoge und regionale Partizipation

Aus den Ergebnissen des Moduls „*Dialoge und regionale Partizipation*“ wird es empfohlen die Weiterbildung der Akteure im Rahmen des Netzwerks Umweltbildung fortzusetzen, um sie in den IKZM-Ansatz besser einzubinden. Die Umweltbildung der Bevölkerung sollen langfristig die lokalen Agenden 21 übernehmen, um dann die Bevölkerung an den regionalen Formen und Runden Tische teilnehmen zu lassen. (Vgl. Dehne et al. 2007)

Die Weiterentwicklung des IKZM anhand von an regionalen Konstellationen orientierten Lösungsansätzen ist nach wie vor notwendig. Gerade die Gestaltung von Partizipationsmöglichkeiten hängt eng mit dem Einfassen von Aufgabe, Umfang und Ziel eines regionalen IKZM zusammen. Eine von dieser Diskussion losgelöste Beschreibung von Einbindungs- und Handlungsoptionen IKZM-relevanter Akteure ist nicht möglich. Jedoch ist gerade der Dialog mit den Akteuren vor Ort im bottom-up-Sinne ein Schlüssel zum Kreieren passgenauer Anforderungen und Möglichkeiten für das IKZM und muss weiter verfolgt werden, wenn diese/das IKZM eine in der deutschen Planungspraxis erfolgreiche Verankerung finden soll. (Vgl. Dehne et al. 2007)

Da die IKZM-relevanten Fachbehörden in der Region weiterhin noch überwiegend sektoral ausgerichtet sind, ist es entsprechend wichtig weiter gemeinsam mit den Stakeholdern und Fachbehörden regionale Anforderungen und Umsetzungsleitlinien zu beschreiben und anwendungsorientiert vorzubereiten. Dafür bietet der informelle grenzüberschreitende Kooperationsprozess der Regionalen Agenda 21 Stettiner Haff nach wie vor den derzeit besten Handlungsrahmen. (Vgl. Dehne et al. 2007)

Um die Nachhaltigkeit der Dialogprozesse zu bewahren, wird es empfohlen die „Deutsch-polnische Küstendialoge“ zukünftig regelmäßig stattfinden zu lassen, mit dem Ziel sich in der Diskussion dem Konzept eines grenzüberschreitenden IKZM Strategie anzunähern und aus den Dialogen ein Deutsch-polnisches Forum mit Beteiligung aller relevanten stakeholdern einzurichten. (Vgl. Glaeser & Sekscinska 2007)

Internetgestützte IKZM-Werkzeuge

Nachdem eine gemeinsame Informationsplattform gebildet wurde und damit die Aktivitäten zusammengestellt wurden, wird es empfohlen, zu den topografischen Basis-Informationen weitere Informationen, insbesondere auch Ergebnisinformationen aus den anderen Teilprojekten zusätzlich abzubilden, die für IKZM im gesamten Land Mecklenburg-Vorpommern von Bedeutung sind. Es wird empfohlen eine einheitliche Grundlage überregional bzw. international zu schaffen, ein Metadateninformationssystem zu erstellen und in das GIS IKZM einzubinden. Um ein globales GIS System einzurichten, wird es empfohlen alle lokalen Systeme der Vorsorgeplan Schadstoffunfallbekämpfung mit Sensitivitätskartierung oder das GIS-Küste, NOKIS (Deutschland) sowie Contingency Planning for Marine Pollution (St. Petersburg) oder CoastBase (EU) einzubinden. Das GIS-System strebt eine Schirmfunktion über das Oder-Einzugsgebiet an sowie die Küstenzonen des gesamten Ostseeraumes zu übernehmen und Rolle eines Gesamtsystems für alle IKZM Projekte zu übernehmen. Hier wird ein weltweites GIS zur Abbildung von Transportströmen und Lagerstandorten in Verbindung mit den weltweit lokal vorhandenen Risiken angestrebt. (Vgl. Schuldt et al. 2007)

Für die GIS-Daten des GIS-Odermündung bestehen Metadaten, die in das Nordsee-Ostsee-Küsteninformationssystem (NOKIS - <http://nokis.baw.de>) integriert werden können. Das System, das GIS und Metadaten system miteinander verknüpft, ist ausbaufähig für andere GIS-Projekte. Dabei kann ein webbasiertes GIS sowie eine Aufarbeitung ausgewählter Inhalte als Karten mit Erläuterungstexten („Steckbriefe“ - <http://www.ikzmoder.de/steckbriefe.html>) genutzt werden. Um den Zugriff auf Daten zu vereinfachen und zu beschleunigen, wird es empfohlen das GIS System für andere Projekte zugänglich zu machen und die dafür erforderlichen Schnittstellen durch das GIS IKZM M-V vorzugeben. (Vgl. Schabelon et al. 2007)

Weiterhin wird es empfohlen, bei der Erstellung einer einheitlichen Daten- und Informationsgrundlage für ein IKZM-Gebiet folgende Frage zu beantworten:

- Struktur und „Organisation“ der zur Verfügung stehenden Daten (wie Art der Daten, thematischer, räumlicher und zeitlicher Bezug der Daten; Verfügbarkeit einschließlich Zuständigkeit, Verantwortlichkeit, Laufendhaltung / Pflege)
- Eignung des Inhalts (Art der Daten und Information) für verschiedene Aufgabenstellungen des IKZM (spezifische Fachaufgaben, integrative Aussagen, grundlegende Charakteristiken für Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit u.a.)

- Möglichkeit (Verfahren und Methoden) und Aufwand für Aufbereitung für das Informationssystem (Integration in Datenbanken, Integration in GIS-System, mögliche Schnittstellen, Art und Weise eines Datenaustausches u.a.)

Art der Bereitstellung der zusammengestellten Daten und Informationen für verschiedene Aufgaben des IKZM (Metadaten als Grundlage für die weiterführende Informationsrecherche; GIS-Daten in Verknüpfung mit Datenbanken für spezifische Fachaufgaben; zusammenfassende, vereinfachte Informationsdarstellung im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit u.a.m.) Nachfolgend sollen einige Aspekte, die anhand der erstellten GIS-Daten verdeutlicht werden können, kurz erläutert werden. (Vgl. Schabelon et al. 2007)

Regionales IKZM

Im Rahmen des Moduls „*Deutsch-Polnische Evaluierung*“ wird es empfohlen, das EU Recht weiterhin umzusetzen, um eine gemeinsame binationale IKZM-Strategie zu entwickeln. Darüber hinaus wird es empfohlen, Kooperationsinstrumente in den Sektoren Umweltschutz und Raumplanung in Richtung IKZM zu entwickeln, um ihre Effizienz und effektive Durchsetzbarkeit zu garantieren. Die Möglichkeiten grenzüberschreitender Zusammenarbeit, die im Rahmen zwischenstaatlicher Abkommen durchgesetzt werden können, sind gering. Der grenzüberschreitende örtliche Zweckverband könnte als Kooperationsinstrument bzw. die Europäischen Verbände für grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen eines bilateralen IKZM gelten. Die Kooperationen könnten umgesetzt werden, indem legislative Verbesserungen im Bereich der gesetzgeberischen Durchsetzung eines IKZM unter Berücksichtigung der Stärkung einer grenzübergreifenden Zusammenarbeit sowie der polnischen meeresbezogenen Regelungen vorgenommen werden. Als eine neue Entwicklungsmöglichkeit und Impulsquelle in der Meerespolitik wird die Meeresstrategie-Richtlinie gewürdigt. Programme, die auf den Uferschutz und die Oderbewirtschaftung abzielen, können als Beispiele für mögliche Durchsetzungsinstrumente für das IKZM angesehen werden. (Vgl. Janssen et al. 2007)

Im Bereich Raumplanung wird es empfohlen eine grenzüberschreitend aufeinander abgestimmte Steuerung raumbedeutsamer Planungen hinsichtlich der Entwicklung gemeinsamer Leitlinien und Ziele in Form eines deutsch-polnischen Dialogs zwischen allen relevanten Akteuren. Die auf diese Weise gewonnenen Erkenntnisse können die Basis für die Erarbeitung einer Strategiegrundlage zur grenzüberschreitenden räumlichen Planung bilden. (Vgl. Janssen et al. 2007)

An die Ergebnisse des Teilmoduls „*Integration Küstengewässer*“ anknüpfend, werden Empfehlungen hinsichtlich der Anpassung der Rahmenbedingungen für ein IKZM formuliert. Insbesondere wird es empfohlen, Handlungsanweisungen für Entwicklung der Modifikationen der betroffenen Rechtsgrundlagen, auf deren Grundlage eine räumliche, administrative und intersektorale Integration der EU-Zielvorgaben im Rahmen des IKZM im deutschen und polnischen Recht stattfindet. Darüber hinaus wird es empfohlen, für das IKZM erforderliche Beteiligungsrechte der Öffentlichkeit im deutschen Recht auszuarbeiten. Dabei soll beantwortet werden, an welcher Stelle im nationalen Recht die völker- und europarechtlichen Vorgaben (die Aarhus-Konvention, die SUP-Richtlinie, Öffentlichkeitsbeteiligungs-Richtlinie)

anknüpfen sollen. Es wird empfohlen Steuerungsmöglichkeiten für das IKZM nach integrativer und intergenerationeller Ansatz aufzuzeigen und die Reichweite des jeweiligen Rechtsregimes (nationales Recht/Europarecht/Völkerrecht) sowie seine Auswirkungen auf niederrangige Rechtsebenen dazustellen. (Vgl. Erbguth et al. 2007)

Es müssen im Gefolge der Vorschriften zu Information, Beteiligung und Rechtsschutz im Allgemeinen nationale Regelungen zur Planung wie das Raumordnungs- und Planungsrecht im Besonderen Änderungen erfolgen, jedenfalls insoweit als dass die bislang vorherrschende (ausschließliche) terrestrische Ausrichtung der Regelungen nach den nunmehr zu sammelnden Erfahrungen aus der Raumordnung für die Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) und ggfs. für das Küstenmeer aufgegeben und eine (noch stärkere) „Marinisierung“ der entsprechenden Vorschriften einsetzen wird. (Vgl. Erbguth et al. 2007)

Ohne einen vorgegebenen Rahmen für einen IKZM-Prozess wird jedoch dieser lediglich in konfliktfreien oder konfliktsschwachen Regionen erfolgreich sein, das Ergebnis sodann aber wesentlich von der Durchsetzungsfähigkeit und –kraft der einzelnen Interessen und Vertreter abhängen. Dergestalt werden geeignete Verfahrensmechanismen in erheblicher Art und Weise zum Gelingen eines IKZM beitragen und abstrakt auf jede Region übertragbar und dort anwendbar sein. Das bestehende Instrumentarium zur Steuerung von Nutzungsarten und Schutzbedürfnissen sowie das geltende Recht lassen auch grundsätzlich ein weiteres planendes Verfahren zu; dieses sollte allerdings nicht frei im Raum eingesetzt, sondern aus Deregulierungs- und Akzeptanzgesichtspunkten mit Bestehendem verknüpft werden. IKZM kann - aber muss nicht - ein eigenständiges formales Planungsinstrument sein; es kann beispielsweise einem in der Region steuernden, d.h. planendes Verfahren „vorausgeschickt“ oder diesem „angehängt“ werden. Ein auf verschiedenen räumlichen Ebenen durchgeführtes IKZM steht für eine koordinierte und angepasste Entwicklung und soll gegenläufige Planungen benachbarter Regionen verhindern. Besonderes Augenmerk ist dabei auch auf eine grenzüberschreitende Abstimmung zu legen. Die regionale Ebene stellt wiederum die detailreichste dar und kommt dem IKZM-Gedanken am nächsten. (Vgl. Erbguth et al. 2007)

Von besonderer Bedeutung sind die Entwicklung erforderlicher Definitionen wie zur Küstenzone, der zu Beteiligten und der einzubeziehenden Themenbereiche.

Eine Bestandsaufnahme der in der Region bestehenden Nutzungs- und Schutzansprüche wie auch der bestehenden und möglichen Konflikte sollte als erster Schritt erfolgen. Dazu sind vorhandene Planungen verschiedenster Akteure heranzuziehen. Die Öffentlichkeit soll in einem weiteren Schritt breit informiert und beteiligt werden. Klare Befugnisse zu einer Endentscheidung, einem möglichen IKZM-„Plan“ wie auch ein angemessener aber befristeter zeitlicher Rahmen sollten innerhalb des Verfahrens den Durchführenden an die Hand gegeben werden. Das Ergebnis in Form eines tauglichen IKZM sollte auf einer umfassenden und ausgewogenen Entscheidungsgrundlage basieren und bestmöglich demokratisch legitimiert sein. (Vgl. Erbguth et al. 2007)

Der IKZM-Prozess bedarf freilich eines grundsätzlich wertneutralen Moderators, der die Berücksichtigung tendenziell vertretungsschwacher Interessen, wie das Gemeingut und sonstige gesellschaftlich wichtige Schutzinteressen gewährleistet und unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten in den Fokus des Prozesses stellt. Mediation als ein

geeignetes Mittel zur Entspannung und Entschärfung von Konfliktsituationen ist dem IKZM-Gedanken nahe und kann zur umfassenden Bestandsaufnahme der Interessen wie auch zur Beschleunigung des Verfahrens im Streitfall beitragen. Der Prozess eines IKZM stellt einen immerwährenden Prozess dar, welcher kein starres Ergebnis für die Region für mehrere Jahrzehnte enthält. Planungssicherheit und –klarheit unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten müssen jedoch für die Akteure gewährleistet werden. Es ist daher erforderlich, eine Bindungswirkung eines IKZM vorzusehen, damit die Ergebnisse des IKZM-Prozesses tatsächlich in die Praxis umgesetzt werden. In welcher Form indes die Bindungswirkung erfolgt, ist von untergeordneter Bedeutung und kann sowohl durch Verträge, als auch durch hoheitlichen Akte festgelegt werden. Ob das bestehende IKZM nach dem Zeitablauf noch seine Berechtigung hat oder ob wesentliche Änderungen bei den Entscheidungsgrundlagen vorliegen und ggfs. eine Umorientierung erfolgen sollte, ist innerhalb einer angemessenen Frist ist zu kontrollieren. Daher sollte eine Gültigkeitsdauer vorgesehen werden. Aus legislativer Sichtweise wäre eine europäische Harmonisierung eines IKZM u.a. mit Blick auf eine praktikablere Handhabung mit benachbarten Staaten zu begrüßen. (Wegen der Einzelheiten vgl. bitte in den entsprechenden Ergebnissen in der IKZM-Oder-Reihe.) Im Untersuchungsgebiet herrschen als Nutzungen vor allem Tourismus und Fischerei sowie eine insgesamt geringe wirtschaftliche Betätigung vor. Die Überalterung der Gesellschaft wie auch die sehr hohe Arbeits- und daraus folgende Perspektivlosigkeit insbesondere junger Menschen in der Region der Odermündung stellen große Probleme dar. Die intakte Umwelt hat als Schutzgut einen sehr hohen Stellenwert und ist der häufigste Konfliktpartner bei den Nutzungen. (Wegen der Einzelheiten vgl. die Veröffentlichungen im Rahmen der IKZM-Oder-Reihe.) Während es sich bei der IKZM-Strategie um eine Empfehlung handelt, verpflichtet die Wasserrahmenrichtlinie die Mitgliedstaaten hinsichtlich konkreter Zielvorgaben wie auch der zu nutzenden Instrumente. (Vgl. Erbguth et al. 2007)

Obwohl die Wasserrahmenrichtlinie wie das IKZM-Konzept langfristig das Ziel einer nachhaltigen Nutzung der Naturbestände verfolgt, bezieht sich IKZM auf sämtliche Ressourcen, während die Wasserrahmenrichtlinie vor allem das Medium Wasser fokussiert. In der Sache weisen Wasserrahmenrichtlinie und IKZM jedoch in ihrer Herangehensweise Parallelen bzw. Schnittstellen auf, die durch entsprechende Koordination effektiv genutzt werden können. Vor allem das Prinzip der umfassenden Betrachtungsweise ist beiden gemein. Es respektiert sowohl die engen Verknüpfungen zwischen marinen und terrestrischen Komponenten als auch die spezifischen Bedingungen in der betreffenden Region. Vor allem im Rahmen der „wasserrechtlichen“ Öffentlichkeitspartizipation und der Aufstellung der Maßnahmenprogramme und Bewirtschaftungspläne für die Küstengewässer können IKZM-Aspekte Berücksichtigung finden. Im Rahmen der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie lässt sich dergestalt mit Blick auf die Küstengewässer ein bedeutender Beitrag i.S.d. IKZM leisten. Zudem können die Grundprinzipien des IKZM, vor allem die auf Konsens beruhende ganzheitliche Planung und Entscheidungsfindung, beim Umsetzungsprozess der Wasserrahmenrichtlinie als Leitbild fungieren und zu einer breiten Akzeptanz aller Betroffenen führen. (Vgl. Erbguth et al. 2007)

Im Verlauf des Teilmoduls „*Nachhaltiger Tourismus*“ zeigte sich, dass das gesamte Untersuchungsgebiet des Projektes nicht als eine touristische Einheit (Destination) behandelt

und vermarktet werden kann. Die touristisch bereits sehr weit entwickelte Außenküste hat sich im Tourismusmarkt bereits so weit etabliert, dass sie nicht mehr unter einem anderen Label einzupassen ist. Insofern ist festzuhalten, dass die Insel Usedom als eigenständige Tourismus-Destination – parallel zum (auf gleicher Ebene wie) das übrige Gebiet rund um das Stettiner Haff – weiterentwickelt werden muss. Der polnische Teil Usedom sowie die Insel Wolin und der Festlandbereich um Kamien Pomorski und Goleniow müssen eine Doppelrolle einnehmen: Einerseits sind sie unbedingt bei jeder Weiterentwicklung Usedom zu beteiligen und andererseits auch bei den Marketingaktivitäten der Ferienregion Stettiner Haff einzubinden. (Vgl. Steingrube et al. 2007)

Als Entwicklungsziele wären grundsätzlich für alle Subregionen herauszustellen

- im Bereich Uecker-Randow der Naturtourismus, Wandertourismus und Radtourismus sowie einzelne Elemente des Kulturtourismus,
- im Bereich des Großraumes Szczecin der Kultur- und Städtetourismus, der ländliche Tourismus, der wassergebundene Tourismus sowie spezifische Angebote im Bereich der Naherholung,
- im Bereich Usedom der klassische Badetourismus, Naturtourismus und Formen des touristisch relevanten Wassersports sowie der Gesundheitstourismus,
- sowie im Bereich der Insel Wolin der Naturtourismus, Gesundheitstourismus sowie Formen des Kulturtourismus und einzelne Bereiche des Wassersports. (Vgl. Steingrube et al. 2007)

Aus Gründen des hohen internationalen Bekanntheitsgrades der Stadt Szczecin und des einzigartigen Naturraumcharakters „Haff“ mit einer offensichtlichen Naturnähe und Wasserverbundenheit sollte die Dachmarke „Stettiner Haff“ weiterentwickelt werden. Weiterhin bleibt festzuhalten, dass der Leitbildentwurf im Detail wie auch die Verknüpfung von Tourismusentwicklung und IKZM-Idee im Allgemeinen in der Region zwar zur Kenntnis genommen wird, aber mit „wissenschaftlichem Charakter“ behaftet bleibt und von den Akteuren vor Ort nicht uneingeschränkt als notwendig erachtet wird. Dennoch werden z.B. eine gemeinsame Vermarktung durchaus als wünschenswertes Ziel erklärt und die Grundgedanken des Leitbildentwurfes akzeptiert. Konkret wäre für die gemeinsame Vermarktung erst einmal eine geeignete Struktur zu schaffen. Aus praktischen Gründen (Erreichbarkeit, Akzeptanz, Finanzierungsmöglichkeiten) wäre ein Sitz in Szczecin vorzuziehen. Konkrete Schritte, um die Einrichtung dieser Struktur in die Wege zu leiten, werden in den letzten Monaten der Projektlaufzeit in Abstimmung mit der Verwaltung der Wojewodschaft Westpommern, der Regionalen Agenda Szczecin und der deutschen Stellen unternommen. Als konkretes Ziel – der Maßnahmenkatalog mit der Beschreibung der entsprechenden Vorhaben ist in Vorbereitung und erscheint im Februar 2007 – ist herauszustellen, dass einzelne Zweige des Wassertourismus weiter zu entwickeln sind:

- durch eine der Region hinsichtlich Bauausführung und Quantität angepasste Hafeninfrastuktur sowohl für Gastflieger mit Interesse an Liegeplätzen in Naturnähe wie auch für Dauerflieger z.B. aus dem Großraum Berlin mit attraktiver Verkehrsanbindung,

- durch Stärkung von Nischenprodukten wie Angeln, Surfen und Tauchen durch Erleichterung von behördlichen Genehmigungsverfahren, Schaffung künstlicher Infrastruktur (Angelteiche, Unterwasserattraktionen usw.),
- durch die bessere Inwertsetzung des maritimen Erbes und des Bewusstseins der Bevölkerung dafür,
- durch die weitere Entwicklung von Szczecin/Swinoujście als Kreuzfahrtziel auch mit der Option Passagierwechsel, durch eine Stabilisierung der lokalen Ausflugsschifffahrt sowohl mit Funktionen im Netz von Fährverbindungen für Wanderer und Radfahrer als auch themengebundener Ausflüge (Naturbeobachtung, Wiederinbetriebsetzung traditioneller Fahrzeuge der Region usw.). (Vgl. Steingrube et al. 2007)

Weiterhin muss an der Verbesserung der Beherbergungskapazität und Gastronomie im ländlichen Raum südlich des Stettiner Haffs gearbeitet werden – auch hier sind lokale und regionale Besonderheiten und Alleinstellungsmerkmale (z.B. Gutshäuser) zu beachten. Eine Verbindung mit Elementen des ländlichen Tourismus und der Landwirtschaft würde sich anbieten, gleichfalls auch eine Belebung der vorhandenen Wege für Radwanderer, Wanderer und Reiter. Eine Schlüsselstellung nehmen die drei Großschutzgebiete ein; hier sollte an einer weiteren Profilierung als touristische Dienstleister (und nicht nur als Träger von Umweltbildungsprogrammen) gearbeitet werden. Dass dies eine gute Abstimmung mit den anderen lokalen Akteuren voraussetzt, ohne eine staatlich subventionierte Konkurrenz entstehen zu lassen, versteht sich von selbst. Als Ergebnis der parallel bearbeiteten Projekte ist herauszustellen, dass es Nachholbedarf bezüglich der Verbindung von Radtourismus und Fahrradwegenetz gibt und dass durch die – wenn auch zu subventionierende – Einrichtung von Fahrradfährverbindungen der Radtourismus wesentlich an Attraktivität gewinnen würde. Hinsichtlich der Akzeptanz der Ausweisung von Natura2000-Gebieten ist als Ergebnis eines Abstimmungsverfahrens mit den Touristikern festzuhalten, dass sanktionierende Regelungen (Schutzvorrang ohne Nutzung) nur für sehr wenige Flächen zu treffen sind, statt dessen gibt es erheblichen Spielraum für temporäre und lokale Sonderregelungen, deren Konfliktpotenzial vergleichsweise gering ist. (Vgl. Steingrube et al. 2007)

Es wird empfohlen, die vergleichende Bestandsaufnahme der touristischen Infrastruktur zu aktualisieren. Diese Informationen sind – auch wenn durch das Regionale Informationssystem auf polnischer Seite die Daten noch nicht flächendeckend und hoch auflösend darstellbar sind – via Internet auch für die Öffentlichkeit nutzbar und stellen darüber hinaus für die Planung zukünftiger konkreter touristischer Projekte eine wertvolle Datenquelle dar. Das gilt für die eigentliche Bestandsaufnahme genau so wie für die Ergebnisse der Graduierungsarbeiten, die methodisch und in den Ergebnissen zumindest für die Region neuartig waren. In den Maßnahmekatalog werden ausschließlich Projekte aufgenommen, die von den lokalen bzw. regionalen Akteuren selbst initiiert wurden bzw. die unter der strikten Maßgabe der Realisierungsfähigkeit aus wissenschaftlicher Sicht sinnvoll wären, für die aber noch kein Interessent gefunden werden konnte. (Vgl. Steingrube et al. 2007)

Hinsichtlich der Verwendbarkeit der vorgelegten Dokumente muss aber unterstrichen werden, dass damit eigentlich die Grenzen der wissenschaftlichen Orientierung hin zur Consulting-Tätigkeit schon überschritten wurden (daran wurde zu Recht gelegentlich Kritik geäußert). Die

konkrete Umsetzung soll und muss jetzt ausschließlich Aufgabe der lokalen und regionalen Akteure sein. Eine weitergehende moderierte (und vielleicht auch wissenschaftlich begleitete) Verfahrensweise sollte angestrebt werden, dafür müsste aber erst eine Finanzierungsmöglichkeit gesucht und gefunden werden. Vorschläge dazu wird der Maßnahmenkatalog enthalten. (Vgl. Steingrube et al. 2007)

Es hat sich bewiesen, dass eine praxisorientierte Forschung, wie im Falle des IKZM-Oder Projektes, einer fortschreitenden Entwicklung der Tourismusbranche zugute kommt. Außerdem ist durch die konkrete Forschung vor Ort und den Dialog mit den Akteuren der Tourismusbranche der IKZM-Prozess begreifbar und von der EU-Idee über die nationale Strategie zum „Projekt zum Mitgestalten“ gemacht worden. Im Verlauf der Projektbearbeitungszeit hat sich deutlich gezeigt, dass die Akzeptanz des IKZM-Gedankens erheblich gestiegen ist und sich vom „teilnahmslosen Beobachten“ zur „aktiven Beteiligung“ gewandelt hat. Insofern lässt sich mit Folgeprojekten auf diesem Kapital aufbauen. (Vgl. Steingrube et al. 2007)

Als wesentliche Ergebnisse sind – als GIS-Layer sowie Beiträge für Datenbanksysteme auch technisch weiter relativ allgemein nutzbar – die Ergebnisse der Bestandsaufnahme anzusehen, die erstmals flächendeckend alle wesentlichen touristischen Infrastrukturelemente erfasst haben. Diese Ergebnisse stehen sowohl Planern, die im Bereich Tourismus tätig sind, wie auch anderen Nutzern zur Verfügung und können mit weiteren im IKZM-Projekt selbst erarbeiteten oder aufbereiteten Fremddaten verschnitten werden. Die Ergebnisse der Graduierungsarbeiten, die aus dem Teilprojekt hervorgegangen sind, stellen ebenfalls für die weitere Planung von wassertouristischen Infrastrukturvorhaben bzw. auch Events eine wertvolle Datenquelle dar und haben zum Teil methodisch wie auch in den Ergebnissen Pioniercharakter. (Vgl. Steingrube et al. 2007)

Die im Projekt durchgeführten Arbeiten ermöglichen den Nutzern der Planungsdokumente die Genehmigungsvorhaben in einem verkürzten Planungszeitraum zu beschleunigen und kann einen wirtschaftlichen Erfolg schneller erzielen, auch wenn der monetäre Wert sich kaum abschätzen lässt, da es von den jeweiligen konkreten Planungen abhängt. Auch ein Zeithorizont lässt sich dafür nur schwer definieren, würde aber mit 10 bis 15 Jahren realistisch erscheinen. Die in der Bestandsaufnahme erarbeiteten Datensätze können grundsätzlich auch – da sie weitgehend vollständig sind – öffentlichen Stellen für Informationsmaterial (Broschüren, Internet) zur Verfügung gestellt werden. Das würde einerseits zu einer Qualitätsverbesserung der derzeitigen oft unzureichenden Informationsangebote führen, andererseits die öffentlichen Haushalte entlasten, weil der eigene Aufwand für die Datenerhebung gesenkt würde. Eine Weiternutzung wäre prinzipiell sofort möglich. Allerdings müsste trotzdem eine Laufendhaltung erfolgen, weil wegen der hohen Beweglichkeit des Marktes schnelle Wechsel auf der Anbieterseite keine Seltenheit sind. Die regionale und lokale Verbreitung des erarbeiteten Materials erfolgt ohnehin über die gut funktionierenden Agenda- Transferstellen. Eine wissenschaftliche Nachnutzung kann hinsichtlich der gemachten Erfahrungen methodischer Art (Planung und Durchführung von öffentlichen Diskussionsrunden, Agenda-Prozess, praxisnahe Darstellung von IKZM in der Region usw.) erfolgen. Dieses ist auch für die akademische Lehre im Sinne einer praxisorientierten Ausbildung wertvoll. Die erhobenen Daten und Erkenntnisse sind für die eigene

wissenschaftliche Projektarbeit als Grundstock weiter zu verwenden. Darüber hinaus können die Daten grundsätzlich auch über Datenbanken usw. der wissenschaftlichen Community zur Verfügung gestellt werden bzw. über Verbundprojekte außerhalb IKZM genutzt werden. Das sind sowohl Projekte, die sich mit Nutzungen und IKZM im engeren Maße im Küstenraum befassen, wie auch Projekte, in denen Tourismusentwicklung eher mittelbar eine Rolle spielt (z.B. Klimawandel-Forschung usw.). (Vgl. Steingrube et al. 2007)

Unvollendet geblieben ist die Digitalisierung der touristischen Infrastruktur auf der polnischen Seite im Maßstab 1:10.000. Die notwendigen Informationen dafür sind zwar vorhanden, die digitale Grundlagenkarte konnte jedoch (noch) nicht zur Verfügung gestellt werden. Grundsätzlich stellt sich auch die Frage der Umsetzung der Ideen aus dem Leitbild und dem Maßnahmenkatalog. Wie bereits angedeutet, kann dieses nicht die Aufgabe einer wissenschaftlichen Einrichtung sein. Auch wenn klar zu sein scheint, dass nur eine zentral gelegene Stelle z.B. in Szczecin in Frage käme, so muss aufgrund der gemachten Erfahrungen resümiert werden, dass weniger die Agenda-Transferstelle allein, sondern eine polnische Behörde bzw. zentrale Institution/Fachverband (ZROT, PTTK o. ä.) diese Aufgabe koordinierend übernehmen sollte. Es muss abgewartet werden, inwiefern eine leistungsfähige Struktur gefunden werden kann. (Vgl. Steingrube et al. 2007)

Küstengewässer im Wandel

Im Rahmen des Teilmoduls „*Wechselwirkungen zwischen Küste und Einzugsgebiet*“ wird es empfohlen, um eine nachhaltige Entwicklung der Odermündungsregion zu erreichen, ein integriertes Küstenzonenmanagement zu einem Fluss-Küste-Meeresmanagement zu erweitern. Mit Blick auf die regionalen Auswirkungen des globalen Klimawandels und die tiefgreifenden Transformationsprozesse im Küsten- und Flusseinzugsgebiet besteht Bedarf für ein verbessertes Verständnis von der Beeinflussung der Küstengewässer durch die Oder und ihr Einzugsgebiet, von den einem regionalen Wandel unterliegenden Küstengewässern sowie von der bedeutenden Funktion der Küstengewässer für die Ostsee. Analysen und Simulationen historischer, gegenwärtiger und zukünftiger (Nähr-)Stofffrachten der Oder sowie ihres Einzugsgebietes und ihrer Auswirkungen auf die Küstenzone erscheinen hierfür sinnvoll. (Vgl. Schernewski et al. 2007)

Aktuelle und zukünftige Nutzungsansprüche an die Küstengewässer hinsichtlich Wirtschaft, Bevölkerung, Naturschutz etc. sollten zusammengestellt und vor dem Hintergrund der Veränderungen im Küsten- und Flusseinzugsgebiet evaluiert werden. Eine Abschätzung von Grenzkosten für die Reduktion von Phosphor- und Stickstoffeinträgen im Einzugsgebiet der Oder würde Berechnungen kosteneffizienter Nährstoffreduktionsszenarien ermöglichen, die später den ökonomischen Nutzungen im Küstenbereich gegenübergestellt werden könnten. Hierdurch würde eine Basis für zu entwickelnde Vorschläge und Werkzeuge für Steuerungsmöglichkeiten geschaffen, mit dem Ziel ein verbessertes integratives Fluss-Küste-Meeresmanagement zu ermöglichen. (Vgl. Schernewski et al. 2007)

Um die Wahrnehmung des Regionalen Informationssystems als Beispiel für ein internetbasiertes Informationssystem zur Unterstützung eines IKZM-Prozesses zu verstärken und die Übertragbarkeit bzw. den Nutzen der Werkzeuge auch für andere Initiativen und

Projekte exemplarisch aufzuzeigen, sollten jene technischen Werkzeuge, die im Projekt bisher erarbeitet wurden, inhaltlich und technisch weiterentwickelt, verfeinert und weiter an die Nutzer-Bedürfnisse angepasst werden. (Vgl. Schernewski et al. 2007)

VI. Ausblick in die Zukunft

Der vorliegende Bericht stellt erste Empfehlungen für die nationale IKZM-Strategie der ersten Phase des Projektes IKZM-Oder. Auf diesen Arbeiten soll konkret aufgebaut werden und ein Artikel für eine angesehenere Zeitschrift entstehen:

- Fortschreibung und Zusammenstellung aller Empfehlungen, die auf den konkreten Erfahrungen aller Projektpartner im Rahmen des Projektes IKZM-Oder basieren.
- Entwurf einer gemeinsamen Veröffentlichung in der die bestehende nationale IKZM-Strategie kritisch evaluiert wird. Unter Einbindung aller Projektpartner werden zudem konkrete Vorschläge und Empfehlungen zu deren Verbesserung gegeben.
- Diskussion der Inhalte mit den Projektpartnern und ggf. externen Experten sowie Koordination und schriftliche Ausführung der Veröffentlichung.
- Publikation des Artikels in einer geeigneten, angesehenen Zeitschrift: Suche nach geeigneten Publikationsmöglichkeiten, Einreichung des Artikels und Korrespondenz mit der Zeitschrift.

Literatur

Benz, Arthur (1994): Kooperative Verwaltung, Baden-Baden

Benz, Arthur (1997): Kooperativer Staat? Gesellschaftliche Einflussnahme auf politische Steuerung, in: Ansgar Klein / Reiner Schmalz-Bruns (Hrsg.), Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 88-113

Benz, Arthur (2001): Postparlamentarische Demokratie und kooperativer Staat, in: Claus Leggewie/Richard Münch (Hrsg.), Politik im 21. Jahrhundert, Frankfurt a. M., S. 263-280

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (1997): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro. Dokumente, Agenda 21, Bonn

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (2006): Das Bundeskabinett vom 22. März 2006 Nationale Strategie für ein Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) in Deutschland (Bestandsaufnahme, Stand 2006) nach der EU-Empfehlung 2002/413/EG vom 30. Mai 2002: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Bundesregierung (2002): Perspektiven für Deutschland. Unsere Strategie für eine nachhaltige Entwicklung, Bonn

Brand, Karl-Werner & Fürst Fürst (2002): Bedingungen einer Politik für nachhaltige Entwicklung, in: Brand, Karl-Werner (Hrsg.) Politik der Nachhaltigkeit. Voraussetzungen, Probleme, Chancen – eine kritische Diskussion, Berlin, S. 21-25

Dehne, Peter; Fichtner, Timo; Hoffmann, Jens; Vetter, Lutz; Kraft, Dietmar; Balfanz, Antonina & Heidrun Hiller (2007): Dialoge & regionale Partizipation, Indikatoren, Entscheidungshilfesysteme im IKZM, in: Schernewski, Gerald; Janßen, Holger & Nardine Löser (Hrsg.) (2007): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007. IKZM-Oder Berichte 30, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde, S. 19-35

Erbguth, Winfried; Edler, Jeannette & Anja Vandrey (2007): IKZM - Integration der Küstengewässer, in: Schernewski, Gerald; Janßen, Holger & Nardine Löser (Hrsg.) (2007): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007. IKZM-Oder Berichte 30, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde, S. 80-90

Empfehlungen des Europäischen Parlaments und des Rates vom 30. Mai 2002 zur Umsetzung einer Strategie für ein Integriertes Management der Küstengebiete in Europa (2002/413/EG)

Europäische Kommission (Hrsg.) (2001): EU-Brennpunkt – Küstenzonen

Europäische Kommission (Hrsg.) (1999a): Eine europäische Strategie für das integrierte Küstenzonenmanagement (IKZM) - Allgemeine Prinzipien und politische Optionen. Ein Reflexionspapier

Europäische Kommission (Hrsg.) (1999b): Schlussfolgerungen aus dem Demonstrationsprogramm der Europäischen Kommission zum Integrierten Küstenzonenmanagement (IKZM)

Feindt, Peter-Henning (2002): Politik der Nachhaltigkeit und funktionale Differenzierung, in: Brand, Karl-Werner (Hrsg.) Politik der Nachhaltigkeit. Voraussetzungen, Probleme, Chancen – eine kritische Diskussion, Berlin, 161-178

Gee, Kira, Andreas Kannen, Kathrina Licht-Eggert, Bernhard Glaeser, Horst Sterr, Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM): Raumordnungsstrategien im Küstenbereich und auf dem Meer. Abschlussbericht – Raumordnung und IKZM als Instrumente für die nachhaltige Entwicklung des Küsten und Meeresraums, Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung/Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn 2006, 84 S.

Glaeser, Bernhard (2006): Nachhaltigkeit in Forscherverbänden: Ein Thema für Humanökologen, in: Bernhard Glaeser (Hg.), Fachübergreifende Nachhaltigkeitsforschung. Stand und Visionen am Beispiel nationaler und internationaler Forscherverbände, Edition Humanökologie, Band 4, München: oekom Verlag, S. 17-38

Glaeser, Bernhard, Gee, Kira, Kannen, Andreas & Horst Sterr, (2004): Auf dem Weg zur nationalen IKZM-Strategie: Perspektiven der Raumordnung. Dokumentation des Workshops in Berlin am 23. und 24.10.2003. Im Rahmen des vom Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung vergebenen Forschungsprojekte. Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM): Raumordnungsstrategien im Küstenbereich auf dem Meer. Vorgelegt von dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Bonn 2004

Glaeser, Bernhard & Agnieszka Sekścińska (2007): Die IKZM-Oder Strategie. Beitrag für ein nationales und ein regionales grenzüberschreitendes IKZM, in: Schernewski, Gerald, Janßen, Holger & Nardine Löser (Hrsg.) (2007): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007. IKZM-Oder Berichte 30, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde, S. 36-46

Janssen, Gerold, Czarnecka-Zawada, Sylwia, Konieczny, Beate & Vicki Vodova (2004): Bestandsaufnahme der IKZM-Oder relevanten Rechts- und Verwaltungsstrukturen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen unter Berücksichtigung des Internationalen Rechts und des Gemeinschaftsrecht, IKZM-Oder Berichte 5, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Dresden

- Janssen, Gerold, Czarnecka-Zawada, Sylwia & Beate Konieczny (2007): Regionales grenzüberschreitendes IKZM, in: Schernewski, Gerald, Janßen, Holger & Nardine Löser (Hrsg.) (2007): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007. IKZM-Oder Berichte 30, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde, S. 71-79
- Pappi, Franz Urban (1993): Policy-Betze: Erscheinungsform moderner Politiksteuerung oder methodischer Ansatz? In: Adrienne, Héritier (Hrsg.): Policy-Analyse: Kritik und Neuorientierung, Opladen, S. 84-94
- Rennings, K. Karl-Ludwig Brockmann, Koschel, Henrike, Bergmann, Heidi & Isabel Kühn (1996): Nachhaltigkeit, Ordnungspolitik und freiwillige Selbstverpflichtung, Heidelberg
- Rupprecht Consult – Forschung & Beratung GmbH (2006): Evaluation of Integrated Coastal Zone Management (ICZM) in Europe, Final Report Stand: 18 August 2006, International Ocean Institute. http://ec.europa.eu/environment/iczm/pdf/evaluation_iczm_report.pdf
- Schabelon, Holger, Meissner, Karin, Brosda, Kai, Schulz, Axel & Holmer Sordyl (2007): GIS-basierte ökologische Daten als Grundlage für ein Integriertes Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion, in: Schernewski, Gerald, Janßen, Holger & Nardine Löser (Hrsg.) (2007): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007. IKZM-Oder Berichte 30, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde, S. 55-70
- Schernewski, Gerald, Janßen, Holger. & Nardine Löser (Hrsg.) (2007): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007. IKZM-Oder Berichte 30, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde
- Schernewski, Gerald, Bock, Steffen, Janßen, Holger, Nardine Löser & Thomas Neumann (2007): Küstengewässer im Wandel, IKZM, Schulungen und internationale Zusammenarbeit, in: Schernewski, Gerald, Janßen, Holger & Nardine Löser (Hrsg.) (2007): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007. IKZM-Oder Berichte 30, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde, S. 103-120
- Schuldt, Burkhard, Reichert, Michael, Borgwardt, Katja & Daniel John (2007): Internetgestützte Werkzeuge IKZM, in: Schernewski, Gerald; Janßen, Holger & Nardine Löser (Hrsg.) (2007): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007. IKZM-Oder Berichte 30, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde S. 47-54
- Steingrube, Wilhelm, Scheibe, Ralf & Marc Feilbach (2007): Entwicklung einer großräumigen Tourismuskonzeption, in: Schernewski, Gerald, Janßen, Holger & Nardine Löser (Hrsg.) (2007): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007. IKZM-Oder Berichte 30, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde, S. 91-102

Internetadressen

<http://www.ikzm-strategie.de/>

<http://www.ikzm-strategie.de/prozess.php>

<http://www.ikzm-strategie.de/mecklenburg-vorpommern.php>

<http://www.ikzm-oder.de>

Forschung für ein Integriertes Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion

Ablaufschema für ein IKZM in der Odermündungsregion: Zwischenergebnisse

Autoren:

Agnieszka Sekścińska & Bernhard Glaeser

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung

Berlin, Mai 2007

Inhalt	Seiten
Einleitung	3
I. Die Grundlagen eines Ablaufschemas für ein IKZM	4
II. Internationale und nationale Ansätze eines Ablaufschemas	10
1. VASAB	10
2. UNEP (ICARM)	16
3. HELCOM	21
4. IKZM - Ansätze aus den USA	28
5. IKZM - Ansatz aus Schweden	45
Zwischenfazit: Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den international verwendeten Ablaufschemas zum IKZM	55
III. IKZM Ablaufschema für die Odermündungsregion	56
1. Initiierung	57
2. Planung	70
3. Autorisierung	75
4. Umsetzung	76
5. Überwachung und Evaluierung	76
Zusammenfassung und Ausblick in die Zukunft	77
Literatur	79
Anhang	87

Einleitung

Küstengebiete gelten weltweit als höchst komplexe und produktive Ökosysteme von außerordentlich hohem ökologischem Wert. Zugleich sind sie aber auch bedeutende Wirtschafts-, Verkehrs-, Erholungs- sowie Lebensräume, die wasser- und landseitig eine wichtige Rolle für Handel, Infrastruktur, Landwirtschaft, Fischerei und Tourismus spielen. Aufgrund ihrer Komplexität und Dynamik sind sie jedoch stärker als alle anderen Gebiete der Erde nicht nur durch globale Klimaveränderungen (steigender Meeresspiegel, häufigere, intensivere Sturmfluten) gefährdet, sondern auch durch menschliche Besiedlung und wirtschaftliche Beanspruchung. Mit den ständig ansteigenden Nutzungsansprüchen und -interessen im Küstenraum sind zum einen ökonomische und sozioökonomische Probleme und Konflikte verbunden, insbesondere wenn sich neue Nutzungsansprüche und damit Interessengruppen (z.B. Offshore-Windkraftanlagen oder neue Formen der Aqua- und Marikultur) entwickeln oder bei Ausweitung traditioneller Aktivitäten wie bei zunehmendem Schiffsverkehr. (Edler 2005:7ff.) Es besteht aber auch die Gefahr, dass die Küsten nicht nur ihren natürlichen Zustand, sondern auch ihre ökologischen und sozioökonomischen Funktionen verlieren. Es ist deshalb eine Aufgabe der Zukunftsvorsorge, Konzepte zu entwickeln und anzuwenden, die eine nachhaltige Nutzung der Küstenräume gewährleisten. Dies muss unter ständiger Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Nutzungen und unter Berücksichtigung der jeweiligen Interessengruppen und Akteure geschehen. Ein Systemansatz, der diesem Anspruch gerecht wird, ist das Integrierte Küstenzonenmanagement (IKZM), das international zunehmend zum Tragen kommt. (Kannen 2001)¹

Für die Küstenregionen in Europa gilt der IKZM-Begriff des Europäischen Parlaments und des Rates, wonach IKZM ein dynamischer, kontinuierlicher und iterativer Prozess ist, durch den die nachhaltige Entwicklung der Küstenzonen erreicht werden soll. IKZM versucht ein Gleichgewicht zwischen der wirtschaftlichen Entwicklung und Nutzung des Küstenraumes, des Schutzes und des Erhalts der Küstengebiete, der Minimierung der Verluste an menschlichem Leben und Eigentum sowie des öffentlichen Zugangs zu den Küstenzonen, herzustellen. Dies alles soll innerhalb der durch die natürliche Dynamik und Belastbarkeit gesetzten Grenzen geschehen.

Die Umsetzung eines IKZM in einem Küstengebiet erfordert mehrere Etappen. Meistens orientiert sie sich an Phasen aus der Implementierung eines politischen Programms und beinhaltet Etappen, die ein Policy-Zyklus widerspiegelt: Initiierung, Planung, Implementation, Monitoring und Evaluation. Jede Etappe hat das Ziel, bestimmte Aufgaben zu erfüllen und erfordert Kontinuität und Nachhaltigkeit. Die präzise Definition darüber, was während der Phasen getan werden soll bzw. wie viele Phasen erforderlich sind, um ein IKZM erfolgreich umzusetzen, hat keine Fixierung. Der Fokus variiert von Fall zu Fall, da unterschiedliche physische, soziale, ökonomische, kulturelle und/oder politische Kontextbedingungen herrschen.

Das Forschungsprojekt „IKZM-Oder“ leistet als Referenzprojekt einen Beitrag zur (Weiter-) Entwicklung der nationalen IKZM-Strategie. Die damit verbundene Herausforderung einer

¹ http://www.ikzm-oder.de/ausschreibung_zum_ikzm.html

Implementierung eines IKZM wurde durch das Projekt aufgegriffen und auf die Odermündungsregion übertragen. Empfehlungen für die Umsetzung eines regionalen und grenzüberschreitenden IKZM sowie ein auf der Basis von internationalen und nationalen Ansätzen aufbauender Ablaufplan für ein IKZM in der Projektregion sind Bestandteil des IKZM-Oder-Projektes.

In folgenden werden Zwischenergebnisse der Erstellung des Ablaufschemas für die Odermündungsregion präsentiert. Dieses Ablaufschema zur Initiierung und Durchführung eines IKZM ist auf die deutschen Verhältnisse zugeschnitten, aber durchaus auch auf andere Küstenregionen übertragbar. Es berücksichtigt international verwendete Ablaufschemen zum IKZM und Bedingungen der wichtigsten Programme zur nachhaltigen Entwicklung der baltischen Küstengebiete, wie VASAB und HELCOM, sowie des UNEP-Ansatzes zum IKZM. Darüber hinaus greift es Erfahrungen aus Projekten in Schweden und den USA auf, da beide Küstenstaaten über eine langjährige Erfahrung in der Umsetzung des IKZM verfügen, welche auch für Deutschland lehrreich sind.

Bei dem hier vorliegenden Bericht handelt es sich um Zwischenergebnisse der ersten IKZM-Oder-Projektphase, welche darauf abzielen, in der zweiten Phase des Projektes einen kostengünstigen, anwendbaren regionalen Ablaufplan für die Implementierung eines IKZM zu entwickeln. Auf der Grundlage einer systematischen Dokumentation des aktuellen (internationalen) Standes in Bezug auf vorhandene IKZM-Ablaufschemen werden ein Ablaufplan für IKZM-Oder ausgearbeitet und Alternativen zu den anderweitig existierenden IKZM-Ablaufschemen diskutiert und vorgestellt. Darüber hinaus wird eine Verallgemeinerung der Ablaufschemen für andere deutsche Regionen entwickelt. Hierbei wird von Interesse sein, welche Unterschiede es in Deutschland im Vergleich zu internationalen Ansätzen gibt und ob andere internationale Ansätze auch vom deutschen IKZM Ansatz profitieren können.

I. Die Grundlagen eines Ablaufschemas für ein IKZM

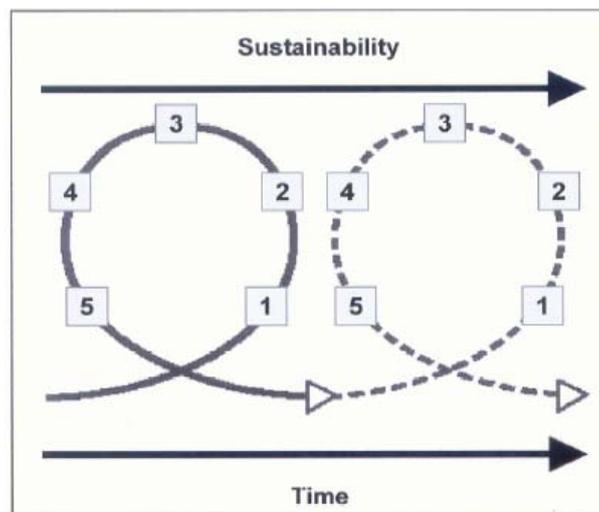
Ein Ablaufschema dient der Systematisierung des Ablaufs eines IKZM, um eine optimale Kontrolle über den Verlauf und über die Ergebnisse zu erzielen.

Das IKZM ermöglicht es, Konzepte zu entwickeln, die eine nachhaltige Nutzung der Küstenräume gewährleisten und unter Berücksichtigung der Wechselwirkungen zwischen den verschiedenen Nutzungen sowie unter Einbeziehung der jeweiligen Akteure Raumnutzungen zu koordinieren. Ein Ziel ist es, einen Konsens für eine nachhaltige Küstenentwicklung zu finden und Interessenkonflikte zu minimieren bzw. zu vermeiden, indem politische, wirtschaftliche, soziale und ökologische Belange auf der Grundlage des Prinzips der Nachhaltigkeit verfolgt werden. Nachhaltigkeit in der Küstenregion bedeutet, ein Gleichgewicht zwischen den Vorteilen wirtschaftlicher Entwicklung und Nutzung des Küstenraumes, des Schutzes und des Erhalts der Küstengebiete, der Minimierung der Verluste an menschlichem Leben und Eigentum sowie des öffentlichen Zugangs zu den Küstenzonen zu schaffen. Dies alles soll innerhalb der durch die natürliche Dynamik und Belastbarkeit gesetzten Grenzen geschehen. Damit bezieht sich IKZM auf die gleiche Integration der Zielvorstellungen und Entwicklungsvisionen, der Instrumente zum Erreichen

der Ziele, der der relevanten politischen und verwaltungstechnischen Ebenen, der vielfältigen Disziplinen und Sektoren und der terrestrischen und maritimen Komponenten.

IKZM ist ein iterativer Prozess, der sich dadurch auszeichnet, dass er die verschiedenen Phasen immer wieder durchläuft, um die Qualität der Ergebnisse sicherzustellen. Als Etappen werden in der Regel genannt: Initiierung, Planung, Umsetzung, Monitoring und Evaluierung. Insofern orientiert sich diese Gestaltung an einem Policy-Zyklus, eines Ablaufmodells eines konkreten politischen Prozesses, der als heuristisches Modell von Realisierungsanforderungen öffentlichen Handelns aufgefasst wird. Einen Endpunkt, mit dem der Prozess als abgeschlossen gilt, gibt es nicht. Zukünftige Veränderungen der Bedingungen in den jeweiligen Küstengebieten fließen in die stetig stattfindende Informationssammlung mit ein und bieten die Basis für neue Überlegungen und Entscheidungsfindungsprozesse bzw. Verbesserungsvorschläge. Dieses Vorgehen wird sich während aller Phasen wiederholen. Die Zahl der Phasen variiert je nach Kontextbedingungen und ist abhängig von dem angestrebten Management bzw. den IKZM-Nutzungsansprüchen.

Olsen (1999) beispielsweise unterscheidet folgende Küstemanagementphasen:



- 1 Erkennung und Einschätzung bzw. Bewertung
- 2 Programmvorbereitungen
- 3 Formelle Annahme und Finanzierung
- 4 Implementierung
- 5 Evaluation

Für den Begriff „Ablaufschema“ existieren mehrere Bezeichnungen, wie z.B. Plan, Programm, Projekt, Politik oder auch Strategie. Diese Bezeichnungen spiegeln das Ziel des IKZM wieder. Die Bezeichnung „Programm“ beispielsweise, aus griech.: prógramma = Vorgeschiedenes, Vorschrift, ist ein im Voraus fortgesetzter Ablauf; ein „Plan“ ist ein Vorhaben, ein Verfahren oder eine Methode; ein „Projekt“ bezieht sich auf ein konkretes Problem, „Politik“ dagegen bezieht sich auf generelle Managementprobleme.

Die Gestaltung eines IKZM-Zyklus orientiert sich am Policy-Zyklus – einem Ablaufmodell eines konkreten politischen Prozesses, der als heuristisches Modell von Realisierungsanforderungen öffentlichen Handelns aufgefasst wird. (Vgl. Brewer/de Leon 1983) Als zentrale Realisierungsanforderungen öffentlichen Handelns sind zu nennen die Problemwahrnehmung und Problemdefinition (initiation), die Thematisierung und Abschätzung von Handlungsoptionen (estimation), die Programmformulierung und Entscheidung (selection), die Umsetzung von Handlungsprogrammen (implementation), die Bewertung von Handlungsformen und -ergebnissen (evaluation) und das politische Lernen (termination).

Die folgende Darstellung der einzelnen Phasen in einem Ablaufschema orientiert sich an die Darstellung des Ablaufschemas im Rahmen von CoastLearn.²

Bei der *Initiierung* ist der Bedarf für ein IKZM zu definieren. Der Bedarf kann als Resultat eines existenten oder projizierten Problems, z.B. eines Nutzungskonfliktes im Küstenraum, erkannt werden. Die Reaktion auf den Bedarf eines IKZM kann von exogenen – z.B. ein internationaler Konsensus über Förderung eines IKZM – bzw. endogenen Einflussfaktoren verursacht werden. Die öffentliche Problemwahrnehmung und -definition wird durch Alltagskommunikation, Expertenöffentlichkeit und Massenmedien vermittelt. Voraussetzung für die Entscheidungsfähigkeit eines erkannten Problems ist weiterhin, dass mögliche Wirkungen und Kosten-/Nutzen-Profile möglicher Vorgehensweisen (Handlungsoptionen) abgeschätzt werden. Sind die einzelnen Handlungsoptionen abgegrenzt und abgeschätzt, so kann die optimale Handlungsoption ausgewählt werden (Programmformulierung und Entscheidung).

Erst durch diese Auswahlentscheidung bildet sich das für die praktische Umsetzung grundlegende Programm öffentlichen Handelns. Solche Programme sind strukturierte Handlungsoptionen, welche in Form von Gesetzen, Übereinkommen, Verordnungen oder Verwaltungsvorschriften rechtlich fixiert sein können, aber auch als informelle Handlungsprogramme wirksam werden.

Die Vorbereitung der Initiierungsphase erfolgt anhand von Dokumenten, die z.B. einen Überblick bzw. eine Bestandsaufnahme der zu lösenden Probleme zusammenstellen. Die Initiierungsphase soll auch Ziele und Vorschläge über allgemeine Verbesserungen benennen, die mit Hilfe von IKZM erreicht werden sollen. Darüber hinaus sollen Schritte gemacht werden, die für die Erstellung eines Arbeitsplans, eines Zeitmanagements und Kosten erforderlich sind und Koordinierungsmechanismen und ihre Rolle (wer soll den Prozess leiten) identifizieren. Damit die Initiierung Erfolg versprechend ist, soll das

² <http://www.netcoast.nl/coastlearn/website/index2.html>

Ablaufschema vorgestellt werden, allerdings nicht als Ersatz existierender Managementstrukturen, sondern als Unterstützung.

Eine nächste Zwischenetappe hat zum Ziel die Einbeziehung der Stakeholder und der Öffentlichkeit. Diese Etappe geht von der Prämisse aus, dass das IKZM einen nachhaltigen und demokratischen Umgang mit den Küstenressourcen verfolgt. Eine Möglichkeit dies zu tun, ist die Bildung bzw. Identifizierung von Nutzungsgruppen. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Nichtregierungsorganisationen, welche über die Fortschritte des Projektes informiert werden sollen, um auch Informationen weiter zu leiten und Politikern Hinweise für die Umsetzung von Entscheidungen zu geben. Die NGO bilden Vertretungen für alle Nutzer der Küstenzone. Solche Gruppen können Vertreter aus den Bereichen Industrie, Fischerei und Tourismus sein.

Die Frage nach Leitung der Initiierung bezieht sich auf das Problem, nach welchem Ansatz top-down oder bottom-up soll bzw. muss das IKZM gesteuert werden. Untersuchungen im Rahmen von IPCC (1993)³ zeigten, dass in 23 Fällen die Mehrheit sich für den top-down-Ansatz entschieden hat. Gebiete mit Marktwirtschaft nutzten den top-down-Ansatz, Gebiete mit subsistence economies hingegen beide Ansätze. Die Forschungsergebnisse suggerieren, dass lokale Gruppen meist bereit sind zu handeln, wenn sie bemerken, dass sie selber zu Stakeholdern werden (die beeinflusst werden, aber auch selber beeinflussen können).

Bei der *Planung* werden folgende Etappen identifiziert: Datenerfassung, -verarbeitung und Entscheidung bzw. Beschlussfassung. Im Rahmen der Datenerfassung wird das Profil der Küste erstellt. Dies hat zum Ziel, einen Überblick über soziale, ökonomische und institutionelle Charakteristika der Region zu schaffen, der relevant für Probleme aus der Region ist.

Die Datenerfassung umfasst die Bestimmung des Kerns des IKZM-Prozesses, welches anhand eines Programms umzusetzen ist. Das Programm soll Folgendes beinhalten:

- eine präzise Definition der betrachteten Küstenzone, die sich auf physischen, biologischen oder rechtlichen Komponenten gründet;
- klar definierte Ziele;
- eine Strategie: die Ziele sollten mit mehreren alternativen Politiken versehen werden, welche auf ihren Erfolg zielgerichtet sind (siehe auch der Policy-Analyse-Modell);
- Beschreibung des vorgeschlagenen institutionellen Arrangements, inklusive Einsatz der Verantwortung für variable Teile des Programms;
- Konsolidierung und Rekrutierung der Mitarbeiter und eine Liste mit formalen notwendigen Aktivitäten für eine offizielle Akzeptanz des Plans und ein Fahrplan für seine Ergänzung.

Letztendlich muss ein IKZM Programm durch die Entscheidungsträger akzeptiert werden. Die Chancen für eine zügige Bewilligung eines IKZM steigen, wenn das Programm folgendes

³ IPCC, 1993. Preparing to meet the coastal challenges of the 21st century. Intergovernmental Panel on Climate Change, Conference Report, World Coast Conference 1993, Noordwijk, The Netherlands.

beachtet: Anwendung von klaren und verständlichen Begriffen, Darstellung des Nutzen und der Vorteile anhand konkreter und nachvollziehbarer Begriffe, öffentliche Bekanntgabe über die zu erwartenden Maßnahmen und Verbesserungen durch den Prozess, Transparenz der Kosten und Wege um diese zu decken.

Wenn das Programm von dem Politikern bestätigt wurde, kann es in Gang gesetzt werden. Das Programm ist reif für die Umsetzung, wenn es folgende Maßnahmen erfüllt:

- Institutionelle Maßnahmen: Einrichtung von administrativen Strukturen, welche horizontale and vertikale Integration von Management sichern sollen;
- Legale Maßnahmen: Recht, Konventionen, Dekrete und Standards, die das Management ermöglichen;
- Finanzielle Maßnahmen: Finanzmanagement, um die Ausgaben während des Prozesses zu bezahlen.

Die Haupttätigkeit während des Verlaufs von IKZM Programm ist die Lenkung von Konflikten und Interessen. Konflikte können vertikal verlaufen, z.B. zwischen Nutzer auf den verschiedenen Ebenen, oder horizontal, z.B. auf der gleichen Ebenen zwischen den unterschiedlichen Sektoren. Ein Beispiel für ersteres ist ein Konflikt zwischen der Staatsgewalt, die Naturschutzgebiete im Rahmen der nationalen Politik ausweisen will, und lokalen Gemeinden, die in wirtschaftliche Entwicklung investieren wollen, um die Einnahmen der lokalen Bevölkerung zu steigen. Ein zweites Beispiel ist ein Konflikt zwischen Menschen, die für ihren Häuserbau Sand aus dem Strand gebrauchen und Menschen, die in der Nähe der Küste leben, deren Häuser durch die Küstenerosion bedroht sind.

Um Konflikte zu behandeln, sollte das IKZM Programm ein Entscheidungshilfesystem umsetzen. Ein solches System muss eine klare Methode anbieten um zu Lösungen zu kommen, wobei zwischen administrativen und rechtlichen Prozeduren unterschieden werden kann. Die administrativen Prozeduren stützen sich auf die Kooperationsbereitschaft durch alle Streitseiten. Für jeden Konflikt kann eine Prozedur an bestimmte Notwendigkeiten angepasst werden. Es können z.B. ad hoc task forces für die Lösung von einzelnen Problemen eingerichtet werden (Kommission, wissenschaftliche Körper). Ein politischer Dialog könnte veranlasst werden, um die Konfliktparteien zusammenzubringen und sie unter der Führung einer "unabhängigen" Person (Mediator) diskutieren zu lassen. Eine Prozedur der Entscheidungshilfe kann, wo es unmöglich ist, eine Lösung durch Verhandlungen finden. Wenn dies versagt, müssen Gerichtsverfahren angewendet werden, um Lösungen zu erzwingen. Solche Verfahren sollten vermieden werden, da sie Zeit und Geld kosten.

Das Management von komplexen und iterativen Prozessen, ist keine einfache Aufgabe. Feedback, den man von *Monitoring* und *Evaluierungsprogramme* bekommt, kann im laufenden Programm zu Änderungen führen und neue Interessenkonflikte können einen Anstieg von unerwarteten Probleme verursachen.

Die Monitoringprogramme beginnen sobald das IKZM Programm seinen Gang genommen hat. Sie erfassen ständig Informationen, die ausgewertet werden und infolgedessen Maßnahmen für Veränderung der Politik vorschlagen. Die Art der Überwachung hängt maßgeblich von den Zielsetzungen des IKZM Programms ab. Eine gute

Küstenüberwachungsanlage umfasst den vollständigen Bereich des Interesses während eines verlängerten Zeitabschnitts. Ein gutes Monitoringsystem der Küste deckt das gesamte Gebiet von Interessen auch während eines verlängerten Zeitabschnitts ab. Der Haushalt ist immer begrenzt und betont, dass es besser ist, viele niedrige Qualitätsdaten (das Ganzküstensystem umfassend) anstelle von wenigen hohe Qualitätsdaten (Bedeckung nur einige Punkte) zu haben.

Die Datensorten, die überwacht werden können, sind: soziale Daten, wie z.B. Geburtenrate, Gesundheit, Lebensqualität; ökonomisch Daten, z.B. Einkommen, Zahl der Industrieunternehmen, Transportvolumen zwischen zwei Regionen; ökologische Daten: z.B. Zahl der Betrieben, Gesundheit der Bevölkerung; Küstendaten, wie z.B. Position der Küstenlinie, Tiefe des Meeres, Größe der Dünen.

Die Daten können durch mehrere Institutionen erfasst werden. In diesem Fall ist es wichtig diese Daten an einem zentralen Punkt zu erfassen, in dem sie für Auswertung verwendet werden können. Oder, die Daten werden noch nicht notiert, und es müssen Überwachungsprogramme entworfen und eingeführt werden.

Während der *Evaluationsphase* werden zunächst die erfassten Daten verwendet, um zu analysieren, in welchem Ausmaß die Tätigkeiten als Resultat des IKZM Programms Probleme adressiert oder löst, die durch seine Zielsetzungen gekennzeichnet wurden. Wenn die Evaluation zu Adaptation von der Operation des IKZM Programm führt, dann sollte diese neue oder angepasste Politik im Voraus ausgewertet wird (EIA).

Eine Anzahl der Ziele kann definiert werden (Cicin 1998):

- 1st order: formalized institutional arrangements and constituencies (e.g., establishing an agency);
- 2nd order: mitigation of adverse behaviour and implementation of development actions (e.g., reduce number of buildings on the beach);
- 3rd order: improvements in social and environmental indicators (e.g., raise of income of the people);
- 4th order: sustainable resource use and improvement in quality of life (e.g., sustainable exploitation of natural resources).

The highest (4th) order goal, can - by definition - not be attained on the short term (years), and should not be expected to during the first evaluations.

Zwei Typen von der Evaluation können hervorgehoben werden. Kontinuität - sie wird durch eine IKZM Agentur überwacht, um das Management und die Politik zu verbessern. Von Zeit zu Zeit kann – ein Mal im Jahr – eine breit angelegte Evaluation durchgeführt werden, um dem Publikum zu zeigen, wie das Programm funktioniert. Dies hilft der Unterstützung für die Durchführung des IKZM Programms zu gewinnen.

II. Internationale und nationale Ansätze eines Ablaufschemas

Auf internationaler (VASAB und HELCOM, sowie des UNEP-Ansatzes zum IKZM) und nationaler Ebene (Ansätze aus Schweden und den USA) existieren bereits Ablaufschemen zum IKZM und Programme zur nachhaltigen Entwicklung der Küstengebiete, welche auch für Deutschland als Orientierung dienen können.

1. VASAB

Das Programm *Visions and strategies around the Baltic Sea 2010* (VASAB 2010) steht seit 1992 für die Zusammenarbeit der für Raumordnung zuständigen Minister der Staaten rund um die Ostsee.⁴ Es fördert die nachhaltige, gleichgewichtige Entwicklung sozialer, kultureller, ökologischer und ökonomischer Ziele in der Region durch gemeinsame regionale Projekte und die Integration der staatlichen Konzepte zum integrierten Küstenzonenmanagement in nationale und regionale Raumplanungspolitiken mit Hilfe von Visionen und Strategien für die Ostsee. Eine enge Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen wie z.B. Baltic 21, HELCOM, Baltic Sea States Subregional Co-operation (BSSSC), Conference of Peripheral Maritime Regions (CPMR) oder dem Nordischen Rat wird als grundlegend angesehen.

Der Bericht „VASAB 2010. Towards a Framework for Spatial Development in the BSR“ (Tallinn Report)⁴ stellt einen Entwurf für Raumentwicklungsperspektiven für die Ostseeregion und mit seinen Richtlinien für eine weitere Zusammenarbeit bei künftigen Projekten eine handhabbare Basis für die Stärkung und Harmonisierung nationaler und regionaler Raumplanung dar. Der Bericht betont besonders die Kooperation zwischen nationaler und Ostsee- übergreifender Raumplanung, bi- und multilaterale Partnerschaften bei Projekten, den intensiven Austausch von Wissen und Erfahrung sowie regionaler Forschung auf Gebieten gemeinsamen Interesses. Drei künftige Handlungsfelder wurden benannt:

- nachhaltige Entwicklung und Unterstützung der Agenda 21 für die Ostseeregion;
- nachhaltiger Demonstrationsansatz in einer Vielzahl von VASAB 2010-Projekten;
- gemeinsame Projekte auf INTERREG II C-Initiative, unterstützt durch PHARE und TACIS und unter strikter Kooperation mit INTERREG-Strukturen in der Ostseeregion (aktuell INTERREG III B).⁵

In den auf der Konferenz 1996 angenommenen „Allgemeinen Empfehlungen für die Raumplanung der Küstenzone in der Ostseeregion“, welche auch heute noch einen wichtigen Hintergrund für die Arbeit von VASAB darstellen, betonte man die Wichtigkeit einer nachhaltigen Entwicklung, die das Gleichgewicht von biologischer Artenvielfalt, kulturellem Erbe, ökonomischen Potential, v.a. von Städten und Siedlungen, und landschaftlicher

⁴ Dänemark, Deutschland, Estland, Finnland, Lettland, Litauen, Norwegen, Polen, Russland, Schweden, Weißrussland. Deutschland und Russland nehmen zudem durch Repräsentanten ihrer an die Ostsee grenzenden Regionen teil (Vertreter aus Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein für Deutschland, aus Kaliningrad Oblast und St. Petersburg für Russland). (<http://www.vasab.org.pl/organisation.php?go=display&ID=6>)

⁵ <http://www.vasab.org.pl/history.php>

Schönheit mittels geeigneter Planung und Management erhält bzw. wieder herstellt.⁶ Für Raumplanung und -management wird dazu empfohlen:

- eine Planungszone von mindestens 3 km landeinwärts und ein allgemeiner Schutzstreifen außerhalb von Stadtgebieten und Siedlungen von mindestens 100 – 300 m landeinwärts und seeseitig der Hauptwasserlinie⁷;
- der Entwurf umfassender nationaler, regionaler und/oder lokaler Pläne für die Unterstützung einer nachhaltigen Entwicklung in der Küstenzone, welche die Teilhabe lokaler Entscheidungsträger und der Öffentlichkeit sicherstellen;
- neue Aktivitäten, welche städtische Entwicklung, Einrichtungen, Infrastruktur, Erholungszentren und Freizeitmöglichkeiten der Küstenzone außerhalb städtischer Siedlungen betreffen, nur zu gestatten, sofern sie mit vorherigen Planungen konform gehen oder der Küstenstandort dies rechtfertigt;
- neue Bauwerke und Konstruktionen vorzugsweise innerhalb bzw. in unmittelbarer Nähe existierender Siedlungen zu errichten;
- neue Entwicklungen nicht zu visuellen Barrieren an der Küste entlang werden zu lassen und ‚grüne‘ Gebiete zu erhalten bzw. auszuweiten;
- alle signifikanten, langfristigen Veränderungen der Küstennatur und -landschaft nur aufgrund entweder eines angemessenen regionalen oder lokalen Landnutzungsplanes oder einer speziellen Verträglichkeitsprüfung bzgl. auf visueller wie ökologischer Aspekte zu gestatten;
- Windenergieanlagen außerhalb wichtiger Gebiete für Zugvögel zu errichten und auf eine Art und Weise, die die Auswirkungen auf die Landschaft minimiert;
- Landnutzungspläne besonders in sensiblen bzw. verkehrsreichen Gebieten auszuarbeiten;
- Möglichkeiten, die Verbindungen von Hinterland und Häfen zu verbessern und Hafengebiete zukünftig neu zu beleben, offen zu halten;
- Einleitungen unbehandelter Abwässer in die Küstenzone zu vermeiden und die Errichtung von Mülldeponien nur aufgrund von Landnutzungsplänen und angemessenen Regelungen, z.B. Verträglichkeitsprüfungen im Hinblick auf Umwelt oder Region, zu erlauben;
- Erholungszentren und Freizeitmöglichkeiten unter Berücksichtigung lokaler Landnutzungspläne sowie nationaler oder regionaler Tourismuspolitiken zu errichten und im Einklang mit dem Schutz von Landschaft, Natur und kulturellem Erbe sowie der Tragfähigkeit/Belastbarkeit carrying capacity der Landschaften;
- Küstenschutzmaßnahmen außerhalb von Siedlungen nur anzustoßen, wenn sie als erforderlich für den Erhalt der natürlichen Küstenlinie angesehen werden;

⁶ <http://www.vasab.org.pl/documents.php?go=display&ID=76>

⁷ Dies entspricht der HELCOM- Empfehlung 15/1.

- umweltfreundliche Verkehrs- und Energiesysteme zu unterstützen und durch Verkehr in sensiblen Küstengebieten verursachte Probleme besondere Aufmerksamkeit zu schenken;
- das kulturelle Erbe und Charakteristika von Küstensiedlungen zu erhalten bzw. erneuern und die Wiedererrichtung historischer Siedlungen Neubauten vorzuziehen.

Neben diesen Empfehlungen werden Planungsprozeduren angeraten:

- die Minister stellen durch angemessene Maßnahmen die Umsetzung der Empfehlungen sicher;
- die Umsetzung der obigen Empfehlungen wird als nationales, regionales und lokales issue unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips von VASAB⁸ und der Verantwortlichkeiten der einzelnen Staaten betrachtet;
- regionale Bewertungen von Auswirkungen, inklusive Umweltverträglichkeitsprüfung, sollen im Rahmen nationalen Rechts erfolgen und Informationen für die Öffentlichkeit sind frühzeitig im Planungsprozess für jedes große Projekt mit signifikanten Auswirkungen auf Raumentwicklung und Umwelt zu verbreiten;
- Entwicklungen der Küstenzone sind systematisch zu überwachen und Informationen sollen zwischen den betroffenen Ländern ausgetauscht werden;
- jeder Staat ist für das Monitoring auf seinem Hoheitsgebiet verantwortlich sowie für den Austausch von Informationen über Errichtungen mit möglicherweise grenzüberschreitenden Effekt (Espoo Konvention);
- sofern geeignet, sollen besondere Gebiete mit dem Ziel, die Natur zu erhalten und die biologische Vielfalt von Meer und Küste sicherzustellen, benannt werden (Demonstrationsprojekte), ähnlich den Baltic Sea Protected Areas von HELCOM.⁹

Die Überprüfung der Umsetzung der Empfehlungen in Form der Demonstrationsprojekte und deren Ergebnisse obliegt dem CSD/ BSR.

Infolge der Erfahrungen und des neuen Wissens um räumliche Trends in der Ostseeregion seit Bestehen von VASAB und unter Berücksichtigung der beträchtlichen strukturellen Veränderungen und der Vielfalt transnationaler Projekte der Zusammenarbeit bzgl. der Raumentwicklung¹⁰ wurden auf der 5. Ministerkonferenz in Wismar 2001 mit dem Dokument "VASAB 2010 PLUS Spatial Development Action Plan Programme"¹¹ Empfehlungen für das aktuelle Jahrzehnt gegeben und das Komitee aufgefordert, mehr Aufmerksamkeit auf nationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Raumentwicklung zu richten. Auf dieser Basis wirkt VASAB 2010 PLUS zusammen mit dem Tallinn- Bericht als Leitbild zur harmonisierten räumlichen Entwicklung der Ostseeküste, Inseln und spezifischen

⁸ Handlungen werden den Organisationen überlassen, die bessere Ergebnisse versprechen. Erst wenn nationale, regionale und lokale Regierungen politische Unterstützung von internationaler oder nationaler Ebene benötigen, greift VASAB ein. Und auch dann nur, falls es um eine klare raumordnerische Dimension geht.

⁹ <http://www.vasab.org.pl/documents.php?go=display&ID=76>

¹⁰ Aktionen im Rahmen von VASAB als auch von INTEREG II C, Phare und Tacis. VASAB 2010 PLUS-Dokument

¹¹ <http://www.vasab.org.pl/documents.php?go=display&ID=46>

Gebietstypen, im speziellen der Städte¹² und Siedlungssysteme, der Verkehrs¹³- und Kommunikationsnetze. Die Umsetzung der vorgeschlagenen Aktionen erfordert die Zusammenarbeit von Regierungs- und NichtregierungsStakeholdern auf lokaler, regionaler, nationaler und transnationaler Ebene. NichtregierungsStakeholder werden ausdrücklich zur Kooperation in Form von Kommentaren und Implementierungsideen eingeladen. Die Grenzübergreifende Zusammenarbeit für eine regionale Entwicklung erfordert die Verbesserung von Verkehrsinfrastruktur, Kommunikationssystemen, Grenzkontrollen und/oder Bildungssystemen. Entsprechende Maßnahmen müssen auf nationaler Ebene entschieden werden, wobei VASAB den dazugehörigen Dialog unterstützt. HELCOM und Baltic 21 haben eine Zusammenarbeit angeboten, um die Ideen von VASAB 2010 PLUS zu implementieren und ihre Konzepte für ein IKZM teilweise in die Raumentwicklungsplanung zu integrieren.

VASAB 2010 PLUS konzentriert sich auf sechs Schlüsselthemen.¹⁴ Die Förderung dieser und die dabei gemachten Erfahrungen werden zu einer nachhaltigen Entwicklung in der Ostseeregion beitragen. Dabei folgt man fünf Tätigkeitsfeldern:

- Empfehlung transnationaler Policy-Maßnahmen: Eine der im Moment wichtigsten Maßnahmen ist der Aufbau eines Monitoringsystems. Bis dieses vorhanden ist, übernehmen die CDS/BSR- Mitglieder die Überprüfung von Aktionen auf ihrem jeweiligen Verantwortlichkeitsfeld in ihrem Land oder ihrer Region. Auf dieser Basis wird u.a. über die Revision ausgewählter Maßnahmen diskutiert.
- Förderung methodologischer Entwicklung: Methodologische Diskussionen können sich beziehen auf:

Instrumente zur Programmimplementierung:

- Monitoring des Einflusses auf die Raumentwicklung; in dieser Hinsicht sollten eine weitgestreute Beantragung der Feststellung von Umwelt- und Raumwirkungen durch das Programm und seine Projekte unterstützt werden, inklusive eines weiten Dialoges über die weitere Operationalisierung der Instrumente;
- Wege, die internationale Kooperation am effektivsten zu gestalten;
- Prozesse, um Akteure verschiedener Ebenen und Sektoren zu involvieren.

Förderung von Projekten der Zusammenarbeit:

- VASAB unterstützt Projekte anderer Programme mit Ratschlägen und assistiert, soweit möglich, deren Initiatoren, um Partnerschaften, auch jenseits der EU-Grenzen, aufzubauen. Zudem untersucht VASAB die Möglichkeiten und Vorteile von Dachprojekten, um systematischer künftige INTERREG III- , PHARE- und TACIS-Projekte zu begleiten und so:

¹² Stärkung von Städten mit internationaler Bedeutung, ein Netzwerk starker regionaler Städte und eine attraktive städtische Umgebung im Hinblick auf wirtschaftliche Entwicklung in Verbindung mit Nachhaltigkeit.

¹³ Umweltfreundliche Mobilität, effektive Infrastruktur.

¹⁴ 1. Zusammenarbeit städtischer Gebiete im Bereich nachhaltige Entwicklung 2. Strategische Entwicklungszonen mit Bedeutung für eine transnationale Integration in der Ostseeregion 3. Transnationale Verkehrsverbindungen 4. Diversifizierung und Stärkung ländlicher Gebiete 5. Entwicklung transnationaler ‚grüner Netzwerke‘ 6. Integrierte Entwicklung von Küstengebieten und Inseln

- eine Plattform zur Verfügung zu stellen, die den Partnern einzelner Projekte die Ideen und Politik von VASAB näher bringt;
- einen Erfahrungstransfers aus den Projekten zu denjenigen Akteuren, welche für nationale und transnationale Raumpolitiken zuständig sind, sicherzustellen;
- Verbindungen zwischen Projektpartnerländern und Ländern, die nicht an Projekten teilnehmen (EU und Nicht-EU) zu stärken;
- die Lücke zwischen ‚top-down‘ (VASAB) und ‚bottom-up‘ (lokale/ regionale Projekte) zu schließen, sofern sie auf dieselben Ziele hinarbeiten.

Zusammenarbeit mit anderen grenzübergreifenden Ostsee- Initiativen:

VASAB nimmt an Kooperationen und Diskussionen mit einer Reihe von internationalen Organisationen und Körperschaften¹⁵ in der Ostseeregion teil, welche von der gemeinsamen Teilnahme an Workshops und Seminaren bis zur Kooperation in gemeinsamen Arbeitsgruppen reichen. Besonderes Augenmerk wird auf die Teilnahme an Baltic 21 gelegt. Das CSD/ BSR versucht als führender Partner von Baltic 21-Raumplanungsaktionen in diesem Rahmen insbesondere die Mitarbeit in den Bereichen Transport, Tourismus und Industrie durch raumordnungspolitische Maßnahmen auszuweiten. VASAB 2010 PLUS und das INTERREG III B- Programm für (funding community) Entwicklungsinitiativen schufen eine Stiftung/ Fundament für die Zusammenarbeit und Integration für Planungsarbeit innerhalb der Region.

Förderung des Dialogs mit Sektorinstitutionen und der sektorübergreifenden Zusammenarbeit:

- Die CSD/ BSR- Mitglieder versuchen, lokalen/regionalen Projektpartnern zu helfen, eine Verbindung mit nationalen und internationalen Sektorinstitutionen zu erreichen. Dialoge sollen das Bewusstsein für die Bedeutung räumlicher Aspekte fördern. Dies soll erreicht werden durch:
 - den Einbezug von Sektorinstitutionen in konkrete Projekte - initiiert bzw. angestoßen durch VASAB;
 - Vorschlag und Begründung von Sektormaßnahmen (inklusive Investitionen) auf der Basis regionaler Entwicklungskonzepte.

Unter den Sektoren, mit denen der enge Dialog gesucht werden soll, sind Transport, Umwelt, Tourismus, Bildung und Kultur, Landwirtschaft, Handel und Industrie.

Diese fünf Tätigkeitsfelder finden Berücksichtigung bei der Bearbeitung der sechs Schlüsselthemen von VASAB 2010 PLUS. Eines dieser Schlüsselthemen ist die integrierte Entwicklung von Küstenzonen und Inseln.¹⁶ Dieses Thema wurde aufgenommen, da Küstengebiete v.a. aufgrund der Konzentration menschlicher Aktivitäten und der sensiblen Natur eine wichtige Rolle in der Ostseeregion spielen. Die Vielzahl der sich in diesem Gebiet ergebenden ökologischen, kulturellen, ökonomischen und sozialen Probleme erfordert eine

¹⁵ Union of the Baltic Cities (UBC), BSSSC, HELCOM etc.

¹⁶ <http://www.vasab.org.pl/documents.php?go=display&ID=42>

integrierte Entwicklung, die jedoch weitestgehend aufgrund sektoraler Denkweisen und mangelhafter Koordination über die administrativen Grenzen hinweg fehlt. Integriertes Management der Entwicklung der Küstenzone, welches die verschiedenen Interessen im Gleichgewicht hält, ist noch nicht ausreichend mit der Raumplanung verbunden. Ein anderer Wesenszug der Ostseeregion ist die starke Verbindung zum Hinterland. Viele Umweltprobleme an der Küste werden verursacht durch Flussverunreinigungen, welche von entfernten Ballungsgebieten stammen. Unfälle auf Ölplattformen im Meer stellen ebenso eine große Bedrohung dar. Aus diesen Gründen bezieht VASAB, im Unterschied zum IKZM, das Hinterland und den Offshore-Bereich ausdrücklich mit ein. Als Herausforderungen in der Küstenzone werden daher benannt:

- ein Gleichgewicht zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Zielen für die Entwicklung der Küstenzone;
- das Erreichen einer Integration von land- und seeseitiger Entwicklung;
- die Förderung von Kooperationen über Sektor- und administrative Grenzen hinweg;
- die Verbindung von IKZM mit gesetzlicher Raumplanung.

Das CSD/BSR empfiehlt dazu, in den durch lokale und regionale Akteure initiierten und umgesetzten Demonstrationsprojekten das Hinterland, (Küsten-)Großstädte sowie den offshore- Bereich in die Raumordnungspolitik einzubinden und damit über die Reichweite bisheriger IKZM- Projekte hinauszugehen. Die Verbindung von IKZM mit gesetzlicher Raumplanung ist, neben der Integration von land- und seeseitigem IKZM in nationale und regionale Raumplanungsprozeduren, in entsprechende gesetzliche Regelungen aufzunehmen. Damit geht VASAB 2010 PLUS über die „Allgemeinen Empfehlungen für die Raumplanung der Küstenzone in der Ostseeregion“ von 1996 hinaus. Der umfassende, integrative Ansatz von IKZM erfordert eine strategische Koordination sämtlicher Planungs- und Managementprozesse und liegt in der Verantwortung politischer Institutionen aller Ebenen. Anstatt neue IKZM-Institutionen zu errichten, soll auf schon bestehende Strukturen zurückgegriffen werden.¹⁷

Als Beispiel für Küstengebiete, in denen solche Pilotprojekte zur integrierten Entwicklung von Küstenzonen und Inseln unterstützt werden können, werden u.a. genannt: das Gebiet Usedom – Świnoujście – Szczecin; die Dünen, Strände und langen Küstenstreifen in Mecklenburg- Vorpommern; die Boddenzonen in Mecklenburg-Vorpommern, in denen die ökonomische Entwicklung (Tourismus) im Einklang mit Naturschutz, insbesondere der EU-Habitatdirektive zu fördern ist sowie die Feuchtgebiete der Odermündung mit ihren Lagunen, Sandbänken und Flussmündungen.

Angeknüpft wird bei diesen Pilotprojekten an das Demonstrationsprogramm der Europäischen Kommission zum IKZM, von denen sich auch einige in der Ostseeregion befinden. Sowohl Mecklenburg-Vorpommern als auch Westpommern haben sich an diesem Programm jedoch nicht beteiligt.

VASAB versteht sich schon bestehenden Projekten gegenüber subsidiär und unterstützt diese. Z.B. kann VASAB der Umsetzung der HELCOM-Empfehlungen 21/3 über einen

¹⁷ <http://www.vasab.org.pl/documents.php?go=display&ID=83>

nachhaltigen und umweltfreundlichen Tourismus in der Ostseeregion oder der Empfehlung 15/5 über Offshore-Schutzgebiete dienen. HELCOM unterstützt im Gegenzug das Ziel, IKZM in den jeweiligen Ländern bestehenden Raumplanungsprozesse zu integrieren.¹⁸

2. UNEP (ICARM)

Das United Nations Environment Programme (UNEP) wurde 1972 als UN-Organisation im Anschluss an die Umweltkonferenz in Stockholm ins Leben gerufen. Ihre Aufgabe ist die Schaffung eines globalen Überwachungsnetzes im Zuge nachhaltiger Entwicklung. Seit 1992 ist man zunehmend um Schutz, Erhalt und Nutzungseffizienzsteigerung der globalen Wasserressourcen bemüht und konzentriert sich hierbei auf die Schwerpunkte effektive Wassernutzung sowie Lösung von Konflikten zwischen dem Lebensraum Wasser und menschlichen Aktivitäten. Erforderlich ist dafür ein Management, das auf eine ökologische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung zielt, welche die Artenvielfalt erhält sowie die Wasserqualität und -quantität für die verschiedenen Nutzungen und Bedürfnissen sichert. Dies ist nur durch Vermeidung einer Verschwendung infolge ineffektiver Wassernutzung sowie durch Kontrolle und weitgehende Reduktion von Schadstoffeinträgen in Meere und Flüsse zu erreichen. (Drews 2004:1ff.)

Dazu bedarf es der Schaffung technischer, rechtlicher und institutioneller Rahmenbedingungen. Diese umfassen die Generierung einer umfassenden Datenbasis mittels kritischer Prüfung, Überprüfung, Analyse und Bewertung süßwasser-, küsten- und meeresbezogener Sachverhalte. Weiterhin erforderlich sind Systeme zum internationalen Wissensaustausch in Form von Foren, Netzwerken und/ oder Kooperationen, die Bereitstellung eines dauerhaft zur Verfügung stehenden Expertenteams zur Bewältigung von Konflikten sowie die Einsetzung von Fachkommissionen für spezielle Problemfälle. Zudem ist die Förderung eines öffentlichen Bewusstseins für die sozioökonomischen und ökologischen Problemlagen genauso wichtig, wie die Zusammenarbeit von Bevölkerung, Regierung und den jeweils relevanten Kooperationspartnern bei der Erstellung und Umsetzung von konkreten Konzepten.

Unter Berücksichtigung dessen ist eine Vielzahl von UNEP- Programmen entstanden, die die Kontrolle von Wasser-, Sedimentfluss und von Abfällen sowie den Schutz ökologisch wertvoller Gebiete, die sowohl für ein Management von Flusseinzugsgebieten als auch von Küstenzonen von Bedeutung sind, zum Inhalt haben. (Drews 2004:2ff.) Dadurch schufen sie ein Wissen und Bewusstsein für die sozialen, ökologischen und ökonomischen Problemlagen und deren Verflechtungen sowie eine gute Basis, um künftige Entwicklungen nachhaltig gestalten zu können. Es wurden integrierte Managementkonzepte entwickelt, die effizientere, ganzheitlichere Koordination von Aktionen sowie eine vernünftigeren Ressourcennutzung und einen effektiveren Umweltschutz ermöglichen.

Das für IKZM relevanteste Konzept ist das Integrated Coastal Area and River Basin Management (ICARM) (Drews 2004:5; Ipsen et al. 2002:1), welches im Sinne von Kapitel 17 der Agenda 21 („Schutz der Ozeane, aller Arten von Meeren einschließlich umschlossener

¹⁸ <http://www.vasab.org.pl/documents.php?go=display&ID=83>

und halbumschlossener Meere und Küstengebiete sowie Schutz, rationale Nutzung und Entwicklung ihrer lebenden Ressourcen“) die ökologische Erhaltung der Meere, Flusseinzugsgebiete und Küstengebiete sowie deren sozioökonomische Nutzung und Entwicklung zu koordinieren, intensivieren und kontrollieren sucht.

ICARM entstand infolge der Erkenntnis, dass eine enge Wechselbeziehung zwischen Süßwasser- und maritimer Umwelt besteht und umfasst daher die drei räumlichen Komponenten Fluss, Küste und küstennahe maritime Gebiete.¹⁹

Seit der United Nations Conference on Environment and Development (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro wurde verstärkt erkannt, wie eng sich Flusseinzugs- und Küstengebiete in Struktur und Problemen ähneln bzw. letztere sich bedingen. Die Qualität des Flusswassers, Abflüsse, Sedimenttransport und Überschwemmungen haben Auswirkungen auf das Wasser der Küste. Umgekehrt haben Veränderungen des Küstenwasserpegels, Sedimentablagerungen, Gezeiten und Sturmfluten Einfluss auf Gebiete flussaufwärts. (Ipsen et al. 2002:3ff.) Aus diesem Grund wurden Flusseinzugsgebietsmanagement und ICARM miteinander verbunden zu einem integrierten Management von Küsten und Flusseinzugsgebieten (ICARM) mit dem Ziel der Sicherung der Stabilität und Produktivität des Ökosystems durch nachhaltige ökonomische und soziale Entwicklung. Das Management maritimer Ressourcen ist bislang nicht in ICARM integriert, das Konzept befindet sich aber in einem Entwicklungsprozess und wird stets weiterentwickelt. Bislang geht es v.a. um die Analyse, Koordination und Kontrolle menschlicher Aktivitäten (effektivere sozio-ökonomische Entwicklung) und natürlicher Komponenten (insbesondere hydrologischer, ökologischer und geo- chemischer Wechselbeziehungen) im Flusseinzugsgebiet und Küstenraum. (Drews 2004:7) Ein erheblicher Bedarf besteht an weitergehenden Anstrengungen v.a. in Bezug auf die Entwicklung von stärker ganzheitlichen und effektiven Managementmechanismen. (Ipsen et al. 2002 :1)

Integration ist ein zentraler Punkt im Management natürlicher Ressourcen. In ICARM erfolgt sie:

- horizontal durch Einbezug verschiedener wirtschaftlicher Sektoren (z.B. Wasserversorgung, Agrikultur, Forstwirtschaft, Industrie, Fischerei, Tourismus, Transport);
- vertikal durch Einbezug aller Ebenen (national, regional, lokal), Regierungsorganisationen und NGOs;
- durch eine Planungs- und Managementperspektive, welche das Wechselspiel zwischen Land-, Grundwasser-, Oberflächenwasser- und Meeresressourcen in Bezug auf Quantität und Qualität und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des natürlichen Ökosystems im Blick hat. (Ipsen et al. 2002:7f.)

Da erfolgreiches Management natürlicher Ressourcen zu einem Großteil abhängig ist von einer vernünftigen Leitung der Stakeholder und ihrer Aktivitäten, muss es den Fokus eher auf politische, gesetzliche und soziale Gesichtspunkte richten als allein auf naturwissenschaftliche Aspekte. Zur Erlangung einer nachhaltigen Entwicklung natürlicher

¹⁹ Siehe zur Historie K. Drews 2004:S. 6f.).

Ressourcen werden die Stakeholder bei Entwicklung, Nutzung und Management der Ressourcen direkt in den Entscheidungsfindungsprozess eingebunden. Ein effizientes Managementsystem setzt dabei auf eine adäquate Balance von top- down- und bottom- up- Ansätzen.

Die drei signifikanten Stakeholder-Gruppen sind:

- die Behörden auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene, welche insgesamt dafür verantwortlich sind, die Ressourcen als öffentliches Gut zu behandeln;
- die Nutzer, welche persönliche Vorteile durch die Ressource erlangen;
- die Unterstützer (Forscher, Außenstehende (extension people), NGOs etc.), welche sowohl Behörden als auch den Nutzern durch spezifische Aufgaben zur Seite stehen. (Ipsen et al. 2002:7f.)

Nachhaltigkeit in ICARM wird nicht allein durch rigide Umweltstandards und -gesetze sichergestellt, sondern neben der Konzentration auf das Ökosystem sind ökonomische und soziale Entwicklungen unter Nachhaltigkeitsbedingungen erlaubt und erwünscht. Die fünf Nachhaltigkeitsprinzipien, die ICARM zugrunde liegen, sind:

- Respektieren der Grenzen der Ressourcennutzung, um das Flusseinzugsgebiet und das Ökosystem Küste in seiner Gesamtheit zu erhalten,
- Fördern erneuerbarer Ressourcen, um die sozioökonomische Entwicklung nicht zu behindern,
- Fördern paralleler Ressourcennutzung sich ergänzender Aktivitäten, Trennung bzw. Regulierung von im Konflikt stehenden,
- Fördern entscheidungsebenen- und gebietsübergreifender Entscheidungsprozesse (lokal, national, global),
- Sicherstellung von Partizipation der Bevölkerung am Planungsprozess. (Drews 2004:7)

Im Rahmen des Managements von natürlichen Ressourcen, Umwelt und Ökosystem wird das Managementsystem betrachtet als aus drei sich ergänzenden Säulen bestehend (Ipsen et al. 2002:8ff.):

1. Säule: eine positive Umgebung für ICARM - durch einen allgemeinen Rahmen nationaler Gesetze, Strategien und policies, durch Generierung und Verbreitung von Informationen auch für die Stakeholder und durch Fördern von Verhandlungen der Akteure untereinander. Auf diesem Wege sollen die „Spielregeln“ festgelegt und die Stakeholder befähigt werden, ihre jeweilige Rolle zu spielen. Die Zivilgesellschaft soll zur Teilnahme am Ressourcenmanagement ermutigt werden, um bei ihr einen Sinn für eigene Verantwortlichkeit für die Ressourcen zu fördern.

2. Säule: institutionelle Aufgaben - welche eine effektive Zusammenarbeit der verschiedenen Behördenebenen und Stakeholder erlauben. Diese sind von Fall zu Fall, Land zu Land unterschiedlich, abhängig von Entwicklungsstand, finanziellen und menschlichen Ressourcen, traditionellen Normen und anderen spezifischen Umständen. Da viele

Schwierigkeiten bei der Formulierung und Umsetzung von Programmen und policies in institutionellen Defiziten und mangelnder Zusammenarbeit begründet liegen, ist es wichtig, institutionellen Rahmenbedingungen verstärkt Aufmerksamkeit zu schenken. Insbesondere Kooperations- und Koordinationsmechanismen sind eine unabdingbare Voraussetzung für ein funktionierendes Management. Dabei sind die verschiedenen sektoralen Blickwinkel und Interessen im Entscheidungsprozess zu berücksichtigen. Die Idee sind gemeinsame Konsultationen und Konsenssuche mit allen relevanten Ministerien auf allen Regierungsebenen sowie mit regionalen Stakeholdern. Es ist weiterhin wichtig, ein Netzwerk für eine effiziente Implementierung zu errichten in Form von Verbreitung, finanziellen Trägern, Forschung und Entwicklung. Die Fähigkeiten von Personal und Institutionen aller Ebenen sind zu erhalten, vergrößern und anzuwenden mittels Weiterbildung und Training bzw. Ausstattung mit geeignetem Gerät und langfristigen Ressourcen sowie eindeutigen Kompetenzzuweisungen.

3. Säule: Managementwerkzeuge - wie betriebsbereite/einsatzfähige (operational) Instrumente für eine effektive Planung, Steuerung, Umsetzung sowie effektive Monitoring- und Durchsetzungsinstrumente (enforcement). Die einzelnen Werkzeuge sind abhängig von der jeweiligen Situation mit ihren Gegebenheiten, welche zunächst zu untersuchen sind. Zu den Instrumenten gehören Informationssysteme; Risikomanagementinstrumente; Informationsveranstaltungen, Expertenbefragungen etc. zur Stakeholder- Mobilisierung und –Partizipation; Instrumente zur Ressourcenverteilung und zum Konfliktmanagement, z.B. der Rückgriff auf Marktmechanismen; rechtliche Regelungen bzw. Gesetze, Vorschriften der Exekutive, ökonomische Anreize und Drohungen, freiwillige Übereinkommen und Selbstregulierung.

Auf Grundlage dieser Säulen wurden zehn ICARM-Grundsätze für Politik- und Entscheidungsträger entworfen. (WWF) Diese sind:

- Identifikation der gemeinsamen issues von Flusseinzugsgebiet, Küstengebiet und Meeresumwelt,
- Vorrangiges Behandeln dieser gemeinsamen issues und Beurteilung des Bedarfs und Nutzens eines integrierten Managements von Flusseinzugs- und Küstengebiet. Bewertung einschränkender Bedingungen eines integrierten Ansatzes unter Berücksichtigung der Tatsache, dass beide Gebietarten unterschiedliche Gemeinschaften und separate Managementstrukturen besitzen. Definition realistischer (lang- und kurzfristiger) Ziele der Managementinitiative.
- Analyse einer Ursache- Wirkung- Relation für die identifizierten issues in Flusseinzugs- und Küstengebiet. Analyse der Zwänge und treibenden Kräfte sowie der Auswirkungen auf Umwelt- und sozioökonomische Bedingungen. Für gemeinsame issues können die Ursachen, Wirkungen und mögliche Problemlösungen Flusseinzugs- und Küstengebiete in komplexer Art und Weise einbeziehen und einen integrierten Ansatz zur Voraussetzung machen.
- Definition des Problemgebietes für integriertes Herangehen und Identifikation von für issues, Ursachen und Wirkungen relevanten Stakeholdern. Da ICARM auf Integrated Water Resources Management (IWRM) und IKZM aufbaut, sollte der Fokus eines

integrierten Fluss- Küsten- Managements prinzipiell auf dem fehlenden Glied für die gemeinsamen issues gerichtet sein. Jedes issue definiert seine eigenen Probleme und jedes Problem seine eigenen relevanten Stakeholder. ICARM sollte daher nicht als neuer oder alternativer Managementweg begriffen werden, sondern als einer, der aktiv die verbleibenden Fragen früherer Ansätze und deren institutionelle Spaltung in den Verantwortlichkeiten (institutional division of responsibility) aufgreift und auf die Verbindung von Flusseinzugsgebieten und Meer sowie auf eine Lösung sich daraus ergebener Managementprobleme zielt.

- Sicherung einer breiten politischen Unterstützung als uneingeschränkter Voraussetzung für ein adäquates integriertes Management gemeinsamer issues. Sie ist Bedingung für einen effektiven Einbezug relevanter Stakeholder in Dialoge und Planungsprozesse und insbesondere erforderlich zur Harmonisierung separater Institutionenverantwortlichkeiten, von Gesetzgebung, Rechtsvorschriften und Managementstrukturen.
- Einbezug von Stakeholdern von Anbeginn an, um deren Unterstützung zu sichern. Sie sind zu beteiligen bei der Identifikation und Priorisierung von issues, der Analyse für den Managementplan und der Beschlussfassung. Den Interessen und Anliegen der Stakeholder sollte genauso Aufmerksamkeit geschenkt werden wie der Moderation und Konsensfindung in Dialogen.
- Einrichtung einer allgemeinen Wissens- und Informationsplattform als Hauptinstrument im teilnehmenden Planungsprozess. Diese sollte speziell auf die sozioökonomischen Bedingungen der Region ausgerichtet sein und eine bestmögliche Informationstransparenz bieten.
- Fördern von Wissen und Bewusstsein auf allen Ebenen um optimale Bedingungen für die Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit und Unterstützung für einen aktiven (positive) Wandel der Institutionen, Gesetzgebung und Rechtsvorschriften zu schaffen.
- Schaffung einer positiven Umwelt für ICARM um nachhaltige Lösungen auf nationaler wie regionaler Ebene zu erreichen durch Festsetzung integrierter Richtlinien/ Grundsätze (policies) und Gesetze durch die Regierung.
- Bestärken von Institutionen des Küsten- und Flussmanagements, Arrangements zu treffen für ein integriertes Management von Flusseinzugs- und Küstenzonen. Dies erfordert koordinierte Strategien, administrative und institutionelle Kooperationen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene durch die Einsetzung von basin committees oder kooperierender Gremien, welche sich mit den praktischen Fragen eines integrierten Managements befassen.

Der sich an diese zehn Prinzipien anlehrende Planungsprozess besteht aus sieben Schritten. (Vgl. Drews 2004:8f.; Ipsen et al. 2002:8)

Schritt 1: Initiierung des Planungsprozesses (Bewusstwerdung, Problemdruck, allgemeine Organisation);

Schritt 2: Analyse der Situation im jeweiligen Gebiet (Erfassen der charakteristischen Struktur des Gebietes: biologische, topografische, hydrologische, geologische Daten; Informationen zu den natürlichen Ressourcen Wasser, Agrarland, Wald, Fisch, Meeresressourcen, natürliches Erbe, Minerale; Informationen zu den Gefahrenquellen Fluten, Zyklone, vulkanische Aktivitäten etc. und Informationen zur räumlichen Gebietsnutzung bzgl. Wirtschaft, Bevölkerungsentwicklung, Infrastruktur und bestehenden Netzwerken). Dazu können bereits bestehende Datenbanken, geografische Informationssysteme, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Kosten - Nutzung - Rechnungen, Umweltentwicklungsszenarien, Regulation und Kontrolle finanzieller Mechanismen etc. genutzt werden;

Schritt 3: Ableitung vorherrschender Probleme, zukünftiger Bedrohungen und Bedürfnisse aus der Situationsanalyse, Ableitung von Möglichkeiten künftiger Entwicklungen in dem Gebiet;

Schritt 4: Zielformulierung unter Berücksichtigung kritischer Faktoren, Konflikte und Möglichkeiten im Sinne nachhaltiger Entwicklung. Ziele können global, gebietsspezifisch oder sektoral sein sowie lang-, mittel- oder kurzfristig;

Schritt 5: Entwicklung von Strategien und Aktionsprogrammen, mit Hilfe derer die Ziele durch konkrete Maßnahmen am effektivsten umsetzbar sind und Konflikte gelöst werden können;

Schritt 6: direkte Umsetzung der Aktionsprogramme. Dafür sind erforderlich ein die Maßnahmen koordinierendes Organ (Komitee), individuelles und privates Engagement und Unterstützung durch die Regierung;

Schritt 7: Monitoring und Evaluation des Fortschrittes hinsichtlich des Erreichens der gesetzten Ziele sowie deren Wirksamkeit, der Effizienz der durchgeführten Investitionen und der Nutzenverteilung. Die Evaluation beginnt zeitgleich mit dem Beginn des Planungsprozesses, da nur so ohne Verzögerung auf sich gegebenenfalls verändernde Rahmenbedingungen reagiert und das Management diesen neuen Bedingungen angepasst werden kann.

Derzeit gibt es über 20 verschiedene ICARM- Projekte auf lokaler, nationaler oder globaler Ebene. Zum Austausch untereinander stellt die UNESCO eine Internetplattform (CSI: www.unesco.org/csi/) für internationale Diskussionen zur Verfügung, die mittlerweile von mehr als 13 000 Teilnehmern genutzt wird. (Drews 2004:9)

3. HELCOM

Die Baltic Marine Environment Protection Commission (sog. Helsinki Kommission oder kurz: HELCOM) ist eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit zwischen Dänemark, Deutschland, Estland, der EU, Finnland, Lettland, Litauen, Polen, Russland und Schweden²⁰ zum Schutz der maritimen Umwelt der Ostsee und zur Wiederherstellung bzw. Bewahrung ihres

²⁰ Die Zusammenarbeit findet auf Ebene der Vertreter aus den Umweltministerien statt. Nur im Ausnahmefall treffen sich die Minister selbst. Die eigentlichen Entscheidungen werden jedoch zumeist in Ausschüssen (Umwelt, Technologie, Schifffahrt, Havariebekämpfung) vorbereitet. Unterhalb der Ausschussebene erarbeiten verschiedene Arbeitsgruppen wichtige Themen in Projekten. Die Finanzierung der Arbeiten der Kommission übernehmen die Vertragsstaaten zu gleichen Teilen.

ökologischen Gleichgewichts.²¹ Die Kommission gibt dazu einstimmig entsprechende Empfehlungen an die Vertragsstaaten zur Planung, Durchführung und Kontrolle von Maßnahmen, welche die Regierungen dieser Staaten in eigenen nationalen Programmen sowie Gesetzestexten und Verordnungen umsetzen sollen. Die Maßnahmen erfolgen im Rahmen von verschiedenen Programmen, von denen insbesondere das BSPA- Programm sowie das JCP für die Odermündungsregion von Bedeutung sind.²² Diese werden im Rahmen folgender HELCOM-Prinzipien umgesetzt:

- Verantwortlichkeit: die Vertragsstaaten sollen einzeln oder gemeinsam alle geeigneten gesetzlichen, administrativen oder sonstigen Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Reduktion von Verschmutzungen unternehmen;
- Vorsorgeprinzip: präventive Maßnahmen sind durchzuführen, sobald sich begründete Anzeichen einer Bedrohung für Gesundheit, lebende Ressourcen oder die maritime Umwelt zeigen, für ihre Schönheit oder andere legitime Nutzungen;
- beste Umweltpraktiken und beste verfügbare Technologien sind durch die Vertragsparteien bei der Verhütung von Schadstoffeinträgen und Sanierung von Punktquellen zu unterstützen. Zusätzliche Maßnahmen sind zu unternehmen, falls eine Reduktion von Verschmutzung nicht zu akzeptablen Ergebnissen führt;
- der Verschmutzer zahlt: die Verursacher von Verschmutzungen zahlen für die realen Kosten ihrer Aktivitäten. Das Prinzip dient der Kontrolle umweltschädlicher Aktivitäten;
- Monitoring: Emissionen aus Punkt- und diffusen Quellen in Wasser und Luft sind wissenschaftlich zu messen und in weitere Betrachtungen einzubeziehen;
- Risikovermeidung: die Umsetzung der Helsinki- Konvention darf weder zu grenzüberschreitender Verschmutzung führen, welche Regionen außerhalb des Ostseegebietes beeinflussen, noch zu Steigerungen oder Veränderungen in der Abfallbeseitigung oder anderen Aktivitäten, welche Gesundheitsrisiken erhöhen. Keine Maßnahme darf zu inakzeptablen Umweltbelastungen für Atmosphäre, Boden, Wasserkörper oder Grundwasser führen.²³

Die Helsinki-Kommission ist das Führungsgremium der „Übereinkommen zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseegebietes“ (Helsinki-Konventionen) der Ostsee- Anrainerstaaten. Die Konventionen sollen den Erhalt der natürlichen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Werte und Charakteristika der Ostsee sicherstellen bzw. deren Wiederherstellung ermöglichen und dazu die Kooperation mit kompetenten regionalen Organisationen (z.B. Internationale Ostseefischerei- Kommission, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft) suchen bzw. verbessern. (Ebd.) Die Konvention von 1974, welche 1980 in Kraft trat, stellt insofern eine Novität da, als in ihr erstmalig Schadstoffeinträge aus allen Quellen, einschließlich vom Land und aus der Atmosphäre, berücksichtigt wurden. Zudem handelte es sich bei der Übereinkunft um eine Kooperationsvereinbarung von Staaten aus unterschiedlichen

²¹ http://www.helcom.fi/helcom/en_GB/aboutus/

²² Nähere Informationen zu diesen Programmen weiter unten.

²³ http://www.helcom.fi/helcom/en_GB/aboutus/

politischen und wirtschaftlichen Systemen²⁴, weshalb sie sich zunächst auch nur auf die offene Ostsee bezog. (Schernewski 2001)

Angesichts von Veränderungen im politischen System und von Entwicklungen des See- und Meeresumweltrechts unterzeichneten alle an die Ostsee grenzenden Staaten²⁵ sowie die EU 1992 eine novellierte Konvention²⁶, welche 2000 in Kraft trat. Diese Konvention umfasst die Ostsee selbst, die angrenzenden inländischen Gewässer sowie, anders als beim IKZM, auch deren gesamtes Einzugsgebiet, um vom Land ausgehende Verschmutzungen zu reduzieren. Aus diesem Grunde unterzeichneten auch Norwegen, die Tschechische und die Slowakische Republik das Übereinkommen. Die Novellierung folgt inhaltlich und strukturell der Fassung von 1974, beinhaltet jedoch eine Verschärfung und Konkretisierung der ursprünglichen Grundpflichten. (Ebd.)

Als wichtige Grundlage für die Arbeit von HELCOM sind in der Konvention die oben genannten Prinzipien und die Aufgaben der Kommission festgeschrieben (Convention 1992). Zu diesen Aufgaben zählen u.a.:

- die ständige Überwachung der Umsetzung der Konvention;
- das Geben von Empfehlungen an die Vertragsstaaten für Maßnahmen zur Zielerreichung, die von einzelnen Expertengruppen vorbereitet werden²⁷;
- die Überprüfung der Inhalte der Konvention und, soweit erforderlich, das Geben von Veränderungsempfehlungen;
- die Unterstützung einer engen Zusammenarbeit mit geeigneten Regierungsorganen sowie zusätzlicher Maßnahmen zum Schutz der Umwelt der Ostseeregion;
- die Zusammenarbeit mit kompetenten regionalen und internationalen Organisationen bei wissenschaftlicher und technologischer Forschung sowie anderen relevanten Aktivitäten.

Um die Ziele Schutz der Ostseemwelt sowie Wiederherstellung und Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts zu erreichen, schlägt die Kommission den Vertragsstaaten die Untersuchung des Zustandes der Ostsee durch weiträumige und langfristige Beobachtungen sowie dessen Dokumentation vor. (Convention 1992) So lassen sich Langzeitveränderungen und Zusammenhänge im System zu erkennen, die als Grundlage zur Entwicklung von Maßnahmen und Prozeduren zum Umgang mit und zur Reduktion bzw. Vermeidung von Verschmutzungen²⁸ dienen können. Dies soll durch die Vertragsstaaten selbst oder in Zusammenarbeit untereinander und mit anderen regionalen und internationalen Organisationen, z.B. der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, VASAB oder der Agenda

²⁴ Die NATO- Staaten Dänemark und BRD, die Ostblockstaaten DDR, Polen und UdSSR sowie die neutralen Staaten Schweden und Finnland.

²⁵ Neben den Unterzeichnerstaaten von 1974 traten auch Estland, Lettland und Litauen dem Abkommen bei.

²⁶ http://www.helcom.fi/Convention/en_GB/text/

²⁷ Obwohl diese Empfehlungen keinen rechtsverbindlichen Charakter besitzen, sind sie dennoch Basis nationaler Schutzprogramme.

²⁸ Ein Katalog dieser Prozeduren und Maßnahmen sowie schädlicher Substanzen, deren Anwendung untersagt oder eingeschränkt ist, findet sich in den Anhängen zur Konvention. Es werden z.B. Vorschläge zur Reinigung von Abwässern, zur Genehmigung von Industrieanlagen, zur Verminderung bzw. Vermeidung von Verschmutzungen aus der Landwirtschaft oder Umweltverträglichkeitsprüfungen. Verboten sind Einleitungen von Schadstoffen durch Schiffe und Luftfahrzeuge sowie das Verbrennen von Müll auf See.

21 erfolgen. Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen soll sich in erster Linie auf wissenschaftliche, technologische und andere Forschung, auf den Austausch von Daten und Informationen sowie Monitoringaktivitäten beziehen. Die gesammelten Informationen über den Zustand der Ostsee, über geplante oder unternommene Maßnahmen und die Effektivität dieser sind den anderen Vertragsstaaten und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Empfehlungen der Kommission sollen die Vertragsstaaten auf ihrem Hoheitsgebiet selbst durch nationale Behörden umsetzen. (Ebd.)

In Artikel 15 der Konvention von 1992 werden Maßnahmen zum Erhalt natürlicher Habitate und der Artenvielfalt vorgeschlagen, um Lebensgrundlagen, den Schutz von Ökosystemen und ökologischen Prozessen sowie eine ökologisch tragfähige Nutzung von Naturgütern sicherzustellen. Im Zuge dessen und infolge anderer Abkommen²⁹ wurde 1994 die Empfehlung 15/5 zur Widmung bestimmter Gebiete als „Baltic Sea Protected Areas“ (BSPA) verabschiedet. Darin wurden die Einrichtung eines Systems von Küsten- und Meeresschutzzonen, Managementpläne zum Schutz der Natur und Sicherstellung einer nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen in diesen Gebieten und Monitoringprogramme vorgeschlagen. Zu den BSPA in Deutschland zählen u.a. die Odermündungsregion und die Haffgebiete Vorpommerns/ die Gewässer um Westrügen; in Polen der Wolin- Nationalpark mit seinen umschließenden Gewässern. (HELCOM 1994)

Diese Gebiete, die dem Vorsorgeprinzip Rechnung tragen, wurden als Beispiele für typische Biotop ausgewählt, wie sie in jeder baltischen Sub- Region vorkommen. Das oberste Ziel ihres Managements ist die Sicherstellung der Erhaltung bzw. die ökologische Wiederherstellung einer repräsentativen Anzahl von Biotopen und Habitaten und die Sicherstellung einer nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen. Zur Erlangung dieses Hauptziels sind eine Reihe von Unterzielen auf der Grundlage zu sammelnder Informationen über den Zustand der Umwelt, von Flora und Fauna und deren Wechselwirkungen mit dem Gebiet außerhalb der BSPA, über ökologische Veränderungen etc. zu definieren, abhängig von der jeweiligen Region. Des Weiteren sind rechtliche und administrative Strukturen zu identifizieren und um den Managementbedarf zu beurteilen, die Einrichtung eines Monitoringsystems. In den Richtlinien zum Management der BSPA werden neben diesen Bedingungen die verschiedenen Möglichkeiten aufgezeigt, die für die Regulation oder Kompensation schädlicher menschlicher Aktivitäten existieren sowie diese zu regulierenden Aktivitäten und Bedrohungen benannt. (HELCOM)

Die BSPA können als Pilotprojekte für ein IKZM betrachtet werden. Für ihre Realisierung empfiehlt die Kommission eine Zusammenarbeit der Vertragsstaaten untereinander sowie mit VASAB und Baltic 21 vor. Zudem verabschiedete sie im Jahr 2003 die Empfehlung 24/10 „Implementation of Integrated Marine and Coastal Management of Human Activities in the Baltic Sea Area“. Darin schlägt sie den Vertragsstaaten vor:

- die Identifikation relevanter nationaler Gesetze und Rechtsvorschriften sowie der für die Umsetzung Verantwortlichen (nationale, regionale, lokale Amtsinhaber);

²⁹ Z.B. infolge von Paragraph 14 der Ostseedeklaration von Ronneby 1990 zur Einrichtung von Schutzgebieten; Paragraph 5.38 der Nature Conservation des 14. Treffens der Helsinki- Kommission zur Beschleunigung der Einrichtung der Schutzgebiete; des Abkommens der UNCED- Konferenz von Rio 1993 über den Erhalt der biologischen Vielfalt; der Empfehlungen der Agenda 21 u.a.

- die Identifikation relevanter Betroffener mit Interesse am Gewässergebiet;
- die Anwendung der Prinzipien der EU- Richtlinie 2001/42/EC (Directive on the Assessment of the Effect of Certain Plans and Programms on The Environment) und der EU-Richtlinie über die Umweltverträglichkeitsprüfung vom 27. Juni 1985 (85/337/EWG) in der ergänzten Fassung der Richtlinie des Rates 97/11/EG (EIA) zur Feststellung der Auswirkungen bestimmter menschlicher Aktivitäten in Gewässer- und Küstengebieten;
- die Identifikation von gegenseitigen und/ oder gegenläufigen Interessen, Verpflichtungen, Aktivitäten privater und öffentlicher Betroffener (nationale Agenturen, private Parteien, NROn etc.);
- die Organisation und Umsetzung eines Offshore-Managementprozesses, welcher Gruppen aus b) und d) z.B. durch Workshops zusammenbringt;
- die Entwicklung von Kriterien, Standards, Richtlinien durch Verantwortliche für das jeweilige Themengebiet; Entwicklung praktikabler, anwendbarer Wege um Verantwortung für Planmanagement, -anwendung und rechtliche Durchsetzung aufzuteilen;
- die Identifikation der wichtigsten Fragen bzgl. Planung und Management menschlicher Aktivitäten in Offshore-Bereichen;
- das Aufdecken von Daten- und Wissenslücken, welche die Planung und Durchführung vereiteln könnten, sowie von Problemen i.V.m. dem Zugang zu Daten;
- das Vorbereiten und den Vollzug eines Programms um aufgezeigte Daten- und Wissenslücken zu schließen, die Analyse existierender Daten und den Austausch von Erfahrungen zwischen Amtsinhabern und Betroffenen;
- eine verbesserte Beurteilung des Zustands der Artenvielfalt und des Einflusses menschlicher Aktivitäten;
- die Entwicklung und Anwendung eines übergreifenden Planes (nationale Strategie/n) mit den Aufgaben a) bis j). (HELCOM 2003).

Die identifizierten Strukturen und Bedingungen sowie schon vorhandene Daten sollen in eine nationale, möglichst frühzeitig aufzubauende Metadatenbank einfließen, um die Nutzung der benötigten Daten³⁰ zu erleichtern. Deren Verknüpfung in einer internationalen HELCOM-Metadatenbank und die Verbindung mit nationalen IKZM- und Offshore-Gebietsmanagement-Datenbanken muss dabei ebenso betrachtet werden. (HELCOM 2003, Attachment 3)

Für die Implementierung der BSPA soll der Blick auf schon existierende erfolgreiche integrierte Meeres- und Küstenzonenmanagements gerichtet werden. Insbesondere auf bottom up- Initiativen, in denen lokale oder subnationale Politiken, Programme, Projekte oder andere Initiativen Küsten-, Meeres- und terrestrische Gebiete eingeschlossen werden. Diese sollen unterstützt werden, z.B. durch finanzielle Förderung. Gut funktionierende Instrumente

³⁰ Z.B. Daten über die biologische und geologische Vielfalt, über die Infrastruktur, die Entwicklung von Land- und Wasserregionen sowie demografische Daten.

und neue Wege, to apply IKZM menschlicher Aktivitäten sollten der Öffentlichkeit durch Workshops bekannt gemacht werden. Zudem soll, soweit angebracht, die „Implementation of Integrated Marine and Coastal Management of Human Activities in the Baltic Sea Area“ (Empfehlung 24/10) mit Wasserressourcenmanagement und Landnutzungsplanung im Einzugsgebiet der Ostsee verknüpft werden. (Ebd.)

2005 gab HELCOM mit dem Dokument „Baltic Sea Protected Area Planning and Management: Guidelines and Tools“ Empfehlungen für die praktische Umsetzung der BSPA. Anhang acht dieses Dokuments enthält ein Schema für einen möglichen Ablaufplan. Wesentliche Inhalte dieses Planes, die sich z.T. mit der Empfehlung 24/10 decken und die auch für ein IKZM-Ablaufschema Relevanz haben, sind:

- Bestimmung von Ziel und geografischer wie sachlicher Reichweite des Managementplanes;
- Beschreibung des Gebietes und seiner besonderen Merkmale (Infrastruktur, Erhaltungswert, geographische, physikalische, biologische, kulturelle Gegebenheiten etc.);
- gegenwärtige Nutzungen, auch außerhalb des Gebietes, soweit sie dieses beeinflussen (Erholung, Gewerbe, Forschung und Bildung, traditionelle Nutzungsrechte und Managementpraktiken, laufende Entwicklung/ Aktivitäten, zukünftige Anforderungen);
- Analyse von Gefahren und Konflikten;
- Identifikation national wie international gesetzlich zuständiger Behörden;
- Identifikation bestehender gesetzlicher und verwaltungsrechtlicher Rahmenbedingungen;
- Aufdecken bestehender Wissenslücken.

Insbesondere im Hinblick auf das Management werden genannt:

- Bestimmung der allgemeinen und speziellen Ziele und Vorstellungen;
- Festlegung von Managementmethoden³¹;
- Befähigung der Verwaltung (Besetzung von Stellen, Training, Bereitstellung von Ausrüstung und Gebäuden, Budget- und Geschäftsplan);
- Festlegung von Aufsichts- und Durchsetzungsinstrumenten (Verfahren zur Überwachung der Erfüllung von Festlegungen, Warnungen, Geldstrafen, Strafverfolgung);
- Ermöglichen von Kontrolle und Planeffektivität (Forschung, Monitoringprogramme bzgl. des biologischen/ ökologischen Status, Pläne, Richtlinien zur Evaluierung);

³¹ Dabei soll, soweit möglich, auf bestehende Strukturen zurückgegriffen werden. Gefordert werden ein Beratungskomitee, gemeinsame Netzwerke und Vereinbarungen mit privaten Organisationen, Institutionen oder Personen, die Unterteilung des Gebietes in verschiedene Zonen mit je spezifischem Management, das Einführen von Regeln und Verboten, ein Managementplan im Hinblick auf natürliche Ressourcen, ein Managementplan zur Leitung weiterer Studien im Hinblick auf soziale, kulturelle Ressourcen und natürliche Ressourcen sowie die Bildung und Schaffung eines öffentlichen Bewusstseins.

- Aufstellung eines Zeitplanes für die Umsetzung;
- Aufstellen einer Liste mit Informationsquellen außerhalb der regulären Informationsbasis (Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, Nutzergruppen, Forschungsinstitute, bestimmte Privatpersonen, Gutachter etc.).

Ein anderes Programm, das ähnlich den BSPA direkt auf regionaler Ebene zu finden ist, ist das Baltic Sea Joint Comprehensive Environment Action Programm (JCP). Das Aktionsprogramm wurde 1990 auf der Konferenz der Regierungschefs und hohen politischen Repräsentanten in Ronneby durch die „Ostseedeklaration“ ins Leben gerufen als Werkzeug für die Umsetzung der HELCOM-Konvention von 1974. (HELCOM 1990) Seitdem gilt es als internationales Umweltmanagement- Rahmenwerk für eine langfristige Wiederherstellung der ökologischen Balance der Ostsee. Auf der Konferenz der Helsinki- Kommission von 1992 wurde das JCP-20-Jahre- Programm angenommen und zudem eine Arbeitsgruppe zur Durchführung der HELCOM-Programme eingerichtet: die Programme Implementation Task Force (HELCOM PITF). Diese Arbeitsgruppe, die 2003 aufgelöst wurde und deren Aufgaben die Gruppe HELCOM LAND³² übernahm, war u.a. für die Koordinierung von JCP verantwortlich. Das Ziel des Umweltaktionsprogramms ist die Reduktion von Verschmutzung der an meisten verunreinigten Regionen des Ostseeinzugsgebietes. Diese äußerst stark verschmutzten Gebiete werden durch JCP als sogenannte ‚Hot Spots‘ deklariert, denen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden muss.³³ Die Auswahl der Hot Spots erfolgt aufgrund ihrer Bedeutung für das Ökosystem der Ostsee, besonders sensible Gebiete wie Küstenlagunen und Feuchtgebiete, in denen spezielle Umweltmaßnahmen erforderlich sind, sollen prioritär behandelt werden. (Ebd.) Zu diesen vorrangigen Hot Spots zählt auch die BSPA Stettiner Haff (Hot Spot 113). Es wurde ausgewählt als eines der Pilotgebiete für die Ausarbeitung und Implementierung des IKZM- Planes. 1993 wurden die Einzelheiten eines solchen IKZM-Planes gestartet, eine erste Version des Planes für das Stettiner Haff wurde 1995 durch das Polish Area Task Team in Zusammenarbeit mit der deutschen Seite gefertigt und 1998/99 auf den neusten Stand gebracht.

Zur Entwicklung des grenzübergreifenden Küstengebietes führte PITF 2002 einen Workshop in Polen durch. Auf diesem entstand das Diskussionspapier HELCOM PITF 19/2002, Dokument 6/2.³⁴ In diesem Papier werden zunächst die Probleme des Stettiner Haffs identifiziert und deren mögliche Handhabung innerhalb der JCP betrachtet. Eine Entwicklung des Haffs wird angestrebt, welche

- die Schlüsselbranchen der Industrie erhält und entwickelt³⁵ und so das Einkommen der Bewohner erhöht, dabei aber gleichzeitig eine ökologische Entwicklung ermöglicht;
- die einzigartigen natürlichen und landschaftlichen Werte durch die Erhaltung früherer und Errichtung neuer Schutzformen des Gebietes erhält;

³² Land- based Pollution Group (http://www.HELCOM.fi/groups/LAND/en_GB/main/)

³³ http://www.helcom.fi/projects/jcp/hotspots/en_GB/hotspots/

³⁴ [http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Programme%20Implementation%20Task%20Force%20\(PITF\)/PITF%2019%20\(2002\)/6-2.pdf](http://sea.helcom.fi/dps/docs/documents/Programme%20Implementation%20Task%20Force%20(PITF)/PITF%2019%20(2002)/6-2.pdf)

³⁵ Die Bedingungen für wirtschaftliches Wachstum sind: Investitionen in moderne, umweltfreundliche Technologien, Modernisierung der Infrastruktur für industrielle Produktion und Reorganisation industrieller Prozessmanagementsysteme.

- einen integrierten Schutz von Wasserressourcen, eine Verbesserung bzw. den Erhalt der außerordentlichen ökonomischen und natürlichen Werte des Gebietes sicherstellt.

Die wichtigste Anregung ist dafür die gemeinsame Bearbeitung der Schwierigkeiten vor Ort durch Polen und Deutschland mittels enger Kooperation. Dabei soll ein integrierter Ansatz durch Einbezug aller Schlüsselbranchen und unter Berücksichtigung von Naturschutzfragen verfolgt werden. Diesbezüglich sind gemeinsame Prioritäten und eine einheitliche Richtung in der deutschen als auch polnischen Entwicklung ausschlaggebend. Neben Fragen von Investition, Entwicklung und Umweltschutz sind auch solche, welche institutionelle, soziale und rechtliche Bereiche betreffen, im Blick zu behalten. (HELCOM PITF 19/2002)

Ein formell angenommener Managementplan, der die Finanzierung für seine Umsetzung sichert und gleichzeitig eine ökonomische und ökologische Entwicklung sowie entsprechende rechtliche Rahmensetzung enthält, ist die Voraussetzung für die Beurteilung, ob ein Hot Spot von der JPC- Liste genommen werden kann oder nicht. Diese Managementpläne müssen alle physischen, biologischen und menschlichen Faktoren und Aktivitäten berücksichtigen, welche Einfluss auf das Gebiet bzw. seine Ressourcen ausüben. Die Oderregion ist somit ausdrücklich mit zu betrachten. (Ebd.)

Durch die genannten Anstrengungen sind im Rahmen von HELCOM bisher u.a. folgende Erfolge zu verzeichnen:

- ein verminderter Eintrag organischer Schad- und Nährstoffe in die Ostsee aus Punktquellen;
- eine Verbesserung der Behandlung industrieller und kommunaler Abwässer;
- strengere Kontrollen der Industrie;
- ein verbessertes gemeinsames Monitoring;
- ein Erholen von Robben- und Weißschwanzadlerpopulationen;
- Maßnahmen zur Beseitigung illegaler Einleitungen durch Schiffe in die Ostsee;
- ein internationaler Plan zur Bekämpfung der Meeresverschmutzung.³⁶

4. IKZM - Ansätze aus den USA

Der im Jahr 1999 erschienene Leitfaden „A Manual for Assessing Progress in Coastal Management“ des Coastal Resources Center der Universität Rhode Island (USA) entstand im Rahmen der Zusammenarbeit der International Group of Experts on the Scientific Aspects of Marine Environment Protection (GESAMP) infolge diverser Konferenzen und Workshops. (Ebd., S. 1)

Ausschlaggebend für seine Entwicklung waren drei Tatsachen. (Ebd., S. 3f.) Erstens sind Küstenregionen außerordentlich wichtig, da sie Lebensraum für einen Großteil der Menschheit bieten und in infrastruktureller Hinsicht Brennpunkte wirtschaftlichen Wachstums

³⁶ http://www.helcom.fi/helcom/en_GB/aboutus/

und anderer Aktivitäten darstellen. Zweitens nimmt die Qualität der Küstengebiete, auch in Zukunft, weltweit ab, während die Zerstörung entscheidender Lebensräume, der Zusammenbruch von Fischerei, der Verlust an Artenvielfalt und Nutzungskonflikte zunehmen werden. Ursachen dafür sind eine wachsende Bevölkerung in Küstenregionen sowie Missbrauch und übermäßige Nutzung von Ressourcen. Drittens sind bisherige Küstenmanagementenerfolge eher spärlich. Meist finden sich nur verstreute Pilotprojekte mit geringer Kommunikation untereinander. Erfolge und Misserfolge bestehender Programme sind oft nicht schriftlich festgehalten und Untersuchungen, wie Unterschiede im Programmdesign und der Umsetzung sich auf die Ergebnisse auswirken, gibt es nur wenige. Für ein erfolgreiches Management ist es jedoch erforderlich zu wissen, was sich positiv im Hinblick auf die Ziele auswirkt, was nicht und warum.

Mit dem Entwurf des Leitfadens unternahm man einen wichtigen Schritt in diese Richtung.

Zur Entwicklung eines bestmöglichen Küstenmanagements soll er helfen, den Einfluss von IKZM- Aktivitäten auf soziale und ökologische Veränderungen bzw. den Beitrag zu diesen sichtbar zu machen und IKZM diesen Veränderungen im Rahmen eines ‚Lernens durch Erfahrung‘ (bei Bedarf) anzupassen. (Ebd., S. 1) Dies will man erreichen durch:

- die Entwicklung und Anwendung von Konzepten und Werkzeugen, welche eine Analyse zwischen Küstenmanagementinitiativen ermöglichen;
- ein Verdeutlichen des konzeptionellen Rahmens, auf dem Küstenzonenmanagementinitiativen basieren;
- die Analyse von Hypothesen, wie nachhaltiger Fortschritt erreicht werden kann;
- eine bessere Dokumentation eines verbesserten Steuerungsprozesses und der IKZM-Auswirkungen auf den Zustand von Ökosystem und Gesellschaft des Küstengebietes;
- die Förderung lokaler und nationaler Beteiligung an IKZM- Initiativen. (Ebd.)

Der Leitfaden geht zum einen auf die einzelnen Schritte ein, die für den Ablauf eines IKZM umgesetzt werden müssen und wirft zu jedem dieser Schritte Fragen auf, die zum einen bei der Selbstbewertung und externen Evaluation von IKZM- Initiativen wichtig sind, zum anderen aber auch schon bei der Planung und Umsetzung berücksichtigt werden sollten. Die Fragen bieten einen Rahmen für Diskussionen über Stärken und Schwächen des Projektes. Die externe Evaluation sollte durch Stakeholder inner- und außerhalb der Regierung, durch die Öffentlichkeit, Geldgeber, NGOs als auch Küstenmanagement- Spezialisten anderer Länder erfolgen. (Ebd., S. 12)

Bei der Bewertung von IKZM- Programmen konzentriert sich der Leitfaden stärker auf die Ergebnisse und Veränderungen (Outcomes) infolge von IKZM (Ebd., S. 9; Hoffmann 2006:61ff.) als dies andere Evaluationsansätze tun, die stark auf Inputs (z.B. Investitionen) und Outputs (z.B. Genehmigungen) bezogen sind. Allein durch die Betrachtung der Outcomes kann eine Bewertung des wirklichen Erfolges in Bezug auf die Umwelt und Sozioökonomie erfolgen. Die Outcomes sind von der Qualität des Managements abhängig. Je entwickelter das Management, desto höher ist auch die Stufe des Outcomes. Die verschiedenen Stufen der Outcomes heben die Bedeutung der erzielten

Zustandsveränderungen hervor, zudem erkennen sie an, dass jeder Zustandsveränderung Veränderung im Verhalten von Akteuren innerhalb der Einflussphäre der Managementaktivitäten zugeordnet werden können. Der Leitfaden zeigt vier Stufen der Outcomes auf:

1. Stufe: Es bestehen formalisierte institutionelle Strukturen als dauerhafter Teil des Regierungssystems, es gibt einen durch geeignete Regierungs- und Nicht-Regierungsgruppen angenommenen Managementplan sowie eine gesicherte Finanzierung.
2. Stufe: Veränderungen im Verhalten einer vorher definierten Gruppe von Personen, in Verhalten und Sichtweise von Stakeholdern sowie eine Reduzierung von Nutzungs- und interinstitutionellen Konflikten sind sichtbar, vereinzelt infolge von Selbstverpflichtung durch Nutzergruppen. Entwicklungsverfahren und Pilotprojekte mit spürbaren Verbesserungen für dortige Stakeholder werden durchgeführt und Infrastruktur errichtet bzw. verbessert.
3. Stufe: Verbesserungen einiger sozialer und ökologischer Indikatoren sowie anfangs anvisierte Veränderungen im Ressourcen- und sozioökonomischen Zustand zeigen sich infolge des Projektes.
4. Stufe: Die Küstenentwicklung und Nutzung von Ressourcen erfolgen langfristig und nachhaltig. (Coastal Resources Center 1999:9)

Diese vier Stufen sind sowohl auf lokaler als auch regionaler und nationaler Ebene zu finden, je nach IKZM- Programm. Nachhaltige Anstrengungen dauern oft Dekaden und umfassen ein mehrmaliges Durchlaufen der einzelnen Schritte, bis die 3. oder gelegentlich auch 4. Stufe erreicht werden kann innerhalb eines bestimmten geographischen Rahmens. Die meisten gegenwärtig bestehenden Küstenprojekte der Welt befinden sich jedoch erst auf der 1. oder 2. Stufe. (Ebd.) Während allein die letzte die Hauptziele von IKZM erreicht, nähert sich mit jeder Stufe der Outcome diesem Ziel.

Der Leitfaden soll helfen, auch Bedingungen zu identifizieren, welche nur zu suboptimalen Ergebnissen führen, denn die Identifikation möglicher Umsetzungsprobleme ist ein erster Schritt im Lernprozess, wichtig für eventuelle spätere Modifikationen, die die Erlangung der 4. Stufe sowie die Ausdehnung von Erfolgen von Pilotprojekten auf umfassendere Gebiete erst möglich werden lassen. (Ebd., S. 12)

Jeder der einzelnen Schritte des Leitfadens ist mit Attributen einer good practice besetzt, welche zentral für eine erfolgreiche IKZM- Umsetzung sind. Dies umfasst die folgenden Punkte:

- Berücksichtigung der Tatsache, dass IKZM ein Governance- Prozess ist;
- die Anwendung erfolgt auf lokaler und nationaler Ebene, mit starker Verbindung zwischen beiden;
- der Prozess muss offen und demokratisch sein und die Teilnahme von Stakeholdern sowohl bei der Planung als auch Umsetzung ermöglichen;

- das Bilden von Programmen zu den Fragen, welche gemeinsam mit Stakeholdern identifiziert wurden;
- Bilden einer Umgebung, welche effektives Küstenmanagement unterstützt durch die Information der Öffentlichkeit über die Langzeitauswirkungen auf die betroffenen (Problem-)Felder und Aufzeigen der Vorteile eines verbesserten Managements;
- Nutzung der besten verfügbaren Info für Planung und Entscheidungsfindung; Rückgriff auf Wissenschaft;
- Aufbau nationaler Fähigkeiten durch Lang- und Kurzzeittraining, learning-by-doing und Einbezug ausländischer Kollegen;
- schnellstmöglicher Übergang von der Planung zur Umsetzung durch Nutzung kleiner Projekte, welche die Effektivität innovativer Methoden aufzeigen;
- Berücksichtigung, dass Programme Schleifen durchlaufen von Entwicklung, Umsetzung und Verbesserung, aufbauend auf vorhergehende Erfolge und Anpassung bzw. Ausweitung von (Problem-)Feldern;
- Setzen spezifischer Ziele, Überwachungsmechanismen und Festlegen von Umsetzungsmechanismen. (Ebd., S. 10f.)

Bei der Bewertung von Umsetzung und Leistung von IKZM- Programmen kann es zu Differenzen kommen, welche aufschlussreich und hilfreich sein können für ein bestmögliches Projektdesign und eine bestmögliche Umsetzung. So können z.B. die gesetzten Ziele erreicht werden, aber ohne eine ‚good practice‘ angewandt zu haben. (Ebd., S. 13)

Jeder der fünf im Folgenden beschriebenen Schritte spiegelt einen bestimmten Prozess zu einer bestimmten Zeit, die einzelnen Schritte sind z.T. aber auch in anderer Reihenfolge möglich, etwa Schritt 3 vor 1 und 2. (Ebd., S. 8) Nicht alle Schritte bzw. nicht alle Fragen zu den einzelnen Schritten sind relevant für jedes IKZM- Programm.

Alle 5 Schritte zusammengefasst bilden eine ‚Schleife‘ (Ebd., S. 6ff.), deren Durchlaufen nicht den Endpunkt des Programms bedeutet, denn IKZM ist ein dynamischer und adaptiver Prozess. D.h., mit Vollendung des letzten Schrittes werden in den meisten Fällen neue Gegebenheiten sichtbar, die wiederum in einen Schritt 1 und damit eine neue Schleife münden. Gemachte Erfahrungen in (erfolgreich) durchlaufenen Schleifen sind stets lehrreich und daher genau zu analysieren. IKZM reift durch einen erfolgreichen Ablauf der Schleifen. Bis zu einem Erreichen der Hauptziele von IKZM - nachhaltige Lebensqualität in Küstengemeinden und nachhaltiges ökologisches und ökonomisches Wohlergehen - sind zumeist mehrere Schleifen umzusetzen, dabei wird mit jedem Durchlauf ein neuer Grad der Outcomes erreicht. Dies kann in nationalem Maßstab acht bis 15 Jahre dauern, bei Demonstrationsprojekten auf einem eng begrenzten Gebiet auch in der Hälfte der Zeit. Die 1. Schleife beginnt gewöhnlich mit einigen wenigen Problempunkten, oft auf begrenztem geografischen Gebiet, die sich dann im Laufe der Zeit verändern, komplexer werden und/ oder durch neue ergänzt werden.

Nun zu den einzelnen Schritten mit den entsprechenden Fragen:

Schritt 1: Identifikation und Bewertung relevanter Sachverhalte - policy and action seeking (Coastal Resources Center 1999:15ff.)

Wichtigste Aktionen:

- Bewertung der hauptsächlichen Umwelt-, sozialen und institutionellen Sachverhalte (Probleme und Möglichkeiten) und ihrer Auswirkungen;
- Identifikation der bedeutendsten Stakeholder und ihrer Interessen;
- Auffordern, eventuell Kritik an Bewertung zu üben und auf diese zu antworten;
- Auswahl der Problemfelder, auf deren Lösung sich konzentriert werden soll;
- Definition der Ziele der Managementinitiative.

Am Ende von Schritt 1 müssen sowohl das sachliche als auch geographische Gebiet definiert sein, mit dem sich das Programm beschäftigen soll. Eine Verständigung zwischen Stakeholder inner- und außerhalb der Regierung über die Schwerpunkte und spezifischen Ziele der Initiative beginnt schon mit diesem Schritt. Daran teilnehmen sollen v.a. verantwortliche Behörden und betroffene Personen.

Probleme an den Küsten, ihre Ursachen und möglichen Lösungen durch lokale Stakeholder, leader und Amtspersonen müssen detailliert identifiziert und analysiert werden. Oft ist es dafür erforderlich, neben schon verfügbaren Informationen neue zu ermitteln und zu bewerten. Schritt 1 dient somit hauptsächlich der themenbezogene Analyse und dem aktiven Einbezug von Stakeholdern.

Fragen:

A. Identifikation und Bewertung der Sachverhalte:

- Welche Themen sind für Küstenmanagement von Bedeutung?
- Was war der Auslöser für IKZM und wie beeinflusste dies die Themenauswahl?
- Hat eine Bewertung schon stattgefunden? Durch wen und wer förderte diese?
- Wer beteiligte sich an der Beurteilung? Wie sah solche Teilnahme aus?
- In welchem Umfang geht die Beurteilung auf die sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten der Küstennutzer ein?
- Wurden gegenwärtige Beziehungen zwischen Regierungsstellen und anderen Institutionen sowie Hauptthemengebiete von IKZM analysiert? Was ergab die Analyse in Bezug auf die Eignung bestehender Managementstrukturen?
- Wurden Genderissues analysiert?
- Wie wurde die Beurteilung technisch gehandhabt?
- War die Tiefe der Bewertung angemessen in Bezug auf räumliche, zeitliche und sachliche Beschränkungen, unter denen die Initiative stattfand?

B. Bedeutendste Stakeholder und deren Interessen:

- Welche sind die hauptsächlichen Nicht-RegierungsStakeholder in der Küstenregion, die höchstwahrscheinlich durch IKZM beeinflusst werden?
- Wurden die Meinungen unorganisierter Interessen und die Sichtweisen der allgemeinen Öffentlichkeit während des Bewertungsprozesses beachtet?
- Welche Regierungsbehörden und anderen formellen Institutionen (Universitäten, Nutzergruppen, religiöse Organisationen etc.) haben Interesse am Zustand und an der Nutzung des betrachteten Ökosystems?
- Fand Rücksprache mit betroffenen Anwohnern statt? Welche Aufmerksamkeit kam dabei Frauen zu?
- Wurden durch den Bewertungsprozess potentielle Führungs- und Stakeholdergruppen identifiziert, deren Einbindung Vorrang haben sollte?

C. Issueauswahl:

- Auf welche Themenfelder konzentriert sich das Projekt?
- Ist der Geltungsbereich und die Komplexität dieser Themengebiete angemessen in Bezug auf die Leistungsfähigkeit der relevanten Institutionen?
- Verdeutlicht der Planungs- und Policy- Formulierungsprozess ausreichend den Stellenwert der Problemfelder, um formelle Zustimmung und genügend Hilfsmittel zur IKZM-Umsetzung zu erhalten?

D. Reaktionen zum Bewertungsprozess:

- Wie wurde die Beurteilung hinsichtlich fachlicher Qualität geprüft?
- Wem und in welcher Form wurden die Ergebnisse der Beurteilung präsentiert?
- Wie sah die Antwort auf die Beurteilung aus?

E. IKZM- Ziele:

- In welchem Umfang reflektieren die vorgeschlagenen Ziele die aufgedeckten Problemfelder?
- Wird der Zweck von IKZM von denen, die am meisten betroffen sind, verstanden?

Schritt 2: Planaufstellung - policy and action design (Coastal Resources Center 1999:23ff.)

Wichtigste Aktionen:

- Durchführen wissenschaftlicher Forschung im Hinblick auf ausgewählte Managementfrage;
- Dokumentation der Grundvoraussetzungen;
- Information der Öffentlichkeit über das Programm und seine Ziele und Einbezug von Stakeholder in den Planungsprozess;
- Entwicklung des Managementplanes und Festlegung des institutionellen Rahmens, innerhalb dessen der Plan umgesetzt werden soll;
- Bereitstellen von Personal und institutionellen Kapazitäten zur Umsetzung;

- Testen von Umsetzungsstrategien in Pilotprojekten.

Der detaillierte Plan hat spezifische Ziele, Managementansätze und Aktionen zur Beschreitung der in Schritt 1 aufgezeigten Problemfelder zu enthalten. Entsprechende Forschung soll Wissenslücken auffüllen und zu einem besseren Verständnis der Probleme beitragen. Angestrebt werden zeitnahe Aktionen, um die Möglichkeiten von Managementstrategien und -techniken sichtbar zu machen. Pilotprojekte können zu Aufmerksamkeit und Glaubwürdigkeit beitragen soweit sie zeigen, dass wirksame Aktionen machbar sind.

Die Aufstellung eines solchen Planes ist oft langwierig – eine Dauer von 3 bis 5 Jahre ist keine Seltenheit – und sollte unter Mitwirkung sachlicher Experten und von Stakeholdern stattfinden.

Die Aufklärung der Öffentlichkeit soll nachhaltig erfolgen und den jeweiligen Gegebenheiten des Projektes angepasst werden.

Fragen:

A. Dokumentation der grundsätzlichen Voraussetzungen:

- Welche spezifischen Grundstudien wurden durchgeführt?
- Haben sich die Öffentlichkeit und/ oder spezielle Stakeholder an der Dokumentation der grundsätzlichen Gegebenheiten beteiligt?
- Werden diese Grundstudien als adäquate Basis für die Analyse künftiger Veränderungen sozialer und ökologischer Variablen betrachtet?

B. Grundlegende Forschung:

- Welche Studien wurden schon durchgeführt?
- Profitiert die Initiative von Forschungen, welche entworfen wurden, um wichtige Lücken in der Analyse ausgewählter Themengebiete zu füllen?
- Wer führt die Forschungsprojekte durch?
- Sind die Öffentlichkeit und Stakeholder dabei involviert?
- Wurden Erfahrungen anderer IKZM- Initiativen der Region analysiert und berücksichtigt?

C. Managementplan:

- Welche ‚Logik‘ oder ‚Theorie‘ liegt dem Design der Initiative und des Planes zugrunde?
- An welche Gruppen oder Einzelpersonen ist das Management gerichtet?
- Berücksichtigt das Management Genderfragen?
- Welche Verhaltensänderungen der Zielgruppen werden angestrebt?
- Schafft die Managementstrategie einen Ausgleich zwischen Anordnungen/ Regelungen und nicht- steuernden Aktionen?

- Welche Anreize werden den Zielgruppen gegeben oder welche Kosten erhoben?
- Sind Rahmen und Komplexität des Planes angemessen in Bezug auf die Möglichkeiten der verantwortlichen Institutionen?
- Sind die vorgeschlagenen Grenzen für Planung und Management angemessen in Bezug auf die identifizierten Problemfelder?

D. Institutionelle und rechtliche Strukturen sowie Entscheidungsprozess für die Planrealisierung:

- Wurde ein institutioneller Rahmen für die Realisierung des Planes entworfen?
- Berücksichtigt das institutionelle Design Verbindungen bei der Policy- Formulierung und beim Entscheidungsprozess auf lokaler Ebene und der Zentral- oder Provinzregierung?
- Sind die Justizbehörden für das Management geeignet?
- In welchem Ausmaß ist die Managementstrategie auf die Kooperation mit anderen Managementagenturen angewiesen?
- Sind rechtliche Lücken offensichtlich?
- Bestehen Konflikte mit anderen Gesetzen oder Initiativen?
- Sind rechtliche Konflikte bekannt?

E. Personelle Befähigung:

- Welche Arten von Management und/ oder sachlichem Training fanden statt?
- Steht das Personal dem Plan zuversichtlich gegenüber? Bekennt es sich zu ihm?
- Ist das Personal ausreichend kompetent in Bezug auf die identifizierten Problembereiche?

F. Planung einer nachhaltigen Finanzierung:

- Wurden die finanziellen Kosten und andere für die Realisierung des Planes benötigten?
- Wurden Ressourcen veranschlagt?
- Wurden finanzielle Strategien entwickelt?

G. Frühzeitige Umsetzungsaktionen:

- Welche Aktionen zur frühzeitigen Umsetzung der Strategien des Planes wurden unternommen?
- Zu welchem Ausmaß sind Erfahrungen daraus auf andere Themengebiete oder Orte übertragbar?
- Sind solche Erfahrungen in die Policy-Formulierung eingeflossen?
- Liefern frühzeitige Aktionen handfeste Verbesserungen für Stakeholder in dem betroffenen Gebiet?

H. Öffentliche Aufklärung und Bewusstseinsbildung:

- Wurde ein Programm zur Aufklärung und Bewusstseinsbildung der Öffentlichkeit entworfen im Hinblick auf Information und Einbezug derjenigen mit Interesse am jeweiligen Problemfeld?
- Werden die angestrebten Zielgruppen durch entsprechende Programme erkennbar beeinflusst?
- Wurden das Personal der entsprechenden Behörden und Meinungsführer über Probleme der Küste und die Bemühungen der Initiative aufgeklärt?
- Hat das Projekt die Sichtweise der Öffentlichkeit auf die Problemfelder verändert und zu Veränderung in deren Verhalten geführt?

Schritt 3: Formelle Annahme und Finanzierung (Coastal Resources Center 1999:32ff.)

Wichtigste Aktionen:

- Erzielen eines Regierungsmandats für den Planungs- und Policy-Formulierungsprozess;
- Erzielen einer formellen Billigung von Policies/Plan und von Befugnissen;
- Sicherung der nötigen Finanzierung.

In einigen Fällen werden entsprechende Mandate in Form von Gesetzen, Exekutiverlassen oder Kabinettsbeschlüssen schon vor Umsetzung des 2. Schrittes nötig. Sie sollen Verantwortung und Macht auf spezifischen Gebieten zuweisen, möglichst einen Zeitrahmen und Richtlinien für die Planaufstellung beinhalten sowie die Problemfelder und das geografische Gebiet der Initiative benennen.

In diesem Schritt kann es nötig sein, neue Regierungsbehörden einzurichten, bestehende müssen formell in die Initiative eingebunden werden und eine wichtige Rolle können auch NGOs spielen.

Viele Initiativen scheitern an diesem Schritt. Sie erhalten entweder nicht die notwendige Zustimmung oder werden im Zuge der Verhandlungen so modifiziert, dass ihr Vermögen, signifikante Fortschritte zu erlangen, stark reduziert wird oder gänzlich verloren geht. Ausschlaggebend für einen Erfolg sind das Verstehen der Dynamik des 3. Schrittes und eine sorgfältige Planung in den beiden Schritten davor.

Wie schon in den Schritten 1 und 2 ist Wert zu legen auf eine Mobilisierung von Stakeholdern und politischer Unterstützung für das Projekt.

Fragen:

A. Formelle Genehmigung des Planes:

- Hat der Genehmigungsprozess den Weg frei gemacht für die Umsetzung des Planes oder sind weitere Planungen und/ oder Maßnahmen in Bezug auf Arbeitsabläufe und Regelungen nötig?
- Durch welchen Prozess und auf welcher politischen Ebene fand die Annahme statt?

- Welche bedeutenden Fragen tauchten während des Annahmeprozesses auf?
- Wurde die zugrunde liegende ‚Theorie‘ oder ‚Strategie‘ während der Annahme verändert?

B. Erlass eines institutionellen Rahmens:

- Gelang ein erfolgreicher Übergang vom Projekt zu einem dauerhaften Küstenmanagement mit institutioneller Identität als dauerhaftes Element innerhalb der Regierungsstrukturen?
- Gab es inter- institutionelle Verhandlungen zur Aufteilung von Verantwortung in Bezug auf die Umsetzung des IKZM- Planes untereinander?
- Sind die Justizbehörden und die Rahmenbedingungen zur Umsetzung geeignet für die Realisierung des Planes?
- Tauchten bisher ungesehene Konflikte mit anderen Gesetzen oder Projekten während der formellen Annahme auf?

C. Finanzierung:

- Ist eine angemessene Finanzierung für eine vollständige Umsetzung gesichert?

Schritt 4: Realisierung (Coastal Resources Center 1999:36ff.)

Wichtigste Aktionen:

- Veränderung der Programmstrategien, soweit nötig;
- Fördern von Zustimmung zu den Projekt-Policies;
- Stärkung institutioneller Rahmenbedingungen und der Justizbehörden;
- Einsetzen von Mechanismen zur institutionsübergreifenden Koordination;
- Stärkung der fachspezifischen und administrativen Fähigkeiten des Projektpersonals;
- Beschleunigen des Aufbaus und Instandhaltung notwendiger technischer Infrastruktur;
- Stärkung der Beteiligung bedeutender Stakeholdergruppen;
- Einsetzen von Konfliktlösungsinstrumenten;
- Dringlichkeit des Programms im öffentlichen Bewusstsein wach halten;
- Überwachen der Umsetzung und von gesellschaftlichen und umweltsystemischen Trends.

Vor diesem Punkt müssen Forschung, Planung, (Weiter-)Bildung, Vermittlung zwischen verschiedenen Interessen und ein Werben für formelle Zustimmung stattgefunden haben.

Für einen erfolgreichen Schritt 4 sind sechs wichtige Bedingungen identifiziert worden:

- klare, widerspruchsfreie Policy-Ziele;
- eine ‚good policy‘-relevante Wissenschaft/Lehre;
- hinreichend fähige Justizbehörden und Behörden;

- leistungsfähige Durchführungsstrukturen;
- ein kompetentes und engagiertes Personal;
- ein oberster Platz auf der öffentlichen Agenda.

Um einer Bürokratisierung und Versteifung des Prozesses vorzubeugen, ist es notwendig, mit der Identifikation und Analyse von Sachverhalten und Problemfeldern auch in diesem Schritt fortzufahren. Das Programm muss wachsam sein, um auf neue Probleme und Möglichkeiten reagieren zu können. Der ‚Kundenkreis‘ von IKZM wird sich verändern mit dem Auftauchen neuer Gegebenheiten, während die alten Sachverhalte mit dem Projekt reifen und mehr oder weniger obsolet werden.

Die meisten Projekte misslingen, weil entweder die ‚Logik‘ des Programms (Annahmen, Hypothesen) fehlerhaft ist oder weil die Realisierungsmaßnahmen schlecht ausgeführt werden. Eine der Hauptaufgaben der Evaluation ist die Bewertung sowohl der Stichhaltigkeit der Projektannahmen als auch der Qualität der Realisierungsmaßnahmen.

Fragen:

A. Effektivität der Managementstrategie:

- Ist die ‚Logik‘ oder ‚Theorie‘ der Managementstrategie erwiesenermaßen stichhaltig?
- Wie wurde die Strategie im Laufe der Zeit verändert?
- Waren die Realisierungsmaßnahmen die Balance zwischen steuernden und nicht steuernden Maßnahmen?
- Welche Gruppen oder Einzelpersonen werden durch die Umsetzung am meisten direkt beeinflusst?

B. Erfüllung und Vollstreckung:

- Wurden die anvisierten Verhaltensänderungen der Zielgruppen erreicht?
- Hat das Projekt zu wichtigen Beispielen in Bezug auf selbst auferlegte Zwänge durch Nutzergruppen geführt?
- Sind die den Zielgruppen angebotenen Anreize oder auferlegten Kosten effektiv?

C. Eignung des institutionellen Rahmens und der Justizbehörden:

- Erweisen sich die Justizbehörden als geeignet?
- Bringt der Umsetzungsprozess rechtliche Lücken zum Vorschein?

D. Institutionsübergreifende Integration und Kooperation:

- Sind Konflikte mit anderen Projekten oder Gesetzen sichtbar?
- Sind rechtliche Konflikte bekannt?
- Sind die Formen der interinstitutionellen Kooperation für die Managementstrategie nötig?
- Erheben andere Stellen Einspruch in Bezug auf einen der Aspekte von IKZM?
- Welche Anreize fördern interinstitutionelle Koordination?

E. Personalbesetzung und Verwaltung:

- Gibt es geeignetes Personal und geeignete Ressourcen zur Umsetzung?
- Wird die Leistung des Personals effektiv überwacht and gesteuert?
- Sind die menschlichen Ressourcen und die Richtlinien der Verwaltung bekannt?
- Versteht das für die Umsetzung verantwortliche Personal die Managementstrategie? Waren sie bei der Ausarbeitung beteiligt?
- Wie engagiert und fachkundig ist das Personal?
- Welche Veränderungen in Der Managementstrategie wurden durch das Personal initiiert?

F Finanzmanagement:

- Sind Finanzierungsprozess und Finanzmanagement angemessen?
- Wie ist die Übernahme finanzieller Verantwortung gestaltet?

G. Fachliche Analyse:

- Welches fachliche Urteilsvermögen benötigt die Strategie?
- Welche spezifischen fachlichen Daten sind schon vorhanden/ werden gesammelt?
- Sind die fachlichen Mittel für das Management geeignet?

H. Transparenz:

- Werden die Grundsätze, Entscheidungsprozeduren und Vollstreckungsmechanismen von denen verstanden, welche durch IKZM am stärksten direkt beeinflusst werden?
- Werden bevorstehende Entscheidungen denjenigen bekannt gegeben, die am wahrscheinlichsten betroffen sind?
- In welchem Umfang sind Projektdaten (z.B. Folgenabschätzungen, Entscheidungen über Genehmigungen, Entwicklungs- und Schutzpläne, Verstöße) für Stakeholder und Öffentlichkeit zugänglich?

I. Errichtung und Instandhaltung von Infrastruktur:

- Sofern die Errichtung von Infrastruktur Aufgabe der Küstenmanagementagentur ist, überfordert dies das Personal oder lenkt es die Aufmerksamkeit von anderen Aufgaben ab?
- Wie ist der Bedarf für diese spezifischen Projekte festgelegt (Projektentwicklung von Fall zu Fall, im Plan festgeschrieben, welche fachliche Analyse wird durchgeführt, um solche Projekte zu rechtfertigen)?
- In welchem Ausmaß nehmen erkennbar Begünstigte an der Planung, Finanzierung, Errichtung und Erhaltung von Infrastruktur teil?
- Gibt es Kostendeckungsmechanismen in Bezug auf Infrastruktur?
- Welche Qualität hat die Küsteninfrastruktur?

J. Teilhabe:

- Welche Regierungs- und Nicht- Regierungsgruppen und Individuen haben den größten Anteil am Management?
- Zu welchem Ausmaß sind die durch das Programm Begünstigten und bedeutendsten Stakeholder aktiv an der Umsetzung beteiligt?
- Welche Techniken und Strategien wurden zur Förderung der Teilname verfolgt?

K. Konfliktlösung:

- Welche Konflikte, sofern überhaupt, erzeugte die Umsetzung?
- Welche Techniken zur Konfliktlösung wurden genutzt?

L. Politische Unterstützung:

- Unterstützen führende Politiker das Projekt?
- Gibt es Regierungsvertreter, welche in der Lage sind, das Projekt zu verhindern oder abzuändern?
- Welche grundsätzlichen Probleme werden im Hinblick auf den Einbezug politischer Funktionäre gesehen?
- Wie hilfreich sind Nicht- Regierungsgruppen?
- Findet sich eine allgemein öffentliche Unterstützung für das Projekt?

M. Projektüberwachung:

Die Überwachung sollte sich sowohl auf administrative Maßnahmen als auch auf Entwicklungen des Küstenzustandes konzentrieren.

- Gibt es ein Überwachungsprogramm?
- Welche Mittel und was für Personal benötigt das Programm?
- Gibt es ein entsprechendes Design, das es ermöglicht, die gesammelten Daten mit einzubeziehen? Welche Indikatoren werden zur Beurteilung genutzt?
- In welchem Ausmaß und in welchem zeitlichen Abstand werden Daten über den Zustand des Ökosystems gesammelt?
- Bezieht die Überwachung Genderfragen mit ein?
- Wer sammelt die Überwachungsdaten?
- In welche administrativen Entscheidungen, Pläne und andere Maßnahmen fließen die Daten der Überwachung ein?
- Wie werden die Daten gesammelt, aufbewahrt und für eine erneute Nutzung verfügbar gemacht?

Schritt 5: Anpassung und Evaluation (Coastal Resources Center 1999:48ff.)

Wichtigste Aktionen:

- Bewertung der Auswirkungen des Projektes auf die in Schritt 1 identifizierten Problemfelder;
- Anpassung des Projektes an gemachte Erfahrungen und veränderte soziale und ökologische Bedingungen;
- Durchführen externer Evaluation an den kritischen Punkten der Projektentwicklung.

IKZM als Kreisprozess lernt zum einen durch interne Analyseprozesse, Reflexion und Anpassung an neue Gegebenheiten, aber auch durch externe Evaluation durch Außenstehende.

Der vorliegende Leitfaden dient hauptsächlich, aber nicht nur, der internen Bewertung.

Drei verschiedene Arten der Evaluation werden genannt:

- Bewertung der Durchführung (Qualität der Abwicklung; Grad, zu welchem Verpflichtungen erfüllt worden sind);
- Bewertung der Managementleistung (Angemessenheit der Managementstrukturen und Steuerungsprozesse angewandt auf allgemein akzeptierte Standards und Erfahrungen);
- Bewertung der Ergebnisse/ Outcomes (Einfluss des Projektes auf Ökosystem und Gesellschaft).

Fragen:

A. Einfluss von Selbstbewertung und Projektanpassung:

- Wurden Projektdesign und -durchführung in bestimmten Abständen wiederholt bewertet?
- Wie wurde das Programm im Laufe der Zeit modifiziert?
- Welches sind die Mechanismen, mit denen die am meisten vom Programm Betroffenen ihre Sichtweisen kundtun, Einfluss auf die wichtigsten Punkte sowie auf die Wirkungsweise nehmen können?
- Wie bereit sind die Leistungsträger zu Anpassungen des Projektdesigns, der Mittelverteilung und administrativen Prozeduren?

B. Ziele und Wirkung externer Evaluation:

- War externe Evaluation als separates Element Teil des Projektdesigns?
- Was waren die Ziele der Evaluation?
- Wie wurden die Ergebnisse mitgeteilt?
- Wie wurden die Ergebnisse genutzt?
- Wie trug die Evaluation insgesamt zum organisatorischen Lernprozess bei?

Ein Beispiel, das diesem Leitfaden folgt, ist das bestehende „Chesapeake Bay Programme“ in den USA. Umfassende Anstrengungen von Küstenmanagement in den USA gibt es schon seit den 1960er Jahren. (GESAMP 1996:25) Damals begannen eine Reihe von

Küstenstaaten Agenturen auf staatlicher Ebene zu gründeten, die die Aufgabe hatten, sich der komplexen Küstenprobleme anzunehmen. In den darauf folgenden Jahren wurde eine Reihe von Küstenzonenmanagementprogrammen initiiert, die jedoch fast alle die gleichen Mängel aufwiesen. Sie konzentrierten alle Anstrengungen zu stark auf die Ebene der Staatsregierung und tendierten dazu, Gebiete, auf denen Staats- und Bundesbürokratie konkurrieren, nicht einzubeziehen. Zudem wurden nur selten Aktivitäten in Flusseinzugsgebieten mit Auswirkungen auf das Küstengebiet angestoßen. (Ebd.)

Durch die Bundesregierung erfolgte die Initiierung von National Estuary Programmes (NEPs) zur Entwicklung von Comprehensive Conservation and Management Plans (CCMPs). Diese konzentrierten sich weniger auf die Staatsebene als die KZM- Programme zuvor und berücksichtigten verstärkt Gemeindeinteressen. Ihr größter Nachteil lag jedoch darin, dass die Finanzierung durch den Bund nach Genehmigung der CCMP eingeschränkt wurde. (Ebd.)

Eine Verflechtung von KZM- und NEP- Programmen erweist sich einerseits als schwierig aufgrund der Feindseligkeiten zwischen Aufsichtsbehörden des Bundes und der durch den Kongress eingesetzten Environmental Protection Agency (EPA). Andererseits profitieren beide Programmarten jedoch vom Kampf um grundsätzliche Unterstützung für das jeweilige Programm. (Ebd.)

Das Chesapeake Bay Programme versucht, sich die besten Eigenschaften beider Programmarten zunutze zu machen. Chesapeake Bay ist das größte Flussmündungsgebiet der USA, welches sechs Bundesstaaten bzw. Teile von ihnen und den Distrikt Columbia einschließt. Es zählt zudem zu einem der produktivsten der Erde: die Fischerei z.B. erwirtschaftet einen Wert von US\$ 1000 Mio. pro Jahr, hohe Investitionen werden für Tourismus und Erholung getätigt und durch diese erwirtschaftet und die biologische Artenvielfalt ist einzigartig. (GESAMP 1996:25f.)

Hauptgrund für die Initiierung des Programms waren die schlechte Wasserqualität der Bucht infolge der Schadstoffausstöße in den industriell hoch entwickelten Gebieten und ein verstärktes Interesse an der Fischerei. Zudem verursachte der Hurrikan Agnes 1972 große Zerstörungen. Rekordmengen an Sedimenten und Nährstoffen waren anschließend in der Bucht messbar und offenbarten die Schwäche des dortigen Ökosystems. (Ebd., S. 26f.)

Zunächst versuchte man, durch Kläranlagen die Wasserqualität zu verbessern, was jedoch nicht zu den erhofften Erfolgen führte. Zu einer Übersättigung mit Nährstoffen kam es weiterhin jeden Sommer und dies in zunehmendem Maße. So erhielt die EPA den Auftrag, in einer Fünf- Jahresstudie (1978-83) die Probleme genauer zu untersuchen und die Ursachen ausfindig zu machen. (Ebd., S. 27) Als Hauptursache der mit schlechter Wasserqualität einhergehenden Probleme wurde der Übermäßige Eintrag von Stickstoff und Phosphor in das Gewässer identifiziert.

Infolge dessen kam es 1983 zur Unterzeichnung eines ersten Chesapeake-Bay-Abkommens durch die Bundesregierung und einzelne Staaten. (Ebd.) Ziel des Abkommens war die Verbesserung der Wasserqualität. Anstrengungen zur Gewässerreinigung wurden unternommen durch die Kontrolle von Phosphor und Stickstoff und die Betrachtung von

Schadstoffeinleitungen aus diffusen Quellen. Zudem wurde ein neues Set von Verpflichtungen für die Verantwortlichen (principals) eingeführt.

1987 kam es dann zur Unterzeichnung eines zweiten Chesapeake-Bay-Abkommens, in dem eine Liste mit 29 Handlungsverpflichtungen dargelegt wurde, bezogen auf die sechs Bereiche lebende Ressourcen (living resources), Wasserqualität, Bevölkerungswachstum und -entwicklung, öffentliche Aufklärung sowie öffentlicher Zugang und Steuerung. (Ebd.)

Mit diesen Handlungsverpflichtungen verfolgte man das Ziel der Verbesserung der Wasserqualität, die gemessen werden sollte an:

- der Verbesserung von Produktivität, Vielfalt und Menge der Lebendressourcen³⁷ im Küstengebiet. Programm und Öffentlichkeit stimmten darin überein, dass die Verbesserung der Wasserqualität wichtig ist in Bezug auf die Gesundheit der Fische, der Wassergräser und von anderem Leben in der Bucht. Dies führte zu einer stärkeren Verflechtung des Programms mit dem Fischereimanagement, mit ökologischen Rückkopplungskreisläufen in der Bucht, mit Anstrengungen zur Verbesserung von Habitaten, u.a. zum Laichen und mit Giftmanagement.
- der Reduktion der Phosphor- und Stickstoffeinträge in Küstengewässer bis zum Jahr 2000 um 40% der Menge von 1985. Dieses Ziel sollte nach vier Jahren neu beurteilt und entweder bekräftigt oder geändert werden, um die Möglichkeit zu schaffen, Modelle und Informationsquellen weiter zu entwickeln. (GESAMP 1996:27f.)

Die Hauptschwerpunkte des Programms liegen somit bei Fischerei, Umweltgiften und Nährstoffeinträgen. Neben der Küste im engeren Sinne werden auch die Einzugsgebiete betrachtet. Um die Belastungen mit Nährstoffen durch Einleitung von Kunst- und organische Dünger sowie aus anderen landwirtschaftlichen Quellen zu reduzieren, wurden zunächst alle Quellen von Stickstoff und Phosphor (Luft, Gezeiten, Einzugsgebiete) identifiziert und beobachtet. (GESAMP 1996:28f.) Es folgte im Anschluss an Forschungen zur Beseitigung der Nährstoffe mittels Kläranlagen oder spezieller Agrartechniken die Umsetzung entsprechender Maßnahmen. Es stellte sich heraus, dass dabei der Fokus auf jedes einzelne Zuflussgebiet zu richten ist und jedes dieser Gebiete unterschiedliche Aktionen erfordert. Dies führte u.a. dazu, dass der Chesapeake Executive Council 1992 in einer novellierten Form des Übereinkommens von 1987 dazu aufrief, die Belastungen, die sich durch Phosphor und Stickstoff ergeben, auf die Behörden der zehn Hauptzuflussgebiete als Quellen zu verteilen. Zudem sollte der Einbezug der Öffentlichkeit gefördert werden durch das Aufzeigen spezifischer Strategien, wie die Reduktion um 40% erreicht und nach 2000 gehalten werden kann. Kernpunkt waren in diesem Zusammenhang zuflussspezifische Reinigungspläne.

Neben der Betrachtung von Nährstoffen wurden Modellberechnungen zur Einschätzung der Rolle bestimmten Lebens auf den Zustand der Bucht durchgeführt und zu den Auswirkungen von Giften auf diese Lebensformen. Man entwickelte eine Giftstoffstrategie und initiierte Maßnahmen zur Vermeidung von Umweltverschmutzung (z.B. Handlungsverpflichtungen und regelnde Umweltauflagen). (Ebd., S. 28)

³⁷ Eine Liste findet sich unter <http://www.chesapeakebay.net/baybio.htm>

Da Fischerei bis zu diesem Zeitpunkt relativ isoliert betrachtet wurde, gestaltete sich die Etablierung einer Zusammenarbeit zwischen Fischereiwissenschaftlern und solchen, die sich mit Giften und Nährstoffen befassen, nicht ganz einfach. (Ebd.) Dennoch war sie wichtig, um die Gesundheit der Fische in Abhängigkeit von Gift- und Nährstoffen zu untersuchen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten.

Das Programm ist als Prozess zu betrachten. D.h., am Anfang war nicht alles bis zum Ende planbar, sondern mit jedem erreichten Schritt gelangte man zu neuen Erfahrungen, die dabei halfen, den nächsten Schritt zu verstehen, zu planen und zu unternehmen. Dieses schrittweise Vorgehen war auch aufgrund begrenzter Zeit und Geldmittel angebracht. So benötigte man den Zeitraum 1978-83 dafür, die Beseitigung der Nährstoffübersättigung zum Ziel zu machen. Vier weitere Jahre (1983-87) waren erforderlich, um einen allgemeinen Konsens darin zu erreichen, dass Stickstoff als Mitverursacher der übermäßigen Algenblüte reduziert werden muss. Es dauerte bis 1992, die Wechselbeziehungen unter und den Rückkopplungskreis von Lebendressourcen wirklich zu verstehen und erst 1994 wurde angefangen, Stickstoffeintrag aus Luft zu untersuchen. Hätte man versucht, dies alles 1983 oder auch bis 1987 herauszufinden, wäre wohl ein Großteil öffentlicher Unterstützung aufgrund der Fülle der Sachfragen als auch aufgrund noch mangelnden Wissens frühzeitig verloren gegangen. (Vgl. Ebd., S. 30)

Zum Erreichen des Zieles verfolgt das Chesapeake-Bay-Programme einen integrativen Ansatz. Da es sich bei den USA um eine föderale Staatsordnung handelt, wurden sowohl Bundes- als auch Staaten- und Gemeindeebene in das Management einbezogen.

Die Programmpartner sind die Staaten Maryland, Pennsylvania und Virginia, der Distrikt Columbia, die Chesapeake-Bay-Kommission, die EPA als Vertretung der Bundesregierung und teilnehmende, beratende Bürgerinitiativen (participating citizen advisory groups). Seit dem Chesapeake-Bay-Agreement von 2000 arbeiten auch die Staaten des Oberlaufs (head water states) Delaware, New York und West Virginia am Programm mit, um Nährstoff- und Sedimenteinträge in Flüsse aus ihrem Einflussbereich zu reduzieren.³⁸

Die Staatenebene dominiert zwar das Programm, dennoch ist es auf allen Ebenen gut integriert. Dabei wurden die lokalen Regierungen zuletzt in das Management einbezogen. Die Zusammenarbeit erfolgt auf Verwaltungs- wie Regierungsebene. (GESAMP 1996:26)

Auf Verwaltungsebene unterzeichneten 1994 dazu 26 Bundesbehörden³⁹ ein Agreement on Ecosystem Management of the Chesapeake Bay. Dieses Abkommen legt einen hohen Grad an Kooperation und Beteiligung der unterzeichnenden Bundesbehörden unter Führung der EPA fest. (GESAMP 1996:26)

Bund und Bundesstaaten arbeiten zudem in Form von gewählten Gouverneuren der Bundesstaaten Maryland, Virginia, Pennsylvania, dem Bürgermeister des Distrikts Columbia, dem Administrator der EPA als Vertretung der Bundesregierung und dem Vorsitz der Chesapeake-Bay-Kommission als Vertretung der staatlichen Legislative im Executive Council zusammen. (Ebd.) Mit einer Reihe von Richtlinien und Abkommen legt dieses wichtige Programm- Organ die Ziele und Policy-Richtung für die Wiederherstellung und den

³⁸ <http://www.chesapeakebay.net/overview.htm>

³⁹ Die einzelnen Behörden sind aufgelistet unter: <http://www.chesapeakebay.net/baypartners.htm>

Schutz von Chesapeake Bay und seiner lebenden Ressourcen fest. Der Executive Council ist zudem für die Förderung öffentlicher Unterstützung verantwortlich und hat der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft in Bezug auf Fortschritte, die durch das Programm erreicht wurden, abzulegen.⁴⁰

Die Chesapeake-Bay-Kommission⁴¹ ist eine drei-staatliche gesetzgebende Körperschaft und dient als legislativer Arm des mehrgerichtlichen multi-jurisdictional Chesapeake-Bay-Programms. Es berät Mitglieder der Generalversammlungen von Maryland, Virginia, and Pennsylvania in Fragen rund um die Bucht. Von den 21 Mitgliedern der drei Staaten sind 15 Gesetzgeber, je fünf aus Maryland, Virginia, and Pennsylvania. Regierungssekretäre aus den Staaten sind in der Kommission verantwortlich für das Management der natürlichen Ressourcen des jeweiligen Staates, genauso wie drei Bürgerbeauftragte, welche eine spezifische Perspektive und Fachkenntnis einbringen.

Eine Zusammenarbeit zwischen Bund, Bundesstaaten, lokaler Ebene und Wissenschaft erfolgt durch die Teilnahme an Komitees, welche die Programmbemühungen (Bay Program's efforts) vorantreiben und implementieren. Es gibt drei Hauptarten dieser Komitees:

- Komitees, welche das Programm steuern und policy-Änderungen leiten,
- beratende Komitees, welche zu einer externen Perspektive auf aktuelle Fragen und Ereignisse beitragen,
- Unterkomitees, welche intern arbeiten, um Restaurationsaktivitäten (restoration activities) zu koordinieren.⁴²

Durch diese Komitees sollen die Teilnehmer ermutigt werden, Informationen und Ideen auszutauschen und kooperativ zusammenzuarbeiten.

Während die staatliche Seite mit der Planung, der Errichtung der Rahmenbedingungen (rechtliche Regelungen, Instrumente der Kooperation etc.) und Umsetzung des Managements befasst ist, dient die Wissenschaft u.a. der Erforschung der Gegebenheiten in der Bucht, der Analyse von Problemen und deren Ursachen, der Suche nach Techniken und Verfahrensweisen zur Lösung der Probleme und zur Zielerreichung.

Wissenschaft wird zum einen durch das Programm selbst finanziert, zum anderen aber auch von außen. (GESAMP 1996:27) Bei letzterer handelt es sich um universitäre Forschung und das Sea Grant Programme. Die Forschung wird koordiniert durch behördenübergreifende Gruppen, im Falle universitärer Forschung durch das Chesapeake Research Konsortium (CRC). Programm-finanzierte Wissenschaft umfasst die Entwicklung von Modellen (modelling efforts) und konkurrenzfähigen Vorschlägen auf Gebieten wie Giftbewertung und Kontrolle diffuser Quellen, unabhängiges Monitoring von Programmaktivitäten, sowie eine allgemeine Konzentration auf das Finden kosteneffektivster Technologien für die Reduktion von Belastungen der Bucht.

Das Programm konnte schon zu Beginn auf ein reichhaltiges Angebot an schon bestehendem Wissen zurückgreifen, sodass es nicht nötig war, alles neu zu untersuchen.

⁴⁰ <http://www.chesapeakebay.net/committee.htm>

⁴¹ <http://www.chesbay.state.va.us/home.htm>

⁴² <http://www.chesapeakebay.net/overview.htm>

Neben der Wissenschaft ist der Einbezug der Öffentlichkeit ein wichtiges Merkmal. (GESAMP 1996:25, 27) Als Öffentlichkeit werden hier sowohl organisierte Gruppen als auch Einzelpersonen verstanden. Sonst unterrepräsentierte Interessen sollen ausdrücklich einbezogen werden. Die Teilhabe geschieht in erster Linie durch öffentliche Aufklärung und Berücksichtigung öffentlicher Meinungen und Befindlichkeiten.

5. IKZM - Ansatz aus Schweden

Den schwedischen Ansatz zu IKZM stellt weitgehend das nationale Forschungsprogramm zur Förderung eines nachhaltigen Managements des Meeres- und Küstenökosystems (SUZOZOMA) dar. Es wurde 1997 durch die Swedish Foundation for Strategic Environmental Research (MISTRA) ins Leben gerufen und bis zu seiner Beendigung 2004 durch diese gefördert. (Bruckmeier 2005:55)⁴³

Die Initiierung des Programms erfolgte v.a. aus drei Gründen. Ein übermäßiger Nährstoffeintrag in die Gewässer führte zu negativen Veränderungen des ökologischen Gleichgewichts der Küste sowie der Lebensbedingungen von Flora und Fauna und damit zu negativen Konsequenzen für Fischerei, Tourismus und outdoor life. Die Überfischung bestimmter Arten führte zudem zu weiteren Beeinträchtigungen des Fischbestandes und der Existenz der Küstenbevölkerung. Nicht zuletzt aus den ersten beiden Gründen entstanden schließlich Konflikte zwischen alternativen Nutzungsarten und verschiedenen Nutzergruppen. (Bruckmeier 2005:56; Glaeser 1999a)

In Reaktion auf diese Probleme verfolgte SUZOZOMA drei Hauptziele (Bruckmeier 2005:57):

- die Lösung und Vermeidung von Nutzungskonflikten durch Einbezug der Bevölkerung und Ressourcennutzer in den Prozess der planerischen, rechtlichen und politischen Beschlussfassung in Küstengemeinden;
- die Verbesserung der Wasserqualität;
- eine effektive, nachhaltige Fischerei.

Diese Ziele sollten durch ein regionales und lokales Management zur nachhaltigen Entwicklung der Schärenküsten in Westschweden und in der Ostsee erreicht werden, welches einen integrierten Ansatz verfolgte. In dem Forschungsprogramm wurden in einem sektorübergreifenden (horizontalen) Koordinationsprozess Wissenschaft, Öffentlichkeit und die verschiedenen staatlichen Ebenen von Regierung und Verwaltung (vertikal) involviert. (Glaeser 1999a:362)

Forschung spielte in SUZOZOMA eine große Rolle.⁴⁴ Verschiedenste wissenschaftliche Disziplinen waren an der Analyse von natürlichen, wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen⁴⁵ sowie daraus resultierender Probleme und Konflikte der Küste

⁴³ <http://www.sucozoma.tmbi.gu.se/sucozoma%20resultat%20eng.htm>

⁴⁴ Zur Forschung siehe Bruckmeier 2005:56ff.

⁴⁵ Im Hinblick auf die Wirtschaft wurde deren Bedeutung und entwicklungsprägende Wirkung sektoriell wie sektorübergreifend untersucht, woraus sich unterschiedliche Entwicklungsdynamiken für die einzelnen Küstengebiete ergaben. (Bruckmeier 2005:56ff.)

beteiligt. Sie suchten nach Lösungen für die Probleme und Konflikte, indem sie z.B. verschiedene Managementoptionen untersuchten, neue Technologien entwickelten und unternommene Management Schritte evaluierten. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Wissenschaftszweige wurde weniger von den disziplinären Ausgangspunkten und Orientierungen der beteiligten Forscher her organisiert, als von den Themen und gemeinsamen Problemformulierungen.

Neben der Forschung wurde die Teilhabe der Öffentlichkeit als unabdingbar angesehen⁴⁶. Dies geschah vorrangig durch den Einbezug der Küstennutzer (Stakeholder), insbesondere solcher, deren Aktivitäten signifikante Auswirkungen auf die Quantität oder Qualität der Ressourcen⁴⁷ der Küsten haben. Durch Anhörungen und andere Beteiligungsverfahren wurden sie mit ihrem Wissensmonopol in die Analyse der Nutzungsprobleme und -konflikte einbezogen. Ihre Äußerungen fanden Berücksichtigung bei der Planung und Umsetzung des Managements, u.a. dadurch, dass alle Planungsdokumente der Öffentlichkeit mindestens zwei Monate zur Stellungnahme zugänglich sein mussten (Prinzip der ‚Öffentlicher Überprüfung/ Stellungnahme‘ (public review)) (Glaeser 1999a:368). Zum einen wurden dadurch auch solche Personen am Programm beteiligt, die ihre Interessen nicht organisiert bzw. artikulieren hatten. Zum anderen wurde die Öffentlichkeit über Ziele, Strategien und Projekte im Rahmen von SUCOZOMA informiert. Eine weitere Form der öffentlichen Aufklärung sind z.B. Pressemitteilungen. (Ebd., S. 372)

Die staatliche Seite war auf nationaler, regionaler und Gemeindeebene involviert. Sie legte die Grundsätze, Strategien und Methoden für das Management fest und setzt die rechtlichen⁴⁸ und politisch- administrativen Rahmenbedingungen⁴⁹.

Auf nationalstaatlicher Ebene erfolgte die Erstellung eines Managementplanes. Der Planungsprozess umfasste vier Schritte (Glaeser 1999a:362f.):

Schritt 1: Realisierung einer Problems bzw. einer neuen Idee,

- Erreichen eines Konsens' von Stakeholdern und Schlüsselbehörden über den Bedarf an einem verbesserten Management;
- Entwurf eines konzeptionellen Papiers, Verständigung über ein IKZM- Programm.

Schritt 2: IKZM- Planformulierung

- Festlegung der Grenzen des zu managenden Gebietes⁵⁰;

⁴⁶ Zur Beteiligung der Öffentlichkeit siehe Bruckmeier 2005:77f. sowie Glaeser 1999a:S.364f., 371f.

⁴⁷ Diese Ressourcen sind in Schweden v.a. Fischfang, Erholung, Bergbau (mining), Wasser, Boden, Luft. (Glaeser 1999a:363)

⁴⁸ Die wichtigsten Rahmenbedingungen und Steuerungsfaktoren von komplexen ökosozialen Entwicklungsprozessen sind Wasserrecht, Fischereirecht, Planungsrecht und Umweltrecht. (Vgl. Bruckmeier 2005:85f.)

⁴⁹ Die Zusammenarbeit auf regionaler und lokaler Ebene, zwischen politischen, administrativen, ökonomischen und sozialen Akteuren und Institutionen erforderte die Erarbeitung verschiedener Instrumente und Verfahren der Kooperation und Koordination sowie rechtlich erzwingener und freiwilliger Kooperation. (Bruckmeier 2005:86) Dazu gehören u.a. die eindeutige Zuweisung von Verantwortung und Aufgaben zu den einzelnen Institutionen, die Bereitstellung bzw. Beschaffung personeller und finanzieller Ressourcen, Training/ Ausbildung des Personals und die Schaffung von Möglichkeiten zur Durchsetzung von Beschlüssen und Regelungen. (Vgl. Glaeser 1999a:362f., 366f. sowie Glaeser 2002:358)

⁵⁰ Idealerweise erstreckt sich das Gebiet im Inland bis zum Oberlauf der Einzugsgebiete und meereinwärts bis zur Zwölf- Seemeilen- Grenze der innerstaatlichen See. (Glaeser 1999a:363)

- Sammeln von Informationen und Daten zum Gebiet, einschließlich physikalischer, wirtschaftlicher und sozialer Aspekte mit öffentlicher Unterstützung, Bewertung dieser;
- Bewertung von Managementproblemen und wirtschaftlichen Möglichkeiten;
- Empfehlung von Grundsätzen, Methoden, Zielen und Projekten;
- Entwicklung von Monitoring- und Evaluationssystemen;
- Aufstellen eines Zeitplanes.

Schritt 3: Formelle Annahme des Programms durch die Regierung

- Öffentliche Auslegung des Planes;
- Errichtung einer zwischenbehördlichen Koordination, Bereitstellung von Personal und Infrastruktur;
- Erlass eines rechtlichen Rahmens;
- Zuweisung von Geldern.

Schritt 4: Entwerfen konkreter Projekte

- Initiierung von Monitoring-, Evaluationsprogrammen und Instrumenten zur Durchsetzung der Regelungen.

An den Planungsprozess schloßen sich die Umsetzung des Planes sowie die Evaluierung und das Monitoring der angestoßenen Maßnahmen an. SUCOZOMA ist als Kreislauf zu betrachten, der nicht mit der Evaluation und Monitoring endet, sondern die Ergebnisse und Erfahrungen in einen erneuten Planungsprozess einbezieht, um sich mit jedem Durchlauf den Zielen ein weiteres Stück anzunähern. (SUCOZOMA 2002:15f.)

Beim Planungsprozess, aber auch bei der folgenden Umsetzung und Evaluation unterstützten nationale, regionale und lokale Behörden verschiedenster Bereiche die Regierung mit Ratschlägen und Informationen. Dies geschah zumeist im Rahmen schon bestehender Strukturen.

Auf Regionalregierungsebene z.B. befassen sich Experten der Kreisverwaltungsbehörden (county administrative boards) mit Umweltschutz, Fischfang, Aquakultur, Raumplanung und regionalen Finanzen. Diese konnten der nationalen Regierung bzw. nationalen Behörden zurarbeiten sowie deren Pläne im Hinblick auf die örtlichen Gegebenheiten umsetzen. (Glaeser 1999a:368)

Auf lokaler Ebene sind die Gemeinden verantwortlich für die Planung der Wasser- und Landnutzung innerhalb ihrer Grenzen und müssen einen Gesamtplan für die Wasser- und Landnutzung innerhalb ihres Territoriums besitzen. Ihre Verwaltung ist ausgestattet mit eigenen Planungs- und Bauabteilungen (Ministerien departments), Umweltdepartments sowie Freizeit-/Erholungsbehörden (recreation deptment) (Ebd., S. 367f) Aktivitäten von z.B. Stakeholdern im Küstengebiet, für die eine Erlaubnis zur Wasser- oder Landnutzung erforderlich ist, werden jedoch nicht nur durch die Gemeinden selbst, sondern auch durch nationale Behörden genehmigt. (Ebd., S. 368) Diese Zusammenarbeit nutzte man auch für SUCOZOMA. Im Folgenden die wichtigsten Gesetze im Genehmigungsprozess:

- Natural Resources Management Act (NRMA): enthält allgemeine Regelungen für die Nutzung von Wasser, Land und Umwelt, um ein erfolgreiches nachhaltiges Management in ökologischer, wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht zu fördern. Es ist ein zentrales Gesetz mit Grundanforderungen an ein Management natürlicher Ressourcen. Die Prüfung von Genehmigungsanträgen erfolgt durch die Regierung.
- Environment Protection Act: regelt ortsverbundene (nonmobile) gefährliche Aktivitäten, von denen viele der Genehmigung bedürfen. Ein entsprechendes Kontrollprogramm enthält oft Überwachung und Inspektionen.
- Water Act: verlangt eine Water Court Erlaubnis für industrielle Entwicklung und Bebauung im Wasser. Die Genehmigungsanträge werden durch den Water Court geprüft, während Inspektionen Aufgabe des County Administration Board sind.
- Planning and Building Act: verlangt eine Planungserlaubnis für die meisten Aktivitäten an Land. Er enthält Details über das Anlegen (siting), die Größe von Gebäuden und Schutzzonen. Genehmigungsanträge prüfen die Gemeinden.
- Fisheries Act: in einen Rahmen muss jegliche Form von Aquakultur genehmigt werden. Er regelt Fischereimanagement, steuert die Risiken (eingeführter) Fischerkrankungen und den Transport von Fisch und Schalentieren. Die Regeln sind mit Regelungen der EU abgestimmt. Das staatliche Amt für Fischerei trägt die allumfassende Verantwortung, die Überwachung übernimmt die Küstenwache, Das Gesetz fällt unter die Verantwortung des County Administration Boards.
- Nature Conservation Act: reguliert den Natur- und Küstenschutz. Die Küstenschutzzone erstreckt sich über 100m ab dem Ufer und kann auf 300 m ausgewiesen werden. Das Ziel ist die Sicherung des öffentlichen Zugangs zum Ufer/zur Küste. Aktivitäten, welche den öffentlichen Zugang unterbinden, benötigen eine Erlaubnis durch das County Administration Board, manchmal auch durch die Gemeinde.
- Water Pollution Act: reguliert die Abwassereinleitung durch Schiffe und andere schwimmende Gebilde. Für Genehmigungsanträge ist die Staatliche Wasserbehörde zuständig.

Anträge auf Grundlage der meisten dieser Gesetze erfordern eine Umweltverträglichkeitsprüfung, welche die Form der Auswirkungen der Aktivitäten auf Erde, in der Luft, im Süßwasser, im Küstengewässer, bei Flora und Fauna, Erholung und Infrastruktur untersucht. (Glaeser 1999a:368f).

Um die Einhaltung der rechtlichen Regelungen sicherzustellen griff man auf bestehende Umweltüberwachungsprogramme zurück. Von diesen gibt es drei Arten (Glaeser 1999a:369): das Nationale (NMP) und das Regionale Monitoringprogramm (RMP), welche beide Wassereinzugsgebiete (receiving bodies of water) überwachen und Abwassereinleitungen kontrollieren. Während NMP anhand von v.a. hydrologischen, biologischen und toxikologischen, langfristigen Veränderungen den Zustand der Umwelt untersucht, überwacht RMP die Auswirkungen von Einleitungen aus Punktquellen auf die

Qualität des Wassers. Die dritte Art sind Monitoringprogramme, welche die Qualität der Umwelt in einzelnen Wassereinzugsgebieten kontrollieren.

Die Beaufsichtigung dieser Programme liegt in der Verantwortung des County Administration Board und der schwedischen Umweltschutzagentur.

Planung und Umsetzung von SUCOZOMA lehnten sich an die drei Hauptziele des Forschungsprogramms an. Den drei Zielen wurden Teilprogramme mit entsprechenden Projekten zugeordnet.

Teilprogramm 1⁵¹ befasste sich mit der Konfliktvermeidung und -regelung durch den Einbezug von Bevölkerung und Ressourcennutzern in planerische, rechtliche und politische Beschlussfassung in den Küstengemeinden. Es stellte die allgemeine Basis für SUCOZOMA dar.

Zunächst wurden dazu Art, Ursache und Umgang mit regionalen und lokalen Konflikten untersucht sowie die beteiligten Stakeholder und deren eventuelle Zusammenarbeit identifiziert. Daran waren verschiedene wissenschaftliche Disziplinen unter Rückgriff auf das Wissensmonopol von Küstenbewohnern, Wirtschaftssubjekten, organisierten Interessengruppen, Kommunen, regionalen Politikern und politischen Organisationen sowie staatlichen Behörden und Verwaltungen vor Ort beteiligt. (Bruckmeier 2005:77) Konflikte um natürliche Ressourcen wurden als die am häufigsten auftretenden identifiziert. (Ebd., S. 60)

Der Einbezug der Stakeholder war u.a. wichtig, da unbeachtete, nicht verhandelte, unvermittelte Konflikte ungewollt zum Ausschluss einzelner Ressourcennutzergruppen aus der Ressourcenplanung, -verteilung, -nutzung und -verwaltung beitragen. Das hätte bereits vorhandene soziale, ökonomische und ökologische Entscheidungsdefizite verstärken und die Entwicklung nachhaltiger Ressourcennutzung untergraben können. (Bruckmeier 2005:85)

Im Anschluss an die Bestandsaufnahme wurden Ansätze des Konfliktmanagements bzw. der Konfliktlösung erarbeitet. Hierbei waren folgende Punkte zu berücksichtigen (Ebd., S. 60):

- unterschiedliche Wertorientierungen und Weltbildern, die Konflikten zugrunde lagen (nutzungs- vs. bewahrungsorientiert);
- die wirtschaftliche Basis der Konflikte und deren Beziehung zu den ökologischen Voraussetzungen;
- Größenordnung der Konflikte (Öffentlichkeitsgrad, Sichtbarkeit, Dauer, beteiligte Akteure);
- die Machtverteilung und Einflussbereiche einzelner Akteure in den Konflikten (Ein-/ Ausschluss bestimmter Interessen und Gruppen vom Besitz von Ressourcen bzw. Zugang zu diesen);
- Steuerung des Zugangs zu Ressourcen durch nationale oder internationale Regime;
- Ansatzpunkte für Konfliktmanagement (institutionelle Arrangements, geringste erforderliche Intervention);

⁵¹ Zu Teilprogramm 1 siehe Bruckmeier 2005:59ff., 70ff. und 77f. sowie Glaeser 1999a:371f.

- Ansatzpunkte der (Ausweitung von) Entscheidungsteilnahme von Ressourcennutzern und Bürgern (Kriterien für den Aus-/ Einschluss bestimmter Nutzer mit deren Wissensmonopol bei Planung und Beschlussfassung bzgl. lokaler Ressourcen);
- Ansatzpunkte für die Schaffung von Netzwerkstrukturen zwischen den Ressourcennutzergruppen (als Gegengewicht zu zentralisierten und hierarchischen ressourcen-, umwelt- und fischereipolitische Entscheidungsstrukturen);
- Rolle und Beteiligung der Forschung in Konfliktanalyse und -management.

Interessenabstimmung und Konfliktmanagement der lokalen Nutzergruppen werden jetzt durch zwei Wege erreicht (Bruckmeier 2005:61ff., 85):

- kommunale Ressourcenplanung und -verwaltung (verwaltungsgebundenes Verfahren);
- direkte Zusammenarbeit zwischen Ressourcennutzergruppen („verwaltungsfreie“, eher innovative Verfahren).

Beim ersten Weg mussten die traditionellen Ansätze der kommunalen Bau- und Landnutzungsplanung zu Ansätzen der ökologischen Ressourcenplanung weiterentwickelt werden. Interessen- und Nutzungskonflikte lassen sich nun lösen bzw. verhindern durch entsprechende Planung, durch Einbezug betroffener Bürger und lokaler Nutzergruppen mittels Anhörungsverfahren, Verhandlungen und Streitschlichtungsinstrumenten oder durch spezielle Publikationsformen der Forschungsergebnisse für einzelne Nutzergruppen.

Ansätze nach dem zweiten Weg finden außerhalb der normierten Planungsverfahren und ohne externe Vermittlung statt, z.B. durch Verhandlung oder freiwillige Vereinbarungen. Durch diese Ansätze soll ein gegenseitiges Verständnis untereinander geschaffen werden.

Im Blick behält man dabei, dass Anhörungs- und Beteiligungsverfahren teilweise zu ungleicher Interessenvertretung bzw. sozialer Ausschließung bestimmter Gruppen beitragen und ungewollt die Artikulations- und Durchsetzungsmacht dominanter Gruppen verstärken können. Dadurch können u.a. Konflikteskalationen entstehen und sich Partizipationsverfahren als ungeeignet zur Konfliktaustragung erweisen. (Bruckmeier 2005:62) Aus diesem Grund wurde auf den ersten Weg auch nicht verzichtet.

Zudem wurde berücksichtigt, dass Forschung durch Unterstützung bestimmter Akteure mit entsprechenden Argumenten Konflikte verfestigen kann. (Ebd., S. 71f.)

Bei der Konfliktanalyse und -lösung standen nicht so sehr das Ergebnis im Vordergrund, sondern vielmehr die Zusammenarbeit an sich, also der Austausch von Informationen, Verhandlungen etc. (Ebd., S. 61) Die Konfliktenstehung und Möglichkeiten zur Lösung waren in Bezug auf jeden einzelnen Konflikt zu untersuchen, da Nutzungskonflikte oft unerwartet und unplanbar auftreten und verlaufen sowie Interventions- und Management- und Lösungsversuche nur in begrenzten Maße planbar sind, (Vgl. Ebd., S. 70) Management und Forschung mussten und müssen daher auf Veränderungen in politischen und sozialen Diskursen reagieren und von vorangegangenen (Forschungs-)Resultaten lernen können.

Mithilfe von Teilprogramm 2⁵² wurde versucht, die Wasserqualität zu verbessern. Dazu gab es drei Forschungskomplexe:

⁵² Zu Teilprogramm 2 siehe Bruckmeier 2005:63ff. sowie Glaeser 1999a:370f.

- ökonomische Analyse und Bewertung der Wasserqualität;
- Muschelzucht;
- Algenbildung und Wasserreinigungstechnologien.

Zu der ökonomischen Analyse und Bewertung der Wasserqualität gehörten die Identifikation, Quantifikation und Bewertung des Ausmaßes der Verunreinigungen und die Analyse derer Auswirkungen und (Reinigungs-)Kosten. Es wurden Modelle entwickelt, mit denen sich die lokale und regionale Wasserqualität infolge verschiedener Managementoptionen voraussagen lässt sowie dabei entstehende Kosten und Nutzen. (Bruckmeier 2005:64)

Muschelzucht wurde an der schwedischen Westküste in experimenteller Form betrieben, um Erkenntnisse über die Effektivität von Muscheln als Biofilter zur Reduktion küstennaher Nährstoffübersättigung zu gewinnen. Hierbei wurden auch Konflikte zwischen Muschelzüchtern und anderen Nutzungsformen der Küstengewässer analysiert. (Ebd., S. 64f.)

Im Forschungskomplex 'Algenbildung und Wasserreinigungstechnologien' untersuchte man die Möglichkeiten, durch Steuerung und Reduktion von Nährstoffeinleitungen in Küstengewässer Eutrophie und übermäßiges Algenwachstum zu verhindern. Besondere Beachtung fand dabei die Reinigung von Abwässern durch Kläranlagen. Eine Optimierung der Reinigungseffekte erfordert an der Ostseeküste eine Abwägung der Wirkungen von Stickstoff- und Phosphorreinigung, denn Stickstoff ohne gleichzeitige Phosphorreinigung kann zur Verstärkung der sommerlichen Blüte schädlicher, Stickstoff fixierender Algen führen. (Ebd., S. 65f.)

Der Einbezug von Forschung über Muschelzucht und Reinigungstechnologien in das kommunale Wasserqualitätsmanagement erfuhr erst in der zweiten Forschungsphase⁵³ von SUCOZOMA verstärkte Berücksichtigung, insbesondere unter dem Zwang, die EU-Wasserrahmenrichtlinie umsetzen zu müssen. (Bruckmeier 2005:66f.)

Teilprogramm 3⁵⁴ konzentrierte sich auf nachhaltige, effektive Fischerei im Küstengebiet, v.a. auf den Erhalt der Artenvielfalt. Dabei stieß man einerseits einen neuartigen Fischfang mittels hochselektiver technischer Methoden und neuem Gerät an, welche den Lebendfang unterstützen und Beifänge von Wasservögeln und Säugern verhindern, andererseits den Fischfang in einem Umfang, der den Bestand an gefährdeten Fischarten sichert.

Neben Fischfang wurden Anstrengungen unternommen, beschädigte Habitate und Reproduktionsgebiete wiederherzustellen bzw. neue zu schaffen.

In Gebieten, in denen sich der Fischbestand durch diese Methoden nicht erholte und zu seiner ursprünglichen Produktivität zurückfand, wurde die Möglichkeit der Zucht insbesondere wertvoller Fischarten und der frühzeitiger Freilassung von Fischbrut aufgegriffen. Dabei achtet man darauf, dass die genetischen Eigenschaften durch die Zucht nicht verändert wurden.

⁵³ SUCOZOMA besteht aus zwei Forschungsphasen. Die erste dauerte von 1997 bis 2000, die zweite von 2001 bis 2004. (<http://www.sucozoma.tmbi.gu.se/sucozoma%20resultat%20eng.htm>)

⁵⁴ Zu Teilprogramm 3 siehe Bruckmeier 2005:67f. sowie Glaeser 1999a:369f.

Für ein optimiertes Bestandsmanagement wurden außer den genannten Maßnahmen auch ökonomische und soziale Komponenten einbezogen. Etwa durch die Analyse und den Vergleich von Kosten- und Nutzungsdaten unterschiedlicher Fischereitechniken zur Identifikation der effizientesten Techniken. Des Weiteren durch Berücksichtigung von Fragen rund um die Nutzungs- und Eigentumsrechte an lebenden Ressourcen sowie an Grund und Boden oder durch Überlegungen zu ökonomischen Kompensationen von Belastungen durch SUCOZOMA⁵⁵.

Zu den Unterprogrammen gab es zwölf Forschungsprojekte, die im Rahmen von SUCOZOMA durch die Universitäten Stockholm und Göteborg sowie weitere Forschungseinrichtungen durchgeführt wurden. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei der Bereitstellung eines umfassenden Wissens sowie der Umsetzung der Ergebnisse gewidmet. (Glaeser 1999b:5f.)

Die zwölf Projekte enthalten im Einzelnen (Bruckmeier 2005:89f.):

Unterprogramm 1 – IKZM:

- „Konkurrierende Interessen und Bedingungen der Konfliktlösung“ (Universität Göteborg, Sektion Humanökologie); interdisziplinäre Orientierung: Humanökologie;
- „Ökonomische Bewertung von Veränderungen der Sichttiefe von Gewässern und toxische Algenblüte“ (Beijer Institut für Ökologische Ökonomie, Königlich Schwedische Akademie der Wissenschaften, Stockholm); interdisziplinäre Orientierung: ökologische Ökonomie;
- „Ressourcenmanagement, bioökonomisches Modell für Küstenfischerei“ (Nationale Fischereibehörde Göteborg, Institution für Nationalökonomie); interdisziplinäre Orientierung: Umweltökonomie;
- „Entwicklung von Managementinstitutionen“ (Hochschule Stockholm Süd); disziplinäre Orientierung: Politikwissenschaft;

Unterprogramm 2 – Bekämpfung der Eutrophie:

- „Recycling von Nährstoffen vom Meer zum Land durch Muschelzucht“ (Universität Göteborg, Klinische Bakteriologie); subdisziplinäre Orientierung: maritime Biologie und Toxikologie;
- „Management von Nährstoffablagerungen in der Küstenzone: Modelle und Vorhersagen“ (Universität Stockholm, Institution für Systemökologie); disziplinäre Orientierung: Ökologie;
- „Vorhersage und Prävention von schädlichen cyanobakteriellen (Algen-)Blüten“ (Universität Stockholm, Abteilung für Botanik); disziplinäre Orientierung: Ökologie.

Unterprogramm 3 – Nachhaltige Küstenfischerei:

- „Techniken des Lebendfangs“ (Nationale Fischereibehörde, Institut für Küstenforschung, Göteborg); subdisziplinäre Orientierung: Fischereibiologie;

⁵⁵ Solche Belastungen können z.B. Fischern durch den Schutz von Robben entstehen, welche mit ihnen in Konkurrenz um Fische stehen. (Vgl. Bruckmeier 2005:67f.)

- „Entwicklung neuer Fischerei“ (Universität Göteborg, Meeresbiologisches Laboratorium Tjärno); subdisziplinäre Orientierung: Fischereibiologie;
- „Verbesserung von Laich- und Aufwuchsgebieten für Raubfische“ (Nationale Fischereibehörde, Institut für Küstenforschung, Öregrund); subdisziplinäre Orientierung: Fischereibiologie;
- „Bestandsverbesserung der Seeforelle, salmo trutta (L.), in der Ostsee“ (Universität Stockholm, Systemökologie, und Hochschule Gotland); subdisziplinäre Orientierung: Fischereibiologie;
- „Genetische Auswirkungen von bestandsschützender Fischzucht“ (Universität Stockholm, Institution für Populationsgenetik); subdisziplinäre Orientierung: Genetik.

Diese thematisch und geographisch auf spezielle Küstenregionen begrenzten Projekte⁵⁶ wurden in der ersten Forschungsphase initiiert (Glaeser 2002:357). Für den Abgleich der einzelnen Projekte im Hinblick auf das Erreichen der Ziele halfen regelmäßige Seminare, auf denen man sich austauschen und diskutieren konnte. Spezielle Workshops zwischen den jeweiligen Projekten oder Teilprojekten nachten eine Vernetzung oder Angleichung nicht zusammenhängender Segmente durch Diskurs und Austausch untereinander möglich. (Ebd., S. 358)

In der zweiten Forschungsphase standen die Umsetzung der Ergebnisse der Projekte und eine Handlungsorientierung im Sinne transdisziplinärer Forschung stärker im Mittelpunkt. (Bruckmeier 2005:79) Teilprogramm 1 wurde in dieser Phase durch den Aufbau eines neuen, planungs-, rechts- und politikwissenschaftlich ausgerichteten Projektes ergänzt, welches das Thema Landnutzung sowie Wechselwirkungen von Wasser- und Landnutzung an der Küste stärker berücksichtigte und einen regionalisierten Ansatz des Wassereinzugsgebietsmanagements ausarbeitete.⁵⁷ (Ebd.) Dabei wurde die Küstenzone als Land- Meer- Verbindung mit zwei Achsen betrachtet: eine parallel zum Ufer (longshore), die andere senkrecht dazu (on/off- shore). (Vgl. Glaeser 1999a:361) Mit der on/off- shore- Achse wurden das Hinterland sowie dazugehörige Wasserökosysteme, laichende Wanderfische und wirtschaftliche Auswirkungen von Küstenaktivitäten auf das Landesinnere und umgekehrt in das Management einbezogen.

In Anlehnung an diese Achsen wurde zwischen ‚Küstengebiet‘ und ‚Küstenzone‘ unterschieden. Das ‚Küstengebiet‘ bestand aus sechs Typen:

- Küstengewässer: das Gebiet gemessen meereinwärts ab Gezeitengrenze;
- Küsten- oder Uferlinie: das Gebiet zwischen Ebbe und Flut;
- Küstenfestland und Meeresboden: das Gebiet landeinwärts ab Gezeitengrenze.

Diese ersten drei Typen konnten überlappen. Ihre Kombination führte zu:

- Küstengewässer und Küstenlinie;
- Küstenlinie und Küstenfestland;

⁵⁶ SUCOZOMA hat nicht zum Ziel, ein standardisiertes und verallgemeinerbares Modell, in dem alle Daten und Forschungsergebnisse zusammenfließen, zu entwerfen. (Vgl. Bruckmeier 2005:82)

⁵⁷ In den in der ersten Forschungsphase initiierten Projekten wurden Wassereinzugsgebiete vernachlässigt.

- Küstengewässer, Küstenlinie und Küstenfestland.

Die ‚Küstenzone‘ dagegen umfasste die offene See, die Küstenlinie und den Meeresboden. IZM konnte folglich an eines der sechs Gebiete gerichtet sein, während KZM alle drei geographischen Komponenten umfassen musste. (Glaeser 1999a:361)

Als SUCOZOMA 2004 beendet wurden, waren eine Vielzahl von Stakeholder- Netzwerken geknüpft und für IKZM relevante politische und administrative Schritte unternommen worden. (Carlberg 2005) Die Programmresultate lassen sich in verschiedene Kategorien einteilen. Viele der Projekte führten zu technischen oder für die Umsetzung praktischen und direkt verfügbaren Maßnahmen, wie z.B. Muschelzucht oder Wiederherstellung und Schutz von Reproduktionsgebieten für Fische. Andere Ergebnisse sind eher politisch orientiert und ihr Einfluss kann nur vage beurteilt werden.

Es zeigte sich jedoch, dass

- eine bessere Kenntnis der politischen, sozialen und ökonomischen Bedingungen im Küstengebiet das Management und die Planung einer nachhaltigen Nutzung von Küstenressourcen erneuern/auswechseln (renew) und demokratisieren kann;
- Auswirkungen von Nährstoffübersättigung durch Muschelzucht und neue Methoden bei der Abwasserbehandlung reduziert werden können;
- Küstenfischerei sich mithilfe selektiver Fischfangmethoden und Geräte verbessern kann sowie Managementmethoden auch Laichplätze für Fischarten, die zuvor unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten als uninteressant erachtet wurden, wiederherstellen können.⁵⁸

SUCOZOMA führte somit zu neuen Erkenntnissen in Bezug auf Küstenforschung und -management, aber auch in Bezug auf die organisatorischen Anforderungen eines effektiven nutzerorientierten, multidisziplinären Programms.

Ein integriertes Management für die Küstenzone muss zunächst angestoßen werden. Dieser erste Schritt setzt sich, folgt man Gerald Schernewski, aus folgenden sieben Teilschritten zusammen:

- Identifikation der zentralen ökologischen, sozialen und ökonomischen Themen- (Problem-) Felder;
- Analyse der Abhängigkeiten zwischen diesen Problemfeldern sowie Interaktion mit anderen Themen bzw. Nutzungen oder Aktivitäten in der Küstenzone (Interaktionsmatrix);
- Definition des räumlichen Wirkungsbereiches der Initiative;
- Zusammenstellung der regionalen Akteure (Stakeholder) und ihrer Interessen;
- Definition des Ansatzes und der Ziele der Initiative;
- Diskussion und Überarbeitung der Ziele durch Rückkopplung mit den Stakeholdern;
- Definition der wissenschaftlichen Fragestellungen.

⁵⁸ <http://www.sucozoma.tmbi.qz.se/sucozoma%20resultat%20eng.htm>

Zwischenfazit: Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den international verwendeten Ablaufschemen zum IKZM

Die Analyse der unterschiedlichen internationalen Ablaufschemen hat gezeigt, dass es unterschiedliche Modelle der Ablaufschemen gibt, die je nach angestrebtem Management der Küste formuliert wurden. Die Tabelle stellt die unterschiedlichen Modelle zusammen und vergleicht sie (siehe Anhang).

II. IKZM Ablaufschema für die Odermündungsregion

Das IKZM nahm in der Odermündungsregion auf der deutschen Seite die Form eines Forschungsprojektes an, dessen Vorbereitung und Verlauf die Phasen des IKZM-Ablaufschemas abbilden. Der folgende Entwurf eines IKZM-Ablaufplanes für die Odermündungsregion orientiert sich an internationalen Ablaufschemen für IKZM, die im Kapitel II dargestellt und miteinander verglichen wurden.

Vorarbeiten zu einem IKZM in der Odermündungsregion

Die Initiative zur Einrichtung eines IKZM in der Odermündungsregion geht zurück auf die von führenden politischen Repräsentanten in Ronneby unterzeichnete Ostsee-Deklaration aus dem Jahr 1990. Infolge dieser Konferenz erarbeitete eine eigens gegründete Arbeitsgruppe der Helsinki-Kommission (HELCOM TF) das Baltic Sea Joint Comprehensive Environmental Action Programme (Gemeinsames Ostsee- Aktionsprogramm), welches 1992 durch die Umweltminister der Ostseeanrainerstaaten und die Europäische Kommission verabschiedet wurde. (Feilbach 2004:4) In diesem Aktionsprogramm war die Erstellung von KZM-Programmen für Küstengewässer und Feuchtgebiete vorgesehen, in dessen Rahmen das Oderhaff als eine der Regionen ausgewählt wurde, in denen solche Programme beispielhaft erarbeitet werden sollten. 1994 wurde das HELCOM PITF Odra Lagoon. (Schernewski et al. 2005:50) Area Task Team aus deutschen und polnischen Vertretern in der Odermündungsregion gegründet, welche einen IKZM-Pilotplan für das polnische (Schernewski et al. 2005:50) Gebiet erstellte und der 1996 von der HELCOM Baltic Programme Implementation Task Force (PITF) 9 angenommen wurde. Als dessen Konkretisierung wurden durch die polnische Seite die „Richtlinien für das IKZM Stettiner Haff“ erarbeitet. (Feilbach 2005:20) Ein deutscher Entwurf wurde 2004 angefertigt, der jedoch weder rechtlich verbindlich ist, noch in die regionale Raumplanung eingebunden wurde. (Schernewski et al. 2005:50) Im Gegensatz dazu ist das IKZM für das Stettiner Haff, welches 1999 in Anlehnung an das Ostsee-Aktionsprogramm als einmaliges Ökosystem ausgewiesen wurde (Glaeser et al. 2005b:5), in die Entwicklungsstrategie der Wojewodschaft Westpommern aufgenommen worden.

Aktuelle Arbeiten am IKZM in der Odermündungsregion

Auf der deutschen Seite wurde der IKZM Prozess durch ein Forschungsprojekt des BMBF „Forschung für ein integriertes Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion“ (IKZM-Oder: www.ikzm-oder.de) für die Zeit von März 2004 bis April 2007 weiter verfolgt. Dieses Forschungsprojekt hat zum Ziel, die Zusammenarbeit zwischen den Regionen Mecklenburg-Vorpommern und Westpommern im Rahmen des IKZM neu zu beleben. (Glaeser et al. 2005b:4f.) Es erforscht die Möglichkeiten, die in der Odermündungsregion vorliegenden Nutzungsansprüche so zu ordnen und auszurichten, dass eine nachhaltige, ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung ermöglicht wird. Dies erfolgt durch die wissenschaftliche Begleitung der Anregung und Planung von KZM-Konzepten sowie ihrer Umsetzung. (Löser & Schernewski 2006:1ff., Permien et al. 2005:57ff.)

Der Raum der Odermündungsregion wurde 2002 im Beschluss zur „Regionalen Agenda 21 Stettiner Haff – Region zweier Nationen“ zwischen Mecklenburg-Vorpommern und der Wojewodschaft Westpommern bestimmt und umfasst auf der deutschen Seite die Gebiete der Landkreise Uecker – Randow und Ostvorpommern⁵⁹ im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und auf polnischer Seite in der Wojewodschaft Westpommern die Gebiete der kreisfreien Städte Stettin (Szczecin) und Swinemünde (Świnoujście) sowie die Kreise Police, Goleniów und Kamień Pomorski⁶⁰ einschließlich der jeweiligen nationalen und inneren Gewässer (Stettiner Haff) sowie des Küstenmeeres (Pommersche Bucht und südliche Ostsee).

1. Initiierung

Der räumliche Wirkungsbereich des IKZM-Oder Projektes (Untersuchungsgebiet) orientiert sich an der Vereinbarung zur „Regionale Agenda 21 Stettiner Haff – Region zweier Nationen“ (2002). In der Voruntersuchung des IKZM-Oder Projektes wurde ersichtlich, dass die Probleme und Konflikte der Odermündungsregion nicht allein durch Aktivitäten und Bedingungen an der Küste selbst entstehen. Aus diesem Grunde bezieht ein Integriertes Management der Odermündungsregion das Flusseinzugsgebiet und die Ausschließliche Wirtschaftszone (AWZ) mit ein. Damit bedeckt das Untersuchungsgebiet einen 30 bis 60 Kilometer von der Küstenlinie landeinwärts liegenden Bereich und die Küstengewässer bis zur 12-Seemeilen-Grenze. Der Einbezug der AWZ ist zwar in der Vereinbarung zur „Regionalen Agenda 21 Stettiner Haff“ nicht vorgesehen, wird aber aufgrund der oben angesprochenen Wechselwirkungen mit der unmittelbaren Küste erfolgen. Gleiches gilt für die Oder und ihr 120.000km² großes Einzugsgebiet. (Konieczny 2005:11ff.)

Die ökonomisch-technischen Voraussetzungen für die Initiierung des IKZM-Oder Projektes (ein Arbeitsplan, ein Zeitmanagement und erforderliche Kosten sowie Koordinierungsmechanismen und ihre Rolle) wurden im Rahmen des IKZM-Oder Forschungsantrages formuliert, der durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Programms der Bundesregierung „Meeresforschung“ auf der einen Seite

⁵⁹ In den beiden Landkreisen lebten im Jahr 2005 189.850 Menschen auf 3.535 km². Das entspricht einer Bevölkerungsdichte von 54 Einwohnern pro Quadratkilometer.

⁶⁰ Auf der polnischen Seite im Untersuchungsgebiet lebten im Jahr 2005 641.980 Menschen auf 3.784 km² - 197 Einwohner pro Quadratkilometer.

und der Infrastruktur der für das Projekt beauftragten wissenschaftlichen Einrichtungen vorwiegend in Norddeutschland auf der anderen Seite gesichert wurde.

Hintergrund der Förderung waren Feststellungen bezüglich der prekären Situation der Küstengebiete. (Förderrichtlinien vom Juli 2002) Für die wissenschaftliche Begleitung des IKZM in der Odermündungsregion wurden 11 Projektpartner ausgewählt, die unterschiedliche Wissenschaftsdisziplinen repräsentierten und von denen zu erwarten war, dass sie bei der Umsetzung des Projektes auf das bereits bestehende umfangreiche Wissen der verschiedenen Disziplinen der Küstenforschung zurückgreifen. Das Leibniz Institut für Ostseeforschung Warnemünde übernahm die Koordination.

Bereits in der Phase des Antragstellers wurden übergeordnete Grundlagen für das Projekt definiert. Zu den internationale Aktivitäten und Dokumenten gehören u.a.:

- VASAB (Common Recommendations for Spatial Planning of the Coastal Zone in the Baltic Sea Region, Baltic 21);
- HELCOM (Nature Conservation & Coastal Zone Management: Strategic Report, in press);
- UNEP (Conceptual Framework and Planning Guidelines for Integrated Coastal Areas and River Basin Management ICARM, 1999);
- UCC (UNEP Collaborating Centre on Water and Environment): Linking fresh water resources management and coastal zone management, draft 2002;
- Global Water Partnership: Guidelines on „Integrated Water Resource Management“;
- GPA (Global Programme of Action for the Protection of the Marine Environment from Land-based Activities);
- World Bank (Coastal and Marine Management, 2001);
- LOICZ (Land-Ocean Interactions in the Coastal Zone): LOICZ Future – Beyond 2002, draft working document.

EU-rechtlichen Grundlagen sind z.B.:

- Empfehlungen des Europäischen Parlaments und des Rates vom Mai 2002 zur Umsetzung einer Strategie für ein integriertes Management der Küstengebiete in Europa (EG 413/2002);
- EU-Wasserrahmenrichtlinie, die u.a. einen integrativen, das Einzugsbiet und die Küstenzone umfassenden Gewässermanagementplan erfordert sowie
- EU-Habitat-Richtlinie (Natura 2000).

Darüber hinaus wurden zusätzlich regionale Vorarbeiten und Dokumente zusammengestellt, die den Stand, die Notwendigkeiten und den Bedarf der Region dokumentieren:

- Regionale Agenda 21 - Stettiner Haff – Region zweier Nationen. Kooperationsvereinbarung zwischen dem Umweltminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Wojewodschaft Westpommern vom September 2002;

- Deutsch-polnischer „Integrated Coastal Zone Management Plan Odra Lagoon“, der in der deutschen Fassung unter dem Titel „Integriertes Küstenzonenmanagement für die Odermündung“ (HELCOM 1996) erschienen ist und vom Odra Lagoon Area Task Team der HELCOM erarbeitet wurde;
- „Guidelines for Integrated Coastal Zone Management of the Szczecinski Lagoon“ (2000). Der Bericht beinhaltet Nutzungs- und Entwicklungspläne und stellt eine Fortführung der HELCOM-Arbeiten auf polnischer Seite dar. Wichtig ist zudem das 2001 verabschiedete raumübergreifende Programm „Odra 2006“;
- Planungsstudie zum IKZM im Odermündungsgebiet (unveröffentlicht). Die Studie stellt die Fortführung der HELCOM-Arbeiten auf deutscher Seite durch das Amt für Raumordnung und Landesplanung Vorpommern dar. Zudem liegen zahlreiche ergänzende Studien und Planungen vor, wie das Strukturkonzept zur nachhaltigen Entwicklung der Inseln Usedom-Wolin – Studie zur grenzüberschreitenden Planung (2000) sowie der Naturparkplan Usedom;
- „Regionales Raumordnungsprogramm Vorpommern“ einschließlich der Fachplanungen (z.B. der Gutachterliche Landschaftsrahmenplan). Das Raumordnungsprogramm beinhaltet wesentliche Aspekte eines IKZM, ist allerdings auf das Land beschränkt;
- Der Bericht „Raumordnerische Grundlagen entlang der Grenze zwischen Mecklenburg-Vorpommern und der Republik Polen“ sowie die „Aktualisierung der raumordnerischen Leitbilder...“ durch ein deutsch-polnisches Projekt (2002);
- Das Regionale Entwicklungskonzept Vorpommern des Regionalen Planungsverbandes (2002) und das Entwicklungskonzept für den Landkreis Uecker-Randow erstellt durch Thales GmbH (2002).

Auf der Grundlagen der regionalen Dokumente und ergänzenden Gesprächen mit Ministerien und regionalen Behörden wurden im Rahmen der Initiierungsphase Ziele bzw. konkrete Aufgaben des Projektes benannt, die mit Hilfe von IKZM gelöst bzw. erreicht werden sollen. Bestehende IKZM-relevante Aktivitäten und Strukturen sollen hierbei unterstützt, gebündelt und nutzbar gemacht werden.

Ein übergeordnetes Ziel war es anhand des deutsch-polnischen Gebietes der Odermündung am Stettiner Haff beispielhaft aufzuzeigen, wie eine gemeinsame binationale IKZM-Strategie entwickelt und wie ein Integriertes Küstenzonenmanagement praktisch und nachhaltig umgesetzt werden kann.

Insgesamt betraf die Zielsetzung sechs Bereiche:

1. Wissenschaft und Innovation: Beantwortung von wissenschaftlichen und innovativen Fragen zum IKZM, die grundsätzliche und überregionale Bedeutung besitzen, aber auf konkreten, regionalen Notwendigkeiten basieren. Zudem sollen weitere Defizite aufgedeckt und Forschungsperspektiven für die Zukunft geschaffen werden.
2. Regionale-nationale-internationale Übertragbarkeit: Unterstützung eines regionalen IKZM, welches im Wesentlichen regional übertragbar ist, maßgeblich zur Entwicklung einer

nationalen IKZM-Strategie beiträgt und auch internationalen Lehr- und Beispielcharakter besitzt.

3. Integration von Einzugsgebiet, Küste und Ostsee: Räumlich integrative Betrachtung von Prozessen, Strukturen, Planwerken etc. vor dem Hintergrund des vielfach geforderten Einzugsgebiet-Küsten-Managements (Wasserrahmenrichtlinie, UNEP, LOICZ).

4. Infrastrukturen: Schaffung von Strukturen, die als dauerhafter Schirm für IKZM über die Projektlaufzeit hinausreichen, regionale Projekte einbinden und die praktische regionale Implementierung des IKZM langfristig fördern. Im Projekt geht es nicht um die praktische Umsetzung von Einzelmaßnahmen, wohl aber um die Initiierung einer Umsetzung durch wissenschaftliche Beratung, die Suche nach Finanzierung, die Bereitstellung von unterstützender Infrastruktur und Einbindung in das Projekt.

5. Partizipation und Kommunikation: Erprobung und Evaluierung von Verfahren zur Einbindung der Öffentlichkeit (regionale Agenda 21 in Zusammenarbeit mit lokalen Agenden), zur Verbesserung der grenzübergreifenden Kommunikation, Information und Zusammenarbeit sowie zur Förderung des Küste-Einzugsgebiets-Dialogs. Es geht dabei nicht um die Schaffung weiterer neuer Strukturen, sondern um die Unterstützung, Nutzung, Bündelung und Optimierung bestehender Aktivitäten und Strukturen für das Thema IKZM.

6. Vision und Strategie: Förderung einer Vision und Strategie für IKZM durch Synthese der bestehenden Ansätze. Die Strategie ist gleichzeitig grenzübergreifend, integriert Küstenmeer und Land, berücksichtigt die Wechselwirkungen zwischen Küste und Einzugsgebiet und, indem absehbare Probleme, z.B. durch globale Klimaänderungen, einbezogen werden, ist sie zukunftsorientiert.

Es wurden auch Vorschläge über allgemeine Verbesserungen formuliert, wie:

- verbesserter Werbeeffect als nationale und weltweite IKZM Referenz- und Musterregion;
- bessere Förderung der deutsch-polnischen Integration sowie der Identifikation der Bevölkerung mit der Region;
- breite Bewusstseinsbildung für Nachhaltigkeit und IKZM;
- bessere allgemeine Verfügbarkeit von Daten, Fakten und Informationen;
- Katalyse und Objektivierung von Entscheidungsprozessen, u.a. durch Information, Beratung und Bereitstellung von Werkzeugen;
- Übernahme der Schirmfunktion für Projekte und Intensivierung der regionalen Kooperation und dadurch Förderung von konkreten Umsetzungsprojekten;
- Unterstützung und Belebung der Aktivitäten im Rahmen der regionalen Agenda 21.⁶¹

Die Einführung des IKZM-Ansatzes von übergeordneten Ebenen (top-down) sollte durch einen problem- und aktorsbezogenen Ansatz auf regionaler Ebene ergänzt werden.⁶²

⁶¹ <http://www.ikzm-oder.de/zielsetzungen.html>

⁶² <http://www.ikzm-oder.de/themen.html>

Die Umsetzung des IKZM durch das Projekt sollte zwei Ansätze verfolgen, die parallel verlaufen und miteinander verknüpft wurden:

- Bottom-up – Ansatz, der Initiativen zur regionalen Öffentlichkeitsbeteiligung und vielfältige Einbindung von Entscheidungsträgern fördern und moderiert soll;
- Top-down – Ansatz, der von der EU geforderten IKZM Empfehlung umsetzen soll. Diese sollte regionalen Bestandsaufnahme, Analyse und Evaluierung bestehender Strukturen, Kompetenzen und Rechtsvorschriften hinsichtlich eines nationalen IKZM verfolgen sollte.

Dabei sollte die Wissenschaft die Rolle als begleitende Forschung zu zentralen, regionalen Problemfeldern spielen und Instrumenten, Mechanismen und Werkzeugen für regional übertragbares IKZM sowie Schaffung von Entwicklungsperspektiven für ein IKZM bereitstellen.

Die Vorhaben und die Endprodukte der Forschung sollten mit Hilfe der Bevölkerung und der Behörden entwickelt, umgesetzt und ihre Anwendbarkeit in einem Evaluationsprozess geprüft werden. Dabei sollte die Wissenschaft vor allem unabhängig bleiben.

Für die Festlegung der Aufgaben im IKZM-Oder wurde die EU Empfehlung zur Umsetzung der Strategie für das Integrierte Küstenmanagement in Europa (2002) als Grundlage genommen, wonach die Aufgaben des Projektes definiert wurden: Entwicklung von Grundsätze des IKZM, Erstellung der nationalen Bestandsaufnahme und der nationalen Strategie. Konkret bedeutet das:

- Evaluierung der bestehenden Strukturen und deren Eignung für IKZM unter den Aspekt der raumintegrierenden regionalen Planungswerkzeuge zum IKZM;
- Entwicklung von legislativen Vorschläge zur Anpassung der grenzüberschreitenden Planungsinstrumente;
- Entwicklung von Vorschläge zur Modifikation bestehender Verwaltungsstrukturen und Zuständigkeiten;
- Quantitative Erfassung aller Nutzungen und zukünftig greifender, strategischer Managementplan für die touristische Entwicklung der Region;
- Analyse der Auswirkungen der Klimaänderung auf die Küste;
- Analyse der Auswirkungen des Odereinzugsgebietes auf die Küste;
- Bereitstellung von Daten für die Umsetzung der WRRL, Beratung bei der Monitoring und Bewertungssystemen hinsichtlich des Gewässermanagements für die Oder;
- Entwicklung eines regional übertragbaren Ablaufplans für die Umsetzung von IKZM, Mitarbeit an der Entwicklung einer nationalen IKZM-Strategie;
- Evaluierung bestehender internationaler und nationaler Indikatorensystem für eine erfolgreiche nachhaltige Entwicklung der gesamten Küstenzone;
- Schulung und Verbreitung der Ergebnisse unter Interessierten und Entscheidungsträgern über Lernsystem CoasLear, Veranstaltung einer Sommerschool zum IKZM der Ostsee;

- Verbreitung der internationalen Einbindung des Projektes;
- Mittelfristiges Ziel ist es die Entwicklung eines Schirmprojektes im Rahmen des UNEP in das polnische Projekte, die polnische Seite des Odermündungsregion eingebunden werden.

Diese Aufgaben wurden in fünf Module untergliedert: 1. Dialoge und regionale Partizipation, 2. Internetgestützte IKZM – Werkzeuge, 3. Regionales IKZM, 4. Küstengewässer im Wandel, und 5. Nationale Strategie – Internationale Einbindung.

Die wissenschaftlichen Aufgaben bestanden in der Grundlagerecherche. Dies ermöglichte die Prinzipien der Wissenschaft nachzuprüfen und zu diskutieren. Die Ergebnisse sollten Form vor allem von Bestandsaufnahmen einnehmen. Die Rolle der Wissenschaft sollte auch sein, Instrumente, Mechanismen und Werkzeuge für regionales IKZM bereitstellen sowie Entwicklungsperspektiven für ein IKZM schaffen. Die Wissenschaft sollte dabei den nationalen und internationalen Ansprüchen genügen und innovativ sein.

Zusammenstellung wichtiger Informationen über die Region

Es entstanden folgende Bestandsaufnahmen der Region, die die Probleme der Region aus unterschiedlichen Fachdisziplinen aufgezeigt haben.

Zuerst erfolgte eine Bestandsaufnahme der verschiedenen natürlichen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Gegebenheiten auf deutscher wie polnischer Seite aus geographischer Sicht in dem gleichnamigen Bericht (Feilbach 2004). Zudem wurden in diesem Bericht die sich aus den verschiedenen Gegebenheiten und Nutzungsarten der Küste ergebenden Konflikte und Problemfelder aufgezeigt (Feilbach 2004:64ff.). Die Konflikte wurden im Hinblick auf die Bereiche Grund- und Oberflächenwasser, Boden, Klima und Luft sowie Arten und Lebensräume untersucht. Einen Schwerpunkt bilden dabei die hohe Schadstoffbelastungen von Wasser, Boden und Luft, Grundwasserknappheit und Bodenerosion sowie die Zerstörung von Lebensraum infolge von u.a. Landwirtschaft, Industrie, kommunale Abwassereinleitungen und Tourismus. Weiterhin erfolgte auch die Benennung einiger Maßnahmen, die zur Verminderung von Konflikten schon unternommen wurden (Feilbach 2004:69f.). Dazu zählen u.a. die abnehmende Verwendung von Düngemitteln in der Landwirtschaft, eine verbesserte Abwasserbehandlung in deutschen Kläranlagen oder die Isolierung der Deponie für Phosphorgipse der Chemiefabrik in Police. Durch diese Maßnahmen wurden gemäß Feilbach fast alle Hot-Spots auf deutscher Seite beseitigt.

Eine Betrachtung der Nutzungen und Nutzungskonflikte erfolgte auch aus juristischer Sicht. Dabei ging es in erster Linie um verschiedene Nutzungs- und Schutzansprüche und daraus resultierende Konflikte aufgrund konkreter, objekt- oder subjektbezogener Schutzgüter in den rechtlichen Regelungen. (Vgl. Edler 2005:36ff.) Die Konflikte lassen sich in rechtlicher Hinsicht in zwei verschiedene Kategorien unterteilen. Zum einen in Konflikte in der Realität, die daraus entstehen, dass sich die gleichzeitige Verwirklichung von zwei Nutzungsformen oder Schutzansprüchen an einem Ort ausschließen. Zum anderen in hypothetische Konflikte in der Projektierungs- und Planungsphase, wenn durch die Verwaltung Genehmigungen oder

Erlaubnisse für eine Nutzung erteilt und im Gegenzug für eine andere versagt werden sollen (privilegierte Nutzungen). (Edler 2005)

Zur Abschätzung künftiger Nutzungen der Region und ihrer Auswirkungen auf die Küstengewässer sowie der damit verbundenen Entwicklung der Wasserqualität, ist der zeitliche Verlauf der regionalen Eutrophierung zu betrachten. Dazu wurde das Einzugsgebietsmodell für die Oder (MONERIS) mit dem biochemischen Strömungsmodell ERGOM verknüpft. Die Analyse dazu hält noch an. (Schernewski & Löser 2006:5) Weiterhin wurden wesentliche Daten und Informationen zu den Auswirkungen globaler Klimaänderungen zusammengetragen. Dabei wurde deutlich, dass die direkten Auswirkungen auf die Wasserqualität wahrscheinlich eher von untergeordneter Bedeutung sein werden. (Ebd.)

Zur Quantifizierung der gesamten Auswirkungen des Oder-Einzugsgebietes auf die Küstenzone wurden die ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Wechselwirkungen zwischen Küste und Einzugsgebiet sowie die administrativen Zuständigkeiten erfasst und dokumentiert (Löser & Sekścińska 2005). Nach der Identifikation der relevanten Eckdaten des Gebietes⁶³ wurden die wichtigsten Nutzungen der Region, die Wechselwirkungen bzw. Abhängigkeiten der natürlichen Bedingungen und Nutzungen aufgezeigt.

Die Analyse von deutschen und polnischen Dokumenten, von beiderseitigen Regionalzeitungen und eines Fragebogens ermöglichte die Erfassung der wichtigsten Faktoren und Probleme in der Region sowie deren Zusammenhang miteinander. (Ebd. S. 98ff.) Als wichtigste Themen wurden dabei identifiziert:

- die wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung der Region (industrielle und infrastrukturelle Entwicklung), der Erhalt kulturellen Erbes und eine langfristige Strategie für den Umgang mit der schrumpfenden Bevölkerung;
- die Vernetzung mit dem Nachbarstaat, formelle und informelle Kooperation zwischen Ämtern und Institutionen; Stärkung der Identifikation mit, der Integration der und der Werbung für die Region;
- eine verminderte und nachhaltige Ressourcennutzung; Müll- und Abwasserbehandlung;
- nachhaltiger Tourismus und nachhaltige Landwirtschaft vor dem Hintergrund sich schnell ändernden sozialer und ökonomischer Bedingungen;
- Hochwasser- Management, Küstenschutz und Schifffahrt;
- Umweltqualität (Luft, Lärm, Strahlung) mit dem Schwerpunkt Wasserqualität;
- der Erhalt der biologischen Vielfalt und der Natur, Stärkung der Kooperation in Naturschutz und der Harmonisierung der verschiedenen Nutzungen mit Naturschutz;
- Umweltbildung, Verbesserung des Bildungssystems und des Informationszugangs.

⁶³ Für die Oder beschreiben sie deren Topografie, Größe, Flusstruktur, Hydrographie, Flora und Faune sowie Bevölkerung. Im Bezug auf das Oderästuar sind die wichtigen Bereiche: Topografie, Größe, Klima, naturräumliche Gliederung, Hydrologie, Sedimente und Schadstoffe, Flora und Fauna sowie Bevölkerung.

Das Thema Fischerei und speziell die Verstärkung und Etablierung des Fischereisektors wird zwar im Zusammenhang mit Landwirtschaft ebenfalls oft genannt, allerdings eher als zukünftiges Ziel und nicht als ein Konfliktfeld formuliert (Ebd. S. 108, 116)

Zwar befassten sich die analysierten wissenschaftlichen Dokumente mit den naturräumlichen Zusammenhängen und Wechselwirkungen zwischen Ostsee, Odermündungsregion und Odereinzugsgebiet sowie betonen sie die notwendige grenzüberschreitende Kooperation, den Einbezug naturräumlicher Zusammenhänge in die Flussmanagement- Planung und in bundesländer- und sektorübergreifenden Planungen sowie einen koordinierten Hochwasserschutzes zwischen Deutschland, Polen und Tschechien. Die aus den wissenschaftlichen Untersuchungen hervorgehenden Ergebnisse und Vorschläge fließen jedoch kaum in die regionalen Planungsdokumente ein: das Problem der Wasserverschmutzung des Haffs im Zusammenhang mit der Wasserzufuhr der Oder taucht nur in wenigen deutschen und polnischen Dokumenten auf, Maßnahmen zur Verbesserung der Wasserqualität werden nicht explizit aufgeführt und die Besonderheiten der Haffregion nur ungenügend herausgearbeitet. Verweise auf Zuständigkeiten der Verwaltungseinheiten und die Konkretisierung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit auf den Verwaltungsebenen fehlen gänzlich. Diese Bestandsaufnahme enthält auch der Aufbau der Behördenstrukturen der EU, im Nationalstaat (Deutschland, Polen) und auf regionaler Ebene (Mecklenburg-Vorpommern, Westpommern) in den Bereichen Umweltschutz und Raumplanung. (Vgl. Löser & Sekścińska 2005).

Auf diese Erkenntnisse aufbauend wurde die relevante Rolle, welche für das Odermündungsgebiet nicht nur die Umsetzung eines IKZM, sondern auch eines Integrierten Fluss-Küste-Managements erforderlich ist, aufmerksam gemacht. (Schernewski et al. 2005). Neben der Beschreibung der momentanen natürlichen Bedingungen und Nutzungsarten von Oder/Flusseinzugsgebiet und Küstenzone sowie der sich daraus ergebenden Probleme und Themenfelder, wurde auch auf künftige Bedrohungen und Herausforderungen eingegangen, indem politische und soziale Veränderungen in Deutschland und Polen kurz näher beleuchtet wurden, davon die Mitgliedschaft Polens in der EU und Herausforderungen, die sich aus der Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie sowie des Klimawandels ergeben. Zudem wurden Mängel bzgl. der deutsch-polnischen Kooperation als Ursache verschiedener Probleme in der Oderregion aufgezeigt. (S. 44ff.)

Auch weitere Ergebnisse des Projektes haben gezeigt, dass ein regionales Küstenzonenmanagement ohne die enge Verknüpfung zum Einzugsgebiet der Oder und zur Ostsee nicht möglich ist, da die Küstengewässer von beiden Seiten massiv beeinflusst werden und eine wichtige Schaltstelle bilden. Als zentrales Problem lässt sich der Transport von Nährstoffen aus dem Fluss-Einzugsgebiet in die Küstengewässer und in die Ostsee identifizieren. Die Nährstoffe können massive Eutrophierungserscheinungen hervorrufen und beeinflussen den Zustand der Küstenökosysteme sowie der Ostsee. (Schernewski et al. 2007:10)

Mit dem Ziel der Entwicklung einer gemeinsamen binationalen deutsch-polnischen IKZM-Strategie wurde der Frage nach rechtlichen Grundlagen, formell rechtlichen und informellen Kooperationen von Grenzregionen sowie der Entwicklung neuer Planungsmethoden nachgegangen. Dazu wurde zunächst eine Bestandsaufnahme (Janssen et al. 2004) zu den

allen IKZM relevanten Verwaltungsstrukturen und Rechtsvorschriften in Deutschland und Polen, Gemeinschafts- und internationaler Rechtsvorschriften, die Einfluss auf das Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion haben, erarbeitet. Die Rechts- und Verwaltungsstrukturen wurden separat für die einzelnen IKZM relevanten Sektoren aufgezeigt. Als wichtigste Ergebnisse dieser Studie sind die aus Sicht der grenzübergreifenden Zusammenarbeit zu begrüßenden Regelungen zur Raumplanung und zum Naturschutz zu betonen. Im Bereich Raumplanung ist auf beiden Seiten der Oder eine Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Nachbarstaat vorgesehen. Für den Naturschutz finden sich in Deutschland als auch Polen grenzüberschreitende Schutzgebietsbestimmungen. Die Studie zeigte aber auch große Defizite im rechtlichen und administrativen Rahmen auf, welche eher strukturellen Naturen sind. Eine ausführliche Auflistung der relevanten rechtlichen Rahmenbedingungen auf internationaler und Gemeinschaftsebene sowie für Deutschland (Bundes- und Landesebene) und Polen erfolgte auch für die einzelnen Sektoren bzw. Nutzungen, für Polen unter Nennung der relevanten Normen für die Regierungs- und Selbstverwaltung (Janssen et al. 2004: Anhänge).

Wie grenzüberschreitende Zusammenarbeit auf dem Gebiet des IKZM, insbesondere in den Bereichen Umweltschutz und Raumplanung, ohne Beteiligung der zentralen Regierung rechtlich möglich ist, untersuchten Janssen et al. (2005). Dabei wurden auch die Möglichkeiten einer Kooperation von Deutschland und Polen mittels zwischenstaatlicher Abkommen geprüft, wobei neben relevanten internationalen Übereinkommen (v.a. ‚Europäisches Rahmenübereinkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften‘, ‚Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit‘ und ‚Verordnungsvorschlag zur Schaffung eines europäischen Verbundes für grenzüberschreitende Zusammenarbeit‘) insbesondere ein Grenzüberschreitender Örtlicher Zweckverband⁶⁴ (Janssen et al. 2005:27ff.) näher betrachtet wurde. Dieser würde eine effiziente Plattform für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rahmen der Befugnisse der Gebietskörperschaften und der örtlichen öffentlichen Stellen darstellen und ließe die Ziele und Ideen des IKZM unter einem Dach koordinieren. Für die deutsche Seite wurden als Grundlage für eine grenznachbarschaftliche Kooperation zudem Länderstaatsverträge und die Gründung eines öffentlich-rechtlichen Zweckverbandes in Betracht gezogen. Letzterer könnte als grenzübergreifender Planungsträger mit der verbindlichen Erstellung eines Raumordnungsplanes beiderseits der gemeinsamen Grenze betraut werden. Die Untersuchungen zeigten, dass eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit vom deutschen Gesetzgeber erwünscht ist. Eventuell auftretenden Rechtsunsicherheiten sollte mit Staatsverträgen und einem geeigneten Rechtsrahmen umfassend und zielorientiert begegnet werden.

Für eine verbesserte grenzüberschreitende Zusammenarbeit wird ein Zweckverband nach Vorbild des Karlsruher Abkommens vorgeschlagen. Der ursprüngliche Zweckverband finanziert sich durch Beiträge seiner Mitglieder Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Schweiz und durch Einnahmen aus von ihm erbrachten Dienstleistungen. Ähnlich könnte dies bei einem deutsch-polnischen Zweckverband geschehen. Fraglich ist dabei jedoch die

⁶⁴ Dieser lehnt sich an das Vorbild des Karlsruher Abkommens der Länder Deutschland, Frankreich, Luxemburg und Schweiz an. (Vgl. Janssen et al. 2005:24ff.)

finanzielle Leistungsbereitschaft der polnischen Vertragspartner. Diese müssen zunächst überzeugt werden, dass durch die Schaffung des Zweckverbandes keine Parallelstrukturen zu bereits existierenden Einrichtungen aufgebaut werden sollen, die zusätzliche Geldressourcen beanspruchen. (Janssen & Czarnecka- Zawada 2005:25f.)

Zur Unterstützung des Entwicklungsprozesses wurde aus planerischer Sicht eine Strategiegrundlage zur koordinierten grenzüberschreitenden räumlichen Planung in der deutsch-polnischen Odermündungsregion im Sinne eines IKZM erarbeitet (Konieczny 2005). Die Strategiegrundlage definierte sieben für die Odermündungsregion relevante raumbedeutsame IKZM-Handlungsfelder und zeigte potentielle Nutzungskonflikte auf. Darüber hinaus wurden Aufbau und Aufgaben der Raumplanung sowie deren Zuständigkeiten dargestellt sowohl für Mecklenburg-Vorpommern als auch für Westpommern und diese Raumplanungssysteme auf ihre Tauglichkeit als Umsetzungsplattform analysiert. Es wurden zudem die wesentlichen Planungsdokumente⁶⁵ und damit die wichtigsten raumplanerischen Instrumente für die beiden Regionen vorgestellt und auf geeignete Vorgaben für ein grenzüberschreitendes IKZM untersucht. Auf deutscher Seite gehören dazu die formellen Raumordnungspläne und informellen Regionalen Entwicklungskonzepte, die wichtigste Planungsdokumente für die polnische Seite sind die Konzeption der Raumbewirtschaftung des Landes (nationale Ebene), Wojewodschaftskontakte, die Entwicklungsstrategie der Wojewodschaft Westpommern und der Raumbewirtschaftungsplan der Wojewodschaft Westpommern. Aus dem Vergleich der beiden Gebiete wurde deutlich, dass einheitliche raumplanerische Rahmenbedingungen für die deutsch-polnische Odermündungsregion nicht existieren und daher der deutsch-polnische Dialog zwischen allen relevanten Akteuren hinsichtlich der Entwicklung gemeinsamer Leitlinien und Ziele gefördert werden muss.

Zum Zwecke der Erstellung einer für die gesamte Region beiderseits der Grenze eine von allen Akteuren akzeptierte und den besonderen Gegebenheiten der Region angepasste Tourismuskonzeption, wurde eine Bestandsaufnahme der deutschen und polnischen Tourismusplanungen durchgeführt. (Steingrube et al. 2004) Im Rahmen der Bestandsaufnahme erfolgte darüber hinaus auch eine Kartierung der touristischen Infrastruktur mittels ArcView als Bestandteil des Regionalen Informationssystems für das IKZM-Projekt.

Die Bestandsaufnahme hat deutlich gezeigt, dass es hinsichtlich der allgemeintouristischen Infrastrukturausstattung (Beherbergungskapazität und Gastronomie) vor allem in den Gebieten südlich des Stettiner Haffs erhebliche Defizite gibt, während traditionell die allgemeine und touristische Infrastruktur im Küstenstreifen deutlich besser entwickelt ist. Hinsichtlich der Nutzung hat sich gezeigt, dass vor allem die starke Saisonalität wie auch der noch nicht akzeptable Incoming-Tourismus Reserven bieten und durch gezielte Maßnahmen zu verbessern wären. Außerdem liegen die durchschnittlichen Auslastungen im Hinterland trotz der eher überschaubaren Angebotsdichte weit hinter denen des Küstenstreifens zurück. (Steingrube et al. 2007:92f) Als wesentliche Ergebnisse sind – als GIS-Layer sowie Beiträge für Datenbanksysteme auch technisch weiter relativ allgemein nutzbar – die Ergebnisse der

⁶⁵ Im Anhang des Berichtes finden sich zudem die küstenbezogenen und grenzüberschreitenden Inhalte der Planungsdokumente Mecklenburg- Vorpommerns und Westpommerns.

Bestandsaufnahme anzusehen, die erstmals flächendeckend alle wesentlichen touristischen Infrastrukturelemente erfasst haben. (Steingrube et al. 2007:100)

Insgesamt entstanden im Laufe des dreijährigen Forschungsprojektes IKZM-Oder folgende Berichte und Publikationen:

2004:

- Bericht: „Touristische Infrastruktur“
- Bericht: Nutzungskonflikte in Küstengewässern
- Bericht: Deutsch- Polnische Bestandsaufnahme der Rechts- und Verwaltungsstrukturen

2005:

- Controllingbericht: „IKZM und Agenda 21“
- Bericht: Administrative Zusammenarbeit zur Umsetzung eines bilateralen IKZM
- DV- technische Umsetzung des GIS IKZM Mecklenburg- Vorpommern
- DV- Umsetzung des Informationssystems ‚IKZM Oder‘
- Empfehlungen für Wasserrahmenrichtlinie- Referenzbedingungen
- Konferenzberichte Küstendialog
- Konferenzbericht: „Nationales IKZM“
- Fertigstellung des Informationssystems „IKZM Odermündung“
- Publikation: „Reference conditions in the Oder Lagoon“
- Bericht: IKZM und Planungsinstrumente
- Bericht: „Einzugsgebiet- Küste- Management- Empfehlungen“
- Bericht: Indikatoren für ein IKZM – Theoretische Grundlagen
- Einbindung der digitalen Umweltinformationen in das GIS IKZM Mecklenburg-Vorpommern

2006:

- Bericht: „Auswirkungen von Klimaänderungen“ Geändert: Entwurf Entscheidungshilfesystem, Koppl. Küste - Einzugsgebiet
- Zwischenbericht 2005
- Regionale IKZM Lernmodule⁶⁶
- 2. Controllingbericht "IKZM und Agenda 21"
- Bericht: Tourismus-Leitbild
- Bericht: "Nationale IKZM Empfehlungen"

⁶⁶ Eine vollständige Auflistung ist unter <http://www.ikzm-oder.de/ergebnisse.php> zu finden.

- Bericht: Internat. Publikation Wasserqualität
- Fertigstellung des GIS IKZM MV
- Bericht: Projektbezogene Indikatoranwendungen
- Bericht: Integration der Küstengewässer
- Bericht: Nutzung von Entscheidungshilfesystemen
- Bericht: D-PL Entwicklungsvision und "IKZM-Leitbild"
- Bericht: "Ablaufschema für IKZM"
- Bericht: "IKZM in Deutschland"
- Internat. Projektdokumentation
- Gesamtbericht

Informationsverbreitung

Gleichzeitig wurde in der Initiierungsphase ins IKZM die Öffentlichkeit durch Informationsverbreitung und -sammlung sowie Öffentlichkeitsarbeit einbezogen vor allem über die Aktivitäten der Regionalen Agenda 21.

Mit dem Büro der Regionalen Agenda 21 „Stettiner Haff – Region zweier Nationen“ (Agenda 21-Büro bzw. Agendabüro) in Rothenklempenow wurde neben dem Projekt IKZM-Oder ein weiteres wesentliches Element zur Initiierung von IKZM und zur Begleitung dafür notwendiger Diskussions- und Lernprozesse eingerichtet. Es diente als Transferstelle für das Projekt IKZM-Oder und führte den Dialog mit Stakeholdern.

Mit der Regionalen Agenda gab es bereits zu Beginn von IKZM-Oder ein von staatlicher Seite getragenes grenzüberschreitendes Netzwerk von Initiativen, Akteuren und Projekten, auf das aufgebaut werden konnte. Die grenzübergreifenden Aktivitäten im Rahmen der Regionalen Agenda⁶⁷, in welche die Lokalen Agenden 21 eingebunden sind, bilden eine Plattform für eine fach- und themenübergreifende Integration der Bevölkerung, Behörden und politischen Entscheidungsträger in Erkenntnisse von IKZM-Oder. Aufgrund der angestrebten öffentlichen Partizipation verbindet IKZM-Oder das Management für die Odermündungsregion mit der Regionalen Agenda modellhaft und nutzt diese für den Transfer projektrelevanter Informationen. Das Agendabüro kommuniziert die Forschungsergebnisse von IKZM-Oder gezielt in die Region und meldet auf der anderen Seite Informationen und Bedarfe aus der Region in das Forschungsprojekt zurück. Auf diese Weise werden die vielen Kontakte in der Region vernetzt und themenspezifisch eingebunden. Zudem werden im Rahmen der Regionalen Agenda 21 Stettiner Haff als Regionalmanagement Aufgaben bei der Initiierung und Steuerung regionaler Prozesse in der deutsch-polnischen Grenzregion übernommen, wobei das Agendabüro als Geschäftsstelle dieses Prozesses fungiert und die grenzüberschreitende Kooperation durch zahlreiche deutsch-polnische Fachveranstaltungen, Einzelgespräche und Präsentationsveranstaltungen

⁶⁷ Zur Regionalen Agenda siehe: Permien et al. 2005:56ff.

fördert. Mit diesen bisherigen Aktivitäten ist es dem Agendabüro Stettiner Haff gelungen, eine Arbeits-, Kommunikations- und Informationsstruktur in der Region sowie mit zahlreichen wichtigen regionsexternen Partnern aufzubauen. (Dehne et al. 2006:10ff.) Bisher sind mehr als 300 Akteure in der Region auf deutscher wie polnischer Seite Partner des Büros. (Löser & Schernewski 2006:4)

Das Agendabüro ist Mitherausgeber der deutsch-polnischen Umweltzeitschrift „Zielona Arka/Grüne Arche“ und für den deutschsprachigen regionalen Küsten-Newsletter verantwortlich, der künftig auch unter Einbeziehung der polnischen Seite in deren Landessprache erscheinen soll. Durch den Internetauftritt <<http://www.agenda21-oder.de>> kann sich jedermann mit dem Büro sowie regionalen Informationen vertraut machen. Die Beteiligung in Arbeitsgruppen zur Aktualisierung des Regionalen Entwicklungskonzeptes und der Gaststatus bei diversen Vereinen und Gemeindevertretungen ermöglicht die intensive Einbindung des Agendabüros in die regionale Entwicklung. Es arbeitet auch eng mit der Gemeinsamen Umweltkommission Mecklenburg- Vorpommern – Westpommern (GUK) zusammen und ist Partner mehrerer Netzwerke und Projekte, z.B. des Zusammenschluss' der größten Ostseeinseln B7, des EU- Kooperationsprojektes SMILECOOP oder des Baltic Sea Sustainable Development Network. Weitere Partnerschaften bestehen mit der EUCC Polen, der Universität Stettin oder anderen grenzüberschreitenden Nachhaltigkeitsprozessen. Netzwerke bestehen in den Bereichen Umweltbildung, Lokale Agenda 21 und „Lebendiges Dorf“. (Dehne et al. 2006:13ff.)

Aktivitäten und Ergebnisse des Projektes IKZM-Oder und des Agendabüros 21 wurden regelmäßig auf Tagungen und regionalen Workshops vorgestellt, sowie in nationale und internationale Datenbanken (Balloon, CoPraNet, LOICZ) aufgenommen (Löser & Schernewski 2006:6) und in Beiträgen in deutschen als auch polnischen Medien veröffentlicht (Ebd., S.8). Besonders hervorzuhebende Veranstaltungen waren die Deutsch-Polnischen Küstendialoge und die International Summer School on Coastal and Marine Management. Die zwei Deutsch-Polnischen Küstendialoge im Juni 2005 und März 2007 in Misdroy richteten sich an Vertreter des öffentlichen und privaten Sektors, an Verbände und NGOs aus Mecklenburg-Vorpommern und Westpommern. Sie hatten das Ziel, aktuelle Arbeitsergebnisse und konkrete Schwerpunkte zu präsentieren. Weiterhin dienten sie der Beantwortung offener Fragen und der Anregung einer binationalen IKZM-Kooperation. Durch die Einbeziehung der regionalen Presse in und deren Berichterstattung über die Konferenz konnte das IKZM-Konzept in der Region verbreitet werden. Die Ergebnisse wurden zudem in nationalen und internationalen Newslettern veröffentlicht. (Glaeser & Sekścińska 2006:26) Die Summer School im September 2005 wurde mit Unterstützung der Institute AWI, GKSS, IOW und FTZ von der EUCC organisiert und gab den Projektpartnern die Gelegenheit, Inhalte und Ergebnisse von IKZM- Oder vorzustellen. (Löser & Schernewski 2006:6; Glaeser & Sekścińska 2006:24; Glaeser et al. 2005b:5ff.)

Außerhalb dieser besonderen Veranstaltungen wird das Projekt IKZM-Oder insbesondere durch die Koordinationsgruppe, bestehend aus dem Institut für Ostseeforschung Warnemünde und der Hochschule Neubrandenburg/Agenda 21 Büro, bei verschiedenen Arbeitsgruppen, Netzwerken und Organisationen vorgestellt und dort verankert. (Löser & Schernewski 2006:6) Die Projektpartner halten zudem Vorträge auf regionaler, nationaler

und internationaler Ebene und veröffentlichen schriftliche Beiträge (u.a. die IKZM-Oder Berichte).

Einen wichtigen Bestandteil der grenzüberschreitenden Kooperation auf kommunaler Ebene stellt die Zusammenarbeit im Rahmen der Euroregion Pomerania dar. Diese wurde 1995 in der Grenzregion zwischen Gemeinden und Landkreisen Mecklenburg-Vorpommerns bzw. Brandenburgs und den kommunalen Partnern der ehemaligen Wojewodschaft Szczecin gegründet.⁶⁸ (Glaeser et al. 2005b:5) Zudem sind Wirtschafts- und Interessenverbände Partner. Die Mitglieder kooperieren in Arbeitsgruppen und Ausschüssen mit dem Ziel einer grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der Meeresbewirtschaftung, beim Schutz der natürlichen Umwelt der Ostsee und der touristischen Entwicklung. (Janssen & Czarnecka-Zawada 2005:23f.)

Aus den Ergebnisse der Medienanalyse, der Umfragen der Hochschule Neubrandenburg und persönlichen Kontakten wurde deutlich, dass eine Problemwahrnehmung in der Region gering ausgeprägt ist. Darauf hin bot das regionale Agendabüro der Entscheidungsträger diese in Netzwerken auf der deutschen und polnischen Seite zu vernetzten, um den Erfahrungsaustausch zur Umweltbildung zu verstärken und damit der Bevölkerung auf das IKZM vorzubereiten. Im Dezember 2004 wurde die erste Agendakonferenz in Police mit 150 Teilnehmern deutscher und polnischer Umweltbildungseinrichtungen organisiert. Zur Erarbeitung eines Konzeptes „Netzwerk Umweltbildung in der grenzüberschreitenden Region Stettiner Haff“ wurden zwei weitere deutsch-polnische Workshops durchgeführt. Es wurde ein gemeinsamer Interreg III A-Antrag zum Management des Umweltbildungsnetzwerkes vorbereitet. Darüber hinaus wurden Kooperationen zwischen deutschen und polnischen Umweltbildungsträgern vermittelt bzw. unterstützt (z.B. Deutsche Wildtierstiftung – Waldbildungszentrum Kliniska, Förderverein „Natur am Stettiner Haff“ - Ökologischer Verein „Larpia“). Das Büro hat ferner gemeinsam mit dem Projektteil IKZM Oder – Indikatoren (Prof. Dr. Lutz Vetter & Jens Hoffmann) eine Datenbank aufgebaut, welche deutsche und polnische Projekte im Umweltbildungsbereich in der Region detailliert darstellt. Dafür wurde u.a. mit Hilfe des Staatlichen Amtes für Geodäsie und Kartographie in Warschau eine deutsch-polnische Kartengrundlage erstellt. Im Agendabüro wurden zwei Pilot-Projekte entwickelt, die Anfang 2006 als offizielle Projekte der UN-Dekade „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ anerkannt worden sind und die sich derzeit in der Umsetzungsphase befinden. Das Agendabüro hat das Projekt „Willkommen bei mir“ entwickelt, in dessen Rahmen deutsche und polnische Kinder die Region erkunden und einen gemeinsamen Kinderreiseführer „Stettiner Haff“ schreiben. Das Projekt wird zurzeit mit deutschen und polnischen Grundschulklassen umgesetzt. (Dehne et al. 2007:29)

2. Planung

Die Planungsphase wurde durch zahlreiche Ergebnisse infolge des IKZM-Oder Projektes vorbereitet, die die Grundlage für die Planungsphase und eine weitere Vertiefung und Ergänzung der Forschungsarbeit bilden.

⁶⁸ Neben den polnischen und deutschen Gebietsteilen gehören auch Kommunen Schwedens zur Euroregion. (Janssen & Czarnecka-Zawada 2005:23)

Wesentliche Grundlage für die Akzeptanz der Umsetzung von IKZM - Initiativen bei den Bürgern ist deren Information über das Vorhaben und bisherige Ergebnisse. Bei der Analyse der amtlichen Dokumenten und Medienanalyse zeigte sich jedoch, dass der Zusammenhang und die Abhängigkeit des gesamten Gewässersystems nur ungenügend in den Planungen, Dokumenten und öffentlichen Medien nachvollzogen und berücksichtigt werden. Daher wurden empfohlen u.a. die Thematik der Wechselwirkungen zwischen Ostsee, Haff und Odereinzugsgebiet als vorrangiges Ziel nachfolgender Forschung und Zusammenarbeit zwischen Ämtern und Institutionen, Deutschland und Polen sowie Küste und Einzugsgebiet zu behandeln. Weiterhin wurde ein Küste-Einzugsgebiet-Dialog, der in erster Linie die vier Themenbereiche Eutrophierung/Wasserqualität, Schifffahrt/wasserbauliche Maßnahmen, Hochwasser- und Küstenschutz sowie Neozen/Artenwanderung betrifft, empfohlen. (Löser & Sekscinska 2005)

Informationssystem

Die Informationsdefizite über die Wechselwirkungen und das IKZM wurden durch Aufarbeitung und Strukturierung aller relevanten ökologischen Daten und Informationen für die deutschen und polnischen Küsten und Seegewässer der Odermündungsregion (z.B. abiotische Umweltverhältnisse, Biotop- und Habitatstrukturen, Schutzgebiete) beseitigt. Sie wurden in das Regionale Informationssystem bzw. in das GIS IKZM-Oder integriert, das öffentlich zugänglich ist. Ferner wurden fachliche Bezüge und Verknüpfungen zu anderen Informationssystemen mit GIS- oder Metadaten, insbesondere im Rahmen der Thematiken IKZM und Wasserrahmenrichtlinie, geschaffen. Dabei wurden Daten und Informationen des GIS Küste M-V des StAUN Rostock sowie des Vorsorgeplanungssystem zur Bekämpfung von Schadstoffunfällen auf Nord- und Ostsee (VPS) verwendet.

Die 2004 entwickelte Projekthomepage www.ikzm-oder.de wurde 2005 zum Regionalen Informationssystem „IKZM-Odermündung“ (RIO) umgestaltet und wurde seitdem stetig erweitert. Darin fanden sich wichtige Themenkomplexe, Daten und Fakten, Dokumente, eine Bildergalerie, Presseartikel und Links zu weiteren relevanten Informationen, Institutionen etc. in deutscher, polnischer und englischer Sprache. Zudem war das RIO mit dem Internetauftritt der Regionalen Agenda 21 „Stettiner Haff“, dem Geographischen Informationssystem (GIS) und dem Metadatenystem ODIS verlinkt. (Löser & Schernewski 2006:4)

Das programmierte GIS stellte eine Reihe topografischer, ökologischer und ökonomischer Daten mit geographischem Bezug zum Untersuchungsgebiet Odermündungsregion bereit, die jedermann frei über das Internet nutzen kann. Die Daten wurden u.a. im Rahmen des „Datenerhebungskonzept Geodaten“ für die deutsche wie polnische Seite des Projektgebietes gesammelt. (Schuldt et al. 2006:36f.) Ausführlich wurde darüber im (Schuldt & Borgwardt 2005) berichtet.

Neben dem Projekt relevanten Daten wurden in GIS auch solche eingebunden, die nicht im Rahmen von IKZM-Oder erstellt wurden. Die Legenden und Ebenen sind mehrsprachig, sodass insbesondere mit den touristischen Daten auch im Ausland für die Region geworben werden konnte. Den Projektpartnern und anderen Akteuren konnte es bei der Bearbeitung ihrer Teilaufgaben als Informationsquelle dienen. GIS wurde so ausgelegt, dass auch nach

Beendigung der Projektlaufzeit weitere Daten und Themenkomplexe aufgenommen werden können. (Schuldt et al. 2006:36) Über das fachliche und DV-technische Feinkonzept für das GIS informierte ein entsprechender Bericht von Burkhard Schuldt und Daniel John (2004). Zudem soll die Vernetzung zwischen GIS und RIO verstärkt werden, z.B. durch Verlinkung einzelner Themenbereiche des RIO mit bestimmten Karteneinstellungen im GIS. (Schuldt et al. 2006:39) Um den Projektpartnern die Anpassung ihrer raumbezogenen Teilergebnisse an ein von GIS nutzbares Format zu erleichtern, wurde die „Anleitung zur Datenaufbereitung“ erarbeitet.⁶⁹

Relevante Daten aus dem Projektraum wurden im Metadaten-System in einheitlicher Struktur katalogisiert und für die Nutzung per Internet bereitgestellt. Verbesserte Recherchemöglichkeiten vereinfachen den Zugriff auf die mehr als 400 Elemente in deutscher und polnischer Sprache und machen sie für regionale Akteure im Entscheidungsfindungsprozess nutzbar. Beim Aufbau des Metadaten-Systems durch das Forschungszentrum Informatik (FZI) wurde darauf geachtet, dass es mit anderen, insbesondere mit den schon existierenden Daten-Systemen NOKIS und UDK kompatibel, aber dennoch individuell erweiterbar und problemangepasst ist. Die Kooperation zwischen NOKIS++ und IKZM- Oder sollen in dieser Hinsicht durch eine koordinierte Weiterentwicklung der Systeme und durch die Gewährleistung einer gegenseitigen Nutzung der Daten verstärkt werden. (Schuldt et al. 2006:36ff.)

Nationale und internationale Kooperation

Die im Rahmen des Projektes entwickelten Datenbanken ermöglichte eine Intensivierung der Zusammenarbeit auf nationaler und internationaler Ebene mit zahlreichen regionalen Akteuren, nationalen Verbänden und internationalen Projekten und Netzwerken, sowie die enge Zusammenarbeit der Projektpartner untereinander sowie der Zusammenarbeit mit Vertretern des Steuergremiums. Die Datenbank wurde bereits von EUCCInternational, CoPraNet, Baltic Lagoons Network, Nokis und dem Partnerprojekt Coastal Futures genutzt. (Schernewski et al. 2007:6)

Diese Kooperation wurde genutzt, um ergänzende Kompetenz und finanzielle Förderung in das Projekt und die effiziente internationale Verbreitung und Nachnutzung der Projektergebnisse zu ermöglichen. Die Oderregion ist Partner in internationalen Projekten geworden: (Schernewski et al. 2007:5f)

- ASTRA (Developing Policies & Adaptation Strategies to Climate Change in the Baltic Sea Region) 2005-2007, INTERREG III B-Programm der EU;
- SPICOSA (Science and Policy Integration for Coastal System Assessment) 2007-2011, EUIntegrated Project. Entwicklung wissenschaftlicher Ansätze und Werkzeuge für ein nachhaltiges Management von Küstensystemen durch Betrachtung ökologischer, sozialer und ökonomischer Aspekte.

⁶⁹ Diese findet sich unter <http://www.ikzm-oder.de/ergebnisse.php?dokid=203>.

Außerdem ist IKZM-Oder eine von 18 Fallstudien, u.a.:

- Fallstudie im Rahmen des UN- Umweltprogramms „Integrated Coastal Area and River Basin Management“ (ICARM),
- Fallstudie im Rahmen des „International Project on the Development and Application of Indicators for Integrated Coastal and Ocean Management“ und testete in diesem Zusammenhang beispielhaft für die Odermündungsregion das von der Intergovernmental Oceanographic Commission of UNESCO (IOC) entwickelte Indikatorenset⁷⁰,
- Fallstudie im INTERREG III/ B- Programm „Developing Policies & Adaption Strategies to Climate Change in the Baltic Sea Region“ (ASTRA), dessen Laufzeit Dezember 2007 endet⁷¹,
- ein Projekt im Rahmen der „Land- Ocean Interactions in the Coastal Zone (LOICZ),
- Teil des Baltic Lagoon Network (Balloon).⁷²

Weitere Kooperationen bestehen auf internationaler Ebene mit MarBEF (Marine Biodiversity and Ecosystem Functioning; EU Network of Excellence), ENCORA (European Platform for Coastal Research; EU Coordination Action), BEIDS (Baltic Environmental Information Dissemination System), C-GTOS (Coastal Global Terrestrial Observing System der FAO) und IHDP (International Human Dimensions Programme on Global and Environmental Change).

Die Kooperation mit anderen Projekten hat auch einen reziproken Charakter insofern, dass das IKZM-Oder von anderen Projektergebnissen profitieren kann. Weitere relevante Ergebnisse für ein Management der Region liefern:

- das INTERREG III/ C-Programm „Coastal Practice Network“ (CoPraNet),
- das an der Nordseeküste laufende IKZM- Projekt „Coastal Futures“,
- der Wissenschaftliche Ausschuss des Norddeutschen Verbunds für Hoch- und Höchstleistungsrechnen, welcher Eutrophierungsszenarien in der Ostsee simuliert,
- Nährstoffreduktion- Szenarien des Einzugsgebietsmodells MONERIS,
- das Nord- Ostsee- Küsten- Informationssystem NOKIS. (Schernewski et al. 2006:77)

Zur Abschätzung künftiger Nutzungen der Region und ihrer Auswirkungen auf die Küstengewässer sowie der damit verbundenen Entwicklung der Wasserqualität wurde das Einzugsgebietsmodell für die Oder (MONERIS) mit dem biochemischen Strömungsmodell ERGOM verknüpft. Die Analyse dazu hält noch an. (Löser & Schernewski 2006:5, 76f.)

Entwicklung und Anwendung eines IKZM-Schulungssystems

⁷⁰ <http://ioc.unesco.org/icam/contents.php?id=10>

⁷¹ <http://www.ikzm-oder.de/astra.html>

⁷² <http://www.balticlagoons.net/index.html>

Um die Öffentlichkeit über das IKZM zu informieren wurde ein IKZM Schulungssystem entwickelt. Mit dem Regionalen Informationssystem RIO ist auch das IKZM-Schulungssystem vernetzt. Es besteht aus der Fallstudie „Region Odermündung“ und den Themenschwerpunkten „EDV gestützte Hilfsmittel und Werkzeuge zur Unterstützung von IKZM“ sowie „Projektmanagement“.

Bis zum Ende der ersten Projektphase waren folgende Module mit direktem Bezug zur Odermündungsregion verfügbar:

- Fallstudie „Odermündungsregion“ und die damit gekoppelten Module zu den Themenschwerpunkten:
 - „Agenda 21 und Integriertes Küstenzonenmanagement“
 - „EDV-gestützte Hilfsmittel und Werkzeuge zur Unterstützung von IKZM“
 - „Projektmanagement“
 - „NATURA 2000“
 - „Die EG-Wasserrahmenrichtlinie“
 - „Meeres- und Küstentourismus“
 - „Eutrophierung in Meeren und Küstengewässern“.

Darüber hinaus wurde im Rahmen einer Förderung durch das Land Mecklenburg-Vorpommern als "Maßnahme zur Umweltbildung, -erziehung und -information von Vereinen und Verbänden" und in Zusammenarbeit mit dem Interreg Projekt ASTRA das Lernmodul „Klimawandel und Küste“ entwickelt, das sich ebenfalls insbesondere der Odermündungsregion widmet und sich an Touristen und Küstenbewohner richtet.

Weitere Module entstanden in der studentischen Lehre: Coastal and Marine Management, Summerschool 2005 und Master program for Applied Polar and Marine Sciences.

Die einzelnen Module sind frei verfügbar und greifen die Technik des bereits existierenden modularen Lernsystems IKZM-D Lernen (www.ikzm-d.de) auf. Der Einbezug weiterer Module wird derzeit bearbeitet. (Schernewski et al. 2005:66)

Entwicklung eines Entscheidungshilfesystems

Zu den wichtigen Hilfsmitteln bei der Umsetzung der IKZM-Ziele gehört ein Entscheidungshilfesystem (EHS), welches u.a. der interaktiven Partizipation einer breiten Öffentlichkeit dienen soll. Für die Odermündungsregion ist die Forschergruppe IMPULSE mit der Entwicklung und Umsetzung eines EHS beauftragt worden. Dieses soll die Lösung räumlicher Konflikte durch breite Information unterstützen helfen. Grundlage hierfür ist der Aufbau eines Onlinesystems zur Visualisierung ausgewählter Themenkomplexe des IKZM. Durch dieses wird den Stakeholdern die Möglichkeit gegeben, interaktiv die multikriterielle Evaluierung verschiedener Planungs- und Handlungsoptionen nachzuvollziehen, wodurch sich die Transparenz von Entscheidungsfindungsprozessen vergrößert. (Dehne et al. 2006:10ff.)

Durch den Aufbau eines EHS wird ein Instrument eingeführt, das neben der Unterstützung von Strategiebildung, Entscheidungsvorbereitung und Erfolgskontrolle auch der Information, Sensibilisierung und Beteiligung der Öffentlichkeit dient. Es ist wichtig für die Rückmeldung von Informationen, Bedürfnissen und Ergebnissen aus der Region an die Akteure. (Dehne et al. 2006:10)

Entwicklung eines touristischen Leitbildes

Basierend auf einer Bestandaufnahme der touristischen Infrastruktur wurde in einem breiten öffentlichen Diskussionsprozess für die „Region Stettiner Haff“ ein touristisches Leitbild entwickelt, in dem eine gemeinsame Vermarktung bei gleichzeitiger Betonung regionaler Besonderheiten der Außenküste (Bade- und Gesundheitstourismus, Wassersport) und des Hinterlandes (Naturtourismus, Kulturtourismus einschließlich Nutzung des maritimen Erbes) herausgestellt werden. Dabei wurde das Konzept des touristischen Leitbildes besonders dem Gedanken der Nachhaltigkeit verpflichtet, wobei hier nicht nur der Schutz der Umwelt, sondern auch soziale und ökonomische Belange gleichberechtigt Berücksichtigung finden sollten. Konkrete Vorschläge aus der Region und eigenen wissenschaftlichen Erkenntnissen wurden in einem Maßnahmenkatalog zusammengefasst, bei dessen Realisierung für die nächsten 10 bis 15 Jahre eine stabile touristische Entwicklung zu erwarten ist. Ein Schwerpunkt dabei ist die maßvolle Entwicklung der wassertouristischen Infrastruktur sowie die Erweiterung der maritimen Angebotspalette. Für das Hinterland soll vor allem der ländliche naturorientierte Tourismus durch eine Verdichtung des Rad- und Wanderwegenetzes, weitere Reiterhöfe und umweltpädagogische Angebote gefördert werden. Die Stadt Szczecin spielt als kultureller Mittelpunkt mit maritimer Tradition im Städte- und Kulturtourismus eine wichtige Rolle (Steingrube et al. 2007:92ff).

Der Tourismuskonzeption wurde für ein größeres Gebiet grenzüberschreitend in einer Synthese aus Bottom-up- und Top-down-Vorgehen weitgehend durch die Akteure im Rahmen von vier Fokusrunden ab Herbst 2006 akzeptiert. Während der Fokusrunden wurden auch Informationen zu konkreten Projekten und Planungen zusammengetragen und von den Akteuren Wünsche und Anregungen für die weitere Entwicklung von touristischer Infrastruktur und Marketing erfragt. Zusammen mit den in den Planungsdokumenten auf verschiedener Ebene genannten Vorhaben werden diese Angaben Eingang in den Maßnahmenkatalog finden, der im Februar 2007 vorliegen wird. (Steingrube et al. 2007:92ff)

Zusätzlich zu dem im ursprünglichen Antrag dargestellten Arbeitsumfang konnten ergänzend einige kleinere Projekte durchgeführt werden, die hinsichtlich der Ergebnisse und der Methodik eine Erweiterung darstellen. Vor allem die betreuten Graduierungsarbeiten brachten eine vorher nicht erhoffte Menge an Datenmaterial zum Wassertourismus, die für weitere Projekte zur Verfügung steht und in der Fachwelt für Interesse sorgt. Mit dem in der ersten Phase von IKZM-Oder zusätzlich bearbeiteten BALTCOAST-Projekt gelang es, wertvolle Erfahrung hinsichtlich neuer Strategien zur Konflikterkennung und –vermeidung im Abstimmungsprozess zwischen Naturschutz und Nutzerseite zu sammeln und darüber hinaus den festgefahrenen Dialog zwischen beiden Seiten in der Region wieder zu beleben. (Steingrube et al. 2007:98)

3. Autorisierung

Einarbeitung wesentlicher zentraler Aspekte eines IKZM in die Planungsdokumente

Die Autorisierung des IKZM in der Odermündungsregion zeichnet sich u.a. dadurch aus, dass 2005 der Begriff IKZM in die Raumordnungsplanung Mecklenburg-Vorpommern aufgegriffen wurde. (Wenk 2005:70) Außerdem verfügt die Planungsregion Vorpommern für das Gebiet des Greifswalder Bodden/ Stralsund und das Gebiet der Odermündung seit August 2005 erstmals über zwei Planungskonzepte, die sowohl land- und seeseitige Gebiete umfassen als auch fachlich-integrative Züge aufweisen. (Ebd. S. 69f.) Zu der Raumplanung als IKZM werden die wichtigsten Daten der Planungsregion Vorpommern und des Regionalen Planungsverbandes Vorpommern vorgestellt, mögliche Ansätze und Anforderungen für die Verankerung des KZM im deutschen System der Raumplanung untersucht, neue Planungsansätze erläutert und Hindernisse einer Integration von IKZM und Raumplanung bzw. -ordnung betrachtet. (Wenk 2005:69)

4. Umsetzung

Die Umsetzungsphase kann eintreten, wenn z.B. die noch fehlende deutsch-polnische IKZM Strategie auf breiter Basis als akzeptiertes Grundlagendokument bzw. eine Entwicklungsvision für die Region entwickelt wird, die unter Federführung der zuständigen Behörden erarbeitet und ihre Abstimmung in der Öffentlichkeit durch überregionale Behörden und Ministerien (sowie ggf. Genehmigung) erfolgen wird.

5. Überwachung und Evaluierung

Überwachung und Evaluierung von Maßnahmen sind für ein erfolgreiches IKZM unverzichtbar, da nur so ersichtlich wird, ob und inwieweit die gesetzten Ziele (schon) erreicht wurden, ob die Maßnahmen zur Zielerlangung überhaupt geeignet sind und ob der Prozess reif dafür ist, neue Herausforderungen mittels neuer Maßnahmen anzugehen.

Bewertung des Erfolgs - Indikatorenset

Für die Phase der Überwachung und Evaluierung wurde im Rahmen des IKZM-Oder ein auf die Odermündungsregion zugeschnittenes Indikatorenset entwickelt, das in geeigneter Weise sowohl die Handlungsnotwendigkeiten des Politikansatzes IKZM und des ihm zugrunde liegenden Leitbilds einer nachhaltigen Entwicklung berücksichtigen, als auch eine größtmögliche Anschlussfähigkeit an die Situation vor Ort in der Region und die Praxis der hier tätigen Akteure gewährleisten. Dem entsprechend erfolgte im Teilprojekt „Indikatoren für IKZM“ die Aufbereitung der dafür notwendigen theoretischen Grundlagen, die Zusammenstellung vorhandener Indikatorensets für IKZM und Küstenregionen sowie die Entwicklung regionaler problemorientierter Indikatoren für ein IKZM. (Hoffmann 2005a, 2005b, 2006, 2007a, 2007b Schernewski et al. 2006)

Da die Odermündungsregion als regionale Fallstudie an zwei Testverfahren von internationalen Indikatorensets (ICARM- Marker- Set von UNEP und ICOM von UNESCO) beteiligt ist, wurden deren noch in der Erprobung befindlichen internationalen Indikatoren zum IKZM auf die regionalen Projektfelder angewendet. (Löser & Schernewski 2006:6)

Vor dem Hintergrund zweier Veröffentlichungen der Intergovernmental Oceanographic Commission (IOC) aus den Jahren 2003 und 2005, die bereits in sehr umfangreicher Art und Weise den Stand der Technik bei der Anwendung von Indikatoren für die Küstenregionen sowie ein IKZM zusammenfassend darstellen, erfolgte eine Dokumentation der Grundlagen und aktuellen Entwicklungsstände in den Bereichen, die aktuell in großem Maße Kontext von Küsten- bzw. IKZM- Indikatoren sind. Dabei handelt es sich einerseits um den Bereich der Umweltindikatoren, andererseits um den der Nachhaltigkeitsindikatoren. Es zeigte sich, dass Küsten- bzw. IKZM- Indikatoren sehr oft Teil von Sets und Berichten im Hinblick auf diese Indikatorenbereiche sind. Hier gemachte Erfahrungen lassen sich auch für ein IKZM nutzbar machen. (Hoffmann 2006:59) Auch auf polnischer Seite ist mit der Entwicklung von Indikatoren begonnen worden. (Dehne et al. 2006:16)

Einbindung verschiedener Behörden und Entscheidungsträger

Im Rahmen des IKZM-Oder Projektes ist es gelungen eine zeitweilige Einbindung verschiedener Behörden und Entscheidungsträger der lokalen bis nationalen Ebenen zu vollziehen, einerseits durch das Steuergremium (Behördenvertreter, Interessenverbände, Vertreter der Kreise), andererseits durch Regionalkonferenzen, welche den Dialog zwischen deutschen und polnischen Verantwortlichen in der Küstenzone sowie zwischen Einzugsgebiet und Küste sicherstellen. (Permien et al. 2005:60)

Alle IKZM-Oder-Ergebnisse wurden dem Steuergremium zur Diskussion gestellt. Das Steuergremium setzte sich aus Vertretern von Behörden, Interessenverbänden und Vertretern der Kreise Ostvorpommern und Uecker-Randow zusammen. Im Rahmen halbjährlicher Treffen mit den Projektpartnern erhielt das Steuergremium die Möglichkeit, die Arbeiten zu evaluieren und mit Empfehlungen Einfluss auf das Projekt zu nehmen. Eine aktive Einbeziehung polnischer Vertreter in das Steuergremium ist nicht gelungen. (Schernewski et al. 2007:4f)

Zusammenfassung und Ausblick in die Zukunft

Die Entwicklung des IKZM-Oder Prozesses hat die Elementen aus den ersten zwei Phasen (Initiierung, Planung) seiner Entwicklung erreicht, wobei die grenzüberschreitende Abstimmung noch Defizite aufweist. Für die nächste Phase des IKZM Ablaufs – der Autorisierung – stehen folgende Schritte bevor, die in der Entwicklung des IKZM-Oder zu berücksichtigen sind:

- die Erarbeitung eines auf breiter Basis akzeptierten Grundlegendokuments bzw. einer Entwicklungsvision für die Region unter Federführung der zuständigen Behörden;

- die Integration wesentlicher zentraler Aspekte in die verschiedenen Planungsdokumente;
- die Entwicklung eines Managementplans und die Abstimmung der Planung in der Öffentlichkeit durch überregionale Behörden und Ministerien mit Beteiligung der polnischen Seite (sowie ggf. Genehmigung).

Wichtig ist dabei, zu beachten, dass die Landesebene im Rahmen des IKZM der Odermündungsregion noch unbeteiligt ist. Eine umfassende Integration erfordert jedoch eine eben solche Beteiligung, um eine Legitimität des IKZM-Prozesses zu gewährleisten.

Der vorliegende Bericht stellt erste Vorstellungen zu einem Ablaufschema für IKZM-Initiativen dar. Auf diesen Arbeiten soll konkret aufgebaut werden:

- Zusammenstellung einer Übersicht der bestehenden internationalen Ablaufschemen für IKZM-Initiativen.
- Kritische Analyse der Stärken und Schwächen sowie der Möglichkeiten der Übertragung auf deutsche Verhältnisse.
- Entwicklung eines Ablaufschemas, welches auf den konkreten Erfahrungen aller Projektpartner im Rahmen des Projektes IKZM-Oder basiert und gleichzeitig auf andere Regionen in Deutschland übertragen werden kann. Ein solches kommentiertes Ablaufschema soll andere Regionen in die Lage versetzen, aus Erfahrungen und Fehlern anderer Initiativen zu lernen und rasch sowie kosten-effizient ein IKZM in der eigenen Region zu etablieren.
- Diskussion des Ablaufschemas mit externen Experten.
- Abfassung einer deutschsprachigen Veröffentlichung (unter Einbindung der Projektpartner) in der das Ablaufschema dokumentiert und seine Einbindung in die bestehende nationale IKZM-Strategie diskutiert wird.
- Verbreitung der Ergebnisse auf regionalen Projektsitzungen und auf zumindest einer überregionalen Tagung.

Literatur

- Bruckmeier, Karl (2005): Das schwedische Forschungsprogramm SUCOZOMA, in: Glaeser, Bernhard: Küste, Ökologie und Mensch. Integriertes Küstenmanagement als Instrument nachhaltiger Entwicklung, München
- Carlberg, Anders (2005): The SUCOZOMA Program: Results and Challenges, in: AMBIO, Vol.34, No.2, März 2005, <http://www.ambio.kva.se/>
- Cicin-Sain, Biliiana & Robert W. Knecht. (1998). Integrated Coastal and Ocean Management: Concepts and Practices. Island Press, Washington, D.C., 517p.
- Coastal Resources Center (1999): A Manual for Assessing Progress in Coastal Management, Universität Rhode Island, <http://www.ikzm-oder.de/download.php?fileid=253>
- Convention on the Protection of the Marine Environment of the Baltic Sea Area – Helsinki-Konvention (1992), http://www.HELCOM.fi/Convention/en_GB/text/
- Czarnecka-Zawada, Sylwia & Gerold Janssen (2005): Rechtsinstrumente der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zur Umsetzung eines bilateralen IKZM am Stettiner Haff, in: Glaeser, Bernhard et al.: Integrated Coastal zone Management at the Szczecin Lagoon: Exchange of experiences in the region. Coastline Reports 6. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Berlin & Warnemünde. S.25-33
- Dehne, Peter; Adam, Susanne; Balfanz, Antonina; Behrens, Hermann; Fichtner, Timo; Hoffmann, Jens; Kraft, Dietmar; Lichte, Oliver & Lutz Vetter (2006): Dialoge und regionale Partizipation, Indikatoren und Entscheidungshilfesysteme, in: Schernewski, Gerald & Nardine Löser (2006): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse und Perspektiven 2006. IKZM- Oder Berichte 22. Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde. S. 9-21
- Dehne, Peter; Fichtner, Timo; Hoffmann, Jens; Vetter, Lutz; Kraft, Dietmar; Balfanz, Antonina & Heidrun Hiller (2007): Dialoge & regionale Partizipation, Indikatoren, Entscheidungshilfesysteme im IKZM, in: Schernewski, Gerald; Janßen, Holger & Nardine Löser (Hrsg.) (2007): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007. IKZM-Oder Berichte 30, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Neubrandenburg, S. 19-35.
- Drews, Katharina (2004): Die Initiative des United Nations Environment Programme (UNEP). www.ikzm-d.de/seminare/pdf/drews_unep.pdf
- Edler, Jeanette (2005): Deutschland und IKZM – Tatsächliche und rechtliche Gegebenheiten für ein deutsches IKZM, in: Glaeser, Bernhard et al.: Integrated Coastal zone Management at the Szczecin Lagoon: Exchange of experiences in the region. Coastline

- Reports 6. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Leibniz Institut für Ostseeforschung , Berlin & Warnemünde. S.35-41
- Erbguth, Winfred; Edler, Jeannette & Anja Vandrey (2007): IKZM - Integration der Küstengewässer, in: Schernewski, Gerald; Janßen, Holger & Nardine Löser (Hrsg.) (2007): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007. IKZM-Oder Berichte 30, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Rostock, S. 80-90
- Feilbach, Marc (2004): Entwurf eines Integrierten Küstenzonenmanagementplans für die Odermündung. IKZM- Oder Berichte 2, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Greifswald
- Feilbach, Marc (2005): Bestandsanalyse des IKZM Stettiner Haff aus deutscher Sicht am Beispiel Tourismus, in: Glaeser, Bernhard et al.: Integrated Coastal zone Management at the Szczecin Lagoon: Exchange of experiences in the region. Coastline Reports 6. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Berlin & Warnemünde. S.19-24
- GESAMP Reports and Studies No.61 (1996): The contributions of science to integrated coastal management, Rome
- Glaeser, Bernhard (1999a): Integrated Coastal Zone Management in Sweden, in: Salomons, Wim et.al: Perspectives on Integrated Coastal Zone Management, Berlin
- Glaeser, Bernhard (1999b): Sustainability in Baltic Sea Coastal Management: The Case of East Germany, Wissenschaftszentrum Berlin, <http://www.iff.ac.at/socec/affil/conference99/pdf/boGlaeser.pdf>
- Glaeser, Bernhard (2002): Linking Partners in Joint Coastal Management Research: Strategies toward sustainability, in: Schernewski, G. & U. Schiewer: Baltic Coastal Ecosystem, Berlin
- Glaeser, Bernhard; Sekścińska, Agnieszka & Nardine Löser (2005a): Integrated Coastal zone Management at the Szczecin Lagoon: Exchange of experiences in the region. Coastline Reports 6. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Leibniz Institut für Ostseeforschung , Berlin & Warnemünde
- Glaeser, Bernhard; Sekścińska, Agnieszka & Nardine Löser (2005b): Regionale IKZM-Prozesse im Kontext der nationalen Strategie, in: Glaeser, Bernhard et al.: Integrated Coastal zone Management at the Szczecin Lagoon: Exchange of experiences in the region. Coastline Reports 6. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Leibniz Institut für Ostseeforschung , Berlin & Warnemünde. S. 1-9
- Glaeser, Bernhard & Agnieszka Sekścińska (2006): Deutsch-Polnischer Küstendialog und Übertragbare IKZM- Empfehlung, in: Schernewski, Gerald & Nardine Löser (2006):

Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse und Perspektiven 2006. IKZM- Oder Berichte 22, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde, S. 23-33

Glaeser, Bernhard & Agnieszka Sekścińska (2007): Die IKZM-Oder Strategie. Beitrag für ein nationales und ein regionales grenzüberschreitendes IKZM, in: Schernewski, Gerald; Janßen, Holger & Nardine Löser (Hrsg.) (2007): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007. IKZM-Oder Berichte 30, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Berlin, S.36-46

HELCOM (1990): Baltic Sea Joint Comprehensive Environmental Action Programme, http://www.HELCOM.fi/projects/jcp/en_GB/pitf/

HELCOM (1994): Empfehlung 15/5, unter: http://www.HELCOM.fi/Recommendations/en_GB/rec15_5/?u4.highlight=BSPA

HELCOM: Guidelines for Management of Baltic Sea Protected Areas, http://www.HELCOM.fi/Recommendations/guidelines/en_GB/guide15_5_2/?u4.highlight=BSPA

HELCOM (2002): PITF 19/2002, Dokument 6/2, [http://sea.HELCOM.fi/dps/docs/documents/Programme%20Implementation%20Task%20Force%20\(PITF\)/PITF%2019%20\(2002\)/6-2.pdf](http://sea.HELCOM.fi/dps/docs/documents/Programme%20Implementation%20Task%20Force%20(PITF)/PITF%2019%20(2002)/6-2.pdf)

Hoffmann, Jens (2005a): Von regionalen Zielen zu regionalen Indikatoren. Zusammenfassung gesamtregionaler Leitlinien und Ziele für die Region Odermündung (deutsche Seite), IKZM-Oder Berichte 15, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Neubrandenburg

Hoffmann, Jens (2005b): Indikatoren für die Küste im Kontext grenzüberschreitender Regionalentwicklung, in: Glaeser, Bernhard et al.: Integrated Coastal zone Management at the Szczecin Lagoon: Exchange of experiences in the region. Coastline Reports 6. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Berlin & Warnemünde. S. 73-8

Hoffmann, Jens (2006): Indikatoren für ein Integriertes Küstenzonenmanagement. Theoretische Grundlagen, IKZM-Oder Berichte 20, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Neubrandenburg

Hoffmann, Jens (2007a, in Vorbereitung): Problemorientierte Indikatoren für ein IKZM in der Region Odermündung (deutsche Seite), IKZM-Oder Berichte X, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde

Hoffmann, Jens; Löser, Nardine (2007b, in press): Indicators for ICZM – Overview and lessons learned based on the Oder Estuary Region in the south-western Baltic Sea, in:

- Krishnamoorthy, R. et al. (eds.): Integrated Coastal Zone Management, Singapore & Chennai
- Internationales Oderprojekt „Die Belastung der Oder“, Universität Hamburg, Institut für Anorganische und Angewandte Chemie, 2002, <http://www.ikzm-oder.de/download.php?fileid=103>
- Intergovernmental Panel on Climate Change (1993): Preparing to meet the coastal challenges of the 21st century. Intergovernmental Panel on Climate Change, Conference Report, World Coast Conference 1993, Noordwijk, The Netherlands.
- Ipsen, Niels; Dyhr-Nielsen, Mogens. & Jan Hassing (2002): Linking Fresh Water Resources Management and Coastal Zone Management. General Issue Paper, <http://www.ikzm-oder.de/download.php?fileid=118>
- Janssen, Gerold; Czarnecka-Zawada, Sylwia; Konieczny, Beate & Vicki Vodova (2004): Bestandsaufnahme der IKZM- relevanten Rechts- und Verwaltungsstrukturen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen. IKZM-Oder Berichte 5, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Dresden
- Janssen, Gerold & Sylwia Czarnecka- Zawada (2005): Administrative Zusammenarbeit zur Umsetzung eines bilateralen IKZM in der deutsch-polnischen Odermündungsregion. IKZM-Oder Berichte 17, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Dresden
- Janssen, Gerold, Czarnecka-Zawada, Sylwia & Beate Konieczny (2007): Regionales grenzüberschreitendes IKZM, in: Schernewski, Gerald; Janßen, Holger & Nardine Löser (Hrsg.) (2007): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007. IKZM-Oder Berichte 30, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Dresden, S. 71-79
- Kannen, Andreas (2001): Integriertes Küstenzonenmanagement – Was ist das?, in: Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein: Beiträge zur Informationsveranstaltung. Integriertes Küstenzonenmanagement in Schleswig- Holstein, Kiel
- Konieczny, Beate (2005): Synopse der deutschen und polnischen Raumplanungssysteme und -dokumente im Hinblick auf ein Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) in der Odermündungsregion. IKZM-Oder Berichte 18, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Dresden
- Landesregierung Schleswig-Holstein (2001): Informationsveranstaltung der Landesregierung: IKZM in Schleswig- Holstein, Kiel

- Löser, Nardine & Agnieszka Sekścińska (2005): Integriertes Küste-Flusseinzugsgebiets-Management an der Oder/Odra: Hintergrundbericht. IKZM- Oder Berichte 14, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde & Berlin
- Löser, Nardine & Gerald Schernewski (2006): Forschung in der Odermündungsregion: Ein Überblick. IKZM- Oder Berichte 22, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde, S. 1-8
- Löser, Nardine; Hoffmann, Jens & Gerald Schernewski (2006): Testing Governance Indicators for Coastal Zone Management: The Oder Estuary Case Study, in: Forkiewicz, Marcin (ed.): Integrated Coastal Zone Management – Theory and Practice; EUROCOAST-LITTORAL 2006, Gdansk, pp. 197-204
- Neumüller, Jürgen; Grentzschel, Oliver; Friedrich, Sven & Martin Reents (2005): A Basin Wide „Transnational Action Program“ for Preventive Flood Protection for the Oder, in: Glaeser, Bernhard et al.: Integrated Coastal zone Management at the Szczecin Lagoon: Exchange of experiences in the region. Coastline Reports 6. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Leibniz Institut für Ostseeforschung , Berlin & Warnemünde. S.109-119
- Olsen, Stephan; Lowry, Kem & James Tobey (1999): A Manual for Assessing Progress in Coastal Management; The University of Rhode Island, Coastal Management Report 2211
- Permien, Thorsten; Dehne, Peter; Löser, Nardine & Gerald Schernewski (2005): Integriertes Küstenzonenmanagement als ein Prozess der Regionalen Agenda 21, in: Glaeser, Bernhard et al.: Integrated Coastal zone Management at the Szczecin Lagoon: Exchange of experiences in the region. Coastline Reports 6. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Leibniz Institut für Ostseeforschung , Berlin & Warnemünde. S.55-61
- Schabelon, Holger, Meissner, Karin; Brosda, Kai; Schulz, Axel & Holmer Sordyl (2007): GIS-basierte ökologische Daten als Grundlage für ein Integriertes Küstenzonenmanagement in der Odermündungsregion, in: Schernewski, Gerald; Janßen, Holger & Nardine Löser (Hrsg.) (2007): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007. IKZM- Oder Berichte 30, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Neu Broderstorf S. 55-70
- Schernewski, Gerald (2001): Internationale Konventionen zum Schutz der Ostsee: HELCOM. Geographisches Institut der Universität Kiel Mittelseminar: Die Ostsee: Schutz und Nutzung, Kiel, <http://www.io-warnemuende.de/homepages/schernewski/MSOstsee/texte/helom.pdf>
- Schernewski, Gerald; Löser, Nardine & Agnieszka Sekścińska (2005): Integrated Coastal Area and River Basin Management (ICARM): The Oder/ Odra case study, in: Glaeser, Bernhard et al.: Integrated Coastal zone Management at the Szczecin Lagoon: Exchange

- of experiences in the region. Coastline Reports 6. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Leibniz Institut für Ostseeforschung , Berlin & Warnemünde. S.43-54
- Schernewski, Gerald & Nardine Löser (Hrsg.) (2006): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse und Perspektiven 2006. IKZM-Oder Berichte 22, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde
- Schernewski, Gerald; Bock, Steffen; Janssen, Holger; Löser, Nardine & Thomas Neumann (2006b): Küstengewässer im Wandel, Schulung und Internationale Einbindung, in: Schernewski, Gerald & Nardine Löser (Hrsg.) (2006): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse und Perspektiven 2006. IKZM- Oder Berichte 22, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde, S. 67-77
- Schernewski, Gerald; Hoffmann, Jens; Löser, Nardine; Dreisewerd, Markus; Stavenhagen, Petra & Bianka Grunow (2006): Measuring the progress and outcomes of Integrated Coastal and Ocean Management: The German Oder Estuary case study, Report to the UNESCO Intergovernmental Oceanographic Commission (IOC), IKZM-Oder Berichte 21, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde
- Schernewski, Gerald, Janßen, Holger. & Nardine Löser (Hrsg.) (2007): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007. IKZM-Oder Berichte 30, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde
- Schernewski, Gerald; Bock, Steffen; Janßen, Holger; Nardine Löser & Thomas Neumann Küstengewässer im Wandel, IKZM, Schulungen und internationale Zusammenarbeit, in: Schernewski, Gerald; Janßen, Holger & Nardine Löser (Hrsg.) (2007): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007. IKZM-Oder Berichte 30, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde, S. 103-120
- Schneider, Mirko & Lars Tiepolt (2005): Hochwasserschutzkonzept Nordusedom, in: Glaeser, Bernhard et al.: Integrated Coastal zone Management at the Szczecin Lagoon: Exchange of experiences in the region. Coastline Reports 6. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Leibniz Institut für Ostseeforschung , Berlin & Warnemünde. S. 101-107
- Schuldt, Burkhard & Daniel John (2004): Fachliches Feinkonzept GIS IKZM M-V. IKZM-Oder Berichte 3, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Rostock
- Schuldt, Burkhard & Katja Borgwardt (2005): Datenerhebungskonzept Geodaten. IKZM-Oder Berichte 12, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Rostock
- Schuldt, Burkhard; Borgwardt, Katja; John, Daniel; Paoli, Heiko & Michael Reichert (2006): Regionales Informationssystem und GIS IKZM Mecklenburg- Vorpommern, in: Schernewski, Gerald & Nardine Löser (2006): Forschung in der Odermündungsregion:

Ergebnisse und Perspektiven 2006. IKZM- Oder Berichte, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Rostock, 22.S. 35-40

Schuldt, Burkhard; Reichert, Michael; Borgwardt, Katja & Daniel John (2007): Internetgestützte Werkzeuge IKZM, in: Schernewski, Gerald; Janßen, Holger & Nardine Löser (Hrsg.) (2007): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007. IKZM-Oder Berichte 30, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Rostock, S. 47-54

Steingrube, Wilhelm; Scheibe Ralf & Marc Feilbach (2004): Ergebnisse der Bestandsaufnahme der touristischen Infrastruktur im Untersuchungsgebiet. IKZM-Oder Berichte 4, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Greifswald

Steingrube, Wilhelm; Scheibe, Ralf & Marc Feilbach (2007): Entwicklung einer großräumigen Tourismuskonzeption, in: Schernewski, Gerald; Janßen, Holger & Nardine Löser (Hrsg.) (2007): Forschung in der Odermündungsregion: Ergebnisse 2004-2007. IKZM-Oder Berichte 30, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde, S. 91-102

SUCOZOMA Annual Report (2002) unter:
<http://www.mistra.org/download/18.a939951052f778435800021887/SUCOZOMA+Annual+Report+2002.pdf>

Tejakusuma, Iwan (2004): Investigations into the hydrography and dynamics of suspended particulate matter and sediments in the Oder Lagoon, southern Baltic Sea. IKZM-Oder Berichte 1, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Warnemünde

Wenk, Roland (2005): Raumplanung als Integriertes Küstenzonenmanagement, in: Glaeser, Bernhard et al.: Integrated Coastal zone Management at the Szczecin Lagoon: Exchange of experiences in the region. Coastline Reports 6. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Leibniz Institut für Ostseeforschung, Berlin & Warnemünde. S.63-71

WWF: Guidance on Integrated Coastal Area and River Basin Management. 10 Guiding Principles for policy and decision makers, präsentiert auf der WWF3- Sitzung 'Freshwater and Coast – A missing link in Integrated Water Management', <http://www.ikzm-oder.de/download.php?fileid=117>)

Internet:

<http://ioc.unesco.org/icam/contents.php?id=10>

http://lu.hs-nb.de/ikzm_miners/

<http://www.agenda21-oder.de>

<http://www.balticlagoons.net/index.html>

<http://www.chesapeakebay.net/baypartners.htm>

<http://www.chesapeakebay.net/committee.htm>

<http://www.chesapeakebay.net/overview.htm>
<http://www.chesbay.state.va.us/home.htm>
http://www.eucc-d.de/infos/Schernewski_IKZMOder_AMKarticle.pdf
http://www.HELCOM.fi/Convention/en_GB/text/
http://www.HELCOM.fi/HELCOM/en_GB/aboutus/
http://www.HELCOM.fi/projects/jcp/hotspots/en_GB/hotspots/
<http://www.ikzm-d.de/>
<http://www.ikzm-d.de/inhalt.php?page=1,54>
<http://www.ikzm-oder.de/astra.html>
http://www.ikzm-oder.de/ausschreibung_zum_ikzm.html
<http://www.ikzm-oder.de/download.php?fileid=117>
<http://www.ikzm-oder.de/download.php?fileid=298>
<http://www.ikzm-oder.de/ergebnisse.php?dokid=203>
http://www.ikzm-oder.de/eu_richtlinie_zum_ikzm.html
http://www.ikzm-oder.de/projekt_grundlagen.html
<http://www.ikzm-oder.de/themen.html>
http://www.ikzm-oder.de/regionale_probleme.html
http://www.ikzm-oder.de/was_ist_ikzm.html
<http://www.ikzm-oder.de/zielsetzungen.html>
<http://www.sucozoma.tmbi.gu.se/sucozoma%20resultat%20eng.htm>
<http://www.unesco.org/csi/>
<http://www.vasab.org.pl/history.php>
<http://www.vasab.org.pl/dicuments.php?go=display&ID=42>
<http://www.vasab.org.pl/documents.php?go=display&ID=46>
<http://www.vasab.org.pl/documents.php?go=display&ID=76>
<http://www.vasab.org.pl/documents.php?go=display&ID=83>
<http://www.vasab.org.pl/keythemes.php?go=display&ID=15>
<http://www.vasab.org.pl/organisation.php?go=display&ID=6>
<http://www.netcoast.nl/coastlearn/website/index2.html>

Programm	Baltic 21 Initiative: Vision and Strategies for the Baltic Sea Region 2010 (VASAB 2010 and VASAB 2010 Plus)	The United Nations Environment Programme (UNEP): Integrated Coastal Area and River Basin Management (ICARM)	Baltic Marine Environment Protection Commission (HELCOM) - The Helsinki Commission	IKZM - Ansätze aus den USA: „A Manual for Assessing Progress in Coastal Management“ des Coastal Resources Center der Universität Rhode Island wurde in Zusammenarbeit mit der International Group of Experts on the Scientific Aspects of Marine Environment Protection (GESAMP) entwickelt.	IKZM - Ansatz aus Schweden: Sustainable Coastal Zone Management (SUCOZOMA) wurde 1997 durch die Swedish Foundation for Strategic Environmental Research (MISTRA) ins Leben gerufen und bis zu seiner Beendigung 2004 durch diese gefördert.
Ziele	Ziel der - im Rahmen der Baltic 21 Initiative - 1992 ins Leben gerufenen VASAB 2010 ist es, eine nachhaltige, gleichgewichtige Entwicklung sozialer, kultureller, ökologischer und ökonomischer Räume in der Ostsee-Region zu fördern. Dies soll durch gemeinsame regionale Projekte, die Integration der staatlichen Konzepte zum integrierten Küstenzonenmanagement in nationale und regionale Raumplanungspolitiken und durch die enge Zusammenarbeit mit anderen themenverwandten Organisationen geleistet werden. Im Jahr 2001 erfolgte eine Überarbeitung des Ansatzes zu VASAB 2010 Plus.	Ziel des - im Rahmen des United Nations Environment Programme (UNEP) entwickelten Ansatz - Integrated Coastal Area Management (ICAM) und des darauf aufbauenden Integrated Coastal Area and River Basin Management (ICARM) ist es, zum Schutz der Ozeane, aller Arten von Meeren (umschlossener und halbumschlossener) und Küstengebieten sowie zum Schutz, rationaler und effizienter Nutzung und zur Erhaltung der in genannten Gebietseinheiten lebenden Ressourcen, beizutragen. Dazu soll das Programm die ökologische Erhaltung der Meere, Flusseinzugsgebiete und Küstengebiete sowie deren sozioökonomische Nutzung und Entwicklung koordinieren, intensivieren und kontrollieren, mit dem Ziel der Sicherung der Stabilität und Produktivität des Ökosystems durch nachhaltige ökonomische und soziale Entwicklung zu entsprechen.	Ziel von HELCOM ist eine zwischenstaatliche Zusammenarbeit zwischen Dänemark, Deutschland, Estland, der EU, Finnland, Lettland, Litauen, Polen, Russland und Schweden zum Schutz der maritimen Umwelt der Ostsee und zur Wiederherstellung bzw. Bewahrung ihres ökologischen Gleichgewichts. Die Konvention von 1974, welche 1980 in Kraft trat versucht mit verschiedenen Maßnahmen im Rahmen verschiedener Programme, von denen insbesondere das BSPA (Baltic Sea Protected Areas) - Programm sowie das JCP (Baltic Sea Joint Comprehensive Environmental Action Programme) für die Odermündungsregion von Bedeutung sind, die maritime Umwelt der Ostsee zu erhalten.	Qualität der Küstengebiete erhalten; Zerstörung entscheidender Lebensräume stoppen; Zusammenbruch der Fischerei verhindern; Verlust der Artenvielfalt stoppen; Nutzungskonflikte abschwächen	1. die Lösung und Vermeidung von Nutzungskonflikten durch Partizipation der Betroffenen 2. die Verbesserung der Wasserqualität und 3. eine effektive, nachhaltige Fischerei. Diese Ziele sollten durch ein regionales und lokales Management zur nachhaltigen Entwicklung der Schärenküsten in Westschweden und in der Ostsee erreicht werden, welches einen integrierten Ansatz verfolgte. In dem Forschungsprogramm wurden in einem sektorübergreifenden (horizontalen) Koordinationsprozess Wissenschaft, Öffentlichkeit und die verschiedenen staatlichen Ebenen von Regierung und Verwaltung (vertikal) involviert.
Vergleich der Ziele	regional auf ökonomische Entwicklung und Schutz des Natur- und Ressourcenraumes der Ostseeregion ausgerichtet	global auf den Schutz und die nachhaltige Nutzung der Meere ausgerichtet	regional auf ökonomische Entwicklung und Schutz des Natur- und Ressourcenraumes der Ostseeregion ausgerichtet	Schutz des Natur- und Ressourcenraumes um die ökonomische Nutzung sicherzustellen	regional auf ökonomische Entwicklung und Schutz des Natur- und Ressourcenraumes der Ostseeregion ausgerichtet

Herausforderungen in der Küstenzone gemäß Ansatz	<p>Es muss ein Gleichgewicht zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Zielen für die Entwicklung der Küstenzone geschaffen werden. Die Integration von land- und seeseitiger Entwicklung, die Förderung von Kooperationen über Sektor- und administrative Grenzen hinweg und eine Verbindung von IKZM mit gesetzlicher Raumplanung ist anzustreben.</p>	<p>Es muss eine ökologische, ökonomische und soziale Entwicklung angestrebt werden, welche die Artenvielfalt erhält, die Wasserqualität und Quantität für die verschiedenen Nutzungen und Bedürfnissen sichert. Dies ist nur durch Vermeidung einer Verschwendung infolge ineffektiver Wassernutzung sowie durch Kontrolle und weitgehende Reduktion von Schadstoffeinträgen in Meere und Flüsse zu erreichen.</p>		<p>Wachsende Bevölkerung in Küstenregionen, Missbrauch und übermäßige Nutzung von Ressourcen.</p>	<p>Ein übermäßiger Nährstoffeintrag in die Gewässer führte zu negativen Veränderungen des ökologischen Gleichgewichts der Küste sowie der Lebensbedingungen von Flora und Fauna und damit zu negativen Konsequenzen für Fischerei, Tourismus, etc.. Die Überfischung bestimmter Arten führte zudem zu weiteren Beeinträchtigungen des Fischbestandes und der Existenz der Küstenbevölkerung. Nicht zuletzt aus den ersten beiden Gründen entstanden schließlich Konflikte zwischen alternativen Nutzungsarten und verschiedenen Nutzergruppen.</p>
Vergleich der Herausforderungen	<p>Durchsetzung nachhaltiger Entwicklungspfade in der Ostseeregion</p>	<p>Durchsetzung nachhaltiger Entwicklungspfade auf der globalen Ebene</p>		<p>Übernutzung der Meere verhindern</p>	<p>Flusseinzugsgebietsmanagement stärken, um Nutzungskonflikte zu mindern und die Land- und Seennutzung miteinander zu vernetzen</p>

Grundsätze und Prinzipien für die Durchführung des Ansatzes	Die Minister stellen durch angemessene Maßnahmen die Umsetzung der Empfehlungen sicher.	Es müssen techn. rechtl. und institutionelle Rahmenbedingungen, internationaler, interdisziplinärer und transdisziplinärer Wissenstransfer und ein öffentl. Problembewußtsein geschaffen werden.	Es werden sechs HELCOM-Prinzipien identifiziert:	Die Entwicklung eines bestmöglichen Küstenmanagements soll erreicht werden durch:	Auf nationalstaatlicher Ebene erfolgte die Erstellung eines Managementplanes. Der Planungsprozess umfasste vier Schritte:
	Die Umsetzung der raumplanerischen Empfehlungen wird als nationales, regionales und lokales Thema unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips von VASAB und der Verantwortlichkeiten der einzelnen Staaten eingestuft.	Die Analyse, Koordination und Kontrolle menschlicher Aktivitäten (sozio- ökonomische Entwicklung) und natürlicher Komponenten (insbesondere hydrologischer, ökologischer und geo- chemischer Wechselbeziehungen) im Flusseinzugsgebiet und Küstenraum ist Grundlage für diesen Managementansatz.	Verantwortung der Vertragsstaaten: Die Vertragsstaaten sollen einzeln oder gemeinsam alle geeigneten gesetzlichen, administrativen oder sonstigen Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Reduktion von Verschmutzungen unternehmen.	Entwicklung und Anwendung von Konzepten und Werkzeugen, welche eine Analyse zwischen Küstenmanagementinitiativen ermöglichen; Verdeutlichen des konzeptionellen Rahmens, auf dem Küstenzonenmanagementinitiativen basieren; Analyse von Hypothesen, wie nachhaltiger Fortschritt erreicht werden kann; eine bessere Dokumentation eines verbesserten Steuerungsprozesses und der IKZM- Auswirkungen auf den Zustand von Ökosystem und Gesellschaft des Küstengebietes; Förderung lokaler und nationaler Beteiligung an IKZM- Initiativen	Schritt 1: Realisierung eine Problems bzw. einer neuen Idee; Erreichen eines Konsens' von stakeholdern und Schlüsselbehörden über den Bedarf an einem verbesserten Management; Entwurf eines konzeptionellen Papiers, Verständigung über ein IKZM- Programm
	Regionale Bewertungen von Auswirkungen, inklusive UVP, sollen im Rahmen nationalen Rechts erfolgen. Informationen für die Öffentlichkeit sind frühzeitig im Planungsprozess für jedes große Projekt mit signifikanten Auswirkungen auf Raumentwicklung und Umwelt zu verbreiten.	Integration ist ein zentraler Programmgrundsatz bei ICARM und wird horizontal durch Einbezug verschiedener wirtschaftlicher Sektoren (z.B. Wasserversorgung, Agrikultur, Forstwirtschaft, Industrie, Fischerei, Tourismus, Transport), vertikal durch Einbezug aller Ebenen (national, Provinz, Gemeinde, Stadtbezirk municipality) von Regierungsorganisationen und NGOs und durch eine Planungs- und Managementperspektive sichergestellt, welche das Wechselspiel zwischen Land-, Grund-, Oberflächenwasser und Meeresressourcen in Bezug auf Quantität und Qualität und unter Berücksichtigung der Bedürfnisse des natürlichen Ökosystems betrachtet.	Vorsorgeprinzip für zu ergreifende Maßnahmen: Präventive Maßnahmen sind durchzuführen, sobald sich begründete Anzeichen einer Bedrohung für Gesundheit, lebende Ressourcen oder die maritime Umwelt zeigen, für ihre Schönheit oder andere legitime Nutzungen.	Bei der Bewertung von IKZM- Programmen konzentriert sich der Leitfaden auf die Outcomes infolge von IKZM. Die verschiedenen Stufen der Outcomes heben die Bedeutung der erzielten Zustandsveränderungen hervor. Der Leitfaden zeigt vier Stufen der Outcomes auf:	Schritt 2: IKZM- Planformulierung; Festlegung der Grenzen des zu managenden Gebietes; Sammeln von Informationen und Daten zum Gebiet, einschließlich physikalischer, wirtschaftlicher und sozialer Aspekte mit öffentlicher Unterstützung, Bewertung dieser; Bewertung von Managementproblemen und wirtschaftlichen Möglichkeiten; Empfehlung von Grundsätzen, Methoden, Zielen und Projekten; Entwicklung von Monitoring- und Evaluationssystemen; Aufstellen eines Zeitplanes

	<p>Die Entwicklungen der Küstenzone sind systematisch zu überwachen und Informationen sollen zwischen den betroffenen Ländern ausgetauscht werden.</p>	<p>Ein effizientes Managementsystem setzt auf eine adäquate Balance von top- down- und bottom-up-Ansätzen. So werden die Behörden/Staatsgewalt auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene (Politik und Verwaltung); die Nutzer der Ressource (Ökonomie) und die Unterstützer (Forscher, Außenstehende NGOs etc.), welche sowohl Behörden als auch Nutzern durch spezifische Aufgaben behilflich sein können in das angestrebte Managementsystem zu integrieren sein.</p>	<p>Best-Practice-Prinzip für Umweltschutz und Technologieinsatz: Beste Umweltpraktiken und beste verfügbare Technologien sind durch die Vertragsparteien bei der Verhütung von Schadstoffeinträgen und Sanierung von Punktquellen zu unterstützen.</p>	<p>1. Stufe: Es bestehen formalisierte institutionelle Strukturen als dauerhafter Teil des Regierungssystems, es gibt einen durch geeignete Regierungs- und Nicht-Regierungsgruppen angenommenen Managementplan sowie eine gesicherte Finanzierung.</p>	<p>Schritt 3: formelle Annahme des Programms durch die Regierung; Öffentliche Auslegung des Planes; Errichtung einer zwischenbehördlichen Koordination, Bereitstellung von Personal und Infrastruktur; Erlass eines rechtlichen Rahmens; Zuweisung von Geldern</p>
	<p>Jeder Staat ist für das Monitoring auf seinem Hoheitsgebiet verantwortlich. Der Austausch von Informationen über Vorhaben mit möglicherweise grenzüberschreitenden Effekt ist sicher zu stellen.</p>	<p>Für die Durchsetzung des Ansatzes sind fünf Nachhaltigkeitsprinzipien von Bedeutung: Respekt der Grenzen der Ressourcennutzung; Förderung erneuerbarer, paralleler und sich ergänzender Ressourcennutzung; Trennung bzw. Regulierung von im Konflikt stehenden; Förderung entscheidungsebenen- und gebietsübergreifender Entscheidungsprozesse; Sicherstellung von Partizipation der Bevölkerung.</p>	<p>Verursacherprinzip: Verursacher von Verschmutzungen zahlen für die realen Kosten ihrer Aktivitäten. Das Prinzip dient der Kontrolle umweltschädlicher Aktivitäten.</p>	<p>2. Stufe: Veränderungen im Verhalten einer vorher definierten Gruppe von Personen, in Verhalten und Sichtweise von Stakeholdern sowie eine Reduzierung von Nutzungs- und interinstitutionellen Konflikten sind sichtbar, vereinzelt infolge von Selbstverpflichtung durch Nutzergruppen. Entwicklungsverfahren und Pilotprojekte mit spürbaren Verbesserungen für dortige Stakeholder werden durchgeführt und Infrastruktur errichtet bzw. verbessert.</p>	<p>Schritt 4: Entwerfen konkreter Projekte; Initiierung von Monitoring-, Evaluationsprogrammen und Instrumenten zur Durchsetzung der Regelungen</p>

	<p>Besondere Gebiete sind mit dem Ziel auszuwählen, die Natur zu erhalten und die biologische Vielfalt von Meer und Küste sicherzustellen.</p>	<p>Das Management natürlicher Ressourcen, Umwelt und Ökosystem wird als Managementsystem begriffen und besteht aus drei sich ergänzenden Säulen:</p>	<p>Umwelt-Monitoring: Emissionen aus Punkt- und diffusen Quellen in Wasser und Luft sind wissenschaftlich zu messen und in weitere Betrachtungen einzubeziehen.</p>	<p>3. Stufe: Verbesserungen einiger sozialer und ökologischer Indikatoren sowie anfangs anvisierte Veränderungen im Ressourcen- und sozioökonomischen Zustand zeigen sich infolge des Projektes.</p>	<p>SUCOZOMA ist als Kreislauf zu betrachten, der nicht mit der Evaluation und Monitoring endet, sondern die Ergebnisse und Erfahrungen in einen erneuten Planungsprozess einbezieht, um sich mit jedem Durchlauf den Zielen ein weiteres Stück anzunähern.</p>
	<p>Die Umsetzung der vorgeschlagenen Aktionen erfordert die Zusammenarbeit von Regierungs- und Nichtregierungsstakeholdern auf lokaler, regionaler, nationaler und transnationaler Ebene. Nichtregierungsstakeholder werden ausdrücklich zur Kooperation in Form von Kommentaren und Implementierungsideen eingeladen.</p>	<p>Schaffung einer positiven Umgebung für ICARM durch einen allgemeinen Rahmen nationaler Gesetze, Strategien und policies, durch Generierung und Verbreitung von Informationen</p>	<p>Risikovermeidung durch ansatzbezogene Maßnahmen: Keine Maßnahme der Helsinki-Konvention darf zu inakzeptablen Umweltbelastungen für Atmosphäre, Boden, Wasserkörper oder Grundwasser und für den Menschen führen oder zu einer Verlagerung der Probleme führen.</p>	<p>4. Stufe: Die Küstenentwicklung und Nutzung von Ressourcen erfolgen langfristig und nachhaltig.</p>	<p>Planung und Umsetzung von SUCOZOMA lehnten sich an die drei Hauptziele (1. die Lösung und Vermeidung von Nutzungskonflikten durch Partizipation der Betroffenen; 2. die Verbesserung der Wasserqualität; 3. eine effektive, nachhaltige Fischerei) des Forschungsprogramms an. Den drei Zielen wurden Teilprogramme mit entsprechenden Projekten zugeordnet.</p>
	<p>VASAB 2010 PLUS: fünf Aktionsfelder, die bei der Bearbeitung der sechs Schlüsselthemen wichtig sind:</p>	<p>Institutionelle Aufgaben wahrnehmen, welche eine effektive Zusammenarbeit der verschiedenen Behördenebenen und Stakeholder erlauben. Kooperations- und Koordinationsmechanismen und der Aufbau eines Netzwerks für eine effiziente Implementierung des Ansatzes sind eine unabdingbare Voraussetzung für ein funktionierendes Management und damit den Erfolg des Ansatzes.</p>	<p>Die Aufgaben der Kommission fußt auf der Grundlage der oben genannten sechs Prinzipien und umfasst: 1.) Die ständige Überwachung der Umsetzung der Konvention. 2.) Das Aussprechen von auf Expertengruppen basierenden Empfehlungen an die Vertragsstaaten für Maßnahmen zur Zielerreichung. 3.) Die inhaltliche Überprüfung der Konvention und die Formulierung von Veränderungsempfehlungen. 4.) Die Unterstützung einer engen Zusammenarbeit mit geeigneten Regierungsorganen sowie zusätzlicher Maßnahmen zum Schutz der Umwelt der Ostseeregion. 5.) Die Zusammenarbeit mit kompetenten regionalen und internationalen Organisationen bei wissenschaftlicher und technologischer Forschung sowie anderen relevanten Aktivitäten.</p>	<p>Jeder der fünf im Folgenden beschriebenen Schritte spiegelt einen bestimmten Prozess des Managements zu einer bestimmten Zeit wider. Jeder der einzelnen Schritte ist mit Attributen einer good practice besetzt, welche zentral für eine erfolgreiche IKZM- Umsetzung sind. Alle 5 Schritte zusammengefasst bilden eine ‚Schleife‘, deren Durchlaufen nicht der Endpunkt des Programms ist. Die einzelnen Schritte sind auch in anderer Reihenfolge möglich, etwa Schritt 3 vor 1 und 2, etc.</p>	<p>Teilprogramm 1 befasste sich mit der Konfliktvermeidung und -regelung durch den Einbezug von Bevölkerung und Ressourcennutzern in planerische, rechtliche und politische Beschlussfassung in den Küstengemeinden. Es stellte die allgemeine Basis für SUCOZOMA dar. Es wurden Art, Ursache und Umgang mit regionalen und lokalen Konflikten untersucht sowie die beteiligten stakeholder und deren eventuelle Zusammenarbeit identifiziert</p>

	<p>Empfehlung transnationaler Policy-Maßnahmen: Aufbau eines Monitoringsystems auf dessen Basis u.a. über die Revision ausgewählter Maßnahmen diskutiert werden kann.</p>	<p>Entwicklung von Managementwerkzeugen, wie einsatzfähige Instrumente für eine effektive Planung, Steuerung, Umsetzung sowie effektive Monitoring- und Durchsetzungsinstrumente</p>		<p>1. Identifikation und der Bewertung relevanter Sachverhalte: Bewertung der hauptsächlichlichen Umwelt-, sozialen und institutionellen Sachverhalte (Probleme und Möglichkeiten) und ihrer Auswirkungen; Identifikation der bedeutendsten stakeholder und ihrer Interessen; Auffordern, eventuell Kritik an Bewertung zu üben und auf diese zu antworten; Auswahl der Problemfelder, auf deren Lösung sich konzentriert werden soll; Definition der Ziele der Managementinitiative</p>	<p>In Teilprogramm 2 wurde versucht, die Wasserqualität zu verbessern. Dazu gab es drei Forschungskomplexe: a) ökonomische Analyse und Bewertung der Wasserqualität; b) Muschelzucht; c) Algenbildung und Wasserreinigungstechnologien</p>
	<p>Förderung methodologischer Entwicklungen: Instrumente zur Programmimplementierung, das Monitoring des Einflusses auf Raumentwicklung, die weitere Operationalisierung der Instrumente, eine effektive internationale Kooperation und die Aktivierung partizipatorischer Prozesse</p>	<p>Auf der Grundlage der drei Managementsäulen Säulen wurden zehn ICARM-Prinzipien für Politik- und Entscheidungsträger entworfen, die einen siebenstufigen Planungsprozess erforderlich machen:</p>	<p>2005 gab HELCOM Empfehlungen für die praktische Umsetzung der BSPA: a.) Zielbestimmung des Managementplanes anhand geografischer und sachlicher Reichweite; b.) Beschreibung des Gebietes und seiner besonderen Merkmale; c.) Identifikation gegenwärtiger Nutzungen, auch außerhalb des Gebietes, soweit sie dieses beeinflussen; d.) Identifikation gegenwärtiger Nutzungen, auch außerhalb des Gebietes, soweit sie dieses beeinflussen; e.) Analyse von Gefahren und Konflikten; f.) Identifikation national wie international gesetzlich zuständiger Behörden; g.) Aufdecken bestehender Wissenslücken</p>	<p>2. Planaufstellung: Durchführen wissenschaftlicher Forschung im Hinblick auf ausgewählte Managementfragen; Dokumentation der Grundvoraussetzungen; Information der Öffentlichkeit über das Programm und seine Ziele und Einbezug von Stakeholder in den Planungsprozess; Entwicklung des Managementplanes und Festlegung des institutionellen Rahmens, innerhalb dessen der Plan umgesetzt werden soll; Bereitstellen von Personal und institutionellen Kapazitäten zur Umsetzung; Testen von Umsetzungsstrategien in Pilotprojekten</p>	<p>Teilprogramm 3 konzentrierte sich auf nachhaltige, effektive Fischerei im Küstengebiet, v.a. auf den Erhalt der Artenvielfalt.</p>

	<p>Förderung von Projekten der Zusammenarbeit: Assistenz anderer Projekte und Programme, um Partnerschaften jenseits der EU- Grenzen, aufzubauen. Prüfung der Möglichkeiten und Vorteile von Dachprojekten, um künftige INTERREG III-, PHARE- und TACIS- Projekte systematischer begleiten zu können.</p>	<p>Initiierung des Planungsprozesses; Analyse der Situation im jeweiligen Gebiet; Identifizierung vorherrschender Probleme, zukünftiger Bedrohungen und Bedürfnisse; Zielformulierung (Raum-, Zeit- und Sektorbezogen) unter Berücksichtigung kritischer Faktoren, Konflikte und Möglichkeiten im Sinne nachhaltiger Entwicklung; Entwicklung von Umsetzungsstrategien und -aktionsprogrammen; Umsetzung der Aktionsprogramme; Monitoring und Evaluation des Fortschritts der Zielerreichung sowie in bezug auf die Wirksamkeit und Effizienz der durchgeführten Investitionen und der Nutzenverteilung (Die Evaluation beginnt zeitgleich mit dem Beginn des Planungsprozesses).</p>	<p>Für den Managementplan sind von zentraler Bedeutung: a.) Bestimmung allgemeiner und spezieller Ziele und Vorstellungen; b.) Festlegung von Managementmethoden; c.) Aufbau einer personen- und sachbezogenen Infrastruktur; d.) Festlegung von Aufsichts- und Durchsetzungsinstrumenten; e.) Auflage eines Monitoringprogramms; f.) Ausarbeitung eines Zeitplanes für die Umsetzung; g.) Erarbeitung einer Liste mit Informationsquellen außerhalb der regulären Informationsbasis ("Graue Literatur- und Informationsquellen)</p>	<p>3. Formelle Annahme und Finanzierung: Erzielen eines Regierungsmandats für den Planungs- und Policy- Formulierungsprozess; Erzielen einer formellen Billigung von Policies/ Plan und von Befugnissen; Sicherung der nötigen Finanzierung</p>	<p>Zu den Unterprogrammen gab es zwölf Forschungsprojekte, die im Rahmen von SUCOZOMA durch die Universitäten Stockholm und Göteborg sowie weitere Forschungseinrichtungen durchgeführt wurden. Besondere Aufmerksamkeit wurde dabei der Bereitstellung eines umfassenden Wissens sowie der Umsetzung der Ergebnisse gewidmet.</p>
	<p>Zusammenarbeit mit grenzübergreifenden Ostsee-Initiativen: Kooperationen und Diskussionen mit einer Reihe von internationalen Organisationen und Körperschaften in der Ostseeregion, um die Kooperation verschiedener Akteure zu kombinieren und damit den Raumentwicklungsvorhaben einen breiteren Diskussionsraum zu geben.</p>			<p>4. Realisierung: Veränderung der Programmstrategien, soweit nötig; Fördern von Zustimmung zu den Projekt- Policies; Stärkung institutioneller Rahmenbedingungen und der Justizbehörden; Einsetzen von Mechanismen zur institutionsübergreifenden Koordination; Stärkung der fachspezifischen und administrativen Fähigkeiten des Projektpersonals; Beschleunigen des Aufbaus und Instandhaltung notwendiger technischer Infrastruktur; Stärkung der Beteiligung bedeutender Stakeholdergruppen; Einsetzen von Konfliktlösungsinstrumenten; Dringlichkeit des Programms im öffentlichen Bewusstsein wach halten; Überwachen der Umsetzung und von gesellschaftlichen und umweltsystemischen Trends</p>	

	<p>Dialog mit Sektorinstitutionen und sektorübergreifende Zusammenarbeit: Unterstützung lokaler und regionaler Projektpartner, um eine Verbindung mit nationalen und internationalen Sektorinstitutionen zu erreichen und dadurch den Einbezug von Sektorinstitutionen in konkrete Projekte zu initiieren. Fokus-Sektoren, mit denen der enge Dialog gesucht werden soll, sind Transport, Umwelt, Tourismus, Bildung und Kultur, Landwirtschaft, Handel und Industrie.</p>			<p>5. Anpassung und Evaluation: Bewertung der Auswirkungen des Projektes auf die in Schritt 1 identifizierten Problemfelder; Anpassung des Projektes an gemachte Erfahrungen und veränderte soziale und ökologische Bedingungen; Durchführen externer Evaluation an den kritischen Punkten der Projektentwicklung</p>	
<p>Vergleich der Grundsätze und Prinzipien für die Durchführung des Ansatzes</p>	<p>Dieser Ansatz verfolgt eine Top-down-Strategie von auf administrativer Ebene identifizierten Problemlagen. Dies geschieht aber auch unter Einbindung relevanter Akteure und internationaler Kooperation im Rahmen schon bestehender Politiken. Zu treffende Maßnahmen werden aufgrund möglichst breiter Informationsbasis, Monitoringsystemen und kooperativer internationaler sektor- und problembezogener Zusammenarbeit ausgewählt.</p>	<p>Dieser Ansatz verfolgt eine Mischung aus Top-Down und Bottom-Up-Strategien, die das Problembewusstsein auf allen Stakeholder- und Sektorebenen stärken sollen; Analyse, Koordination, und Kontrolle anthropogener Einwirkungen auf Flusseinzugs- und Küstengebiete zu erreichen, alle relevanten Stakeholder- und Sektorebenen in den Diskussionsprozess einzubinden; den Prinzipien der Nachhaltigkeit genüge zu tun, um ein effizientes Managementsystem etablieren zu können. Dieses Managementsystem besteht dann aus drei Säulen auf denen ein siebenstufiger Planungsprozess aufbauen kann, der dann für die Zielerreichung hin zu einer globalen Nachhaltigen Entwicklung der Küsten- und Meeresgewässer und der Flusseinzugsgebiete genutzt wird.</p>	<p>Dieser, für die Aufgaben der HELCOM entwickelte Top-Down Ansatz ist den Prinzipien der Verantwortung, Vorsorge, Best-Practice, Verursachung, Monitoring und Risikovermeidung verpflichtet. Die Aufgaben von HELCOM sind dann das Monitoring, die Ausgabe von Empfehlungen, Unterstützung der internationalen Zusammenarbeit zwischen relevanten Stakeholder-, Sektor- und Expertengruppen, um die praktische Umsetzung der BSPA zu gewährleisten.(wichtigste Schritte: siehe fettgedruckte Spalten oben!)</p>	<p>Dieser auf Outcomes fokussierte Top-Down-Ansatz verfolgt anhand vorher festgelegter zu erreichender Wirkungen insgesamt 5 Managementschritte, die beginnend mit der Identifikation/Bewertung relevanter Sachverhalte/Problemlagen, über die Planaufstellung, formelle Annahme und Finanzierung, Realisierung und letztlich einen Schritt der Anpassung und Evaluation das Ziel dieses Ansatzes erreichen sollen.</p>	<p>Dieser Top-Down-Ansatz verfolgt auf einer Eben nationalstaatlichen Handelns einen Managementplan, der in seinem Ablauf von der Problemidentifikation, über die Planformulierung, der Annahmen des Planes, und dem Entwurf konkreter Projekte zu einer Zielerreichung führen soll.</p>